

Sicherheit 2007

**Aussen-, Sicherheits- und
Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend**

Karl W. Haltiner, Andreas Wenger, Silvia Würmli, Urs Wenger

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Kurzzusammenfassung	9
Condensé	10
Breve riassunto	11
Executive Summary	12
Zusammenfassung der Studie «Sicherheit 2007»	13
Ziele und Datenbasis	13
Trends und Tendenzen	13
Résumé de l'étude «Sécurité 2007»	21
Buts et bases de données	21
Courants et tendances	21
Riassunto dello studio «Sicurezza 2007»	29
Obiettivi e dati	29
Tendenze	29
Summary of the Survey «Security 2007»	37
Goals and Database	37
Basic Trends and Tendencies	37
1 Chronologie Potenziell meinungsbildender Ereignisse 2006	45
1.1 Krisen, Krieg und Instabilität im Mittleren Osten – Rückwirkungen auf Europa	45
1.2 Aussenpolitik: Bestätigung des EU-Bilateralismus – Kohäsions- zahlungen und Steuerstreit – Sitz im Uno-Menschenrechtsrat	49
1.3 Verteidigungs- und Armeepolitik: Anhaltende Grundsatzdebatten – Annahme des Rüstungsprogramms 2006 – Fortführung der Auslandeinsätze	51
1.4 Innere Sicherheit: Schleppende Anpassung der Strukturen – Klärung der Rolle der Armee – Verschärfung der Terrorgefahr	53
2 Untersuchungsdesign	57
3 Datenbasis	59

4	Sicherheitsempfinden, Wahrnehmung der Schweiz und der Welt	63
4.1	Allgemeines Sicherheitsempfinden	63
4.2	Einschätzung der Wichtigkeit verschiedener Sicherheitsaspekte	64
4.3	Zukunftseinschätzung der Schweiz	72
4.4	Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage	73
4.5	Landeszuversicht, allgemeine Sicherheits- und Bedrohungs- wahrnehmung – Trends	75
5	Vertrauen in ausgewählte Institutionen und in die Politik ganz allgemein	77
5.1	Institutionen-Vertrauensindex	77
5.2	Vertrauen in die «Politik»	79
5.3	Verhältnis von Vertrauen und Sicherheit	79
5.4	Bedrohungswahrnehmung, Neutralität und Vertrauen in die Landesregierung: der Blame-Effekt	81
6	Öffnung versus Autonomie – die Wahrnehmung aussen- und sicherheitspolitischer Optionen	85
6.1	Eine skalenartige Fragenbatterie als Grundlage	85
6.2	Die 20 Indikatoren der Öffnungswilligkeit bzw. der Autonomiebetonung im Trend	87
6.3	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bindung oder Annäherung an die Europäische Union	87
6.4	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung	89
6.5	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Erhöhtes Engagement in der Uno	90
6.6	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bereitschaft zu sicherheitspolitischen Allianzen	91
6.7	Betonung der nationalen Autonomie	93
6.8	Politische Einstellung, soziodemographische Merkmale und Öffnung versus Autonomie	95
6.9	Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Die Kooperationstypen im Trend 1993 bis 2007	96
7	Militärische Aufgabendiversifizierung und internationale militärische Kooperation	101
7.1	Multifunktionale Armee oder reine Landesverteidigungsarmee?	102
7.2	Auslandeinsätze: Sicherheitspolitische Kooperation im Allgemeinen und mit der Uno im Speziellen	105
7.3	Determinanten militärpolitischer Kooperation: Friedensunterstützende Einsätze	107

8 Die Neutralität	113
8.1 Indikatoren für verschiedene Neutralitätsfunktionen	115
8.2 Die Neutralitätsindikatoren im Trend bis 2007	116
8.3 Neutralität als Schutz vor Terroranschlägen	120
8.4 Neutralitätsauffassungen – eine Typologie	121
9 Aspekte der Inneren Sicherheit	129
9.1 Wahrnehmung der Terrorbedrohung	129
9.2 Freiheit versus Sicherheit	133
9.3 Akzeptanz staatlicher Sicherheitsvorkehrungen	135
9.4 Euro 08 und Ausbildungs-WK im Ausland	137
9.5 Fazit	139
10 Wehrstruktur und Armee	141
10.1 Armeeakzeptanz	141
10.2 Armeeumfang	146
10.3 Wehrstruktur: Miliz- versus Berufsarmee	147
10.4 Einbettung der Armee in die Gesellschaft: Sympathieleistungen für die Armee, Bedeutung der Miliz	153
11 Allgemeine Dienstpflicht als Alternative zur heutigen Wehrpflicht	155
12 Verteidigungsausgaben	159
Literaturhinweise	165
Anhang I	169
I Die Qualität der Variablen	169
II Korrelationen und Koeffizienten	169
III Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels χ^2 -Test	171
IV Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels t-Test	171
V Die Clusteranalyse	171
VI Die Korrespondenzanalyse	172
VII Regressionsanalyse	173
Anhang II	175
I Die Typologien der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit und der Neutralitätsauffassung	175
II Korrespondenzanalysen zu den Sicherheitsaspekten und Auslandeinsätzen der Schweizer Armee	180
Anhang III	185
Sicherheit 2007 – Fragebogen und Tabellen	185

Vorwort

Die vorliegende Studie «Sicherheit 2007» ist die neunte Ausgabe der seit 1999 unter dem Titel «Sicherheit» erscheinenden Studienreihe. Die Studien beruhen auf einem Kern von Fragestellungen und Daten, die bis 1991 und zum Teil noch weiter zurück reichen. Mit jedem Jahresband werden die Zeitreihen länger. Damit wird dem Studienkonzept, Tendenzen und längerfristige Trends in der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung der Schweizer Bevölkerung mittels Repräsentativerhebungen sichtbar zu machen, noch besser Rechnung getragen. Die Herausgeber, die *Militärakademie an der ETH Zürich* und die *Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich*, hoffen, auf diese Weise den langfristigen Interessen der Politik, der Wissenschaft und der Öffentlichkeit zu dienen.

In bewährter Weise beginnt der Band mit den Zusammenfassungen der wichtigsten Ergebnisse in verschiedenen Sprachen und einer «Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse», bevor die im Februar 2007 erfolgte Erhebung analysiert und die Daten im Einzelnen ausgewiesen werden. Neben langjährigen Standardfragen werden jährlich ergänzende Themen aufgegriffen. Im vorliegenden Band wird der *Akzeptanz staatlicher Sicherheitsmassnahmen, den Aufgaben der Armee* und den *Sicherheitsaspekten im Lebensalltag* besonderer Raum gewidmet. Zudem werden wie im Vorjahr Textboxen mit Hinweisen auf Vergleichsstudien, die einen Bezug zu den Erhebungsinhalten der vorliegenden Studie aufweisen, und Textboxen mit speziellen Analysen eingefügt.

Die Autoren und Herausgeber danken Mirja Hemmi für die Mitarbeit bei statistischen Auswertungen und für die Verfassung der Textboxen zu Vergleichsstudien. Ein weiterer Dank geht an Fabian Furter und Sergio Bonin für die Herstellung des Layouts und die Anfertigung der Abbildungen. Sie bedanken sich bei Elisabeth Matousek, Stephan Kuster und Fabrizio Gilardi für die französische, englische und italienische Übersetzung. Für das Gegenlesen des Manuskripts geht der Dank an Markus Kratochwill. Für die Zeitreihenanalyse danken sie Patrick Arni, für die Analyse der Daten nach Stadt-Umland-Differenzen Urs Scheuss.

Prof. Dr. Karl W. Haltiner
Militärakademie
an der ETH Zürich

Prof. Dr. Andreas Wenger
Forschungsstelle für Sicherheitspolitik
der ETH Zürich

Kurzzusammenfassung

- Wie in den Vorjahren fühlt sich die grosse Mehrheit der SchweizerInnen «sehr» oder «eher» sicher (86%, -2%). Aspekte der privaten Sicherheit werden solchen der öffentlichen allgemein vorangestellt.
- Die Zukunft der Schweiz wird 2007 noch optimistischer eingeschätzt als vor einem Jahr (79%, +9%), die weltpolitische Lage weniger häufig als «düsterer und gespannter» (46%, -7%). Dieser Zukunftsoptimismus widerspiegelt sich in einem Vertrauenszuwachs für Bundesrat, Parlament und insbesondere für die Wirtschaft.
- Der bilaterale Weg im Verhältnis zur EU findet weiterhin hohe Akzeptanz.
- Die Zusammenarbeit mit der Uno wird seit dem Beitritt der Schweiz mehrheitlich unterstützt. Eine militärische Kooperation mit der Nato oder EU bleibt hingegen nur für eine Minderheit vorstellbar.
- Neun von zehn Befragten halten am Prinzip «Neutralität» fest. Besondere Billigung erfahren die Solidaritäts- und Identitätsfunktion der Neutralität.
- Nur wenige fühlen sich seit den Terroranschlägen im 2001 persönlich bedroht (12%), vier von zehn Befragten halten die Terrorismus-Gefahr für die Schweiz für realistisch.
- Verschärfte Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit werden unterschiedlich stark akzeptiert. Zusätzliche Gepäckkontrollen am Flughafen oder vermehrte Polizeipräsenz in Wohnquartieren etwa erfahren eine Zustimmung von über 75%. Nicht akzeptiert werden hingegen Massnahmen wie Eingangskontrollen an öffentlichen Gebäuden oder eine vermehrte Telefonüberwachung.
- Die Schweizer Armee wird 2007 deutlich weniger für notwendig gehalten als im Vorjahr (61%, -14%). Auch hat der BefürworterInnen-Anteil einer multifunktionalen Armee und von Auslandseinsätzen abgenommen (66%, -11%, resp. 78%, -5%). Die AnhängerInnen einer Berufsarmee sind im Vergleich zur Miliz in der Überzahl (47%, +1% versus 44%, -7%).
- Der geplante Einsatz der Armee an der Euro 08 wird mehrheitlich gutgeheissen (81%).

Condensé

- Le sondage effectué en 2007 révèle, comme les années précédentes, que la grande majorité des Suisse(sse)s interrogé(e)s affirme se sentir «très en sécurité» ou «plutôt en sécurité» (86%, -2%). En général, les aspects de la sécurité individuelle passent avant ceux de la sécurité publique.
- En 2007, l'évaluation concernant l'avenir de la Suisse est encore plus optimiste que l'année précédente (79%, +9%). Moins de personnes sondées pronostiquent une situation internationale «plus sombre et plus tendue» (46%, -7%). Cet optimisme se reflète dans la confiance accrue accordée au Conseil fédéral, au Parlement et, en particulier, à l'économie.
- La voie des bilatérales avec l'UE recueille encore un taux d'acceptation élevé.
- Depuis l'adhésion de la Suisse à l'ONU, une majorité soutient la collaboration avec cette organisation. Par contre, une coopération militaire avec l'OTAN ou l'UE ne reste envisageable que pour une minorité des sondés.
- Neuf personnes interrogées sur dix sont en faveur du maintien du principe de «neutralité». Les fonctions de la neutralité se référant à la solidarité et à l'identité obtiennent des taux d'approbation particulièrement élevés.
- Seul un petit nombre de personnes se sentent personnellement menacés depuis les attentats terroristes de 2001 (12%). Quatre personnes sur dix pensent que le risque terroriste représente un danger pour la Suisse.
- Le renforcement de mesures pour garantir la sécurité intérieure est accepté différemment. Les contrôles de bagages supplémentaires aux aéroports et la présence accrue de la police dans les quartiers habités recueillent un taux d'approbation de 75%. Par contre, les mesures, telles que les contrôles d'accès dans les bâtiments publics et la surveillance accrue des communications téléphoniques ne sont pas acceptées.
- En 2007, la nécessité de l'armée suisse est nettement moins marquée que l'année précédente (61%, -14%). Le pourcentage des personnes en faveur d'une armée multifonctionnelle et des engagements militaires à l'étranger a également diminué (66%, -11%, et 78%, -5%). Les partisans d'une armée de métier sont plus nombreux que ceux d'une armée de milice (47%, +1% versus 44%, -7%).
- L'engagement de l'armée planifié pendant l'Euro 08 est approuvé par une majorité des personnes interrogées (81%).

Breve riassunto

- Come negli anni precedenti un'ampia maggioranza degli svizzeri si sente «molto» o «abbastanza» sicura. La dimensione privata della sicurezza ha in generale più importanza di quella pubblica.
- Nel 2007, il futuro della Svizzera è valutato in modo ancora più positivo rispetto all'anno scorso (79%, +9%), e meno persone pensano che la situazione politica mondiale sarà «peggiore e più tesa» (46%, -7%). Questo ottimismo per il futuro si rispecchia in una crescita della fiducia nel Consiglio federale, nel Parlamento e in particolare nell'economia.
- La via bilaterale nei confronti dell'UE continua a riscuotere ampi consensi.
- La cooperazione con l'ONU è sostenuta da una maggioranza della popolazione da quando la Svizzera vi ha aderito, mentre quella militare con la NATO o l'UE continua a essere auspicata solo da una minoranza.
- Il 90% degli intervistati aderisce al principio della neutralità, che è apprezzata in particolare per le sue funzioni di solidarietà e di identità.
- Nel periodo seguente gli attacchi terroristici del 2001, solo una piccola minoranza si sente personalmente minacciata (12%), ma il 40% degli intervistati ritengono che il terrorismo sia un pericolo realistico per la Svizzera.
- Misure più severe per garantire la sicurezza interna sono accettate in modo selettivo. Se i controlli sistematici dei bagagli negli aeroporti e una maggior presenza della polizia nei quartieri residenziali sono approvati da più del 75% della popolazione, proposte come maggiori controlli all'entrata degli edifici pubblici o sorveglianze telefoniche più estese sono viste con scetticismo.
- Rispetto all'anno scorso, nel 2007 il numero di persone che pensano che l'esercito svizzero sia necessario è diminuito sensibilmente (61%, -14%). Meno intervistati approvano la visione multifunzionale dell'esercito (78%, -5%) e le missioni all'estero (66%, -11%), mentre i sostenitori di un esercito di professionisti (47%, +1%) sono più numerosi di quelli dell'esercito di milizia (44%, -7%).
- L'impiego dell'esercito nell'ambito dell'Euro 2008 è approvato da un'ampia maggioranza (81%).

Executive Summary

- As in previous years, this year the large majority of the Swiss feel «very» or «rather» safe (86%, -2%). In general aspects of private security are of greater importance than public security.
- The assessment of Switzerland's future is even more optimistic this year than the year before (79%, +9%) and less respondents consider the situation of world politics to be «somber and tense» (46%, -7). This optimism towards the future is reflected in increased trust in the federal government, parliament and especially in the economy.
- Bilateral relations with the EU continue to enjoy high levels of acceptance.
- Cooperation with the UN has generally been supported by a majority since Switzerland's membership. However, military cooperation with NATO or the EU remains a plausible option only for a minority.
- Nine out of ten respondents still cling to the notion of «neutrality». High value is attached to solidarity and identity as functions of neutrality.
- Only a small portion of the respondents feel personally threatened in the aftermath the terrorist attacks of 2001 (12%); whereas four out of ten estimate that terrorism poses a realistic danger for Switzerland.
- Stronger measures to ensure homeland security are met with varying degrees of acceptance. Measures such as additional baggage controls at airports or increased presence of police in residential areas receive the support of more than 75%. However, checks for entering public buildings or increased surveillance of telephone lines are not approved of.
- Clearly, fewer respondents than last year consider armed forces to be necessary (61%, -14%). Also, the number of supporters of a multi-functional army (66%; -11%) and international military engagements (78%, -5%) is in decline. The supporters of a professional army (47%, +1%) are more numerous than those who support the militia model (44%, -7%).
- A majority of 81% approves of the planned engagement of the army at the Euro 08 (European Football Championships in 2008).

Zusammenfassung der Studie «Sicherheit 2007»

Ziele und Datenbasis

Die 1991 initiierten Jahresstudien «Sicherheit» der *Militärakademie an der ETH Zürich* in Zusammenarbeit mit der *Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich* dienen der Trendermittlung in der aussen-, sicherheits- und verteidigungs-politischen Meinungsbildung in der Schweiz. Sie stützen sich auf im Jahresrhythmus durchgeführte repräsentative Befragungen der Schweizer Stimmbevölkerung. Die Datenerhebung fand dieses Jahr vom 15. Januar bis 10. Februar telefonisch bei 1'200 Personen in allen Sprachregionen statt und wurde durch ISOPUBLIC durchgeführt.

Die \pm -Prozentzahlen in Klammern geben die Differenz zur Februarerhebung 2006 an. In der Befragung 2007 liegt der mögliche Stichprobenfehler bei einem Sicherheitsgrad von 95% im ungünstigsten Fall bei $\pm 3\%$. Differenzen von weniger als $\pm 3\%$ zur vorgängigen Erhebung müssen als zufällig bzw. als nicht signifikant eingestuft werden.

Trends und Tendenzen

Sicherheits- und Bedrohungsempfinden: Das allgemeine Sicherheitsempfinden ist seit Februar 2004 weitgehend konstant geblieben. 86% (-2%) der befragten SchweizerInnen geben an, sich «allgemein» und «in der heutigen Zeit» «sehr» oder «eher» sicher zu fühlen. Aussagekräftiger ist die Kategorie derjenigen, die sich «sehr sicher» geben. Auch hier zeigt sich gegenüber den Vorjahren 2004 bis 2006 keine Veränderung. 29% (+1%) fühlen sich «sehr sicher». Es sind dies nach wie vor etwas weniger als von 2001 bis 2003, als der Anteil bei über 30% lag.

Sicherheitsaspekte: Von 14 Sicherheitsaspekten aus allen Lebensbereichen hält man mit Abstand familiäre Beziehungen und Geborgenheit für am wichtigsten (59% «ausserordentlich wichtig»). Die militärische Sicherheit (13%) sowie Ruhe und Ordnung (23%) werden nur von einer kleinen Minderheit als «ausserordentlich wichtig» wahrgenommen. Die persönliche Sicherheit im Privatraum – dazu zählen wir die personale Integrität und sozialstaatlich gewährleistete Sicherheit – wird der öffentlichen Sicherheit vorangestellt. Diese Hierarchie von Sicherheitsbedürfnissen entspricht in etwa der berühmten Maslowschen Bedürfnis-Pyramide. Die Rangierung der Sicherheitsaspekte erweist sich über den Zeitraum 2002 bis 2007 als stabil.

Im Vergleich zur letztmaligen Erhebung im 2005 wird aktuell einzig die gesicherte Gesundheitsversorgung signifikant und nennenswert häufiger als «ausserordentlich wichtig» bezeichnet (46%, +7%).

Einschätzung der Zukunft der Schweiz: Die SchweizerInnen blicken 2007 höchst zuversichtlich in die Zukunft: 71% (+6%) sind bezüglich der nächsten fünf Jahre für die Schweiz «eher», 8% (+3%) «sehr optimistisch». Nachdem der schweizbezogene Zukunftsoptimismus 2000 bis 2002 Höchstwerte mit deutlich über 70% erreichte und seit 2003 wieder tendenziell abnahm, wird die Zukunft der Schweiz seit 2006 wieder zunehmend optimistisch beurteilt. Der Zuwachs an Schweizoptimismus gegenüber dem Vorjahr ist bemerkenswert. Er fällt mit der guten Wirtschaftskonjunktur zusammen.

Weltpolitische Lage: Im Gegensatz zum schweizbezogenen Zukunftsoptimismus wird von beinahe jedem zweiten Befragten (46%) eine «düstere und gespanntere» Zukunft der weltpolitische Lage erwartet. Die pessimistische Sicht ist indessen 2007 signifikant weniger verbreitet als im Vorjahr (-7%), die Einschätzung der weltpolitischen Lage bleibt aber alles in allem wenig optimistisch: Nur gerade 7% (+2%) glauben an eine Entspannung und Verbesserung.

Vertrauen in Behörden und Institutionen: Über die letzten zehn Jahre gesehen, haben alle der sieben regelmässig erfassten Institutionen an Vertrauen dazu gewonnen. Das Vertrauen in die sicherheitspolitischen Institutionen Armee und Polizei, aber auch in die Gerichte ist stetig gewachsen, dasjenige in den Bundesrat, in das Eidgenössische Parlament und in die Wirtschaft ist grösseren Schwankungen ausgesetzt. Diesen letzteren wird 2007 im Vergleich zum Vorjahr signifikant stärker vertraut. Insbesondere die Schweizer Wirtschaft geniesst, wie angesichts der wirtschaftlichen Konjunktur zu erwarten war, ein weit höheres Vertrauen als in den letzten fünf Jahren.

Die Vertrauensrangliste der Institutionen präsentiert sich über die Jahre hinweg ziemlich unverändert: Polizei (Vertrauensnote 7.3) und die Gerichte (7.0, +0.2)¹ stehen an oberster, die Medien (5, +0.5) an letzter Stelle. Die Wirtschaft (6.7, +0.6), die Armee (6.6), der Bundesrat (6.3, +0.3) und das eidgenössische Parlament (6.1, +0.3) teilen sich das Mittelfeld.

1 Unterschiede zum Vorjahr werden nur ausgewiesen, wenn sie statistisch signifikant sind, d.h. nicht zufällig sind.

Angesichts der anstehenden Parlamentswahlen wurde 2007 wie bereits 1995 das Vertrauen in die politischen Parteien erfasst. Die politischen Parteien stossen im Vergleich zu den anderen hier erfragten Institutionen nicht auf ein grosses Vertrauen (1995: 4.8; 2007: 5.1).

Annäherung/Beitritt EU: Seit 2004 erhält der eingeschlagene bilaterale Weg im Verhältnis zur EU eine grossmehrheitliche Zustimmung. An dieser Situation hat sich gegenüber dem Vorjahr wenig verändert (73%, +2%). Seit 2005 nimmt hingegen die Unterstützung für einen EU-Beitritt (29%, -3%) oder einer EU-Annäherung (47%, -2%) tendenziell ab. Selbst die BefürworterInnen einer politischen Annäherung an die EU befinden sich aktuell mit 47% – seit 1989 erstmals wieder – in einer knappen Minderheit.

Militärkooperation Nato/EU: Seit Studienbeginn befürworten nur Minderheiten eine militärisch engere Zusammenarbeit mit der Nato und der EU. Am ehesten kann man sich noch eine Annäherung an die Nato vorstellen: 39% (-3%) der BürgerInnen sind mit einer solchen «sehr» oder «eher» einverstanden. Ein Beitritt zur Nato (21%, -4%) oder auch eine Teilnahme am Aufbau einer europäischen Armee (26%, -13%) bleibt weiterhin nur für eine Minderheit vorstellbar.

Uno: Seit dem Uno-Beitritt 2002 hat sich die Zustimmung zur Uno unwesentlich verändert: Sie bleibt mehrheitlich positiv. Dieses Jahr sind 61% (+7%) mit der Forderung, die Schweiz solle sich «aktiv für die Anliegen der Uno einsetzen» «sehr» oder «eher» einverstanden. Während die Kooperation mit der Nato gegenüber dem Vorjahr weniger Zustimmung erhält, hat der Anteil der Uno-BefürworterInnen unter den Befragten zugenommen.

Internationale Kooperation ohne souveränitätsmindernde institutionelle Bindungen: Einer vermehrten Vermittlungsaktivität der Schweiz in Konflikten (71%, ±0%), einer aktiveren Rolle der Schweiz an internationalen Konferenzen (75%, +5%) und dem Einbringen des Stellenwertes als Sitz des Roten Kreuzes (79%, -1%) wird unverändert grossmehrheitlich zugestimmt. Eine knappe Mehrheit (57%, -7%) ist auch damit einverstanden, dass die Schweiz mehr Entwicklungshilfe leisten sollte.

Allgemeine und sicherheitspolitische nationale Autonomie: Das Postulat einer maximal möglichen wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit der Schweiz trifft auf eine breite und seit 1999 sogar auf eine stetig zunehmende Zustimmung

(70%, +1%). Ein Mehr an militärischer Autonomie erreicht trotz Anstieg (49%, +6%) keine Mehrheitsbilligung. Am wenigsten können sich die SchweizerInnen einen Weg ohne jegliche Bündnisse und Zusammenschlüsse vorstellen (35%, -1%).

An die Möglichkeit, die nationale Sicherheit noch autonom gewährleisten zu können, wird aber nicht geglaubt. Wie in den letzten vier Jahren sind auch 2007 etwas mehr als die Hälfte der Befragten (57%, -2%) der Auffassung, die nationale Sicherheit der Schweiz werde immer mehr von anderen Staaten bestimmt.

Neutralität: Die Schweiz steht wie eh und je geeint hinter dem Prinzip «Neutralität». Mitte/Ende der neunziger Jahre befürworteten jeweils gut 82% der Befragten die Beibehaltung der Neutralität. Die Zustimmung dazu hat seit 2002 noch weiter zugenommen und liegt nun seit ein paar Jahren stabil bei Werten um 90% (2007: 92%, +2%).

Die drei Funktionen der Neutralität werden hingegen unterschiedlich bewertet: Am häufigsten wird die Solidaritätsfunktion² bejaht (90%, +1%), aber auch die Identitätsfunktion³ wird breit befürwortet (80%, +1%). Zwar glaubt eine Mehrheit ebenfalls an einen möglichen sicherheitspolitischen Nutzen⁴ der Neutralität, diese Funktion kann aber weit weniger SchweizerInnen hinter sich vereinen (61%, +2%).

Terrorismus: 42% der SchweizerInnen glauben derzeit, «dass der Terrorismus eine Gefahr für unser Land darstelle». Die Meinung, dass die Neutralität uns vor terroristischen Anschlägen schütze, wird nur von 40% der Befragten geteilt. 12% (-2%) der stimmberechtigten Bevölkerung fühlen sich «nach der Serie von Terroranschlägen in letzter Zeit» «eher mehr gefährdet als vorher». Kurz nach den Anschlägen in Madrid im Frühling 2004 waren dies signifikant mehr (25%). Im Februar 2006, gut ein halbes Jahr nach den Anschlägen in London, fühlte sich – wie im 2007 – ebenfalls gut jeder siebte mehr gefährdet als vor den Attentaten. Mit wachsendem zeitlichem Abstand von markanten Anschlägen in Europa sinkt die Terrorangst.

Die Beteiligung an militärischen Auslandseinsätzen erhöht für 50% (+7%) der Befragten die Terrorgefahr für die Schweiz. Der Forderung, die Schweiz könne sich durch die Teilnahme am Kampf gegen den internationalen Terrorismus schützen, wird knapp mehrheitlich zugestimmt (56%, -7%).

2 «Die Neutralität lässt die Schweiz in Konflikten vermitteln und internationale gute Dienste leisten.»

3 «Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.»

4 «Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte eingezogen.»

Freiheit versus Sicherheit: Die Analyse der Daten enthüllt ein ambivalentes Bild, wenn es um die Balance von Freiheit versus Sicherheit geht. Wird abstrakt nach der Bedeutung dieser Werte gefragt, so erhält «Freiheit» (58%) vor «Sicherheit» (48%) den Vorrang. Wird hingegen das Wertepaar «Freiheit» und «Sicherheit» mit einer konkreten Bedrohung – hier dem Terrorismus – verbunden, steigt die Bereitschaft zur Hinnahme von Freiheitseinschränkungen zugunsten von Sicherheit (63%). Gut zwei Drittel sind damit einverstanden, den Terrorismus unter Inkaufnahme von Freiheitseinschränkungen zu bekämpfen. Vieles deutet darauf hin, dass Freiheitsbeschränkungen in der Masse abgelehnt werden, in dem sie das private Handlungsfeld einzugrenzen drohen. Allgemein scheint sich das Gefühl einer Überregulierung durch den Staat in den letzten Jahren eher abgeschwächt, die Toleranz für freiheitseinschränkende Massnahmen indessen erhöht zu haben.

Akzeptanz verschärfter staatlicher Sicherheitsmassnahmen: Grossmehrheitlich einverstanden ist man mit folgenden Massnahmen: Kontrolle des Ausländeranteils (79% «sehr» und «eher» einverstanden), zusätzliche Gepäckkontrollen am Flughafen (76%), erhöhte Polizeipräsenz (79%), Datensammlung verdächtiger Personen (81%). Keine Unterstützung findet die Forderung nach mehr Telefonüberwachung (36%) und nach verschärften Eingangskontrollen zu öffentlichen Gebäuden (44%). Die Erfassung biometrischer Daten kann sich als Massnahme eine knappe Mehrheit vorstellen (54%). Auch die Videoüberwachung öffentlicher Plätze (62%) oder die Lockerung des Bankgeheimnisses für Fahnder (64%) werden von der stimmberechtigten Bevölkerung akzeptiert. Etwas erstaunen mag die knapp mehrheitliche Zustimmung zur vorsorglichen Verhaftung von verdächtigen Personen (52%), handelt es sich doch um eine aus rechtsstaatlicher Sicht umstrittene Massnahme. Sie deckt sich mit dem in den letzten Jahren konstatierten Anstieg an Bereitschaft, repressive Massnahmen für die Gewährleistung der Inneren Sicherheit vermehrt zu tolerieren.

Einsatz der Armee bei der Euro 08: Dass zur Unterstützung der Polizei an der Fussball EM 08 15'000 Soldaten aufgeboten werden, findet die grosse Mehrheit «sehr» oder «eher» richtig (81%). Auch mit dem Vorschlag, zur Verstärkung der hiesigen Polizei solche aus dem Ausland für die Sicherheit an der Euro 08 heranzuziehen, sind 71% der Befragten «sehr» oder «eher» einverstanden.

Diversifizierung von Armeeaufgaben und Wahrnehmung von äusseren Bedrohungen: Die Befürworter (66%, -11%) einer Armee, die «mehr können sollte, als

nur das Land verteidigen», sind 2007 – wie bereits im Vorjahr – gegenüber den Anhängern einer reinen Landesverteidigungsarmee⁵ (51%, +21%) in der Überzahl.

Mit Terrorabwehr begründete militärische Auslandseinsätze werden mit steigender Skepsis beurteilt: Jeder zweite sieht darin eine Zunahme der Terrorgefahr für unser Land (50%, +7%). Die Zustimmung für die Forderung, die Schweiz könne sich durch die Teilnahme am Kampf gegen den internationalen Terrorismus schützen, ist innert Jahresfrist signifikant gesunken (56%, -7%). Jene, die einer reinen Landesverteidigungsarmee das Wort reden, sind überdurchschnittlich oft mit der Aussage einverstanden, dass durch militärische Auslandseinsätze die Terrorgefahr in der Schweiz steige. Die Befürworter einer multifunktionalen Armee sehen hingegen im militärisch unterstützten Kampf gegen den internationalen Terrorismus überdurchschnittlich häufig eine Notwendigkeit.

Auslandseinsätze: 78% (-5%) sprechen sich für einen freiwilligen Einsatz von Schweizer Soldaten im Ausland aus. Der friedenssichernde Einsatz mit Bewaffnung zum Selbstschutz findet 2007 weniger Billigung (38%, -9%) im Gegensatz zum unterstützten Einsatz ohne Bewaffnung, der eine Zunahme zu verzeichnen hat (34%, +3%). Dass Schweizer Soldaten im Ausland auch zu Kampfeinsätzen beigezogen werden könnten, bleibt weiterhin nur für eine kleine Minderheit denkbar (6%, +1%). 22% (+5%) lehnen jede Art des Engagements von Schweizer Armeeangehörigen ausserhalb der Landesgrenzen ab. Während die prinzipielle Unterstützung für militärische Auslandseinsätze seit der erstmaligen Erfassung 1995 lange Zeit anstieg, ist diese seit 2006 insgesamt rückläufig⁶.

54% (-1%) der SchweizerInnen finden, die Schweiz sollte der Uno Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen, 42% sprechen sich dagegen aus. Seit 1999 nimmt die Zustimmung zu Schweizer Uno Friedenstruppen kontinuierlich ab. Damals erklärten sich noch 69% mit der Entsendung solcher «sehr» oder «eher» einverstanden.

Aufstockung Auslandkontingent und WK im Ausland: 55% (-5%) der Befragten erklären sich einverstanden, anstatt 220 neu 500 freiwillige Soldaten ins Ausland zu

5 Die Formulierung wurde leicht geändert. Im 2006 lautete die Aussage: «Wir brauchen eine starke Armee für den Kriegsfall und sonst für gar nichts.» Im 2007 formulierten wir die Vorgabe folgendermassen: «Wir sollten unsere Milizarmee nur für den Kriegsfall und nur für die Landesverteidigung einsetzen und nicht für andere Zwecke.»

6 2006 wurde die Kontra-Antwortkategorie leicht verstärkt. Dies muss bei einem Vergleich berücksichtigt werden. Nichtsdestotrotz darf angenommen werden, dass die GegnerInnen von Auslandseinsätzen unter den Befragten anteilmässig zugenommen haben.

schicken. Nur 39% SchweizerInnen, eine deutliche Minderheit, könnten sich indes- sen «vorstellen, dass Schweizer Soldaten ihren WK im Ausland absolvieren».

Akzeptanz und Bewertung der Armee: Die Frage nach der Notwendigkeit der Schweizer Armee wird als Hinweis auf die Akzeptanz der schweizerischen Streitkraft verstanden. Diese liegt heuer im Vergleich zu den Vorjahren tiefer: Nur gerade 61% der stimmberechtigten Bevölkerung halten im Februar 2007 die Armee für «sehr» oder «eher» notwendig. Noch Ende Oktober 2006 waren dies hingegen mit 73% weit mehr. Innerhalb weniger Monate macht sich in der Bevölkerung bezüglich der Notwendigkeit der Armee offensichtlich wieder eine gewisse Distanzierung bemerk- bar⁷. Vermutlich steht die Debatte um den Entwicklungsschritt 08/11, die in den Wintermonaten intensiver als vorher geführt wurde, im Zusammenhang mit dieser kritischeren Einschätzung zur Notwendigkeit der Armee. Aber auch die gestiegene Skepsis gegenüber militärischen Auslandseinsätzen könnte hier ihren Niederschlag gefunden haben. Dazu kommt, dass die Wahrnehmung der Terrorbedrohung in der Bevölkerung etwas nachgelassen hat, und dass in Zeiten stark steigender Zuversicht und Wirtschaftskonjunktur der Armee rasch weniger Bedeutung zugemessen wird, wie die langjährige Erfahrung zeigt.

Miliz und Wehrpflicht: Von den siebziger Jahren bis Mitte der neunziger Jahre herrschte in der Schweiz bezüglich Wehrform ein grosser Konsens: Die Milizarmee wurde eindeutig einer Berufarmee vorgezogen. Der Anteil unter der Schweizer Stimmbevölkerung an BefürworterInnen einer Berufarmee hat seither stetig zuge- nommen. 2005 waren diese zum ersten Mal gegenüber der Anhängerschaft einer Miliz in der Überzahl. 2007 ist dies wiederum der Fall (Berufarmee 47% (+1%), Milizarmee 44% (-7%)). Die 18–29-Jährigen (60%, +3%), das heisst die Kohorte der Wehrpflichtigen, befürworten – dies ein langjähriger Trend – eine Berufarmee jeweils in stärkerem Masse als die Gesamtbevölkerung.

Umfang und Organisationsform der Armee: Die konstatierte gesunkene Arme- akzeptanz findet sich auch in der von 81% im Vorjahr auf heuer 77% gesunkenen Zustimmung zur Vorgabe, die Schweiz solle «eine gut ausgerüstete und ausgebil- dete Armee halten».

Nur 43%, 6% weniger als im Oktober des Vorjahres, aber mehr als im Februar 2006 (38%), sind der Meinung, die Armee sei zu verkleinern. Beinahe jeder Zweite

7 Die Erhebungen Oktober 2006 und Januar/Februar 2007 wurden vom gleichen Institut mit der gleichen Erhebungsmethode und der gleichen Stichprobentechnik durchgeführt. Ein Methodenfehler dürfte damit ausgeschlossen werden.

(48%, +7%) ist der Meinung, die allgemeine Wehrpflicht sei aufzuheben und der Militärdienst sollte freiwillig werden.

Allgemeine Dienstpflicht: Die Idee der Umwandlung der Wehrpflicht in eine Dienstpflicht mit freier Wahl der Dienstart (zivil, militärisch) erreicht wie in den beiden Vorjahren einen hohen Konsensgrad: 86% befinden diese für «eher» oder «sehr» gut.

Verteidigungsausgaben: Im langjährigen Trend erachtet eine Mehrheit der SchweizerInnen die Verteidigungsausgaben als zu hoch. Nur ganz wenige finden, die Schweiz gebe «zu wenig» oder gar «viel zu wenig» für die Verteidigung aus. An dieser Grundtendenz hat sich seit dem Messbeginn von 1986 nichts geändert. Festzuhalten bleibt aber, dass die Ausgaben im Zeitverlauf weniger kritisch beurteilt werden. Immer mehr stufen das Budget als «gerade richtig» ein. Im Februar 2007 sind das 39% (-4%) der Befragten. 49% (+2%) sind der Meinung, es werde «zu viel» oder gar «viel zu viel» Geld ausgegeben. Nur 7% (-1%) vertreten die Auffassung, das Militär habe zu wenig Geld zur Verfügung. Offenbar sind – wie bereits 2005 vermutet – die Sparbemühungen im Verteidigungsbereich mittlerweile in breiten Bevölkerungskreisen wahrgenommen worden.

Trotz Kritik an den Verteidigungsausgaben werden offenbar die Sparbemühungen im Verteidigungsbereich mittlerweile in breiten Bevölkerungskreisen wahrgenommen.

Résumé de l'étude «sécurité 2007»

Buts et bases de données

Conduites par l'Académie militaire à l'ETH de Zurich en collaboration avec le Centre de recherche sur la politique de sécurité de l'ETH de Zurich, les études annuelles «sécurité» servent à déterminer les tendances de l'opinion publique suisse en matière de politique étrangère, de politique de sécurité et de défense. Ces études se basent sur des enquêtes représentatives menées annuellement auprès de la population suisse ayant le droit de vote. Cette année, le relevé des données a eu lieu par téléphone entre le 15 janvier et le 10 février auprès de 1200 personnes de toutes les régions linguistiques, et a été effectué par ISOPUBLIC.

Les pourcentages \pm entre parenthèses indiquent la différence par rapport au relevé de février 2006. Pour le sondage de 2007 l'erreur éventuelle d'échantillonnage est de $\pm 3\%$ dans le cas le plus défavorable, pour un degré de fiabilité de 95%. Les différences inférieures à $\pm 3\%$ par rapport au relevé précédent doivent être considérées comme fortuites et donc insignifiantes.

Courants et tendances

Perception de la sécurité et de la menace: Le sentiment général de sécurité est resté en général constant depuis février 2004. 86% (-2%) des Suisse(sse)s interrogé(e)s affirment se sentir «en général» et «aujourd'hui» «très en sécurité» ou «plutôt en sécurité». La catégorie comprenant les personnes qui se sentent «très en sécurité» est davantage marquée. Mais là aussi, il n'y a pas de changement par rapport aux relevés effectués entre 2004 et 2006. 29% (+1%) se sentent «très en sécurité», soit un pourcentage légèrement inférieur à celui relevé entre 2001 et 2003 (30%).

Aspects de la sécurité: Parmi les 14 aspects de la sécurité évalués portant sur tous les domaines de vie, les relations familiales et le sentiment de sécurité sont considérés comme les plus importants (59% «extrêmement important»). Seule une petite minorité des sondés perçoit la sécurité militaire (13%) et la sécurité publique (23%) comme «extrêmement important». La sécurité individuelle dans la sphère privée – incluant l'intégrité personnelle et la sécurité sociale garantie par l'Etat – passe avant la sécurité publique. Cette hiérarchie des besoins de sécurité correspond environ à la célèbre pyramide des besoins de Maslow. Le classement des aspects de la sécurité s'avère être stable entre 2002 et 2007. Comparé au relevé de 2005, la

sécurité de l'assistance médicale est le seul aspect de la sécurité qui soit considéré le plus souvent comme «extrêmement important» (46%, +7%), ce qui représente un pourcentage nettement plus élevé.

Evaluation de l'avenir de la Suisse: En 2007 les Suisse(sse)s se montrent très confiants quant à l'avenir de la Suisse. 71% (+6%) sont «plutôt» optimistes, 8% (+3%) «très optimistes» en ce qui concerne l'avenir de la Suisse pour les cinq prochaines années. Une tendance montre que l'optimisme quant à l'avenir de la Suisse, qui avait atteint entre 2000 et 2002 des valeurs record nettement supérieures à 70% et qui était en baisse depuis 2003, est de nouveau plus élevé depuis 2006. Cet optimisme accru quant à l'avenir de la Suisse mérite d'être souligné. Il reflète la bonne conjoncture économique actuelle.

Situation internationale: Contrairement à l'optimisme accru concernant l'avenir de la Suisse, près d'une personne interrogée sur deux (46%) pronostique une situation internationale «plus sombre et plus tendue». Cependant, en 2007, la vision pessimiste est nettement moins répandue que l'année précédente (-7%). Toutefois, en général, l'appréciation de la situation internationale est peu optimiste: seuls 7% (+2%) pensent que la situation internationale se détendra et s'améliorera.

Confiance dans les autorités et les institutions: Les relevés de ces dix dernières années montrent que toutes les sept institutions recensées enregistrent un gain de confiance. Les institutions, telles que l'armée et la police, dont les tâches sont liées à la politique de sécurité, ainsi que les tribunaux jouissent d'une confiance qui ne cesse de croître. Par contre, la confiance dans le Conseil fédéral, dans le Parlement et dans l'économie est soumise à d'importantes variations. Mais, comparé à l'année précédente, la confiance octroyée à ces institutions en 2007 est nettement plus élevée. Comme l'on pouvait s'y attendre en raison de la conjoncture économique, l'économie suisse, en particulier, recueille un taux de confiance bien plus élevé que ces cinq dernières années.

Le classement des institutions, par rapport à la confiance qui leur est accordée, est presque inchangé depuis des années: la police (note de confiance 7.3) et les tribunaux (7.0, +0.2)⁸ figurent en tête du classement et les médias (5, +0.5) en dernière position. L'économie (6.7, +0.6), l'armée (6.6), le Conseil fédéral (6.3, +0.3) et le Parlement fédéral (6.1, +0.3) se retrouvent au milieu du classement.

8 Les différences par rapport à l'année précédente ne sont indiquées que si elles sont statistiquement significatives.

En raison des prochaines élections parlementaires, le degré de confiance dans les partis politiques a été évalué en 2007, comme ce fut le cas en 1995. Comparé aux autres institutions recensées, la confiance dans les partis politiques n'est pas élevée (1995: 4.8; 2007: 5.1).

Rapprochement de l'UE/Adhésion à l'UE: Depuis 2004, la voie des bilatérales avec l'UE est approuvée par une large majorité. Cette situation a peu changé par rapport à l'année précédente (73%, +2%). Par contre, depuis 2005 une tendance montre que l'adhésion à l'UE (29%, -3%) ou le rapprochement de l'UE (47%, -2%) perdent du terrain. Même les partisans d'un rapprochement politique avec l'UE, soit 47%, sont actuellement en légère minorité, cela pour la première fois depuis 1989.

Coopération militaire OTAN/UE: Depuis le début des évaluations, seule une minorité des personnes interrogées approuve une coopération militaire plus étroite avec l'OTAN et l'UE. Le plus envisageable serait encore un rapprochement avec l'OTAN: 39% (-3%) des citoyen(ne)s sont «tout à fait d'accord» ou «plutôt d'accord». Seule une minorité des sondés pourrait s'imaginer une adhésion de la Suisse à l'OTAN (21%, -4%) ou une participation de la Suisse à la construction d'une armée européenne (26%, -13%).

ONU: Depuis l'adhésion de la Suisse à l'ONU en 2002, la cote de popularité des Nations Unies n'a que peu changé. Elle reste en majorité positive. Cette année, 61% (+7%) se déclarent «tout à fait d'accord» ou «plutôt d'accord» avec la proposition selon laquelle la Suisse devrait «s'engager activement pour les affaires de l'ONU». Alors que la coopération avec l'OTAN recueille une plus faible approbation par rapport à l'année précédente, le pourcentage des sondés en faveur de l'ONU a augmenté.

Coopération internationale sans liens institutionnels restreignant la souveraineté: Une large majorité se montre de nouveau en faveur d'une augmentation des activités de médiation de la Suisse dans les conflits (71%, ±0%) et d'un rôle plus actif lors des conférences internationales (75%, +5%). La valeur attribuée à l'importance de la Suisse en tant que siège du Comité International de la Croix-Rouge reste élevée (79%, -1%). Une faible majorité (57%, -7%) est aussi d'avis que la Suisse devrait augmenter l'aide au développement.

Autonomie nationale en général et autonomie nationale en matière de politique de sécurité: Le postulat d'une indépendance économique et politique de la Suisse aussi grande que possible est approuvé à une large majorité. Depuis 1999, cette tendance ne cesse de s'accroître (70%, +1%). Bien que la volonté d'une plus grande autonomie militaire augmente (49%, +6%), elle n'est pas cautionnée par la majorité des sondés. La proposition de s'engager sur une voie excluant tout accord ou alliance avec d'autres Etats est la moins soutenue (35%, -1%).

L'autonomie en matière de sécurité nationale n'est plus considérée comme possible. En 2007, comme déjà ces quatre dernières années, un peu plus de la moitié des sondés (57%, -2%) est d'avis que notre sécurité nationale est toujours davantage déterminée par d'autres Etats.

Neutralité: Comme toujours, la Suisse se retrouve unie derrière le principe de «neutralité». Au milieu et à la fin des années 90, environ 82% des personnes interrogées étaient en faveur du maintien de la neutralité. En 2002, ce taux d'approbation a augmenté et atteint actuellement un pourcentage stable depuis quelques années, soit proche des 90% (2007: 92%, +2%).

Par contre, l'évaluation des trois fonctions de la neutralité diffère. Non seulement, la fonction se référant à la solidarité⁹ est le plus fréquemment approuvée (90%, +1%), mais aussi la fonction relative à l'identité¹⁰ est largement cautionnée (80%, +1%). Bien qu'une majorité pense que la neutralité peut être un avantage¹¹ en ce qui concerne la politique de sécurité, cette fonction ne fait de loin pas l'unanimité parmi les Suisse(sse)s interrogé(e)s (61%, +2%).

Terrorisme: 42% pensent aujourd'hui «que le terrorisme représente un danger pour notre pays». Seuls 40% des personnes interrogées sont d'avis que la neutralité nous protège des attaques terroristes. 12% (-2%) des citoyen(ne)s se sentent, «après la série d'attentats de ces derniers temps», «plutôt davantage menacés qu'avant». Peu après les attentats de Madrid au printemps 2004, ce pourcentage était nettement plus élevé (25%). En février 2006 également, soit plus de six mois après les attentats de Londres, environ une personne sur sept se sentait – comme en 2007 – davantage menacée qu'avant les attentats. Plus l'intervalle entre les attentats significatifs commis en Europe est grand, plus la peur du terrorisme diminue.

9 «Grâce à la neutralité, la Suisse peut servir de médiatrice dans les conflits et fournir de bons offices sur le plan international.»

10 «La neutralité est indissociablement liée à notre conception de l'Etat.»

11 «Grâce à la neutralité, nous ne serons pas mêlés à des conflits internationaux.»

50% (+7%) des personnes sondées pensent que la participation aux engagements militaires à l'étranger augmente le danger de terrorisme pour la Suisse. L'affirmation selon laquelle la Suisse peut se protéger en participant à la lutte contre le terrorisme international est approuvée par une faible majorité (56%, -7%).

Liberté versus sécurité: L'analyse des données révèle un visage ambivalent de l'équilibre entre la liberté et la sécurité. Lorsque les personnes interrogées doivent se prononcer sur l'importance de ces valeurs en dehors de tout contexte, «la liberté» (58%) passe avant «la sécurité» (48%). Par contre, si les valeurs «liberté» et «sécurité» sont liées à une menace concrète – soit, dans notre sondage, au terrorisme – l'acceptation de restrictions de liberté pour se sentir plus en sécurité est davantage marquée (63%). Ainsi, environ deux tiers des personnes interrogées acceptent des restrictions de liberté quand il s'agit de lutter contre le terrorisme. Tout porte à croire que plus les restrictions de liberté tendent à limiter le champ d'activités privées, plus elles sont refusées. En général, le sentiment de surréglementation par l'Etat a plutôt faibli ces dernières années. Par contre, la tolérance envers les mesures restreignant la liberté a augmenté.

Acceptation du renforcement des mesures de sécurité par l'Etat: Une large majorité des interrogés se déclarent d'accord avec les mesures suivantes: le contrôle du nombre des étrangers (79% «tout à fait d'accord» et «plutôt d'accord»), les contrôles de bagages supplémentaires aux aéroports (76%), la présence accrue de la police (79%), la collecte de données concernant des personnes suspectes (81%). Par contre, les propositions d'augmenter la surveillance des communications téléphoniques (36%) et de renforcer les contrôles d'accès dans les bâtiments publics (44%) ne sont pas soutenues. Une faible majorité peut accepter des mesures, telles que la saisie de données biométriques (54%) ainsi que la surveillance vidéo des lieux publics (62%) ou l'assouplissement du secret bancaire pour des besoins d'investigation (64%). Il est quelque peu étonnant qu'une faible majorité approuve l'arrestation préventive de personnes suspectes (52%) vu qu'il s'agit d'une mesure qui n'est pas contestée du point de vue de l'Etat de droit. Ce taux d'approbation correspond à la volonté accrue, constatée ces dernières années, de tolérer davantage les mesures répressives afin de garantir la sécurité intérieure.

Engagement de l'armée à l'Euro 08: Une grande majorité des personnes sondées est «tout à fait d'accord» ou «plutôt d'accord» que 15'000 soldats soient engagés pour soutenir la police durant le Championnat d'Europe de football 08 (81%). 71% des questionnés se déclarent également «tout à fait d'accord» ou «plutôt d'accord»

avec la proposition d'engager des policiers étrangers pour renforcer la police suisse afin d'assurer la sécurité durant l'Euro 08.

Diversification des tâches de l'armée et perception des menaces extérieures:

En 2007, comme déjà l'année précédente, les partisans (66%, -11%) d'une armée qui «devrait pouvoir faire davantage que seulement défendre notre pays», sont plus nombreux que les partisans d'une armée engagée seulement pour la défense du territoire¹² (51%, +21%).

Les engagements militaires à l'étranger dans le but de protéger la Suisse des actes terroristes rencontrent un scepticisme croissant. En effet, un Suisse(sse) sur deux voit dans ces engagements un risque accru de terrorisme pour notre pays (50%, +7%). L'affirmation selon laquelle la Suisse pourrait se protéger contre le terrorisme international en aidant à le combattre recueille un taux d'approbation nettement plus bas cette année (56%, -7%). Ceux qui sont en faveur d'une armée engagée seulement pour la défense du territoire sont d'avis, à une majorité supérieure à la moyenne, que les engagements militaires à l'étranger accroissent le risque de terrorisme en Suisse. Par contre, les partisans d'une armée multifonctionnelle pensent, à une majorité supérieure à la moyenne, qu'il est nécessaire de lutter contre le terrorisme international par un appui militaire.

Engagements militaires à l'étranger: 78% (-5%) sont en faveur des engagements volontaires de soldats à l'étranger. L'approbation des engagements de maintien de la paix avec des soldats armés pour l'autodéfense a baissé en 2007 (38%, -9%), contrairement aux engagements s'inscrivant uniquement dans le cadre de missions d'appui avec des soldats non-armés qui, eux, enregistrent une acceptation plus élevée (34%, +3%). Seule une minorité continue d'opter pour la participation de soldats suisses à des engagements au combat (6%, +1%). 22% (+5%) refusent toute forme d'engagement de soldats suisses en dehors des frontières suisses. Bien que, en principe, le soutien accordé aux engagements militaires à l'étranger ait crû depuis les premiers relevés effectués en 1995, il est dans l'ensemble en recul depuis 2006¹³.

Alors que 54% (-1%) des Suisse(sse)s trouvent que la Suisse devrait mettre des troupes pour le maintien de la paix à la disposition de l'ONU, 42% s'y opposent.

12 La formulation a été légèrement modifiée. En 2006 l'affirmation était la suivante: «Nous avons besoin d'une armée forte pour la défense nationale en cas de guerre, et pour rien d'autre.» En 2007 l'affirmation fut formulée de la manière suivante: «Nous devrions engager notre armée de milice seulement en cas de guerre et seulement pour la défense nationale et pas dans un autre but.»

13 En 2006 la catégorie de réponses «contre» a été légèrement renforcée, ce qui doit être pris en considération lors d'une comparaison. Néanmoins, il est permis de supposer que le pourcentage des opposants aux engagements militaires à l'étranger a augmenté.

Depuis 1999, l'acceptation des troupes suisses onusiennes est en constante baisse. A cette époque-là, 69% étaient «tout à fait d'accord» ou «plutôt d'accord» avec l'envoi de telles troupes.

Augmentation du nombre de soldats du contingent engagé à l'étranger et CR à l'étranger: 55% (-5%) des personnes interrogées se déclarent d'accord que maintenant 500 soldats volontaires au lieu de 220 puissent être engagés à l'étranger. Seuls 39% des Suisse(sse)s, soit une nette minorité, peuvent néanmoins «s'imaginer que des soldats suisses accomplissent leur cours de répétition à l'étranger».

Acceptation et évaluation de l'armée: La question posée quant à la nécessité de l'armée suisse est considérée comme le baromètre de l'acceptation de la force armée suisse. Cette année, le taux d'acceptation est plus bas que les années précédentes. En février 2007, seuls 61% de la population ayant le droit de vote considèrent que l'armée est «très nécessaire» ou «plutôt nécessaire», alors qu'à la fin octobre 2006 encore 73% partageaient cet avis, soit un pourcentage bien plus élevé. Ainsi, dans l'espace de quelques mois, une certaine distanciation quant à la nécessité de l'armée est de nouveau perceptible¹⁴. Cette évaluation critique de la nécessité de l'armée est probablement en rapport avec l'intensité des débats sur l'étape de développement 08/11 menés durant l'hiver passé. Mais, ces relevés pourraient également être le reflet du scepticisme croissant envers les engagements militaires à l'étranger et de la légère baisse de la perception de la menace terroriste. De plus, comme le montrent les sondages depuis des années, l'importance de l'armée diminue rapidement dans des périodes de confiance accrue et de conjoncture économique.

Armée de milice et obligation de servir: Depuis les années 70 jusqu'au milieu des années 90, un large consensus régnait en Suisse en ce qui concerne les obligations militaires. L'armée de milice était clairement préférée à l'armée de métier. Depuis lors, le pourcentage des partisans d'une armée de métier n'a cessé de croître. En 2005, leur nombre était pour la première fois supérieur à celui des sympathisants d'une armée de milice. En 2007, c'est de nouveau le cas (armée de métier 47% (+1%), armée de milice 44% (-7%)). Une tendance montre depuis longtemps que les personnes âgées de 18 à 29-ans, soit la cohorte d'âge faisant du service militaire, est davantage en faveur de l'armée de métier que l'ensemble de la population (60%, +3%).

¹⁴ Les enquêtes d'octobre 2006 ainsi que de janvier/février 2007 ont été menées par le même Institut avec la même méthode d'enquête et la même technique d'échantillonnage. Toute erreur de méthode devrait être exclue.

Dimension et réforme organisationnelle de l'armée: La baisse d'acceptation de l'armée constatée se reflète également dans la réponse à l'affirmation selon laquelle la Suisse «devrait avoir une armée bien équipée et bien instruite». Ce taux a passé de 81% pour l'année dernière à 77% en 2007.

Seuls 43% des personnes interrogées, soit 6% de moins qu'en octobre de l'année précédente, mais davantage qu'en février 2006 (38%), affirment que les effectifs de l'armée doivent être réduits. Près d'une personne sur deux (48%, +7%) est d'avis que l'obligation générale de servir devrait être abolie et que le service militaire devrait être volontaire.

Obligation de servir: L'idée de transformer les obligations militaires en un service obligatoire avec la possibilité de choisir la forme de service (civil, militaire) atteint, comme les années précédentes, un degré de consensus élevé: 86% trouvent cette idée «plutôt bonne» ou «très bonne».

Dépenses d'armement: Depuis des années, une tendance montre que la majorité des Suisse(sse)s sont d'avis que les dépenses d'armement sont trop élevées. Seul un tout petit nombre de citoyen(ne)s trouve que la Suisse dépense «trop peu» ou même «beaucoup trop peu» pour la défense. Depuis le début des relevés en 1986, cette tendance est restée inchangée. Cependant, il faut préciser que la critique concernant les dépenses d'armement a faibli au cours des dernières années. Toujours plus de personnes interrogées sont d'avis que le budget est «raisonnable», soit 39% (-4%) en février 2007. 49% (+2%) pensent que l'on dépense «trop» ou même «beaucoup trop» d'argent pour l'armement. Pour seulement 7% (-1%) des sondés, l'armée a trop peu d'argent à disposition. Comme présumé en 2005, les relevés révèlent que les efforts d'économie dans le domaine de la défense sont apparemment perçus par une large majorité de la population.

Riassunto dello studio «Sicurezza 2007»

Obiettivi e dati

Gli studi «Sicurezza» sono realizzati ogni anno dall'*Accademia militare presso il Politecnico federale di Zurigo (ETHZ)* in collaborazione con il *Centro di ricerca sulla politica di sicurezza dell'ETHZ*. Essi si basano su sondaggi rappresentativi degli elettori svizzeri e rilevano le tendenze dell'opinione nell'ambito della politica estera, di sicurezza e di difesa in Svizzera. Nel 2007, la raccolta dei dati è stata effettuata dall'istituto ISOPUBLIC fra il 15 gennaio e il 10 febbraio tramite interviste telefoniche con 1'200 persone in tutte le regioni linguistiche.

Le differenze di percentuale fra parentesi si riferiscono al sondaggio effettuato in febbraio 2006. Nel sondaggio 2007 il margine d'errore è del $\pm 3\%$ con una probabilità del 95%. Le differenze inferiori al $\pm 3\%$ devono essere considerate come non significative dal punto di vista statistico, ossia come aleatorie.

Tendenze

Sensazione di sicurezza. Rispetto al febbraio 2004, la sensazione di sicurezza è rimasta essenzialmente stabile. L'86% (-2%) degli intervistati dice di sentirsi, «globalmente» e «ai nostri giorni», «molto» o «abbastanza sicuro». La categoria di coloro che si sentono «molto» sicuri (29%, +1%) è indicativa: anche in questo caso non c'è variazione rispetto al periodo 2004-2006. Questa percentuale continua a essere leggermente inferiore rispetto al periodo 2001-2003, durante il quale era oltre il 30%.

Aspetti della sicurezza. Fra 14 dimensioni della sicurezza, la famiglia è di gran lunga la più importante. La sicurezza familiare è «estremamente importante» per il 59% degli intervistati, mentre quella militare e l'ordine pubblico sono chiaramente in secondo piano (13% e 23%). La sicurezza personale nella sfera privata (per esempio l'integrità fisica e le prestazioni sociali dello stato) ha la priorità rispetto alla sicurezza pubblica. Questa gerarchia sembra riflettere la celebre piramide dei bisogni di Maslow. L'ordine dei vari aspetti della sicurezza è rimasto stabile negli ultimi sei anni. Rispetto all'ultima rilevazione nel 2005, l'unica dimensione in crescita significativa è la salute, che viene oggi considerata «estremamente importante» dal 46% (+7%) degli intervistati.

Valutazione del futuro della Svizzera. Nel 2007, gli svizzeri guardano al futuro con fiducia: il 71% (+6%) è «abbastanza» ottimista per i prossimi cinque anni, e l'8% (+3%) è «molto» ottimista. La valutazione del futuro della Svizzera aveva raggiunto i suoi massimi livelli di ottimismo tra il 2000 e il 2002 con valori oltre il 70%. Dal 2003 la tendenza era piuttosto negativa, ma rispetto al 2006 la fiducia degli svizzeri ha ripreso a crescere. Il marcato incremento dell'ottimismo nel 2007 coincide con la congiuntura economica positiva.

Situazione politica internazionale. Contrariamente alla valutazione per la Svizzera, quasi la metà degli intervistati (46%) prevede un futuro «peggiore e più teso» a livello internazionale. Anche se questo pessimismo è in diminuzione rispetto al 2006 (-7%), complessivamente le aspettative degli svizzeri non sono buone: solo il 7% (+2%) spera in una distensione e in un miglioramento della situazione internazionale.

Fiducia nelle autorità e nelle istituzioni. Sull'arco degli ultimi dieci anni, tutte e sette le istituzioni abitualmente coperte dal sondaggio hanno guadagnato consensi. La fiducia nell'esercito e nella polizia ha continuato ad aumentare, così come quella nei tribunali. La fiducia nel Consiglio federale, nel parlamento e nell'economia ha subito maggiori fluttuazioni, ma rispetto all'anno scorso è aumentata significativamente. In particolare, la fiducia nell'economia raggiunge nel 2007 il livello più alto degli ultimi cinque anni. Questo risultato è presumibilmente influenzato dalla congiuntura economica favorevole.

La classifica delle istituzioni è rimasta sostanzialmente invariata nel corso degli anni. La polizia (indice di fiducia: 7.3) e i tribunali (7.0, +0.2)¹⁵ si trovano in testa, mentre i media (5, +0.5) arrivano all'ultimo posto. Al centro della classifica troviamo l'economia (6.7, +0.6), l'esercito (6.6), il Consiglio federale (6.3, +0.3) e il Parlamento (6.1, +0.3).

In vista delle prossime elezioni nazionali, il sondaggio ha rilevato quest'anno (come già nel 1995) la fiducia nei partiti politici. Comparati alle altre istituzioni, i partiti non ottengono una grande fiducia (1995: 4.8; 2007: 5.1).

Avvicinamento e adesione all'UE. La via bilaterale nelle relazioni con l'UE è dal 2004 approvata da un'ampia maggioranza, e quest'anno la situazione non è cambiata di molto (73%, +2%). Dal 2005 è invece in diminuzione il sostegno per un'adesione (29%, -3%) o un ulteriore avvicinamento all'UE (47%, -2%). Per la prima volta dal

15 Le differenze rispetto all'anno precedente sono indicate solo se sono statisticamente significative.

1989, i sostenitori di un avvicinamento politico all'UE sono ormai in minoranza, anche se di poco (47%).

Cooperazione militare con la NATO e l'UE. Sin dai primi studi condotti una cooperazione militare più stretta con la NATO e l'UE è sostenuta solo da una minoranza. Gli svizzeri possono tutt'al più concepire un avvicinamento alla NATO (il 39%, -3%, è «abbastanza» o «molto» d'accordo con questa proposta), ma l'adesione alla NATO (21%, -4%) e la partecipazione alla costruzione di un esercito europeo (26%, -13%) sono chiaramente rifiutate.

ONU. Da quando la Svizzera è entrata a far parte dell'ONU nel 2002, l'opinione è rimasta stabilmente positiva. Quest'anno il 61% (+7%) è «molto» o «abbastanza» d'accordo con l'idea che la Svizzera deve «impegnarsi attivamente e in prima linea negli affari dell'ONU». Mentre la cooperazione con la NATO ha perso consensi rispetto all'anno scorso, i sostenitori dell'ONU sono aumentati.

Cooperazione internazionale senza conseguenze per la sovranità. Come negli anni scorsi, un'ampia maggioranza sostiene il rafforzamento delle attività di mediazione della Svizzera in caso di conflitti (71%, ±0%), un ruolo più attivo nelle conferenze internazionali (75%, +5%) e la valorizzazione della presenza in Svizzera della sede della Croce rossa (79%, -1%). Poco più della metà degli intervistati (57%, -7%) si sono anche espressi in favore di un incremento degli aiuti allo sviluppo da parte del nostro paese.

Autonomia nazionale. L'idea che la Svizzera debba mantenere la massima indipendenza possibile in campo economico e politico ottiene ampi consensi, in costante aumento dal 1999 (70%, +1%). L'indipendenza militare è invece sostenuta solo da una minoranza, nonostante una marcata crescita rispetto all'anno scorso (49%, +6%). Sono infine poche le persone che riescono a immaginare una via del tutto priva di alleanze e accordi a livello internazionale (35%, -1%).

Pochi credono ancora alla possibilità di garantire la sicurezza nazionale in modo autonomo. Come negli ultimi quattro anni, un po' più della metà degli intervistati (57%, -2%) pensa che la sicurezza della Svizzera dipende sempre più da altri stati.

Neutralità. Gli svizzeri si schierano come sempre compatti dietro il principio della neutralità. Nella seconda metà degli anni 90 il sostegno alla neutralità si era stabilizzato attorno all'82%, ed è ulteriormente aumentato a partire dal 2002. Negli ultimi cinque anni la percentuale si è assestata sul 90% (2007: 92%, +2%).

Le tre funzioni della neutralità sono invece valutate in modo differenziato. La funzione di solidarietà¹⁶ è la più apprezzata (90%, +1%), ma anche quella di identità¹⁷ è ampiamente sostenuta (80%, +1%). D'altro lato, se i vantaggi della neutralità per la politica di sicurezza¹⁸ sono riconosciuti da una maggioranza, questa funzione è chiaramente la meno importante per gli intervistati (61%, +2%).

Terrorismo. Il 42% degli svizzeri crede che «il terrorismo sia un pericolo per il nostro paese», e solo il 40% ritiene che la neutralità ci protegga contro questa minaccia. «Dopo le recenti serie di attentati terroristici», il 12% (-2%) si sente «piuttosto più minacciata di prima». La percentuale era significativamente più elevata (25%) poco dopo gli attentati di Madrid nella primavera 2004. Nel febbraio 2006 (più di sei mesi dopo gli attentati di Londra) circa uno svizzero su sette si sentiva più in pericolo di prima. Nel 2007 la percentuale è simile. La paura del terrorismo diminuisce quando i maggiori attentati perpetrati in Europa si allontanano nel tempo.

Per il 50% (+7%) degli intervistati, la partecipazione a missioni militari all'estero aumenta il pericolo terroristico per la Svizzera. Solo una corta maggioranza (56%, -7%) è d'accordo con l'idea che la partecipazione svizzera alla lotta contro il terrorismo internazionale sia un mezzo efficace di protezione.

Libertà e sicurezza. L'analisi dei dati fornisce un quadro ambivalente per quanto riguarda l'equilibrio tra libertà e sicurezza. Se si chiede in modo astratto quanto siano importanti questi due valori, gli intervistati preferiscono la libertà (58%) alla sicurezza (48%). Se invece questi valori sono messi in relazione con una minaccia concreta, in questo caso il terrorismo, sempre più cittadini sono in favore di una limitazione della libertà per garantire la sicurezza (63%). Circa i due terzi della popolazione sono disposti ad accettare una limitazione della libertà per combattere il terrorismo. Gli svizzeri sono però molto più scettici nei confronti di queste proposte se la protezione della sfera privata è rimessa in questione. Complessivamente, si può dire che la sensazione di un'eccessiva regolamentazione da parte dello stato si è affievolita negli ultimi anni, mentre la tolleranza per misure limitative della libertà è aumentata.

Accettazione di misure di sicurezza più severe. Un'ampia maggioranza è in favore delle seguenti misure: controllo della quota di stranieri (79% «abbastanza» o «molto»

16 «Grazie alla neutralità la Svizzera può fare da mediatore fra le parti in conflitto e offrire servizi mediatori e diplomatici a livello internazionale.»

17 «La neutralità è collegata indissolubilmente alla nostra idea di stato.»

18 «Grazie alla neutralità non veniamo coinvolti in conflitti internazionali.»

d'accordo), controlli dei bagagli rinforzati negli aeroporti (76%), maggiore presenza della polizia (79%) e raccolta di dati su persone sospettate di crimini (81%). Sono invece rifiutate le proposte di effettuare più intercettazioni telefoniche (36%) e maggiori controlli all'entrata di edifici pubblici (44%). La raccolta di dati biometrici è accettabile per una corta maggioranza (54%), mentre la sorveglianza video di luoghi pubblici (62%) e l'allentamento del segreto bancario per i ricercati (64%) sono approvati in modo più netto. Può sorprendere il fatto che una maggioranza degli intervistati (52%) sostiene l'arresto preventivo di persone sospettate di crimini, dato che si tratta di una misura controversa dal punto di vista giuridico. Questo dato è in linea con la tendenza osservata negli ultimi anni verso una maggiore tolleranza di misure repressive per garantire la sicurezza interna.

Impiego dell'esercito nell'ambito dell'Euro 2008. Ben l'81% della popolazione approva l'impiego di 15'000 soldati a sostegno della polizia durante i campionati europei di calcio 2008. Ottiene ampi consensi anche la proposta di ricorrere a forze di polizia di altri paesi per garantire la sicurezza durante questa manifestazione: il 71% degli intervistati è «molto» o «abbastanza» favorevole.

Diversificazione dei compiti dell'esercito e percezione delle minacce esterne. Come nel 2006, i sostenitori di un esercito che oltre alla difesa del territorio può fare di più (66%, -11%) sono più numerosi di coloro che restano attaccati all'idea di un esercito strettamente finalizzato alla difesa¹⁹ (51%, +21%). Gli svizzeri valutano con scetticismo le missioni militari all'estero come mezzo di difesa dal terrorismo: un cittadino su due (50%, +7%) pensa che queste missioni causino un aumento della minaccia per il nostro paese. La percentuale è superiore fra coloro che vorrebbero che l'esercito si concentrasse unicamente sulla difesa del territorio. Sempre meno persone ritengono che la partecipazione svizzera alla lotta contro il terrorismo internazionale sia uno strumento di difesa efficace (56%, -7%). Questa idea ottiene però maggiori consensi tra i sostenitori di un esercito multifunzionale, i quali sono più numerosi a pensare che sia necessario sostenere militarmente la lotta contro il terrorismo internazionale.

Missioni all'estero. Il 78% (-5%) degli intervistati si è espresso in favore dell'impiego di soldati svizzeri in missioni all'estero su base volontaria. Nel 2007 le mis-

19 La formulazione è cambiata leggermente. Nel 2006 l'affermazione proposta nel sondaggio era: «Abbiamo bisogno di un esercito forte per la difesa in caso di guerra e per nient'altro». Nel 2007 è stata modificata in questo modo: «Dovremmo impiegare il nostro esercito di milizia solo in caso di guerra e solo per la difesa del territorio, e non per altri scopi».

sioni per il mantenimento della pace armate a fini di autodifesa ottengono meno consensi (38%, -9%), contrariamente alle missioni di sostegno non armate (34%, +3%). L'impiego di soldati svizzeri all'estero in missioni di combattimento resta concepibile solo per una piccola minoranza (6%, +1%), mentre il 22% (+5%) rifiuta ogni forma di impegno dell'esercito svizzero al di fuori dei confini nazionali. Da quando l'opinione su questo punto è stata rilevata per la prima volta nel 1995, il sostegno di principio per le missioni all'estero è per molti anni cresciuto, ma dal 2006 la tendenza è globalmente negativa²⁰.

Il 54% (-1%) degli intervistati pensa che la Svizzera debba mettere a disposizione dell'ONU truppe di mantenimento della pace, mentre il 42% si oppone. Da otto anni l'approvazione dell'invio di truppe svizzere di mantenimento della pace nell'ambito di missioni dell'ONU è in costante diminuzione: nel 1999 il 69% era ancora «molto» o «abbastanza» d'accordo con questa idea.

Aumento del contingente all'estero e corsi di ripetizione all'estero. Il 55% (-5%) degli intervistati è favorevole all'invio all'estero di 500 soldati volontari invece dei 220 inizialmente previsti. Solo il 39% degli svizzeri non può concepire che «soldati svizzeri svolgano i loro corsi di ripetizione all'estero».

Accettazione e valutazione dell'esercito. La domanda sulla necessità dell'esercito svizzero può essere considerata come indicatore del grado di accettazione delle forze armate svizzere. Rispetto agli anni scorsi i dati indicano una flessione dei consensi: solo il 61% della popolazione pensa che l'esercito sia «molto» o «abbastanza» necessario, mentre in ottobre 2006, solo pochi mesi prima del sondaggio di quest'anno, la percentuale era del 73%. In poco tempo vi è stato un cambiamento sensibile dell'opinione nei confronti dell'esercito²¹. Gli accesi dibattiti dei mesi invernali sul piano di sviluppo 08/11 hanno probabilmente influenzato questa valutazione critica, come forse anche quella dell'invio di truppe all'estero. Si può concludere che la percezione della minaccia terroristica si è affievolita nella popolazione, e che nei periodi in cui la fiducia e l'economia sono in crescita il significato dell'esercito diventa meno apparente, come l'esperienza pluriennale insegna.

20 Nel 2006 la costruzione del questionario ha leggermente rafforzato la categoria dei contrari. Questo punto deve essere preso in considerazione nelle analisi comparative, ma si può comunque affermare che il numero di coloro che si oppongono alle missioni all'estero è aumentato proporzionalmente fra gli intervistati.

21 I rilevamenti di ottobre 2006 e gennaio/febbraio 2007 sono stati effettuati dallo stesso istituto con lo stesso metodo e con lo stesso margine di errore. Si può dunque escludere un problema metodologico.

Obbligo di leva e esercito di milizia. Dagli anni settanta alla metà degli anni novanta vi è stato un ampio consenso sul miglior tipo di esercito in Svizzera: l'esercito di milizia era chiaramente preferito a un esercito di professionisti. Da allora, i sostenitori di un esercito di professionisti sono aumentati costantemente, e nel 2005 sono per la prima volta diventati la maggioranza relativa. La tendenza si conferma nel 2007: il 47% (+1%) è in favore di un esercito di professionisti, mentre il 44% (-7%) sostiene l'esercito di milizia. In linea con i risultati di lungo periodo, la coorte dei giovani soggetti all'obbligo di leva (18–29 anni) è particolarmente favorevole a un esercito di professionisti (60%, +3%).

Organizzazione dell'esercito. La minore accettazione dell'esercito osservata quest'anno trova riscontro anche nella diminuzione della percentuale di persone che pensano che «la Svizzera dovrebbe disporre di un esercito ben equipaggiato e ben istruito» (77%, -4%).

Solo il 43% è in favore di una riduzione degli effettivi dell'esercito. Questa percentuale è inferiore a quella misurata in ottobre 2006 (-6%), ma superiore a quella rilevata nel febbraio dello stesso anno (38%). Circa un cittadino su due ritiene che l'obbligo di leva dovrebbe essere soppresso e che il servizio militare dovrebbe essere facoltativo.

Obbligo generale di servizio. L'idea di una trasformazione dell'obbligo di leva in obbligo di servizio con la possibilità di scegliere liberamente fra servizio militare e civile ottiene come negli anni scorsi un sostegno quasi unanime: l'86% è «abbastanza» o «molto» favorevole a questa proposta.

Spese per la difesa. In linea con la tendenza di lungo periodo, la maggioranza degli svizzeri ritiene che le spese per la difesa siano troppo elevate. Solo poche persone pensano che la Svizzera spende «troppo poco» o addirittura «decisamente troppo poco» per la difesa. Questa tendenza è stata rilevata per la prima volta nel 1986 ed è pienamente confermata anche quest'anno. Si può comunque osservare che nel corso degli anni le spese di difese sono state progressivamente giudicate in modo meno severo. La percentuale di coloro che pensano che il livello di spesa sia «giusto» è in costante aumento, e si è assestata al 39% (-4%) in febbraio 2007. Il 49% (+2%) è d'avviso che le spese sono «eccessive» o «decisamente eccessive», mentre solo il 7% (-1%) teme che le risorse a disposizione dell'esercito non siano sufficienti. Come nel 2005, si può supporre che gli sforzi di economia nel settore della difesa siano stati riconosciuti da un'ampia fascia della popolazione.

Summary of the Survey «Security 2007»

Goals and Database

The annual «Security Survey», realized jointly by the *Military Academy at ETH Zurich* and the *Center for Security Studies of ETH Zurich*, aims to analyze opinion trends towards Swiss foreign and security policy. It is based on annual representative surveys of the Swiss voting population. In 2007, the survey was carried out from January 15th to February 10th among 1'200 persons from all language regions. The survey was carried out by ISOPUBLIC.

The \pm percentages in brackets indicate the variation with regards to the previous year. For the 2007 survey the sampling error lies at $\pm 3\%$ (with a confidence degree of 95%). Deviations of less than $\pm 3\%$ with regard to the previous survey must be considered as random and non-significant.

Basic Trends and Tendencies

Security and threat perception: The general feeling of security has remained stable since February 2004. 86% (-2) of all respondents claim that they «currently» and «in general» feel «very safe» or «rather safe». With 29% (+1%) the more telling subset of those who feel «very safe» experienced little change and remains slightly lower than between 2001 and 2003, when it lay above 30%.

Security aspects: Out of a catalogue of 14 security aspects from all realms of life, those related to family relationships and a personal sentiment of security rank highest in the order of importance (59%, «extremely important»). Military security (13%) as well as peace and order (23%) are only perceived as «extremely important» by a minority. Personal security in the private domain – including personal integrity and state guaranteed social security – ranks higher than public security. This hierarchy of security priorities corresponds with Maslow's well known pyramid of needs. The ranking of security aspects for the period between 2002 and 2007 seems to be stable.

Compared to the last poll in 2005, only the aspect of guaranteed health care is mentioned significantly more frequently as being «extremely important» (46%, +7%).

Assessment of Switzerland's future: In 2007 the Swiss population is very confident about the future: 71% (+6%) are «rather optimistic» and 8% (+3) are «very

optimistic» with regards to the next five years. After having reached the highest levels between the years 2000 and 2002 with scores clearly above the 70% mark, optimism towards the future of Switzerland has tended to drop since 2003. Since 2006 however, the scores have started to increase again. Especially remarkable is the increase since last year. It coincides with the good situation in which the national economy finds itself at the moment.

Global political situation: In contrast to the optimistic perception of the domestic situation, the future of the global situation is estimated to be «somber and tense» by almost every second respondent (46%). Although this pessimistic outlook is shared by fewer respondents than last year (-7%), the estimate is far from optimistic: Only 7% (+2%) expect tensions to decrease.

Trust in authorities and institutions: Over the last ten years, trust in all seven institutions regularly included in the survey, has increased. Trust in security related institutions such as the army, the police and courts has increased continually. Trust levels in the federal council, parliament and in the economy have increased in a less linear way. Trust in these latter institutions has increased significantly since last year. Especially, the Swiss economy is enjoying a much higher level of trust than in the previous 5 years, as was to be expected given its positive development.

The trust ranking has remained fairly constant over the years: Police (trust score 7.3) and the courts (7.0, +0.2)²² are at the top of the list while the media (5.0, +0.5) remains at the bottom. The economy (6.7, +0.6), the army (6.6), the Federal Council (6.3, +0.3) and Parliament (6.1 +0.3) share the midfield.

Because of the upcoming election of Parliament later this year, the survey included trust in political parties, as it did in the election year of 1995. Compared to other institutions, political parties do not enjoy high levels of trust (1995: 4.8; 2007: 5.1).

Relations with the EU/EU accession: The chosen path of bilateral relations to the EU has since 2004 enjoyed the support of a large majority of the Swiss population. Little has changed in this regard since last year (73%, +2%). A possible accession to the EU however, has been decreasing in popularity since 2005 (29%, -3%) as has the possibility of closer cooperation with the EU (47%, -2%). Even the supporters of closer political ties with the EU find themselves to be in a minority of 47%, for the first time since 1989.

22 Differences to the previous year are only mentioned where statistically significant.

Military cooperation with NATO/EU: Since the beginning of the survey, only a minority has supported a closer military cooperation with NATO and the EU. Closer ties to NATO are slightly less popular and are «strongly» or «rather» approved of by 39% (-3%). Full NATO membership (21%, -4%) or the participation in the constitution of joint European armed forces (26%, -13%) remain a possibility only for a minority.

UN: Since Switzerland joined the UN in 2002, the approval rates towards the UN have not changed significantly: They remain overall positive. 61% (+7%) of respondents in 2007 «strongly agree» or «rather agree» with the call for Switzerland to «actively engage in UN matters». The percentage of UN supporters has increased since last year while support for cooperation with NATO has dropped.

International cooperation without reduction of sovereignty: There is unchanged high support for Swiss mediation activities in conflicts (71%, ±0%), for a more active role of Switzerland at international conferences (75%, +5%) and for leveraging from hosting the seat of the Red Cross (79%, -1%). A less comfortable majority (57%, -7%) would also support more involvement in development aid.

National autonomy in general and with regard to security policy: Since 1999 a constantly increasing majority (70%, +1) agrees with the idea of maximal economic and political autonomy for Switzerland. Enhanced military autonomy has regained some popularity but is still a minority view (49%, +6%). The lowest support can be found for a path without any alliances and associations (35%, -1%).

The Swiss do not believe in the possibility of autonomously determining their national security. As in the previous four years in 2007 slightly more than half of the respondents (57%, -2%) believe that Swiss national security is increasingly determined by other countries.

Neutrality: Switzerland continues to adhere to the principle of neutrality. Towards the middle and end of the 1990s, close to 82% of the respondents were in favour of remaining neutral. In 2002, this number increased and has remained stable at around 90% over the past years (2007: 92%, +2%).

The three functions of neutrality, however, are valued differently: The function of solidarity²³ is mentioned favourably by 90% (+1%); but also the function of iden-

23 «Neutrality allows Switzerland to mediate in conflicts and deliver good services internationally».

tification²⁴ enjoys widespread support (80%, +1%). While a majority also expresses agreement with the possible security gains²⁵ of neutrality, this function carries the support of far less respondents (61%, +2%).

Terrorism: 42% of the Swiss population believes today «that terrorism presents a danger for our country». The opinion, that neutrality protects Switzerland from terrorist attacks is only shared by 40%. 12% (-2%) of the population feels «rather more at risk than before» «after the recent series of terrorist attacks». Shortly after the attacks in Madrid in the spring of 2004, that number was significantly higher (25%). In February 2006, over half a year after the London attacks, every seventh Swiss citizen felt more at risk than before. This number remains the same for 2007. Fear of terrorism declines with increasing time passing from major attacks in Europe.

For 50% (+7%) of the respondents, participation in international military missions increases the danger of terrorist attacks in Switzerland. 56% (-7%) agree with the statement that Switzerland can protect itself from terrorism by participating in the fight against international terrorism.

Freedom versus security: The analysis of the data reveals an ambivalent picture when it comes to the balance between freedom and security. If asked in an abstract manner about the meaning of these values, respondents give «freedom» (58%) a higher priority than «security» (48%). If, however, the pair of values «freedom» and «security» is linked to a specific threat (in this case the threat of terrorism), the willingness to accept a reduction of freedom in favour of security rises to 63%. Two thirds of the respondents agree with combating terrorism even if this means restricting freedom. Much indicates that restrictions of freedom are rejected when they threaten to reduce the field of personal action. In general, the feeling of over-regulation by the State seems to have decreased in the past years while the tolerance towards restrictions of freedom seems to have increased.

Acceptance of stronger security measures by the State: A majority of the Swiss population agrees with the following measures: Controlling the size of the population of foreigners living in Switzerland (79% either «strongly» or «rather» agree); additional baggage controls at airports (76%); increased police presence (79%); collecting data about suspicious individuals (81%). There is little support for increased telephone surveillance (36%) and for controls when entering public buildings (44%).

24 «Neutrality is an inseparable part to our notion of Statehood».

25 «Neutrality keeps us from being pulled into international conflicts».

Collecting biometric data is acceptable for more than half of the population (54%), as are video surveillance of public places (62%) and a loosening of banking secrecy for prosecution purposes (64%). Somewhat astonishing is the fact that a small majority (52%) supports precautionary detainment of suspicious individuals as this is a controversial measure in the light of the rule of law. This position is consistent with the increased readiness to accept more repressive measures to support domestic security, a trend that was identified in last year's survey.

Deploying the army for the Euro 08: A significant majority (81%) believes that it is «very» or «rather» appropriate that 15'000 soldiers will be deployed to assist the police at the European Football Championship that will be held in Switzerland and Austria in 2008. 71% «strongly» or «rather» agree with the proposition that foreign police units should be allowed to assist the local police at the Euro 08.

Diversification of army tasks and perception of external threats: In 2007, as in the previous year, more respondents support an army that «should be allowed to do more than just defend the national territory» (66%, -11%) than those that favour a purely territorial and defensive army²⁶ (51%, +21).

An international commitment of the army for purposes of fighting terrorism is met with rising skepticism: Every second respondent considers this to increase the terror threat for the country (50%, +7%). The support for the idea that Switzerland can protect itself by participating in the fight against terrorism has dropped significantly since last year (56%, -7%). Those that are in favour of a traditional role of the army as defender of the national territory are consistently and above average in agreement with the statement that participating in the international fight against terrorism increases the danger of terrorist attacks in Switzerland. Those that favour a multifunctional army on the other hand, believe that military participation in the fight against terrorism is a necessity.

Military missions abroad: 78% (-5%) are favourable to the voluntary engagement of Swiss soldiers abroad. In 2007 support for armed (for self-protection) peace-support operations dropped to 38% (-9%). In contrast, unarmed support missions enjoy increased support (34%, +3%). The participation of Swiss soldiers in combat missions is only conceivable by a small minority (6%, +1%). 22% (+5%) decline any kind of engagement of the army outside of the Swiss territory. While support

²⁶ The wording has slightly changed. In 2006 the proposition presented to respondents was: «We need a strong army for the event of war and for nothing else». In 2007 the text read: «We should use our militia army only for the event of war and purely for the defense of the country and not for other purposes».

for military engagement abroad had been on the rise since it was first measured in 1995, it has declined since 2006²⁷.

54% (-1%) of the Swiss population find that Switzerland should put troops at the disposal of UN peace missions, while 42% are against it. Since 1999, the support for Swiss UN peace troops has continually dropped. In 1999, 69% were «very» or «rather» in favour of deploying Swiss soldiers for UN peace mission troops.

Increasing the contingent serving abroad and repetition courses abroad: 55% (-5%) of the respondents agree with sending 500 (instead of the currently 220) soldiers to voluntarily serve abroad. Only 39%, a clear minority, can «imagine Swiss soldiers doing their repetition courses abroad».

Acceptance and evaluation of the army: Asking the respondents about the need for the Swiss army discloses indications about the acceptance of the Swiss armed forces. While in October 2006 the average acceptance of the army was 73%, in 2007 it has dropped to 61%. Within a few months, the population has distanced itself from the army²⁸. Presumably, the intense debate around the «development step 08/11» (*Entwicklungsschritt 08/11*) that took place during the winter months might be responsible for this increased critical position towards the necessity of the army. The increased skepticism towards foreign engagements of the army is probably also reflected here. In addition to this, the perception of the terrorist threat has decreased and experience has shown that in times of more confidence towards the future and economic growth, people attach less importance to the army.

The militia system and mandatory military service: From the 1970s until the middle of the 1990s there was a consensus in Switzerland that a non-professional militia army was preferable to a professional army. The portion of the Swiss population that supports a professional army has since increased. In 2005, it surpassed the portion of those that supported the militia model. In 2007 this is again the case with 47% (+1%) preferring a professional army and 44% (-7%) still in favor of a militia system. In the 18 to 29 age group (60%, +3%), representing the age group of those eligible for mandatory military service, a professional army enjoys – this is a long term trend – more support when amongst the general population.

27 In 2006, the negative answer category for this item was slightly reinforced. This has to be taken into account for comparisons across years. Still, it can be assumed that the opponents of army engagements abroad have increased in number.

28 The two surveys in October 2006 and January/February 2007 were carried out by the same institute using the same survey methods and the same sampling techniques. A methodological error can thus be excluded.

Size and organization of the army: The decline in the general acceptance of the army that has been identified here is reflected in the drop of agreement from 81% to 77%, together with the statement that Switzerland «should maintain a well equipped and well trained army».

Only 43% (6% less than in October 2006 but 5% more than in February 2006) believe that the size of the army should be reduced. Almost every second respondent (48%, +7%) believes that the mandatory military service should be abolished and that military service should become voluntary.

General mandatory duty: A high level of consensus is reached over the idea of transforming the current mandatory military service into a mandatory duty with the possibility of choosing the type of service (civil or military): Similarly to the two previous years 86% find this to be either a «very good» or «rather good» idea.

Defense expenditures: In what has established itself as being a long term trend, a majority of the Swiss estimate the defense expenditures to be too high. Only very few think that Switzerland spends «too little» or even «much too little» for its defense. Nothing has changed in this regard since the first survey in 1986. Still, it should be noted that expenditures are regarded less critically over time. An increasing number of Swiss citizens estimate the defense budget to be «just about right». In February 2007, this view was shared by 39% (-4%). 49% (+2%) are of the opinion that Switzerland spends «too much» or «much too much» on defense. Only 7% (-1%) believe that the army does not have enough money at its disposal. Apparently – as was already assumed in 2005 – the budget cuts in the defense sector have been noticed by large segments of the population.

1 Chronologie Potenziell meinungsbildender Ereignisse 2006

Wie sich bereits in früheren Jahren gezeigt hat, kann das Interesse der SchweizerInnen an sicherheitspolitischen Themen – das Sicherheits- und Bedrohungsempfinden, die internationale Kooperationsbereitschaft sowie die Neutralitätsauffassung – kurzfristigen Schwankungen unterliegen, die von tagesaktuellen Ereignissen im In- und Ausland geprägt sind. Der Analyse wichtiger Meinungstrends auf Befragungsbasis wird deshalb eine Chronologie meinungsbildender Ereignisse des Jahres 2006 vorangestellt. Die Auswahl der Ereignisse ist naturgemäss selektiv und auf die Wahrnehmung in der öffentlichen Debatte ausgerichtet. Die Angaben beruhen auf der Chronologie zur schweizerischen Sicherheitspolitik, welche die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik als Teil der Homepage zur Schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik auf dem Internet unterhält (<http://www.ssn.ethz.ch/>).¹

1.1 Krisen, Krieg und Instabilität im Mittleren Osten – Rückwirkungen auf Europa

Ereignisse und Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Phänomen der politischen Gewalt im weiteren Mittleren Osten – der Karikaturenstreit, der Wahlsieg der Hamas, der Krieg im Libanon, der iranische Nuklearstreit, die Entwicklungen im Irak und in Afghanistan – dominierten die Agenda der internationalen Politik auch in diesem Berichtszeitraum (Januar bis Dezember 2006). Dass lokale und regionale Entwicklungen in einem entterritorialisierten Umfeld globale politische Rückwirkungen haben können, verdeutlichte gleich zu Beginn des Jahres der so genannte Karikaturenstreit. Vier Monate nach der Veröffentlichung von zwölf Zeichnungen des Propheten Mohammed in einer dänischen Zeitung eskalierte der ursprünglich auf Dänemark begrenzte Protest islamischer Organisationen Ende Januar 2006 in eine internationale Krise und entlud sich in teilweise gewalttätigen Demonstrationen in muslimischen Staaten, die sich gegen westliche Botschaften und Einrichtungen richteten. Die Gewaltakte wiesen den Charakter einer gesteuerten Eskalation auf, die von radikalen Kräften und Politikern, darunter dem iranischen Präsidenten, zu politischen Zwecken instrumentalisiert wurden.

1 Der Autor dankt Christiane Callsen für die Zusammenstellung und Aufbereitung des Materials.

In der westlichen Welt löste der Karikaturenstreit eine Debatte über die Grenzen der Presse- und Meinungsfreiheit, aber auch über die Loyalität der muslimischen Gemeinschaften gegenüber dem Staat aus, der sie aufgenommen hat.

Aus den Parlamentswahlen in den Palästinensergebieten (26.01.2006) ging die Hamas – die von Israel, den USA und der Europäischen Union als Terror-Organisation betrachtet wird – als Siegerin hervor. Nach der Vereidigung der neuen Hamas-Regierung unter Premierminister Ismail Haniyeh durch Präsident Mahmoud Abbas (29.03.2006) stoppten die USA und die EU alle direkten Hilfen an die palästinensische Verwaltung (07.04.2006). Sie wollten damit die Hamas zwingen, Israel anzuerkennen, der Gewalt abzuschwören und die bisherigen Nahost-Vereinbarungen einzuhalten. In der Folgezeit forderten Machtkämpfe zwischen Hamas- und Fatah-Anhängern Todesopfer. Ende Juni einigten sich Hamas und Fatah nach langwierigen Verhandlungen auf ein Grundsatzdokument über eine Zwei-Staaten-Lösung, das die Anerkennung Israels in den Grenzen von 1967 impliziert (27.06.2006). Aufkeimende Hoffnungen auf eine Entspannung der Situation wurden aber sogleich enttäuscht: Gemeinsam mit zwei ultraradikalen Gruppen unternahmen die Kassam-Brigaden den ersten Überfall auf die israelischen Streitkräfte seit deren Abzug aus dem Gazastreifen, töteten israelische Soldaten und verschleppten den 19-jährigen Korporal Gilad Shalit. Israel reagierte mit einer massiven militärischen Offensive im Gazastreifen. Die zweite Jahreshälfte stand dann wiederum im Zeichen der innerpalästinensischen Rivalität zwischen Hamas- und Fatah-Milizen.

Am 13. Juli 2006 verhängten die israelischen Streitkräfte eine Blockade gegen Libanon und begannen mit schweren Luftangriffen gegen Ziele im Südlibanon und in der libanesischen Hauptstadt Beirut. Auslöser der militärischen Offensive war ein Überfall der libanesischen Hizbullah-Miliz auf israelisches Staatsgebiet und die Entführung zweier israelischer Soldaten einen Tag zuvor. Der Hizbullah forderte von Israel einen Gefangenenaustausch und setzte den Beschuss nordisraelischer Ortschaften mit Katjuscha-Raketen fort. Der anschwellende libanesischer Flüchtlingsstrom, die wachsende Zahl ziviler Opfer im Libanon (Luftangriff auf Kana (30.07.2006); Luftangriff auf Kaa (04.08.2006)) und der Beschuss eines Unifil-Postens im Südlibanon (25.07.2006) führten zu einer zunehmenden Kritik an der israelischen Kriegsführung und einer Erhöhung des diplomatischen Drucks auf Israel. Ausgelöst durch die Resolution 1701 des Uno-Sicherheitsrates (13.08.2006) trat ein Tag darauf ein Waffenstillstand (14.08.2006) in Kraft. Der israelische Rückzug war am 1. Oktober 2006 abgeschlossen. Unterstützt von einer auf 15'000 Mann aufgestockten Unifil-Mission bezogen libanesische Regierungstruppen erstmals seit dem Bürgerkrieg wieder Positionen an der südlibanesischen Grenze. Während der Machtzuwachs der schiitischen Hizbullah das fragile Machtgefüge im

Zederland nachhaltig erschütterte, verschärfen sich in Israel die innenpolitischen Auseinandersetzungen über die Fehler der Regierung und der Militärführung bei der Vorbereitung und Durchführung der militärischen Offensive.

Parallel zu diesen Ereignissen eskalierte der Streit um das iranische Nuklearprogramm. Im April 2006 verkündete der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinejad einen ersten Erfolg bei der Urananreicherung und erklärte Iran zum Mitglied im Klub der Nuklearmächte. Die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) forderte vom Iran die Einstellung der Urananreicherung. Am 6. Juni 2006 unterbreiteten die fünf Uno-Vetomächte und Deutschland dem Iran ein Verhandlungspaket, das wirtschaftliche und technologische Anreize, aber auch Drohungen mit Sanktionen umfasste. Nach Nichteintreten des Iran auf dieses Verhandlungspaket beschloss der Sicherheitsrat im Dezember einstimmig Sanktionen (23.12.2006), wobei allerdings auf Bestreben Russlands und Chinas auf die Androhung militärischer Massnahmen verzichtet wurde.

Auch die Lage im Irak blieb weiterhin von Unsicherheit gekennzeichnet. Weder die wiederholten militärischen Offensiven der USA gegen die Aufständischen noch der Tod des Terroristenführers Az-Zarkawi (07.06.2006) vermochten die Gewalt einzudämmen. Auch das Zustandekommen einer Regierung der nationalen Einheit (21.05.2006) brachte keine nachhaltige Verbesserung der Sicherheitslage mit sich. Terroristische Selbstmordanschläge und Angriffe von Aufständischen auf Regierungs- und Koalitionseinheiten fanden beinahe jeden Tag statt. Laut einem Bericht der Uno-Mission im Irak von Januar 2007 wurden im Laufe des Jahres 2006 über 34'000 Zivilpersonen Opfer von Gewalt. In den USA machte sich zunehmend eine Desillusionierung über das Militäringagement im Irak und Ratlosigkeit mit Blick auf die zukünftige Irak-Strategie breit. Bei den Zwischenwahlen errangen die Demokraten einen eindrucklichen Sieg (07.11.2006), wobei die Niederlage der Republikaner nicht zuletzt als Ausdruck der Unzufriedenheit über die Irak-Politik der Regierung Bush interpretiert wurde. Mit der Ernennung von Robert Gates zum US-Verteidigungsminister signalisierte Präsident George W. Bush eine Kurskorrektur. Parallel dazu zeigte er sich aber wenig offen gegenüber den Vorschlägen der Baker-Kommission (06.12.2006), die für einen Teilabzug der US-Kampftruppen bis Anfang 2008 und für eine diplomatische Initiative unter Einbezug aller Nachbarstaaten des Iraks, inklusive Irans und Syriens, plädierte.

Die Bedrohung durch Terrorangriffe blieb auch im Jahre 2006 ein globales Phänomen. Im April explodierten im ägyptischen Badeort Dahab drei Bomben in zwei Restaurants und einem Touristenbasar (24.04.2006). Unter den 20 Toten und rund 150 Verletzten befand sich auch ein Schweizer Todesopfer. Aber auch die Gefahr, die von in Europa operierenden Terrorzellen ausgeht, wurde einmal mehr

in Erinnerung gerufen, als die britische Polizei im August einen umfangreichen Anti-Terror-Einsatz durchführte (10.08.2006). Sie verhaftete 24 Personen und verhängte die höchste Alarmstufe in allen britischen Flughäfen. Gemäss Auskunft der Behörden hatten die Terroristen geplant, bis zu zehn Flugzeuge durch die Zündung von Flüssigsprengstoff während des Flugs von Grossbritannien in die USA zum Absturz zu bringen. Die Verbindungen der verhafteten Männer in London wiesen nach Pakistan. Die Notwendigkeit der Einhaltung internationaler Rechtsgrundsätze und die Hochhaltung individueller Freiheitsrechte im Kampf gegen den Terrorismus beschäftigten die europäische Öffentlichkeit insbesondere im Zusammenhang mit den Gerüchten und Untersuchungen um CIA-Flüge und -Gefängnisse in Europa. Die Parlamentarische Versammlung des Europarats beauftragte den Tessiner Ständerat Dick Marty (07.11.2005), den Berichten nachzugehen. In dem am 7. Juni 2006 vorgelegten Bericht werden 14 europäische Staaten einer Verwicklung unterschiedlichen Ausmasses in die illegalen Aktionen der CIA beschuldigt – eindeutige Beweise für diese Verwicklungen wurden allerdings nicht vorgelegt.

Auch in anderen Weltregionen verlief das Jahr nicht ohne Spannungen und Krisen. In Afghanistan machten die wieder erstarkten Taliban mit einer opferreichen Terrorstrategie nach dem Vorbild des Iraks auf sich aufmerksam. Unter der Ägide der Uno wurde Anfang des Jahres der Verhandlungsprozess zur Regelung des künftigen Rechtsstatus des Kosovo eingeleitet. Je klarer sich allerdings abzeichnete, dass der Plan des Uno-Sondergesandten Martti Ahtisaari auf die faktische Abtrennung Kosovos von Serbien hinauslaufen würde, desto deutlicher trat die ablehnende Haltung Russlands hervor. Nordkorea wiederum testete sieben Raketen über dem japanischen Meer (anfangs Juli 2006) und führte laut eigenen Angaben erstmals einen unterirdischen Atomwaffentest (09.10.2006) durch. Die darauf vom Sicherheitsrat einstimmig verhängten Sanktionen (14.10.2006) wurden von Nordkorea kurze Zeit darauf mit der Ankündigung beantwortet, an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

1.2 Aussenpolitik: Bestätigung des EU-Bilateralismus – Kohäsionszahlungen und Steuerstreit – Sitz im Uno-Menschenrechtsrat

Im Juni 2005 hatten die Schweizer Stimmberechtigten die Assoziierung der Schweiz an die Abkommen von Schengen und Dublin angenommen (05.06.2005). Im Berichtsjahr rückten nun Fragen der Umsetzung des Schengen-Abkommens in den Vordergrund. Allerdings verzögerte sich aufgrund der laufenden Modernisierung der Schengener Polizeidatenbank SIS die Anbindung der Schweiz an das System. Im April präsentierte die Europäische Kommission den Entwurf eines Rechtserlasses zur Intensivierung der grenzüberschreitenden Polizeizusammenarbeit (27.04.2006). Umstritten war dabei die Definition der Voraussetzungen, unter denen die Fortsetzung einer grenzüberschreitenden polizeilichen Observation auf dem Territorium eines anderen Schengen-Staates weitergeführt werden darf. Zusammen mit anderen Staaten argumentierte die Schweiz, dass bei der Observation nach innerstaatlichem Recht beider Staaten eine strafbare Handlung vorliegen müsse. Die Vorlage soll auf einer neuen Basis wieder aufgenommen werden.

Das Abkommen über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit und die verstärkten flankierenden Massnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping traten am 1. April 2006 in Kraft. Im zweiten und dritten Observatoriumsbericht (29.06.2006 und Mai 2007) hielten die Bundesbehörden fest, dass die Zuwanderung gemäss den Bedürfnissen der Schweizer Wirtschaft und ohne negative Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit und Lohnentwicklung verlaufe. Ebenfalls im Juni verabschiedete der Bundesrat den Europabericht 2006. Der Bericht stellt die Wahrung der schweizerischen Interessen ins Zentrum der Analyse. Er kommt zum Schluss, dass die Ziele der Schweiz kurz- und mittelfristig mit der Weiterentwicklung des bestehenden Vertragswerks erreicht werden können. Die Aussenpolitischen Kommissionen des Parlaments nahmen den Bericht wohlwollend zur Kenntnis und bestätigten damit, dass der bilaterale Weg von einer Mehrheit zurzeit als beste Lösung zur Regelung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU betrachtet wird.

Bereits anfangs des Jahres 2006 hatte die Schweiz in Brüssel ein *Memorandum of Understanding* über die Modalitäten des Schweizer Finanzbeitrags an die zehn EU-Mitgliedstaaten, die der EU seit 2004 angehören, unterzeichnet. Im März 2006 nahm der Nationalrat als Zweitrat das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit Osteuropa an (13.03.2006), das die Rechtsgrundlage für die Kohäsionszahlungen der Schweiz an die Staaten Osteuropas in der Höhe von einer Milliarde Franken bildet. In der Folge ergriffen Lega, SVP und der Bund der Steuerzahler das Referendum gegen das Osthilfegesetz. Im November hiessen die Stimmbürger das Osthilfegesetz mit 53% Ja-Stimmen gut (26.11.2006) und im Dezember ver-

abschiedete der Bundesrat einen Rahmenkredit von 650 Millionen Franken für die Fortsetzung der traditionellen Osthilfe an die Länder Südosteuropas und der ehemaligen Sowjetunion (15.12.2006).

Die Meinungsverschiedenheiten wegen der kantonalen Steuerregime blieben das ganze Jahr über Thema in den Gesprächen zwischen Brüssel und der Schweiz. Die EU-Behörde sieht darin eine Verzerrung des Wettbewerbs und somit einen Verstoß gegen das Freihandelsabkommen von 1972. Im März 2006 wies die Schweiz diese Vorwürfe als unbegründet zurück (09.03.2006). Bern argumentierte, dass das Freihandelsabkommen ausschliesslich den Warenverkehr regle und bei dessen Abschluss keine Rechtsharmonisierung angestrebt worden sei. Aus Schweizer Sicht besteht damit kein Zusammenhang zwischen dem Freihandelsabkommen und der Besteuerung gewisser Unternehmen.

Am 9. Mai 2006 wählte die Generalversammlung der Uno in New York die Schweiz mit 140 Stimmen in den neu geschaffenen Menschenrechtsrat. Dem neuen Gremium, an dessen Schaffung die Schweiz massgeblich beteiligt war, gehören 47 Staaten an, darunter auch in Menschenrechtsfragen umstrittene Staaten wie China, Saudi-Arabien und Kuba. Die USA hatten auf eine Kandidatur verzichtet. Der Rat mit Sitz in Genf tagte am 19. Juni 2006 das erste Mal. Kritisch beurteilt wurde, dass sich das Gremium hauptsächlich mit dem arabisch-israelischen Konflikt beschäftigte und dass eine Blockbildung zwischen westlichen und lateinamerikanischen sowie asiatischen und afrikanischen Staaten stattfand. So verurteilte der Menschenrechtsrat Israel wegen Angriffen auf Zivilisten im Libanon und verabschiedete mit 27 zu 11 Stimmen bei 8 Enthaltungen die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der von Israel begangenen Menschenrechtsverletzungen im Libanonkrieg (11.08.2006). Die EU-Staaten, die Ukraine, Japan und Kanada lehnten die Resolution als einseitig ab; die Schweiz enthielt sich der Stimme.

Nach Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Israel und dem libanesischen Hizbullah evakuierte die Schweiz rund 850 ausreisewillige Staatsangehörige aus dem Libanon (19.07. bis 24.07.2006). Zu Reden gaben in diesem Zusammenhang Äusserungen von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey zur Interpretation einer «aktiven Neutralitätspolitik» und zur Idee einer Kandidatur der Schweiz für einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat. Bundesrätin Micheline Calmy-Rey begründete ihre Kritik an den Kriegsparteien damit, dass die Schweiz als Depositarstaat der Genfer Konventionen verpflichtet sei, sich für die Einhaltung des Kriegsvölkerrechts einzusetzen. Nach der Sommerpause traf sich der Bundesrat zur Diskussion der Situation im Libanon. Entschieden wurde offiziell nichts: Die Aussenministerin stellte einen neuen Neutralitätsbericht sowie zwei Zusatzberichte zur Weiterentwicklung des Kriegsvölkerrechts und zur Rolle der Schweiz als Depositarstaat der Genfer Konventionen in Aussicht (23.08.2006).

1.3 Verteidigungs- und Armeepolitik: Anhaltende Grundsatzdebatten – Annahme des Rüstungsprogramms 2006 – Fortführung der Auslandseinsätze

Auch im Jahre 2006 rissen die Grundsatzdebatten über die zukünftige Ausrichtung der Schweizer Armee nicht ab. Mit dem Entwicklungsschritt 2008/2011 plante das VBS eine Schwergewichtverlagerung von der klassischen Territorialverteidigung zur Raumsicherung. Die Zahl der Infanteriebataillone soll zu Lasten der gepanzerten und weiterer schwerer Formationen von 16 auf 20 erhöht werden. Gleichzeitig soll die Kompetenz für den Verteidigungskampf erhalten bleiben und damit insgesamt der neuen Bedrohungs- und Risikolage Rechnung getragen werden. Die Reaktionen auf den angekündigten Entwicklungsschritt 2008/2011 fielen mehrheitlich negativ aus. Trotzdem musste als Überraschung gewertet werden, dass der Nationalrat den Entwicklungsschritt 2008/2011 mit 101 zu 73 Stimmen als Resultat einer Allianz zwischen SVP und SP ablehnte (03.10.2006). Sah die SVP den Verfassungsauftrag der Landesverteidigung gefährdet, so ging der SP die Reduktion der Armeebestände zuwenig weit.

Ebenfalls im Zusammenhang mit dem Entwicklungsschritt 2008/2011 beschloss der Bundesrat am 17. Mai 2006, dass die beiden Teilstreitkräfte Heer und Luftwaffe erhalten bleiben sollen. Die Zusammenlegung der beiden Organisationseinheiten war aus Spargründen geprüft worden. Der Bundesrat begründete seinen Entscheid mit dem Hinweis auf die notwendige Festigung der Strukturen der Armee XXI. Damit bleiben das Heer und die Luftwaffe eigene Organisationseinheiten, die direkt Armeechef Christoph Keckeis unterstellt sind.

Im Juni verabschiedete der Bundesrat das Rüstungsprogramm 2006, das einen Verpflichtungskredit von rund 1,5 Milliarden Franken für acht Vorhaben umfasst (01.06.2006). Im Zentrum des Programms stehen die Anschaffung eines neuen Führungssystems für das Heer sowie von Geniepanzern und von Flugzeugen des Typs PC-21. Das Führungsinformationssystem soll die Interoperabilität mit Partnern im In- und Ausland ermöglichen und der Armee bei der Abdeckung ihres gesamten Aufgabenspektrums von der Unterstützung der zivilen Behörden bis zur Landesverteidigung zur Seite stehen. Die zwölf Genie- und Minenräumpanzer, deren Beschaffung im Rahmen des Rüstungsbudgets 2004 vom Parlament abgelehnt wurde, sollen einerseits die Verteidigungskompetenz erhalten und andererseits Raumsicherungsoperationen ermöglichen. Die sechs Flugzeuge des Typs PC-21 sind für Schulung von Jetpiloten nach der für das Jahr 2010 geplanten Ausmusterung der Tiger vorgesehen.

Im August schickte der Bundesrat die Revision 09 der Militärgesetzgebung in die Vernehmlassung (23.08.2006). In der Revision vorgesehen sind unter anderem

obligatorische sechswöchige Ausbildungsdienste im Ausland für schwere Truppenverbände. Weiter soll die Teilnahme an Auslandseinsätzen für Berufsmilitärs obligatorisch werden, und der Bundesrat verlangt mehr Kompetenzen bei der Genehmigung von Assistenz- und Auslandseinsätzen. In den Vernehmlassungsantworten schlug den verlängerten obligatorischen Wiederholungskursen im Ausland viel Skepsis entgegen. Auch zeichnete sich eine entschiedene Opposition der SP, der Grünen und der GSoA gegenüber einer Ausweitung der Entscheidungskompetenzen des Bundesrates für Einsätze im Assistenzdienst und zur Friedensförderung ab.

Viel zu reden gab im Berichtsjahr auch ein Strategiepapier des Bundesrates für die Beteiligung der Schweizer Armee an multinationalen Friedensoperationen (05.06.2006). Anlass für das Strategiepapier war der voraussichtliche Ausbau der Beteiligung der Schweizer Armee auf Bataillonsstärke. Auf Kritik stiess insbesondere das Anliegen, neu auch Einsätze ausserhalb Europas, beispielsweise auf dem afrikanischen Kontinent, in Aussicht zu stellen. Widerstand leistete einerseits die SVP, die aus Neutralitäts- und Kostenüberlegungen die Einstellung der Auslandseinsätze forderte. Andererseits wehrten sich auch die Grünen gegen eine «Militarisierung der Aussenpolitik» und lehnten das Strategiepapier ab. Ein politischer Konsens über die strategische Ausrichtung der Schweizer Armee ist weiterhin nicht absehbar.

Jenseits der Grundsatzdebatten leistete die Armee auch in diesem Jahr friedensunterstützende Einsätze im Ausland. Am 06. April 2006 begann der Friedensförderungseinsatz des vierzehnten Swisscoy-Kontingents bestehend aus 202 Soldaten, darunter 13 Frauen, zugunsten der multinationalen Kosovo Force (Kfor). Das vierzehnte Kontingent löste das vorgängige Kontingent ab, das am 6. Oktober 2005 seinen Dienst im Kosovo angetreten hatte. Es bestand aus 209 Soldaten, darunter 19 Frauen, und wurde am 7. April 2006 offiziell verabschiedet. Darüber hinaus genehmigte der Bundesrat zwei Vereinbarungen, die den Einsatz von Schweizer Offizieren im Friedensförderungsdienst in Afghanistan auf eine neue rechtliche Grundlage stellen (03.05.2006). Im Rahmen eines Uno-Mandates sind seit März 2003 vier zum Selbstschutz bewaffnete Stabsoffiziere in der *International Security Assistance Force* (Isaf) tätig. Die Nato bestätigte den Vorbehalt der Schweiz, dass die im Rahmen der Isaf eingesetzten Schweizer Offiziere nicht an Kampfhandlungen zur Friedenserzwingung teilnehmen dürfen. Im Juli entschied der Bundesrat, das deutsche Kontingent in Kongo-Kinshasa mit zwei unbewaffneten Schweizer Militärärzten zu unterstützen (21.07.2006). Eine Entsendung von Schweizer Soldaten zur Verstärkung der Unifil-Truppen im südlibanesischen Grenzraum wurde im Spätsommer zwar diskutiert, aufgrund des friedens erzwingenden Mandats der Uno-Streitkraft aber abgelehnt.

Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats stellte in ihrem Bericht zum Vollzug der Kriegsmaterialgesetzgebung keine Verstösse seitens des Bundesrates gegen das Völkerrecht oder die internationalen Verpflichtungen der Schweiz fest (07.II.2006). Überprüft wurden Kriegsmaterialexporte in die Vereinigten Arabischen Emirate, nach Pakistan, Indien und nach Südkorea. Dennoch hielt die Kommission einzelne Entscheide des Bundesrates für falsch und schlug vor, das Kriterium der Menschenrechte zukünftig verstärkt zu gewichten.

1.4 Innere Sicherheit: Schleppende Anpassung der Strukturen – Klärung der Rolle der Armee – Verschärfung der Terrorgefahr

Im Rahmen der Bewältigung asymmetrischer Risiken und Bedrohungen kommt der Kooperation und Koordination der sicherheitspolitischen Mittel und Instrumente im Bereich der Inneren und Äusseren Sicherheit eine entscheidende Bedeutung zu. Bereits im Juni 2005 hatte der Bundesrat eine engere Zusammenarbeit der Nachrichtendienste in den Bereichen Terrorismus, organisierte Kriminalität und Waffenhandel beschlossen. Im Laufe des Berichtsjahres überprüfte die Geschäftsprüfungsdelegation der eidgenössischen Räte die Tragfähigkeit der gemeinsamen Auswertungs- und Analyseplattformen zwischen dem Strategischen Nachrichtendienst (SND) und dem Dienst für Analyse und Prävention (DAP). Sie kam dabei zum Schluss, dass die Organisation der beiden Dienste keinen zeitgemässen Beitrag zur Sicherheit der Schweiz liefere, solange sie nicht unter dem Dach eines Departements zusammengeführt würden (31.01.2007). Der Bundesrat vertrat demgegenüber die Ansicht, dass sich die heutigen Kooperationsmechanismen grundsätzlich bewährt haben.

Erste Lösungsansätze zur Regelung der zivilen und militärischen Zusammenarbeit im Innern wurden durch ein Gremium aus Vertretern des VBS und der Konferenz der Kantonalen Justiz- und PolizeidirektorInnen (KKJPD) präsentiert (11.04.2006). Ab Juli 2006 sollen keine Milizverbände mehr zum Botschaftsschutz eingesetzt werden. Künftig sollen die Leistungen, die Aufträge, die Einsatzverantwortung sowie die Einsatzregeln zwischen Polizei und Armee konkreter als bisher festgelegt werden. Im November 2006 informierten VBS und KKJPD über weitere Ergebnisse der Plattform KKJPD/VBS zur Klärung der Aufgabenteilung und der Kooperationsformen zwischen Polizei und Armee im Bereich der Inneren Sicherheit (03.II.2006). Im Zentrum des vorgestellten Konzeptpapiers stehen das Subsidiaritätsprinzip sowie der Dialog zur gegenseitigen Problemlösung als Eck-

werte für die Kooperation zwischen Bund, Kantonen und grossen Städten. Die Einsatzverantwortung in der militärisch-zivilen Zusammenarbeit soll grundsätzlich bei den zivilen Behörden liegen, während die Armee die Führungsverantwortung trägt. Da Ende 2006 die Bundesbeschlüsse über subsidiäre Armeeeinsätze ausliefen, kam der Neuregelung der Armeeeinsätze zum Schutz ausländischer diplomatischer Vertretungen in der Schweiz besondere Bedeutung zu. Kantone und Städte bevorzugten eine Lösung, bei der die Armee lediglich im Falle von Belastungsspitzen unter Rückgriff auf Durchdiener und Berufssoldaten der militärischen Sicherheit zum Einsatz kommt.

Im Hinblick auf die Kooperation mit internationalen Partnern im Bereich von Justiz und Polizei ist auf das in der Herbstsession der Räte verabschiedete Kooperationsabkommen zwischen der Schweiz und dem Europäischen Polizeiamt (Europol) hinzuweisen, das am 1. März 2006 in Kraft trat. Neben den bilateralen Polizeiabkommen der Schweiz mit den Nachbarstaaten und der Zusammenarbeit mit Interpol stellt das Abkommen der Schweiz mit Europol einen dritten Pfeiler der polizeilichen Zusammenarbeit dar. Das Abkommen ermöglicht eine engere operationelle und strategische Zusammenarbeit zur Bekämpfung der internationalen Kriminalität mit den an Europol beteiligten EU-Staaten. Nationale Verbindungsstelle zu Europol ist das Bundesamt für Polizei (Fedpol); vorgesehen ist ferner die Entsendung eines Polizeiverbindungsbeamten nach Den Haag. Im September 2006 beschloss der Bundesrat, mit Eurojust Verhandlungen über einen Kooperationsvertrag aufzunehmen (29.09.2006). Durch die Institutionalisierung der Zusammenarbeit mit Eurojust will der Bundesrat die länderübergreifende Kooperation bei der Bekämpfung der Kriminalität weiter ausbauen.

Die Leistungen der Armee zur Unterstützung der zivilen Behörden fielen auch in diesem Berichtszeitraum gross aus. Beim *World Economic Forum* (WEF) 2006, das mit gut 2'300 TeilnehmerInnen aus 89 Ländern unter dem Motto «Kreativer Imperativ» in Davos stattfand, leistete die Schweizer Armee im Rahmen der Sicherheitsmassnahmen erneut einen Assistenzdiensteinsatz zugunsten des Kantons Graubünden nach dem Prinzip der Subsidiarität. Die Einsatzverantwortung lag somit bei den zivilen Behörden des Kantons Graubünden. Die Armee war mit dem Schutz von Infrastruktureinrichtungen in den Bereichen Verkehr, Strom- und Wasserversorgung sowie mit der Sicherung des Luftraums und der Durchführung von Lufttransporten beauftragt. Zudem wurden Berufssoldaten der militärischen Sicherheit mit dem Schutz von Personen und der Durchführung von Zutrittskontrollen betraut. Ausdrücklich nicht vorgesehen waren Einsätze im Ordnungsdienst. Das Parlament hatte dem Einsatz von maximal 6'500 Armeeingehörigen zugestimmt; effektiv eingesetzt wurden im Tagesdurchschnitt 4'100 Armeeingehörige.

Im Mai 2006 veröffentlichte das Bundesamt für Polizei den neusten Bericht zur Inneren Sicherheit der Schweiz 2005, der vor einer steigenden Bedrohung durch islamistische Terroranschläge auch in der Schweiz warnte (30.05.2006). Der Bericht hält fest, dass Europa seit den Anschlägen in Madrid 2004 und in London 2005 zu einem Schauplatz des islamistischen Terrorismus geworden sei. Als «Teil eines europäischen Operationsfeldes islamistischer Terroristen» seien in der Schweiz Anschläge nicht länger auszuschliessen, auch wenn konkrete Vorbereitungsaktionen bislang nicht nachgewiesen werden konnten. Ferner bleibe die Schweiz wie Europa insgesamt als Logistik-, Propaganda- und Ruheraum für islamistische Aktivisten bedeutsam. Im Juni informierte die Bundesanwaltschaft über die Hintergründe zu den Verhaftungen von mehreren Nordafrikanern am 12. Mai 2006 (08.06.2006). Gemäss Bundesanwaltschaft bestanden ernsthafte Attentatsabsichten der Gruppe gegen ein Flugzeug der israelischen Fluggesellschaft El Al in Genf. Die Terrorzelle unterhielt Beziehungen zu gleichartigen Gruppen in Frankreich und Spanien, die ebenfalls zerschlagen werden konnten. Zudem bestanden Kontakte zum mutmasslichen Terroristen Mohamed Achraf, der durch die Schweiz im Frühling 2005 an Spanien ausgeliefert wurde. Die Festnahmen in der Schweiz und im Ausland kamen durch die enge Zusammenarbeit zwischen Polizei- und Justizbehörden mehrerer europäischer Staaten sowie in Abstimmung mit den betroffenen Kantonen zustande.

Beinahe zeitgleich zur Publikation des Berichts zur Inneren Sicherheit schickte der Bundesrat die Revisionsvorlage zum Bundesgesetz über die Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit (BWIS II) in die Vernehmlassung (05.07.2006). Durch die Revision sollen den Sicherheitsbehörden präventivpolizeiliche Mittel zur Informationsbeschaffung zur Erkennung möglicher Terroranschläge zur Verfügung gestellt werden. Unter gewissen Voraussetzungen sollen das Abhören von Telefonen und die Überwachung von E-Mails und Computern erlaubt sein. Die Massnahmen sollen sehr restriktiv zum Einsatz kommen. Die Meinungen zur vorgesehenen Revision fielen kontrovers aus. Tendenziell zustimmend äusserten sich die EVP, die Liberalen, die FDP, CVP, die meisten Kantone, Städte und Gemeinden, die Polizeiverbände sowie Economiesuisse. Die SVP, die SP und die Grünen, der Schweizerische Gewerkschaftsbund, Amnesty International und die Schweizer Datenschutzbeauftragten signalisierten Ablehnung. Kritik wurde insbesondere in Bezug auf die Notwendigkeit der Vorlage und das Anordnungs- und Genehmigungsverfahren für die neuen Informationsbeschaffungsmassnahmen geäussert.

Im September stimmten die Schweizer Stimmbevölkerung sowie sämtliche Kantone dem neuen Ausländergesetz und dem verschärften Asylgesetz zu (24.09.2006). Mit strengeren Bestimmungen zum Nachweis der Identität, einem Abbau der

Sozialhilfe sowie einer Verschärfung der Zwangsmassnahmen gab vor allem das Asylgesetz im Vorfeld der Abstimmungen Anlass zu kontroversen Diskussionen. Widerstand gab es aber auch gegen das neue Ausländergesetz, mit dem die Aufnahme von Personen ausserhalb des EU- und EFTA-Raumes auf qualifizierte Arbeitskräfte beschränkt wird.

2 Untersuchungsdesign

Seit 1990 führen die Dozentur für Militärsoziologie der *Militärakademie an der ETH Zürich* und die *Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich* in regelmässigen Abständen bevölkerungsrepräsentative Befragungen «Sicherheit» zur Wahrnehmung von Themen der nationalen Sicherheit im weitesten Sinne durch.

Ziel dieser Erhebungen ist die Ermittlung von Trends und Tendenzen in Bezug auf:

- das allgemeine Sicherheits- und Bedrohungsempfinden,
- das Vertrauen in Institutionen und Behörden,
- den Grad an aussen- und sicherheitspolitischer Kooperationsbereitschaft,
- die Neutralität allgemein und verschiedene Auffassungen von Neutralität,
- die Einstellung zur militärischen Landesverteidigung,
- das sicherheitspolitische Interesse und den sicherheitspolitischen Informationsstand.

Neben einem Kern von stets oder in unregelmässigen Abständen gestellten Fragen werden jährlich auch solche zu aktuellen sicherheitspolitischen Themen gestellt. Der Schwerpunkt lag 2007 bei der Akzeptanz staatlicher Sicherheitsmassnahmen und bei möglichen Sicherheitsaspekten.

3 Datenbasis

Die Daten 2007 beruhen auf einer Repräsentativbefragung (CATI: Computer Assisted Telephone Interview) von 1'200 Schweizer StimmbürgerInnen aus allen drei Landesteilen. Dieses Jahr wurden für Vergleichszwecke 50 zusätzliche Befragungen mit Personen aus der italienischen Schweiz durchgeführt. Die im Bericht ausgewiesenen Prozentzahlen beziehen sich auf die repräsentative Stichprobe von 1'200 Befragten. Die Interviews wurden vom 15. Januar bis zum 10. Februar 2007 durch das Befragungsinstitut ISOPUBLIC AG durchgeführt.

Die Stichprobenauswahl erfolgte nach der «Random-Quota»-Methode (Alter, Geschlecht und Bildung). Die Resultate sind ungewichtet.

Tabelle 3.1 zeigt die Verteilung der Interviews nach Geschlecht, Alter und Region. Insgesamt wurden zum Beispiel 568 Männer befragt. Dies entspricht 47% der Stichprobe.

Tabelle 3.1: Quotenplan 2007

Merkmal	Anzahl absolut	Anzahl in %
Region		
D-CH	865	72
F-CH	285	24
I-CH	50	4
Geschlecht		
Männer	568	47
Frauen	632	53
Alter		
18–34 Jahre	279	23
35–54 Jahre	484	40
55++ Jahre	437	37
Bildung		
niedrig	223	19
mittel	683	57
hoch	294	24
Total	1200	100

Die Häufigkeitsverteilungen der Antworten auf die gestellten Fragen sind im Anhang III aufgeführt.

Der mögliche Stichprobenfehler bei einem Sicherheitsgrad von 95% beträgt im ungünstigsten Fall $\pm 3\%$.

Wo nicht anders erwähnt, sind sämtliche angegebenen Zusammenhangsgrößen mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von höchstens 5% signifikant.

Zusätzliche Informationen zur Methodik und zu den verwendeten Einstellungstypologien finden sich in Anhang I bzw. in Anhang II.

Die \pm -Prozentwerte geben Veränderungen im Vergleich zur letzten Erhebung vom Februar 2006 an.

Im Oktober 2006 (23.10. bis 1.11.2006) wurde eine kleine Zwischenumfrage durchgeführt. 826 Stimmberechtigte der Deutsch- und Westschweiz wurden im Rahmen einer Omnibusbefragung von ISOPUBLIC AG zur Verteidigungspolitik befragt.

Tabelle 3.2: Ausschöpfung 2007

	Anzahl
Bruttostichprobe	7475
Stichprobenneutrale Ausfälle	
Adressfehler	650
nicht stimmberechtigt	714
Nettostichprobe	6111
Verweigerungen	
Sprachprobleme/Hörprobleme	576
Verweigerung	3965
Rekrutierte Personen	
Terminierte Kontakte, nicht eingelöste Termine	317
Realisierte Interviews	1253
Potentiell erfolgreiche Interviews	1570
Ausschöpfungsquote	26%

Tabelle 3.3: Wichtigste Datenerhebungen 1976 bis 2007

Jahr	Anzahl	Publikation	Erhebungszeitraum	Institut
1976	1872	Ruth Meyer «Werte und Wertordnungen in der schweizerischen Bevölkerung»	1976	Isopublic
1983	1786	Haltiner K.W. (1986): «Der Bürger und seine Verteidigung» (NFP 11)	Juni – Oktober 83	gfs
1986	666	Riklin et al. (1986): Bericht zum UniVox-Thema Ivb «Verteidigung»	1986	gfs
1988	676	Riklin et al. (1988): Bericht zum UniVox-Thema Ivb «Verteidigung»	1988	gfs
1989/90	1061	Haltiner, K.W. (1990): Nachbefragung zur Initiative «Schweiz ohne Armee». Bern: Stab der Gruppe für Ausbildung, EMD.	Dezember 89	Isopublic
1990	686	Riklin et al. (1990): Bericht zum UniVox-Thema Ivb «Verteidigung»	1990	gfs
1990/91	1005	Haltiner et al. (1991): Sicherheit 1991	17.11.1990–28.02.1991	Explora
1992	1003	Haltiner/ Bertossa (1993): Stand der Sicherheitspolitischen Information in der Schweizer Bevölkerung	16.11.1992–08.12.1992	Demoscope
1993	1003	Haltiner et al. (1994): Öffnung oder Isolation der Schweiz?	April – Juni 1993	Isopublic
1994	827	Haltiner (1994): Sicherheit 1994. Unveröffentlichter Bericht	1994	Isopublic
1995	795	Haltiner et al. (1995): Sicherheit 1995	21.02.1995–21.03.1995	IHA
1996	821	Haltiner et al. (1996): Sicherheit 1996	22.02.1996–16.04.1996	Isopublic
1997	1014	Haltiner et al. (1997): Sicherheit 1997	24.02.1997–11.03.1997	Demoscope
1998	1000	Haltiner et al. (1998): Sicherheit 1998	24.02.1998–15.03.1998	Isopublic
1999/1	1201	Haltiner et al. (1999): Sicherheit 1999	Januar – Februar 1999	IPSO
1999/2	1009	Haltiner et al. (1999): Sicherheit 1999	August 99	Demoscope
2000	1202	Haltiner et al. (2000): Sicherheit 2000	Januar – Februar 2000	Demoscope
2001	1235	Haltiner et al. (2001): Sicherheit 2001	Januar – Februar 2001	Isopublic
2002	1201	Haltiner et al. (2002): Sicherheit 2002	Februar 2002	Demoscope
2003/1	1202	Haltiner et al. (2003): Sicherheit 2003	11.01.2003–05.02.2003	gfs.bern

2003/2	1002	Haltiner et al. (2003): Sicherheit 2003	07.04.2003–14.04.2003	Demoscope
2004/1	1200	Haltiner et al. (2004): Sicherheit 2004	07.01.2004–09.02.2004	Isopublic
2004/2	803	Haltiner et al. (2004): Sicherheit 2004	22.03.2004–28.03.2004	Demoscope
2005	1200	Haltiner et al. (2005): Sicherheit 2005	17.01.2004–04.02.2005	Demoscope
2006/1	1200	Haltiner et al. (2006): Sicherheit 2006	16.01.2005–06.02.2005	LINK
2006/2	826	Haltiner et al. (2007): Sicherheit 2007	23.10.2006–01.11.2006	Isopublic
2007	1200	Haltiner et al. (2007): Sicherheit 2007	15.01.2006–10.02.2006	Isopublic

4 Sicherheitsempfinden, Wahrnehmung der Schweiz und der Welt

4.1 Allgemeines Sicherheitsempfinden

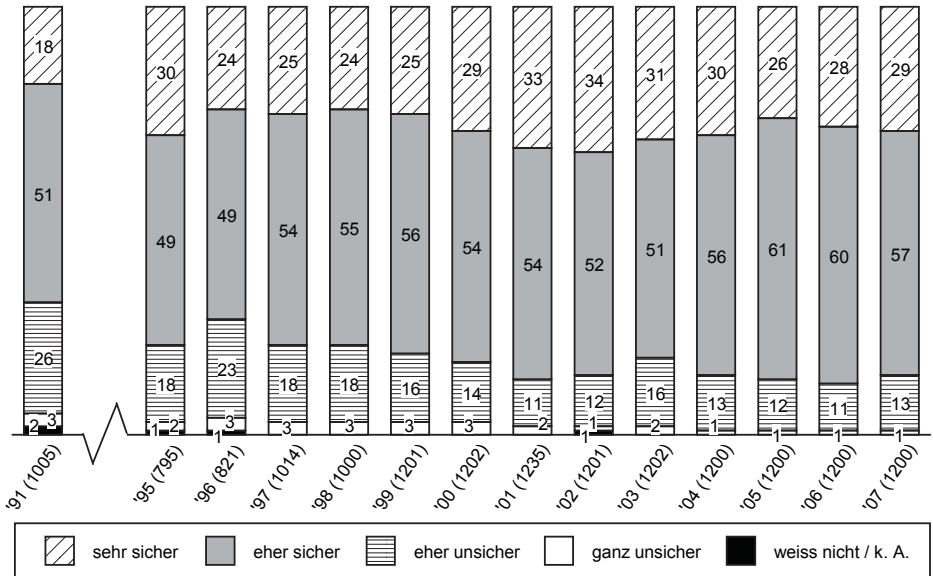
Als allgemeines Sicherheitsempfinden kann die unspezifische Wahrnehmung bezeichnet werden, wonach Befragte das, was ihnen in ihrer aktuellen Lebensumgebung wichtig erscheint, zur Zeit als ungefährdet sehen. 86% (-2%; siehe Abbildung 4.1) der befragten SchweizerInnen geben an, sich «allgemein» und «in der heutigen Zeit» «sehr» oder «eher» sicher zu fühlen. Aussagekräftig sind vorab die Kategorie derjenigen, die angeben, sich «sehr sicher» bzw. «sehr» und «eher» unsicher wähnen. Der Anteil der sich als «sehr» sicher bezeichnenden Personen (29%, +1%) scheint, trotz einer Zunahme, die sich bloss innerhalb des Stichprobenfehlers von $\pm 2,6\%$ bewegt, seit 2004 wieder zuzunehmen. Die Quote der Unsicheren liegt mit 13% (+2%) zwar über dem Vorjahr, aber im Vergleich zu den wirtschaftsunsicheren neunziger Jahren vergleichsweise tief. Der im Anschluss an die Terroranschläge von 2001 und dem Wirtschaftseinbruch zu beobachtende Unsicherheitszyklus scheint auszulaufen.

Das konstant zu beobachtende Gefälle im Sicherheitsgefühl nach Geschlecht, Alter und politischer Einstellung – unterdurchschnittliche Unsicherheit bei sich «links», überdurchschnittliche bei sich «rechts» einstuftenden Personen – sowie nach Sprachregion – erhöhte Anteile «Unsicherer» in der lateinischen, insbesondere der italienischen Schweiz – lässt sich mit nur geringen Veränderungen der Relationen über die Zeit hinweg auch in diesem Jahr beobachten.

Abbildung 4.1

Allgemeines Sicherheitsgefühl

«Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?» (Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner SI/371/07/sb

4.2 Einschätzung der Wichtigkeit verschiedener Sicherheitsaspekte

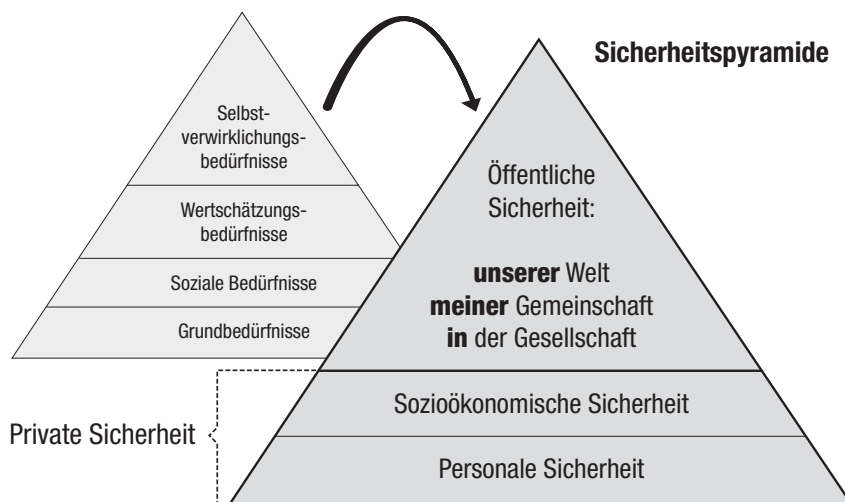
Gemäss der berühmten, wenn auch nicht unumstrittenen Bedürfnispyramide von Abraham Maslow (1954), vollzieht sich das Stillen menschlicher Bedürfnisse in hierarchischer Weise. Dabei setzt, vereinfacht ausgedrückt, die Erfüllung von wachstumsmotivierten Bedürfnissen, wie etwa das der individuellen Selbstverwirklichung, erfüllte Beziehungen zu anderen, Wertschätzung und Anerkennung voraus. Letztere wiederum haben die Erfüllung von elementaren Existenzbedürfnissen physiologischer Natur (Essen, Trinken, ein Dach über dem Kopf) zur Voraussetzung (siehe Abbildung 4.2).

In Anlehnung an das Modell von Maslow könnte man, stark vereinfachend, vermuten, dass sich das subjektive Sicherheitsstreben der Menschen in entwickelten, staatlich organisierten Gesellschaften unter Bedingungen friedlicher politischer Rahmenbedingungen in ähnlich hierarchischer Weise emotional nach Sicherheitsphären strukturiert. Menschen gäben in diesem Fall jenen Sicherheitsbedürfnissen,

welche den unmittelbaren physischen Schutz der eigenen Person und die persönliche Geborgenheit sowie das enge soziale Beziehungsumfeld unmittelbar betreffen, gefühlsmässig spontan den Vorrang vor solchen, welche ihre ökonomische Sicherheit (Einkommen, Arbeitsplatz, soziale Sicherung) gewährleisten sollen. Diese wiederum dürften ihnen wichtiger sein als solche, welche die grössere Gemeinschaft betreffen, in der sie leben. Und diesen wiederum dürften sie den Vorrang geben vor solchen, die die Sicherheit dieser Gemeinschaft als Ganzes betreffen. Anders ausgedrückt: Menschen, die in «normalen», stabilen Friedensverhältnissen leben, neigen dazu, ihre subjektiven Sicherheitsbedürfnisse so zu priorisieren, dass sie ihre unmittelbare personale Integrität und Umfeldgeborgenheit höher rangieren als ihre längerfristig ausgerichtete wirtschaftliche Sicherheit, und diese wiederum höher als solche, die die öffentliche Sicherheit in der Gemeinschaft betreffen, in der sie leben. Diese wiederum werden sie der Erwartung nach über solchen rangieren, die den Schutz ihrer Gesellschaft oder ihres «Staates» vor anderen Gesellschaften bzw. «Staaten» beinhalten. Das Modell impliziert, dass sich mit wachsender sozialer und räumlicher Distanz die Intensität des Sicherheitsstrebens der betroffenen Person abschwächt, d.h. die Verfolgung entsprechender Sicherheitsinteressen als abnehmend relevant erscheint. Es stützt sich dabei nicht zuletzt auf Befunde der Wirtschaftsforschung, wonach das Streben nach Erfüllung persönlicher Bedürfnisse solcher kollektiver Art vorangeht.

Abbildung 4.2

Bedürfnispyramide von Maslow und Sicherheitspyramide



Stützen unsere Erhebungsdaten dieses Sphärenmodell der Sicherheitsprioritäten? Um dieser Frage nachzugehen, bitten wir die Befragten seit 2002 in unregelmäßigen Abständen, auf einer Skala von 1 («völlig unwichtig») bis 10 («ausserordentlich wichtig») anzugeben, welche Aspekte von Sicherheit ihnen besonders am Herzen liegen (siehe Tabelle 4.1). Die Auflistung dieser Vorgaben und ihre Einstufung als «ausserordentlich wichtig» können der Tabelle entnommen werden. Grosso modo entspricht die Rangierung nach Mittelwerten der in die Erhebung einbezogenen Sicherheitsfacetten der skizzierten Sicherheitssphärenpyramide. Die familiäre Geborgenheit (59%, +4%), eine gesicherte Gesundheitsversorgung (46%, +7%), Schutz vor Gewalt (45%, +4%) und Verbrechen (43%, +5%), d.h. Aspekte der Sicherung der personalen Integrität, erhalten im Rating die höchsten Zustimmungswerte, dicht gefolgt von solchen der sozialstaatlich gewährleisteten Sicherheit (AHV, ALV), der Arbeitsplatz- und Einkommenssicherheit, also Aspekten, die sich sinnvoll der sozioökonomischen Sicherheitssphäre zuordnen lassen. Aspekte, die der «Sicherheit IN meiner Gemeinschaft» zuzurechnen sind, rangieren nicht durchwegs, wohl aber im Durchschnitt unter jenen der sozioökonomischen Sphäre. Unter diesen werden insbesondere die Gewährleistung von demokratischen Grundrechten (39%, +1%) und die ökologische Sicherheit (36%, +4%) relativ hoch eingestuft, vor dem Schutz vor Drogenmissbrauch, Verkehrssicherheit sowie Ruhe und Ordnung. Sicherheit vor Terrorismus und militärische Sicherheit beziehen wir auf die Sicherheit der eigenen Gemeinschaft gegen aussen, obwohl der Schutz vor Terrorismus plausiblerweise ebenso gut zusammen mit dem Schutz vor Gewalt in die Sphäre der personalen Sicherheit eingeordnet werden könnte. Das Schlusslicht in der Liste der Ratings nach Wichtigkeiten bildet (derzeit) die «militärische Sicherheit» (13%, -2%). Man mag über die Zuordnung der Sicherheitsaspekte in einzelne Sphären geteilter Meinung sein. Die in Tabelle 4.1 aufgeführten Wichtigkeitseinstufungen entsprechen indes über alles gesehen, was die Mittelwert-Rangierung betrifft, dem Pyramidenmodell der Hierarchisierung von Sicherheitssphären in hohem Masse.

Tabelle 4.1

Prozentanteil der Befragten, die den genannten Sicherheitsaspekt als «ausserordentlich wichtig» beurteilen (Wert 10; Rangierung nach Kategorie und dem Grad der Zustimmung)

«Sicherheit ist ein ziemlich umfassender Begriff, der viele Aspekte hat. Einige davon lese ich Ihnen gleich vor. Bitte entscheiden Sie, wie wichtig jeder Aspekt für Sie persönlich ist.» Der Wert 1 bedeutet «völlig unwichtig», der Wert 10 «ausserordentlich wichtig».

Sicherheitsaspekt	Rangierung nach Zustimmung	Relative Häufigkeit				
		2002	2003	2004	2005	2007
Personale Sicherheit						
Gute, sichere familiäre Beziehungen, Geborgenheit	01	55% (-1%)	58% (+3%)	55% (-3%)	55% (±0%)	59% (+4%)
Gesicherte Gesundheitsversorgung	02	–	–	41%	39% (-2%)	46% (+7%)
Schutz vor Gewalt	03	–	–	43%	41% (-2%)	45% (+4%)
Sicherheit vor Verbrechen	04	36% (-6%)	41% (+5%)	41% (±0%)	38% (-3%)	43% (+5%)
Sozioökonomische Sicherheit						
Soziale Sicherheit (z.B. AHV, ALV)	05	36% (-4%)	39% (+3%)	43% (+4%)	38% (-5%)	41% (+3%)
Sicherheit des Arbeitsplatzes	08	34% (-2%)	40% (+6%)	39% (-1%)	38% (-1%)	36% (-2%)
Sicherheit des Einkommens	09	35% (-1%)	34% (-1%)	35% (+1%)	32% (-3%)	34% (+2%)
Sicherheit in meiner Gemeinschaft						
Sicherheit der demokratischen Grundrechte	06	36% (-4%)	34% (-2%)	41% (+7%)	38% (-3%)	39% (+1%)
Ökologische Sicherheit, Umweltschutz	08	32% (-5%)	34% (+2%)	33% (-1%)	32% (-1%)	36% (+4%)
Schutz vor Drogenmissbrauch	10	–	–	30%	29% (-1%)	31% (+2%)
Verkehrssicherheit	10	30% (±0%)	33% (+3%)	28% (-5%)	28% (±0%)	31% (+3%)
Ruhe und Ordnung	11	26% (+1%)	27% (+1%)	23% (-4%)	22% (-1%)	23% (+1%)
Sicherheit meiner Gemeinschaft						
Sicherheit vor Terrorismus	07	37%	40% (+3%)	34% (-6%)	34% (±0%)	37% (+3%)
Militärische Sicherheit	12	16% (±0%)	16% (±0%)	12% (-4%)	15% (+3%)	13% (-2%)

Werden die Sicherheitsaspekte in einer multivariaten Korrespondenzanalyse dargestellt, die veranschaulicht, welche der 14 Sicherheitsaspekte von den Befragten als wesensmässig miteinander «verwandt» bzw. «nicht verwandt» assoziiert werden, so zeigt sich die folgende Struktur¹ (siehe Abbildung 4.3): Es klumpen im oberen linken Feld jene Sicherheitsaspekte, welche wir der personalen und der sozioökonomischen Sicherheitssphäre zugeordnet haben. Darin finden sich mit den Aspekten «ökologische Sicherheit», «Grundrechte» und «Verkehrssicherheit» auch solche, die wir der Sphäre «Sicherheit in der Gemeinschaft» zugerechnet haben. In den Augen der Befragten wird diesen Aspekten aktuell offenbar ein hoher Stellenwert für die Gewährleistung der persönlichen Sicherheit eingeräumt. Demgegenüber werden Schutz vor Gewalt, Kriminalität und Verbrechen eher dem öffentlichen Raum zugerechnet. Sie dürften in den Augen des Gros der Befragten primär als Sicherheitsaufgaben gesehen werden, die die Gemeinschaft, sprich der Staat, zu gewährleisten hat. Diese Lage könnte zudem indizieren, dass Gewalt und Kriminalität von den Wenigsten als etwas erfahren wird, das die personale Integrität unmittelbar bedroht, sondern eher als Gefährdungen, die primär über die Medien wahrgenommen werden. Die Bevölkerung weiss, dass es sie gibt; man macht sich ein Bild darüber, aber die Mehrheit verfügt diesbezüglich nicht über persönliche Erfahrungen. Im Feld rechts unten klumpen sich mit der «militärischen Sicherheit» und der «Sicherheit vor Terrorismus» erwartungsgemäss Sicherheitsaspekte, die die Sicherheit der Gemeinschaft als Ganzes betreffen. Interessanter- und unerwarteterweise findet sich der Aspekt «Drogen» in dieser Sicherheitssphäre. Denkbar ist, dass für die Drogengefahr mutatis mutandis das gilt, was oben für den Schutz vor Gewalt festgestellt wurde. Sie wird von der Mehrheit heute möglicherweise weniger als unmittelbar persönliche Gefährdung, sondern vielmehr als eine Bedrohung perzipiert, die die Existenz der Gemeinschaft als ganzes unterminiert. Die Korrespondenzanalyse stützt das eingangs skizzierte Modell der Sicherheitspyramide offensichtlich nur zum Teil. Es wären mehr Daten über einen längeren Zeitraum notwendig, um die Adäquatheit des Modells präziser zu testen.

Sorgenbarometer 2006

Im jährlich angelegten «Sorgenbarometer» der Credit Suisse, deren Erhebung 2006 zwischen dem 14. August und 1. September stattfand, werden stimmberechtigte SchweizerInnen über politisch prioritäre Probleme und ihre Entwicklungen befragt.

1 Die waagrechte Dimension erklärt mit 48% mehr Varianz als die senkrechte (13%).

Dabei wird unter anderem eine Liste der fünf wichtigsten Problembereiche hinsichtlich Wichtigkeit und Dringlichkeit erstellt. Es zeigt sich, dass das Problembewusstsein der SchweizerInnen vorwiegend innenpolitische und wirtschaftliche Themen betrifft. Auch in der vorliegenden Sicherheitsstudie werden unterschiedlichste Problembereiche in Form von Sicherheitsaspekten erhoben, die jenen des Sorgenbarometers nahe kommen: Die in unserer Erhebung ermittelte Rangierung der einzelnen Sicherheitsaspekte zeigt, dass die Sicherheit im privaten Nahraum – wie auch beim «Sorgenbarometer» – der öffentlichen vorangestellt wird.

Bezüglich der Top Five Liste im «Sorgenbarometer» erscheinen Fragen der Arbeitslosigkeit für die Mehrheit der befragten Personen als wichtigstes respektive dringendstes Problem (Platz 1 der Rangliste). Das Problembewusstsein der BürgerInnen im «Sorgenbarometer» folgt im Wesentlichen einem Schema. Es ist die häufig zitierte Arbeitslosenquote, welche die Zahlen in die Höhe schießen lässt. Je negativer die Aussichten in der Wahrnehmung der Befragten sind, desto höher die Nennhäufigkeit der Arbeitslosigkeit, während diese im Rang absinkt, wenn die reale Arbeitslosenquote abnimmt. Im Gegensatz dazu belegt in der Sicherheitsstudie die Sicherheit des Arbeitsplatzes «nur» den vierten Rang. Im Vergleich zum Vorjahr ist dieser Sicherheitsaspekt deutlich zurückgegangen, was sich hauptsächlich durch die steigende Wirtschaftskonjunktur erklären lässt.

Probleme mit dem Gesundheitswesen und der Altersvorsorge stehen im «Sorgenbarometer» an zweiter respektive dritter Stelle bezüglich Wichtigkeit und Dringlichkeit. Diese Befunde decken sich ziemlich gut mit jenen der Sicherheitsstudie, in der die gesicherte Gesundheitsvorsorge und die soziale Sicherheit (AHV/ALV) ebenfalls die Ränge zwei und drei in der Kategorie private Sicherheit belegen.

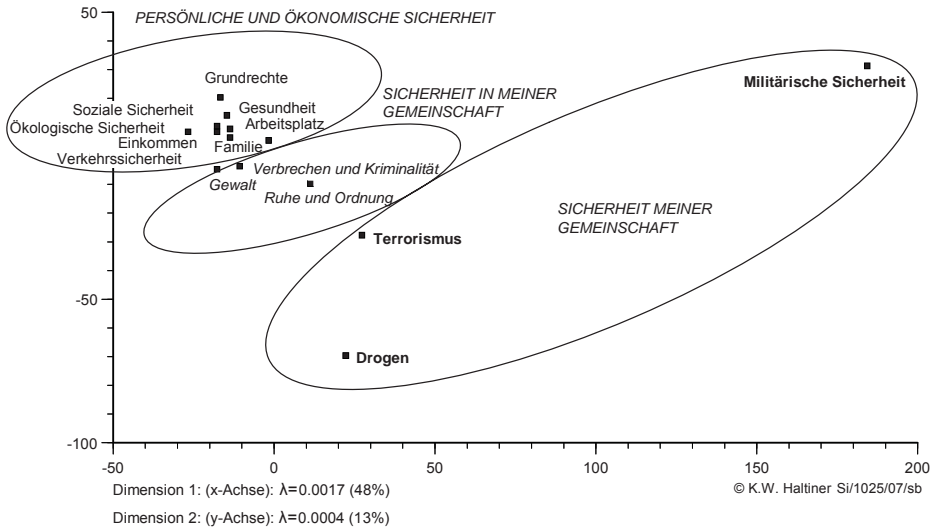
An vierter und fünfter Stelle des «Sorgenbarometers» schliesslich stehen Probleme mit Asylsuchenden und Flüchtlingen sowie Schwierigkeiten mit der Armut. Letztere belegt in der Sicherheitsstudie ebenfalls den fünften Rang in der Kategorie private Sicherheit (Sicherheit des Einkommens).

Weitere nachhaltige Probleme sieht das Sorgenbarometer in der persönlichen und sozialen Sicherheit (Rang 13 & 9) und in der Wirtschaftslage (Rang 14), wobei das Problembewusstsein in diesen drei Aspekten weniger ausgeprägt ist. Alles in allem kommen somit der «Sorgenbarometer» und unsere Studie zu ähnlichen Befunden hinsichtlich der wichtigen Alltagsorgen der Bevölkerung.

Quelle: Schlussbericht zum allgemeinen Teil des Sorgenbarometers 2006, im Auftrag vom Bulletin der Credit Suisse, durchgeführt von gfs.bern, Forschung für Politik, Kommunikation und Gesellschaft.

Abbildung 4.3

Grafische Darstellung einer zweidimensionalen multivariaten Korrespondenzanalyse der Wichtigkeitsbeurteilung (Noten 7 bis 10) von 14 vorgegebenen Sicherheitsaspekten



4.2.1 Sicherheitsaspekte im mehrjährigen Trend und nach soziodemographischen Merkmalen

Unter den Aspekten der personalen Sicherheit fällt im Mehrjahrestrend eine leichte Zunahme bei der Betonung der gesicherten Gesundheitsversorgung von 2004 (41%) bis 2007 (46%) ins Auge. Hier dürfte sich die steigende Besorgnis um die stark gestiegenen und weiter steigenden Gesundheitskosten spiegeln. Auch ist innert zwei Jahren die Betonung des Schutzes vor Gewalt (45%, +4%) und Verbrechen (43%, +5%) signifikant gestiegen. Umgekehrt schwächt sich, verständlich vor dem Hintergrund eines wieder ansteigenden Wirtschaftswachstums, im gleichen Zeitraum die Betonung der Arbeitsplatzsicherheit (36%, -2%) leicht ab. Jedoch erfährt die Betonung der sozialen Sicherung (AHV, ALV) über den gesamten Zeitrahmen eine hohe Zustimmung. Eine Beobachtung, die mit der aktuell anhaltenden Debatte um den Erhalt der Sozialwerke vor dem Hintergrund steigender Defizite und der Überalterung der Gesellschaft erklärt werden dürfte. Hier bestehen offensichtlich verbreitete Ängste. Die postulierte Sicherheit vor Terrorismus scheint in Abhängigkeit zum diesbezüglichen aktuellen Geschehen leicht zu fluktuieren (vgl. Kapitel 9) und liegt im diesjährigen Rating etwas höher als letztes Jahr (37%, +3%). Demgegenüber zeigt die Betonung der militärischen Sicherheit eine leicht sinkende

Tendenz (13%, -2%). Die hierarchische Ordnung der Sicherheitswerte entspricht nicht nur hinsichtlich der Rangierung, sondern auch was die zeitliche Stabilität 2004 bis 2007 bei der Betonung der «Einzelsicherheiten» angeht, weitgehend der eingangs skizzierten pyramidalen Sphärenstruktur.

Sicherheitsaspekte wie «Drogen», «Militär», «Terror» sowie «Ruhe und Ordnung» werden von Befragten, die sich allgemein über dem Mittel unsicher fühlen (vgl. Abschnitt 4.1), signifikant häufiger als wichtig empfunden als von jenen, die sich «eher oder «völlig sicher» fühlen. Umgekehrt sind die «Sicherung der demokratischen Grundrechte» und der «Schutz der Umwelt» Personen, die sich als «eher» oder sehr» sicher geben eher ein Anliegen als jenen, die sich unsicher fühlen (in γ -Zusammenhangsstärken ausgedrückt). Letztere sind allerdings nur schwach oder gar nicht signifikant.

Tabelle 4.2

Zusammenhang zwischen dem allgemeinen Sicherheitsgefühl und einzelnen Sicherheitsaspekten

Sicherheitsaspekt	«Unsichere» Befragte betonen überdurchschnittlich (γ)		Sicherheitsaspekt	«Sichere» Befragte betonen überdurchschnittlich (γ)	
	2005	2007		2005	2007
Drogenmissbrauch	0.15	0.19	Demokratische Grundrechte	-.08*	-.15
Militärische Sicherheit	0.18	0.13	Ökologische Sicherheit	-.04*	-.12*
Terrorismus	0.17	0.13			
Ruhe und Ordnung	0.10	0.13			

* nicht signifikant, $p > 0.05$

© K. W. Haltiner Si/1026/07/sw

Hinsichtlich der Differenzen nach den soziodemographischen Merkmalen bei den einzelnen Sicherheitsaspekten sei auf die detaillierte Zusammenstellung in der Studie «Sicherheit 2005» (Haltiner 2005: 45) verwiesen. Das Muster variiert in der diesjährigen Erhebung kaum:

- Bemerkenswert ist, mit welcher Konstanz Frauen durchwegs alle Sicherheitsaspekte höher gewichten als Männer, wobei die Differenzen besonders bei der familiären Geborgenheit (Männer 48%, Frauen: 68%, Diff. 20%) und beim Schutz vor Gewalt (34% bzw. 54%, Diff. 20%), aber auch, interessanterweise bei der ökologischen Sicherheit (26% bzw. 44%, Diff. 18%), besonders ins Gewicht fallen.

- Als Sicherheiten, die stark nach den Sozialschichten – hier an den Bildungsschichten indiziert – variieren, müssen die folgenden bezeichnet werden: Einkommenssicherheit (Die Differenz zwischen der höchsten (47%) und der tiefsten Bildungsgruppe (27%) beträgt 20%), Terrorismussicherheit (50% bzw. 22%, Diff. 28%) Schutz vor Verbrechen und Kriminalität (55% bzw. 29%, Diff. 26%), soziale Sicherheit (52% bzw. 27%, Diff. 25%), Sicherheit vor Drogenmissbrauch (40% bzw. 17%, Diff. 23%), Schutz vor Gewalt (54% bzw. 33%, Diff. 21%) und Gesundheitsgewährleistung (54% bzw. 33%, Diff. 21%).
- Stark nach der politischen Links-Rechts-Selbsteinstufung variieren die ökologische Sicherheit (48% bzw. 29%, Diff. 19%), Schutz vor Terrorismus (22% bzw. 50%, Diff. 28%), Drogenmissbrauch (16% bzw. 32%, Diff. 16%), Verbrechen (28% bzw. 44%, Diff. 16%) sowie die Gewährleistung von Ruhe und Ordnung (11% bzw. 25%, Diff. 14%) und der militärischen Sicherheit (5% bzw. 19%, Diff. 14%).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Frauen in fast allen Sicherheitssphären bedürftiger sind als Männer. Es sind ferner, wenig erstaunlich, vor allem Sicherheitsaspekte der personalen Integrität und der sozioökonomischen Absicherung, die für die unteren Sozialschichten über dem Mittel im Vordergrund stehen. Aspekte der Sicherheit «in» der Gemeinschaft und der äusseren Sicherheit werden von Personen, die sich politisch rechts einstufen tendenziell stärker gewichtet als von sich politisch links Platzierenden. Auffallend schwach fallen in unserer Erhebung die Unterschiede zwischen Links-rechts bezüglich sozioökonomischer Sicherheiten aus.

4.3 Zukunftseinschätzung der Schweiz

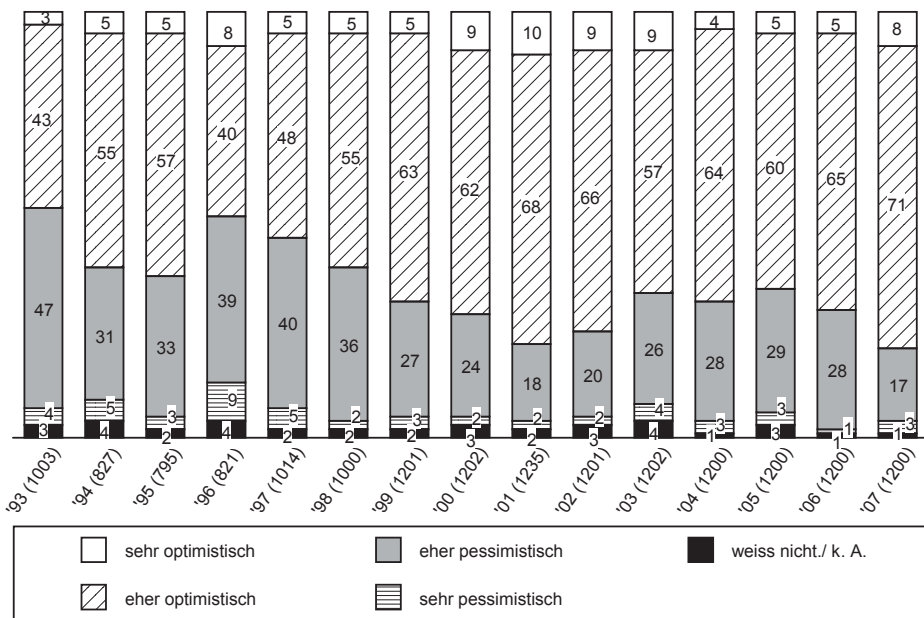
Nie zuvor seit Beginn unserer Messreihe 1993 zeigten sich SchweizerInnen derart zuversichtlich über die nähere Zukunft der Schweiz wie in diesem Jahr (siehe Abbildung 4.4). 79% (+5%) geben sich «sehr» und «eher» optimistisch. Waren die neunziger Jahre geprägt von mässiger «Schweizzuversicht» und brach diese nach einer ersten Erholung ab 1999 im Nachgang zu den Terrorattacken in den USA 2001 und der darauf folgenden globalen Wirtschaftsbaiss wieder ein, so zeigt sich seit 2005 eine beschleunigte Erholung. Dieser Optimismus korrespondiert offensichtlich mit dem derzeit zu beobachtenden überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum. Er fällt – die Kategorien «eher» und «sehr» optimistisch zusammengenommen – in

der französischen und italienischen² Schweiz etwas geringer aus als in der Deutschschweiz (dt. 81%, +9%; frz. 71%, +6%; it. 74%, +16%). Der Unterschied 06/07 ist aber nur in der deutschen Schweiz signifikant. Nach den üblichen soziodemographischen Merkmalen lassen sich kaum signifikante Unterschiede ausmachen.

Abbildung 4.4

Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz

«Wie sehen Sie die nähere Zukunft – etwa die nächsten fünf Jahre – für die Schweiz?»
(Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner SI/370/07/sb

4.4 Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage

Bewegte sich die Einschätzung der Weltlage in den beiden Vorjahren noch gegenläufig zum Optimismus für die Entwicklung der Schweiz, so ist hier dieses Jahr eine komplementärer Verlauf festzustellen (siehe Abbildung 4.5). Überwog 2006 noch mehrheitlich die Erwartung, die Weltlage werde «düsterer und gespannter» (53%), so überwiegen in diesem Jahr mehrheitlich jene, welche die Lage als «besser

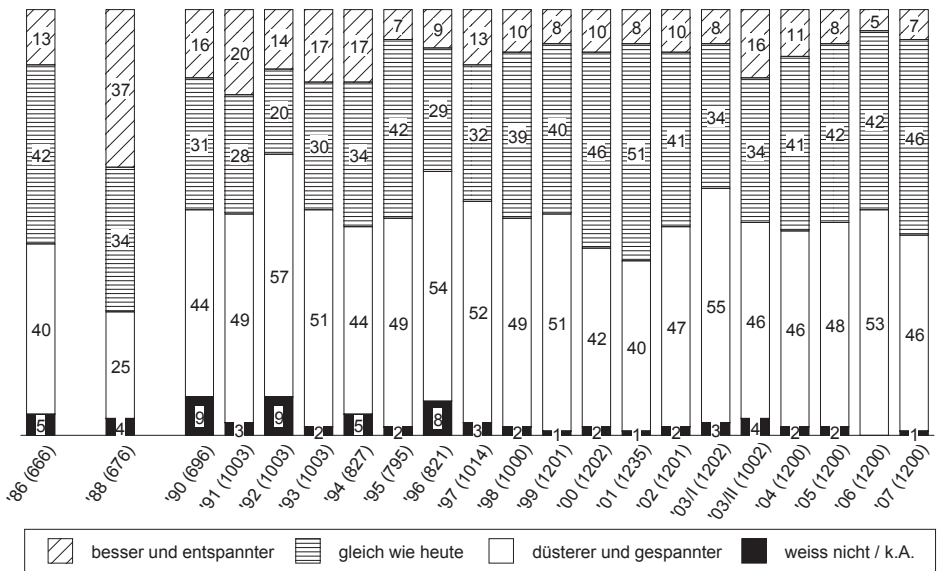
2 Infolge geringen Fallzahlen in der italienischen Schweiz (2006: n=51, 2007 n=50) beträgt der mögliche Stichprobenfehler hier ± 14%.

und entspannter» einschätzen (7%, +2%) oder sie zumindest als gleich bleibend beurteilen (46%, +4%). Wie beim Schweizoptimismus zeigt sich – fasst man «besser» und «gleich bleibend» zusammen – auch hier die Westschweiz verhaltener (dt: 56%, +8%; frz. 46%, +3%; it. 56%, -2%).

Abbildung 4.5

Einschätzung der weltpolitischen Lage

«Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten fünf Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird, oder bleibt sie in etwa so, wie sie heute ist?» (Angaben in Prozent)



4.5 Landeszuversicht, allgemeine Sicherheits- und Bedrohungswahrnehmung – Trends

In der langfristigen Entwicklung bewegen sich die allgemeine Sicherheitswahrnehmung, die Zuversicht hinsichtlich der Entwicklung der Schweiz und die Einschätzung bezüglich der Weltlage offensichtlich in einem hohen Masse gleichläufig (siehe Abbildung 4.6). Das allgemeine Sicherheitsgefühl bewegt sich stärker im Einklang mit der Einschätzung der nationalen Entwicklung als mit der Einschätzung der Weltlage («besser und entspannter»).

Die offensichtliche Gleichläufigkeit bedeutet nichts anderes, als dass das Sicherheitsgrundgefühl, das in der Fragestellung unserer Erhebung auf die eigene Person bezogen wird («Wie sicher fühlen Sie sich?»), erheblich von Makrofaktoren wie etwa der Wahrnehmung der Landesentwicklung und den Erwartungen an die globale Sicherheitslage mitbestimmt wird.

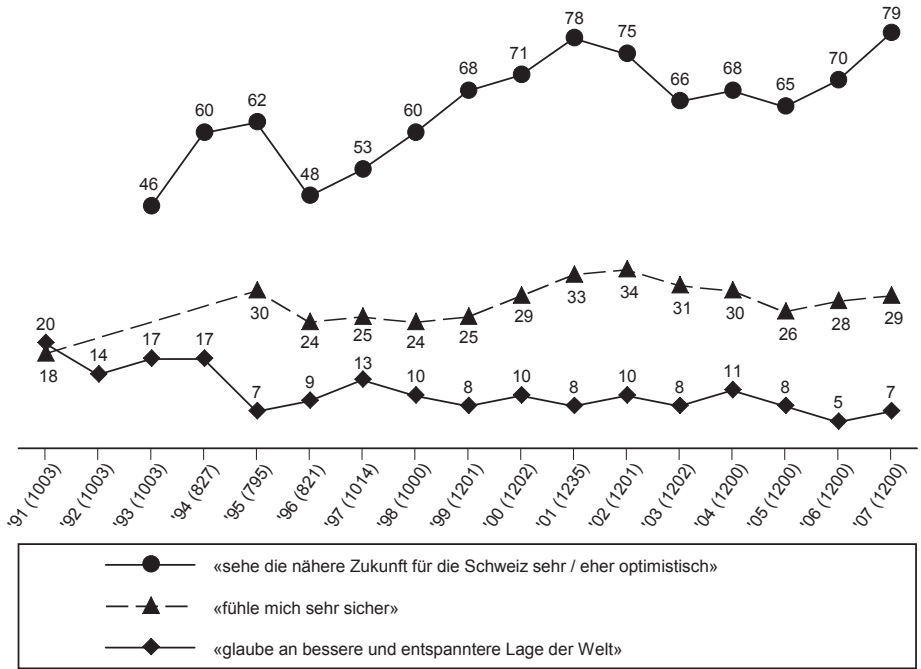
Der Schweizoptimismus zeigt im Vergleich zu den beiden anderen Variablen eine markant höhere Volatilität. In ihm kündeten sich Trendwenden rascher an als in den beiden anderen Wahrnehmungsvariablen. So schlägt die Zuversicht in die Entwicklung der Schweiz im Nachgang zu den Terrorattacken vom 11. September 2001 in den USA um ein Jahr schneller in Pessimismus um als die Sicherheitswahrnehmung und die Einschätzung der Weltlage. In ihm kündigt sich auch die mit dem Wirtschaftsaufschwung einsetzende Wende ab 2005 deutlicher an als in den beiden anderen Erwartungsvariablen. Die Einschätzung der näheren Zukunft des Landes darf damit nach den bisher gewonnenen Erfahrungen dieser Messreihe als sensibler Prädiktor für die Sicherheitsgrundstimmung in der Schweizer Stimbevölkerung eingestuft werden.

Diese Vermutung bestätigt auch die erstmals durchgeführte Paneldatenanalyse³ aller Umfragen im Zeitraum zwischen 1995 und 2007: Das Sicherheitsempfinden kann primär durch die Wahrnehmung der nationalen Zukunft und sekundär durch die Einschätzung der weltpolitischen Lage prognostiziert werden. Dieser statistische Zusammenhang gilt auch dann, wenn man andere wichtige Merkmale wie Bildung, politische Einstellung, Geschlecht und regionale Herkunft mitberücksichtigt, welche die Ausprägung des subjektiven Sicherheitsgefühls ebenfalls vorhersagen.

3 Für die Berechnung der probit-Regressionsmodelle geht der Dank an Patrick Arni. Zur probit-Regressionsanalyse vgl. Anhang I, Abschnitt VII.

Abbildung 4.6

Einschätzungen der näheren Zukunft der Schweiz, der weltpolitischen Lage und allgemeines Sicherheitsgefühl (Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner Si/999/07/sb

5 Vertrauen in ausgewählte Institutionen und in die Politik ganz allgemein

5.1 Institutionen-Vertrauensindex

Mittels einer Skala wird seit 1995 das Vertrauen in ausgewählte Institutionen erhoben. Es handelt sich um wichtige Behörden (Bundesrat, Eidgenössisches Parlament, Gerichte, Polizei und Armee), um die Schweizer Wirtschaft und die Medien. Wie bereits einmal im Jahre 1995 ist die Liste dieses Jahr um die politischen Parteien ergänzt worden. Die Befragten bekunden ihr Vertrauensmass auf einer Skala von 1 «überhaupt kein Vertrauen» bis 10 «volles Vertrauen». Über die Bewertungen und Trends gibt Tabelle 5.1 summarisch Auskunft¹.

Die elf Messpunkte 1997 bis 2007 unseres Vertrauensindex zeigen für die Polizei und die Rechtsinstanzen insgesamt einen seit 1997 leicht ansteigenden Trend. Sie stehen zugleich seit Beginn der Messungen ungebrochen an der Spitze der Vertrauensrangliste. Beide erreichen in diesem Jahr die höchsten je gemessenen Vertrauenswerte (7.3, +1.8 bzw. 7.0, +0.2). Signifikant, d.h. statistisch überzufällig, ist allerdings nur der Zuwachs bei den Gerichten.

Das Vertrauen in den Bundesrat und in das Eidgenössische Parlament ist stärkeren Schwankungen ausgesetzt, verläuft jedoch weitgehend parallel. Von 1997 bis 2001 gewannen beide Institutionen jährlich an Vertrauen, danach ging es bis 2006 wieder abwärts. In diesem Jahr haben Bundesrat und Parlament erstmals wieder zugelegt (6.3, +0.3; 6.1, +0.3). Der Vertrauenswert der Armee (6.6, -0.2) liegt leicht tiefer als im Vorjahr. Die Differenz ist allerdings statistisch nicht signifikant.

1 Der Sorgenbarometer der CS – durchgeführt durch gfs bern – mass mit einer ähnlichen Fragestellung und mit einer etwas erweiterten Liste von Institutionen für 2006 ein ähnliches Rating: Polizei und die Bundesgerichte führten dieses ebenfalls an, die Massenmedien und politischen Parteien finden sich genauso am Ende dieses. Leicht mehr Personen misstrauen aber gemäss dieser Erhebung der Armee. Gewinner beim CS-Institutionen-Vertrauensindex 2006 sind die Banken, bei der hier vorliegenden Studie die Schweizer Wirtschaft.

Tabelle 5.1

Index des Vertrauens in öffentliche Institutionen 1997 bis 2007

Mittelwerte auf einer Skala von 1 bis 10 (1 = «kein Vertrauen», 10 = «volles Vertrauen») nach Vertrauensmass sortiert

	'95	'97	'98	'99	'00	'01	'02	'03	'04	'05	'06	'07	SD	Saldo 06/07	Ø 97-07
Polizei	6.9	6.5	6.5	6.7	6.8	7.0	7.1	7.1	7.2	7.1	7.2	7.3	1.8	0.1	7.0
Gerichte allgemein	–	–	6.3	–	6.4	6.7	6.6	6.7	6.9	6.7	6.8	7.0	1.9	0.2*	6.7
Schweizer Wirtschaft	–	5.6	5.7	6.3	6.1	6.8	6.1	5.7	6.0	6.0	6.1	6.7	1.8	0.6*	6.1
Armee	6.2	6.1	6.2	6.1	6.3	6.4	6.4	6.6	6.3	6.3	6.8	6.6	2.2	-0.2	6.4
Bundesrat	6.0	5.5	5.8	6.5	6.3	6.9	6.5	6.4	6.4	6.3	6.0	6.3	2.0	0.3*	6.3
Eidg. Parlament	5.4	5.2	5.4	5.9	5.8	6.3	6.2	6.1	6.1	6.0	5.8	6.1	1.9	0.3*	5.9
Politische Parteien	4.8	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	5.1	2.0		
Medien	–	4.8	4.8	4.8	4.7	5.0	4.9	5.0	4.9	4.9	4.5	5.0	2.1	0.5*	4.8

* signifikanter Unterschied, t-test, 5% Irrtumswahrscheinlichkeit

© K.W. Haltiner SI 397/07/sw

Am markantesten hat innert Jahresfrist die Schweizer Wirtschaft in der Bevölkerung an Vertrauen gewonnen (6.7, +0.6). Darin spiegelt sich zweifellos die derzeit boomende Konjunktur und die bereits konstatierte gesunkene Angst um den Arbeitsplatzverlust (vgl. Abschnitt 4.2). Ebenso haben die Medien, das langjährige «Schlusslicht» unseres Vertrauensratings, hinzu gewonnen (5.0, +0.5). Sie stehen damit – wie die politischen Parteien – mit 5.1 Punkten (+0.1 im Vergleich zu 1995) im Bereich des mittleren Wertes der 10-Punkte-Skala und stossen in der Bevölkerung mehrheitlich auch weiterhin nicht auf nennenswertes Vertrauen.

Das Variationsmuster im Institutionenvertrauen nach Geschlecht, Landesregion, Alter und Bildungsgrad entspricht dem langjährigen Trend², wenn auch die Zusammenhänge in diesem Jahr teilweise weniger signifikant oder schwächer ausfallen. Tendenziell steigt das Vertrauen in die Institutionen mit zunehmendem Alter ganz allgemein. Besonders ausgeprägt ist der altersbedingte Vertrauenseffekt bei Armee und Polizei. Mit steigendem Bildungsgrad steigt in der Regel das Vertrauen in den Bundesrat und das Rechtswesen, sinkt aber in die Armee. Das Vertrauensausmass gegenüber den Landesinstitutionen variiert mehr und stärker

2 Eine detaillierte Zusammenstellung findet sich in der Studie «Sicherheit 2006» (Haltiner 2006: 73).

mit persönlichen Einstellungen, weniger und schwächer nach den soziodemographischen Merkmalen Wohnregion, Alter, Geschlecht und Bildung. Personen, die sich politisch rechts einstufen, bringen insbesondere der Armee, aber auch der Polizei und der Schweizer Wirtschaft mehr Vertrauen entgegen als solche, die sich selbst links platzieren. Personen, die sich gegen eine weitere Öffnung der Schweiz stemmen und zu einer eher traditionalistischen, d.h. finalen Neutralitätsinterpretation neigen, vertrauen Armee und Polizei über dem Mittel. BefürworterInnen von einem Ausbau der internationaler Kooperation und solche mit einer eher pragmatischen Neutralitätsauffassung neigen demgegenüber vertrauensmässig eher Bundesrat und Parlament zu.

5.2 Vertrauen in die «Politik»

Dieses Jahr wurde, wie erstmals im Vorjahr, mittels einer Einzelfrage das emotionale Verhältnis zur Politik erhoben³. 13% (+2%) geben an, «meistens» das Gefühl zu haben, dass die Politik «fast immer» «in entscheidenden Dingen» (Vorgabe) versage. Jede bzw. jeder achte BürgerIn misstraut somit der «Politik». Für 70% (-2%) ist das «ab und zu», für 16% ($\pm 0\%$) «selten» oder «nie» der Fall. Wie im Vorjahr ist die pessimistische Einschätzung («Die Politik» versagt «meistens») etwas stärker in der lateinischen Schweiz (16%) und in unteren Bildungsschichten (16%) verbreitet. Pessimistischer – wenn auch statistisch nicht signifikant – urteilen diesbezüglich auch Befragte, die sich politisch rechts (18%, +1%) einstufen im Unterschied zu jenen, die sich links (11%, $\pm 0\%$) bzw. in der Mitte (11%, +2%) positionieren.

5.3 Verhältnis von Vertrauen und Sicherheit

Vertrauen ist in hoch arbeitsteilig organisierten Gesellschaften eine wichtige, sicherheitsstiftende Verhaltensweise. In dem Masse, in dem Abläufe und das Funktionieren lebenswichtiger, komplexer Systeme von den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern immer weniger oder nicht (mehr) durchschaut werden können, hilft Vertrauen die Komplexität zu reduzieren (Luhmann 1968). Vertrauen manifestiert sich im Gefühl, dass Personen oder Instanzen die Dinge schon richtig machen. Wie eng sind nun das Vertrauen in Institutionen und Gefühle der Sicherheit bzw. der Zuversicht miteinander verknüpft?

3 Quelle: CS-Sorgenbarometer.

Tabelle 5.2

Institutionenvertrauen nach dem allgemeinen Sicherheitsgefühl, dem Optimismus bezüglich Entwicklung der Schweiz und dem Vertrauen in die Politik, 2007

	Allgemeines Sicherheits- gefühl (γ)	Zukunftsoptimismus bezüglich Schweiz (γ)	Politikvertrauen (γ)
Bundesrat	0.19	0.40	-.46
Eidgenössisches Parlament	0.20	0.37	-.42
Gerichte allgemein	0.22	0.37	-.28
Polizei	0.08	0.37	-.28
Armee	-.07	0.22	-.20
Medien	0.05	0.13	-.30
Schweizer Wirtschaft	0.10*	0.39	-.23
Politische Parteien	0.09	0.24	-.40

* nicht signifikant $p > 0.05$

© K.W. Haltiner Si 1000/07/sw

Das allgemeine Sicherheitsgefühl verbindet sich im Besonderen mit dem Vertrauen in das Rechtswesen und die eidgenössischen Behörden, kaum jedoch mit den übrigen in der Tabelle aufgelisteten Institutionen. Das Sicherheitsgefühl korreliert am stärksten mit dem Vertrauen in die Gerichte, gefolgt von Bundesrat und dem Parlament. Befragte, die der Polizei sehr vertrauen, fühlen sich aber nicht notwendigerweise sicherer, als diejenigen, die der Polizei weniger vertrauen. Dass sich die SchweizerInnen sicher fühlen, hängt wahrscheinlich vorab mit dem Vertrauen in unser politisches System und Rechtswesen zusammen und wird weniger mit Angst vor Kriminalität – das heisst der Inneren Sicherheit – in Zusammenhang gebracht.

Auch für die Zuversicht in die Zukunft der Schweiz verkörpern die erwähnten Institutionen die entscheidende Rolle. Personen, die die nähere Zukunft der Schweiz optimistisch beurteilen, zeichnen sich durch ein durchschnittlich grösseres Vertrauen aus. Insbesondere jene, die den Institutionen der Schweiz stark vertrauen, schauen optimistisch in die Zukunft. Für den Landesoptimismus kommt allerdings zusätzlich der Wirtschaft eine prominente Rolle zu.

Politisches Misstrauen («Politik versagt») konzentriert sich umgekehrt in ebenso starkem Masse auf die Bundesbehörden und vor allem auch auf die politischen

Parteien sowie die Medien. In vergleichsweise geringerer Masse sind ausführende Staatsorgane wie Polizei und Armee sowie die Schweizer Wirtschaft von der Variation an Politikvertrauen betroffen. Die negativen Zusammenhangswerte über alle vom Index erfassten Institutionen hinweg deutet daraufhin, dass ein ausgeprägtes Misstrauen gegenüber der «Politik» vor allem bei Menschen verbreitet ist, die am öffentlichen Geschehen desinteressiert sind.

5.4 Bedrohungswahrnehmung, Neutralität und Vertrauen in die Landesregierung: der Blame-Effekt

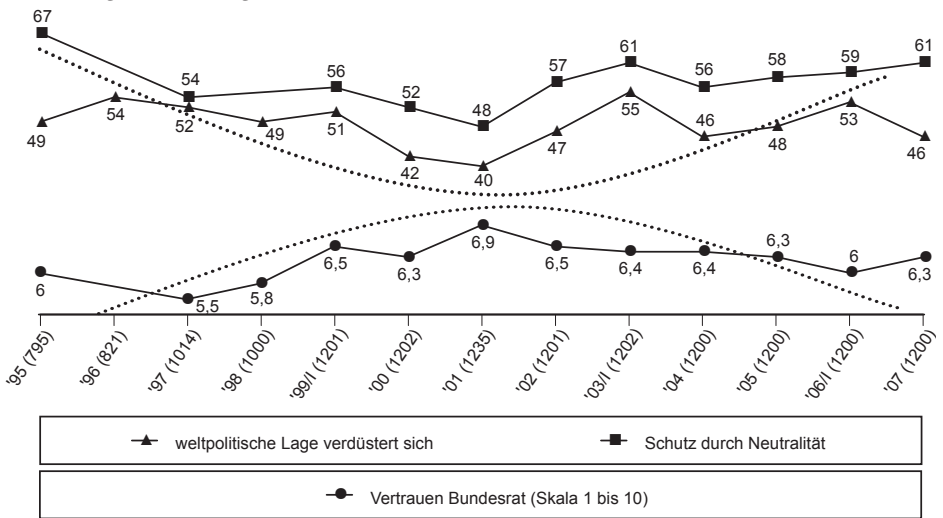
Es darf angenommen werden, dass zwischen dem Vertrauensmass in die Institutionen und der Zuversicht in die wirtschaftliche Entwicklung einerseits sowie zur Bedrohungseinschätzung und aussen- und sicherheitspolitischen Grundwerten andererseits eine Wechselwirkung besteht.

Ein Blick auf die Vertrauenswerte in die Schweizer Wirtschaft im Zeitverlauf in Tabelle 5.1 zeigt, dass diese bisher in der Regel die höchsten Vertrauenswerte in Boomjahren erhielt, nämlich 2001 und in diesem Jahr. Bei einem Vergleich der Zeitreihen zwischen dem Vertrauen in den Bundesrat sowie dem in das Eidgenössische Parlament und den Vertrauenswerten in die Wirtschaft fällt die hohe Gleichläufigkeit auf. Mit wenigen Ausnahmen (2006) kovariieren die Vertrauenswerte in die Eidgenössischen Behörden mit denen der Wirtschaft. Das lässt den Schluss zu, dass das Behördenvertrauen durch den Konjunkturverlauf erheblich mitbestimmt wird. Geht es der Wirtschaft besser, so bestehen gute Aussichten für eine abnehmende Arbeitslosenrate und steigende Einkommen. Das allgemeine Zukunftsvertrauen der Bevölkerung steigt und dabei offensichtlich auch der Grad an Zufriedenheit mit den «Regierenden». Dieser Zusammenhang zwischen guter Wirtschaftskonjunktur und guten Wiederwahlaussichten von aktuell regierenden politischen Parteien bei anstehenden Parlaments- oder Präsidentenwahlen, weil diesen die gute Konjunktur als Leistung zugeschrieben wird, ist in den Politikwissenschaften bestens bekannt. Er kann in den USA oder in den meisten parlamentarischen Demokratien Europas regelmässig beobachtet werden. Dass dieser Zusammenhang offensichtlich auch in einer plebiszitären Demokratie wie der Schweiz gilt, darf vermutet werden, wurde aber unseres Wissens noch nie gezielt nachgewiesen.

Die Plausibilität eines engen Zusammenhangs zwischen Wirtschaftskonjunktur und Regierungsvertrauen lässt sich vertiefen, wenn statt der Wirtschaftskonjunktur die Erwartung an die Entwicklung der Weltlage als einer Art generalisierter Bedrohungseinschätzung einerseits und die Betonung von sicherheitspolitischen Eckwerten andererseits, hier zum Beispiel die Schutzwirkung der Schweizer Neutralität, mit

dem Verlauf des Regierungsvertrauens verglichen werden. In der Abbildung 5.1 sind die Erwartung für eine pessimistische Weltentwicklung («verdüstert sich») sowie die Zustimmung zur Schutzwirkung der Schweizer Neutralität⁴ und das Vertrauen in den Bundesrat für die Periode 1996 bis 2007 wiedergegeben. Dabei springt das hohe Mass an Gleichläufigkeit zwischen der Bedrohungseinschätzung und der Betonung der Sicherheit durch die Schweizer Neutralität ins Auge. Wird die Weltansicht pessimistischer, so steigt proportional dazu der Glaube an die Schutzwirkung der Neutralität und vice versa. Salopp ausgedrückt: Wenn es in der Wahrnehmung durch Frau und Herr Schweizer in der Welt «draussen» regnet, so ziehen diese sich gerne unter das Schutzdach der Neutralität zurück, während umgekehrt in Zeiten einer optimistischen Weltsicht die Billigung und damit wahrscheinlich auch die Wahrnehmung von Sicherheit durch die Neutralität deutlich nachlässt. Es deutet einiges daraufhin, dass eine Intensivierung der äusseren Bedrohungswahrnehmung traditionelle Sicherheitswerte und Institutionen (Armee!) in ihrem Wert relativ rasch ansteigen lässt, eine Umkehrung indes ebenso rasch entsprechende Wert-schätzungsverluste bewirkt⁵.

Abbildung 5.1
Bedrohungswahrnehmung und Institutionenvertrauen



© K.W. Haltiner Si/1023/07/P2/sb

4 «Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen» (vgl. Frage 21F im Anhang III sowie Kapitel 9).

5 Der in diesem Jahr feststellbare auffallende Zuversichtsanstieg in der Landes- und Weltsicht könnte unter anderem erklären, warum die Armee – unserer langjährigen demoskopischen Erfahrung nach ein eher »traditionaler« Wert – innert Jahresfrist deutlich an Stellenwert eingebüsst hat (vgl. Kapitel 10).

Das Vertrauen in den Bundesrat verhält sich klar gegenläufig zur pessimistischen Weltsicht und zur wahrgenommenen Schutzwirkung der Neutralität. Schwächen sich letztere ab, wie deutlich nach 1997 bis 2001 und wieder 2006 bis 2007, so steigt das Vertrauen in die Landesregierung; steigen sie hingegen an, so schwächt sich letzteres ab, wie etwa in der Periode 2002 bis 2005. Das Vertrauen in die dort «oben» verhält sich umgekehrt proportional zur «Schlechtwettersicht». Man ist geneigt von einem Blame-Effekt zu sprechen: Wenn die Dinge in der Welt sich nicht so entwickeln, wie man das gerne hätte, findet man die Schuldigen rasch in der «Chefetage» und entzieht ihnen das Vertrauen.

Dank der nun mehrjährigen Messreihe ist es möglich, anhand einer Regressionsanalyse (vgl. Anhang I, Abschnitt VII) diese Vermutung auch statistisch zu überprüfen. Das Regressionsmodell bestätigt, dass wer sich für die Schweiz zukunftsoptimistisch gibt, dem Bundesrat stärker vertraut und dass somit in Jahren, in denen mehr Befragte die nationale Lage positiv wahrnehmen, auch das Vertrauen steigt. Das Bundesratsvertrauen lässt sich aber auch – zwar in leicht schwächerem Masse – durch die aktuelle Wahrnehmung der weltpolitischen Lage prognostizieren und zwar in der wie oben vermuteten Richtung. Dieser Zusammenhang gilt auch, wenn man Effekte durch soziodemographische Merkmale wie Alter, Geschlecht, regionale Herkunft und Bildung mitberücksichtigt. Statistisch signifikant nicht bestätigen lässt sich hingegen die Annahme, dass bei pessimistischer Zukunftswahrnehmung der Glaube an die Schutzwirkung durch die Neutralität steige. Der Zusammenhang ist nicht linear. Wer «eher» und «eher nicht mehr» an die Schutzwirkung der Neutralität glaubt, der vertraut dem Bundesrat stärker als jene, die mit der Schutzwirkung «sehr» und «gar nicht einverstanden» sind. Der Glaube an die Schutzwirkung der Neutralität ist besonders bei Befragten schwach ausgeprägt, die nach 1939 auf die Welt gekommen sind, nimmt mit zunehmendem Bildungsstand ab und ist bei den politisch rechts Orientierten besonders häufig verbreitet.

Fazit: Der derzeit zu beobachtende Vertrauenszuwachs in die Bundesbehörden dürfte wesentlich mit der guten Wirtschaftskonjunktur einerseits und der wieder optimistischeren Landes- und Weltsicht andererseits zusammenhängen und weniger mit der Einschätzung der Leistung dieser Behörden.

6 Öffnung versus Autonomie – die Wahrnehmung aussen- und sicherheitspolitischer Optionen

6.1 Eine skalenartige Fragenbatterie als Grundlage

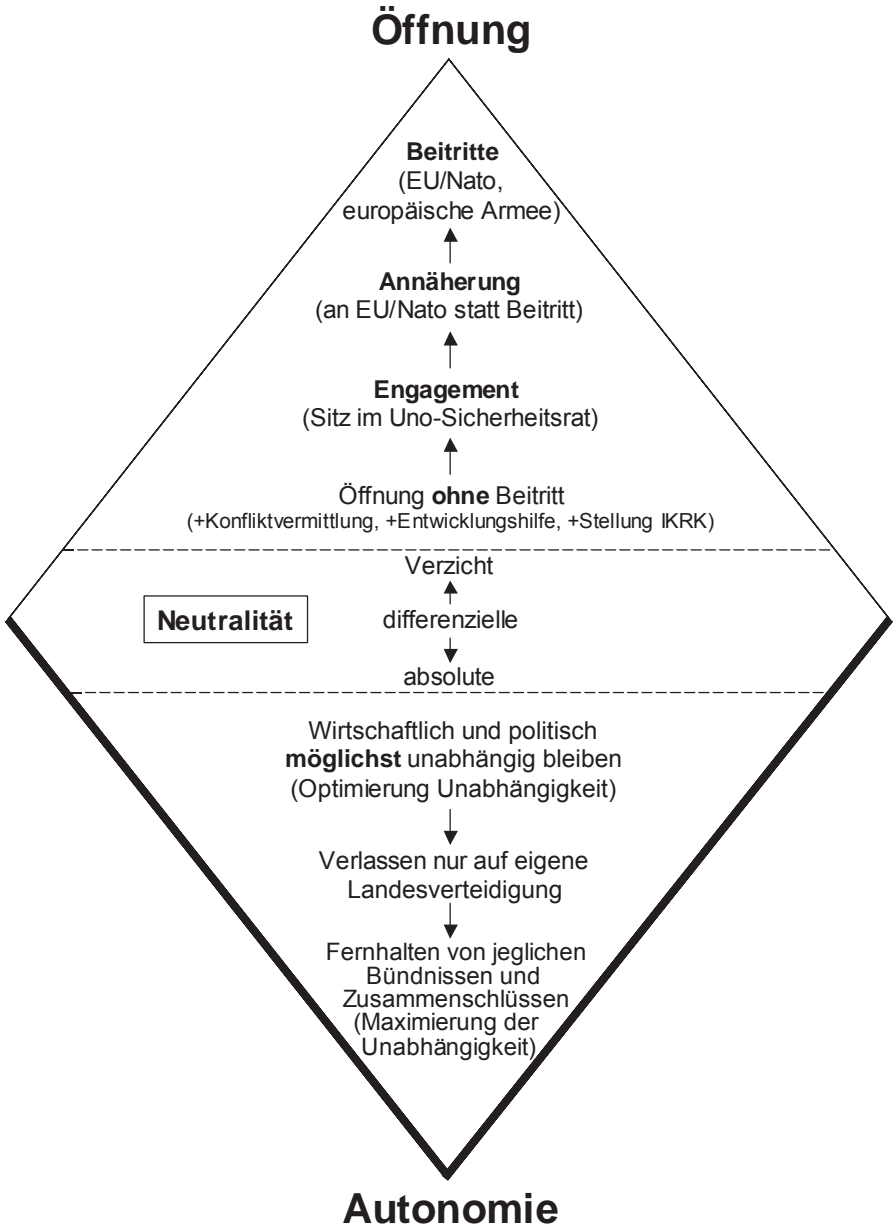
Die aussenpolitische Kooperationsbereitschaft lässt sich mit einer Einzelfrage nicht angemessen beurteilen. Dieser Tatsache wird im Rahmen der Befragungsreihe «Sicherheit» seit längerem Rechnung getragen, indem die Kooperationsbereitschaft über einen so genannten Index, also eine Zusammenstellung mehrerer Indikatoren, erfasst wird (vgl. Haltiner & Spillmann 1994). Diesem Index – bestehend aus insgesamt 20 Variablen – liegt die Überlegung zugrunde, dass sich eine maximale Öffnungsbereitschaft bzw. ein stark ausgeprägter Autonomiewunsch als Extreme eines Kontinuums verstehen lassen. Innerhalb dieses Kontinuums sind demnach auch mildere Ausprägungsformen sowohl der Autonomie wie der Öffnung denkbar. Maximal Öffnungsbereite zeichnen sich dadurch aus, dass sie Beitritte zu supra- bzw. internationalen Institutionen wie der EU und der Nato befürworten und sich eine Schweiz wünschen, die sich innerhalb der Uno stark engagiert. Eine abgemilderte Form der Öffnungsbereitschaft liesse sich dadurch charakterisieren, dass man etwa der Uno durchaus sehr wohlwollend gegenüber steht, hingegen von einer EU- geschweige denn einer Nato-Annäherung nichts wissen will. Als «Autonomismus» kann jene Haltung definiert werden, die jeglicher Art von internationaler Kooperation kritisch gegenübersteht und generell danach trachtet, die politische Souveränität der Schweiz zu maximieren.

Eine besondere Rolle kommt in der Frage der aussenpolitischen Öffnungsbereitschaft der Haltung zur Neutralität zu. Zwar befürworten alle Einstellungstypen das Prinzip der Neutralität, allerdings unterschiedlich stark. Während die Autonomisten auch dann die Neutralität nicht aufgeben wollen, wenn diese keine Vorteile mehr bringt, ist für eine starke Minderheit unter den Öffnungsbereiten die Aufgabe der Neutralität denkbar. Maximal Öffnungsbereite verneinen im Gegensatz zu den anderen Einstellungstypen die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität klar, sind aber Befürworter der differentiellen Neutralität.

Abbildung 6.1 stellt das oben geschilderte Kontinuum zwischen Autonomie und Öffnung grafisch dar.

Abbildung 6.1

Kontinuum von maximaler Öffnungsbereitschaft zu maximalem Autonomismus



6.2 Die 20 Indikatoren der Öffnungswilligkeit bzw. der Autonomiebetonung im Trend

Die 20 Indikatoren sind gegliedert nach der

- Bereitschaft zur internationalen Kooperation durch institutionelle Annäherung oder Beitritte zur EU (siehe Abbildung 6.2),
- Bereitschaft zur Öffnung der Schweiz ohne institutionelle Bindungen an inter- bzw. supranationale Institutionen (siehe Abbildung 6.3),
- Bereitschaft zu einem verstärkten Engagement innerhalb der Uno (siehe Abbildung 6.4),
- Bereitschaft zu sicherheitspolitischen Allianzen (Nato, europäische Armee) (siehe Abbildung 6.5),
- Betonung verschiedener Grade nationaler Autonomie (siehe Abbildung 6.6),
- Einstellung zur Beibehaltung verschiedener Grade der Neutralität (siehe Abbildung 8.1, Kapitel 8).

6.3 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bindung oder Annäherung an die Europäische Union

Wie sich bereits im Vorjahr gezeigt hat, findet der eingeschlagene bilaterale Weg im Verhältnis zur EU eine breite Unterstützung. Sieben von zehn (73%, +2%; siehe Abbildung 6.2) Befragten sind «sehr» oder «eher» damit einverstanden, der EU nicht beizutreten, die wirtschaftliche Zusammenarbeit jedoch zu verstärken. Jeder zweite (47%, -2%) kann sich auch noch mit einer vermehrten politischen Annäherung an die EU einverstanden erklären. Eine aktive Beteiligung an der europäischen Integration und einen vorbehaltlosen Beitritt zur EU findet hingegen nur noch bei einem Drittel der Befragten Anklang (29%, -3%).

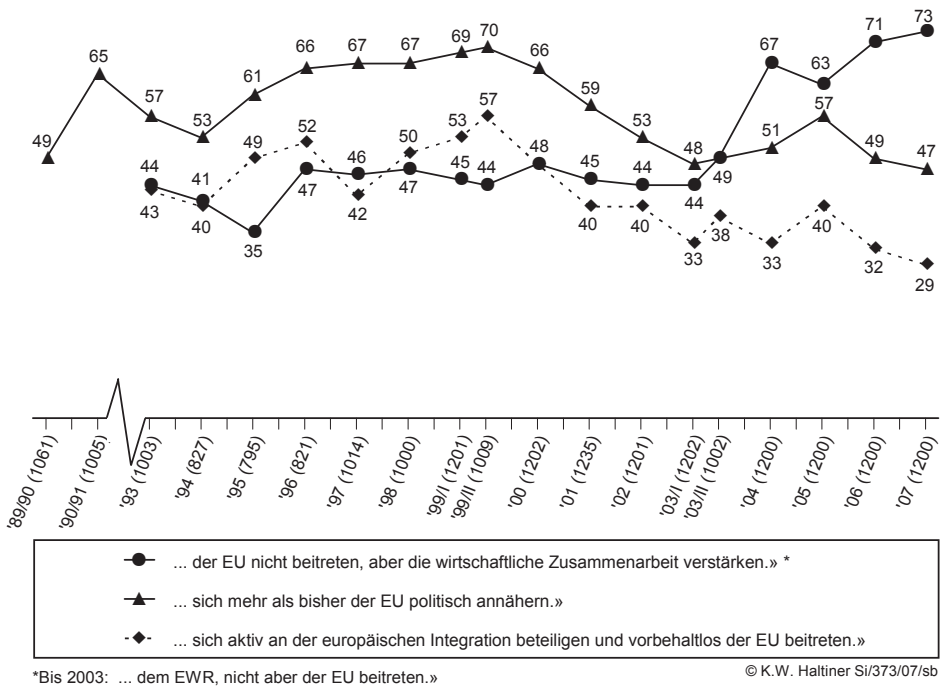
Nachdem sich die Stimmungslage 2006 gegenüber 2005 noch einmal signifikant in Richtung einer rein wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der EU (ohne Beitritt zum Bündnis) akzentuiert hatte, ist das Meinungsbild im Verlaufe des letzten Jahres stabil geblieben. In den neunziger Jahren favorisierte eine Mehrheit bezüglich EU eine andere Akzentsetzung: Damals fand die politische Annäherung an die EU stets höheren Zuspruch (bei rund zwei Dritteln) als eine Verstärkung rein wirtschaftlicher Zusammenarbeit in Form eines EWR-Beitritts (knapp 50%). In den Jahren 2001 bis 2003 nahm die Akzeptanz politischer Annäherung ab und hat sich ab 2004 auf

einem tieferem Niveau (bei gut der Hälfte der StimmbürgerInnen) – so scheint es – wieder eingependelt. Die rein wirtschaftliche Kooperation hingegen trifft seit der erstmaligen Erfassung im 2004 auf breite Zustimmung; rund zwei Drittel der Bevölkerung sind mit diesem Weg «sehr» oder «eher» einverstanden¹.

Abbildung 6.2

Europäische Integration (Zustimmung «sehr» und «eher» einverstanden in Prozent)

«Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Die Schweiz sollte ...



Die Haltung zum EU-Beitritt schwankt seit einigen Jahren von Jahr zu Jahr am stärksten. Nachdem der Beitritt 1996 sowie 1998 und 1999 mehrheitsfähig war, schwankt die Zustimmung seit 2001 bloss noch zwischen 30% und 44%.

1 Wer findet, dass die Schweiz politisch und wirtschaftlich unabhängig bleiben solle, unterstützt in höherem Masse den bilateralen Weg als diejenigen, welche sich eine politische und wirtschaftliche Einbindung eher vorstellen können ($\gamma=0.3$). Wer sich tendenziell kooperativ gibt, lehnt den bilateralen Weg wahrscheinlich ab, weil er als zu wenig integrativ wahrgenommen wird. Wer sich autonom gibt, stimmt ihm zu, da im bilateralen Weg offenbar eine Maximierung nationaler wirtschaftlicher Interessen gesehen wird.

6.4 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung

Die Befürwortung internationaler Kooperation ohne Ausbau institutioneller Bindungen bleibt gegenüber dem Vorjahr unverändert hoch: 75% (+5%; siehe Abbildung 6.3) wünschen sich eine aktivere Rolle der Schweiz an internationalen Konferenzen. Mehr Vermittlungsaktivität der Schweiz in Konflikten stimmen 71% (+1%) zu. Für das Einbringen des Stellenwertes der Schweiz als Sitz des Roten Kreuzes sprechen sich 79% (-1%) aus und mehr Entwicklungshilfe befürworten 57% (-7%).

Zur Zeit der Erhebung im Januar 2007 wurde eine intensive Kontroverse über Wirkung und Effizienz von Entwicklungshilfe geführt. Dies könnte eventuell erklären, weshalb man sich in der Schweiz 2007 signifikant weniger häufig als vor einem Jahr zur Vorgabe aussprach, die Schweiz solle mehr Entwicklungshilfe leisten. In den 13 Jahren davor stieg jedoch die Zustimmung zu einem stärkeren finanziellen Engagement konstant an: 1993 bis 1999 lag die Befürwortung bei Werten um 50%, 2000 bis 2004 um die 55%, seit 2005 – wahrscheinlich bedingt durch die Tsunami-Katastrophe in Südostasien im Dezember 2004 – bei rund 64%.

1993 bis 2003 wurde die Einbringung des Stellenwertes der Schweiz als Sitz des Roten Kreuzes mit Werten um die 70% konstant gleich hoch befürwortet. 2004 stieg die Zustimmung und die Marke liegt seit 2005 bei knapp 80%.

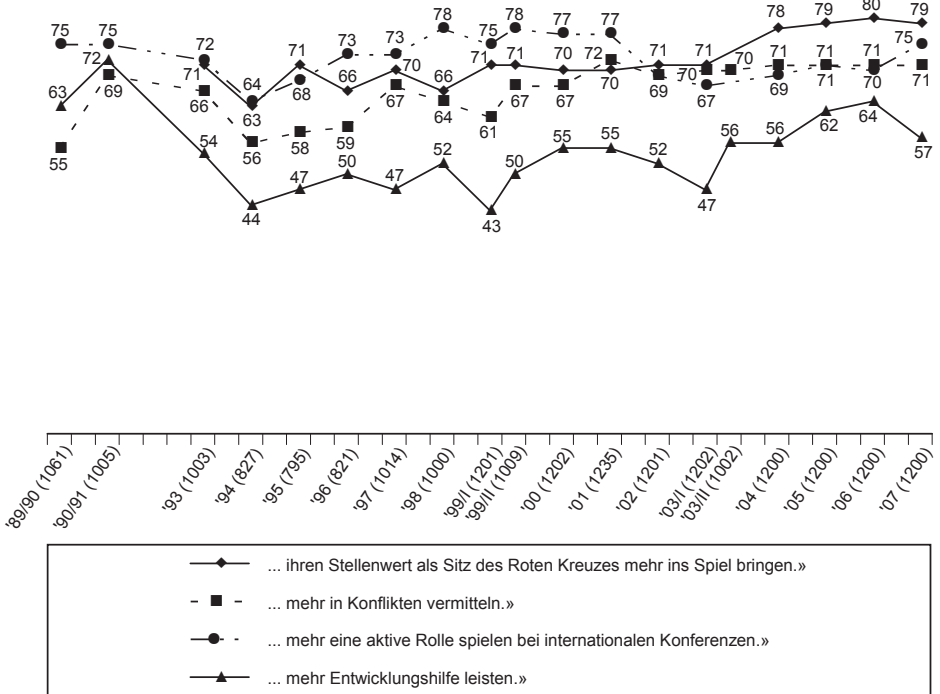
In den neunziger Jahren waren jeweils rund 60% «sehr» oder «eher» damit einverstanden, dass die Schweiz mehr in Konflikten vermitteln solle. Im Jahr 2000 stieg dieser Anteil an und liegt seither konstant auf einem höheren Niveau bei rund 70%.

Die Vorstellung, die Schweiz solle eine aktivere Rolle bei internationalen Konferenzen spielen, findet seit jeher breite Unterstützung. 2002 bis 2005 stimmten jeweils rund 70% dieser politischen Maxime zu. 2007 sind es nun wieder etwas mehr: Wie im letzten Jahrzehnt geben aktuell wieder 75% der Stimmbevölkerung ihr Einverständnis dazu.

Abbildung 6.3

Indikatoren der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft ohne institutionelle Bindungen («weiche» Kooperation – Zustimmung «sehr» und «eher» einverstanden in Prozent)

«Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Die Schweiz sollte ...



© K.W. Haltiner SI/375/07/sb

6.5 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Erhöhtes Engagement in der Uno

Nach einem harten Abstimmungskampf wurde am 3. März 2002 die Volksinitiative für den Uno-Beitritt mit 55% Ja-Stimmen angenommen. Seither wird anhand einiger Vorschläge gemessen, inwieweit SchweizerInnen denken, die Uno trage zu mehr Sicherheit für die Schweiz bei.

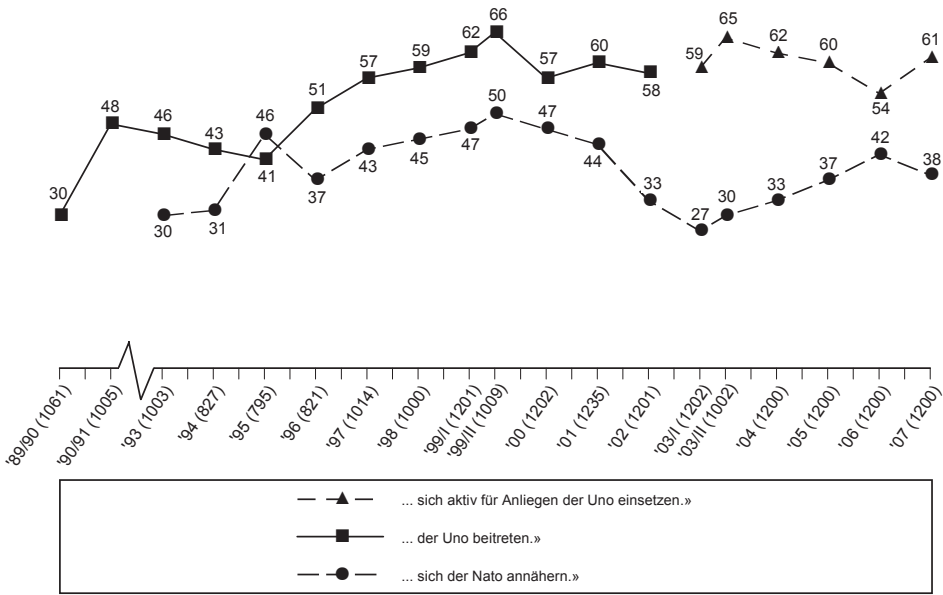
Die Zustimmung zur Uno hat sich seit dem Beitritt nur unwesentlich verändert und bleibt positiv. Nachdem man insbesondere 2006 der Uno gegenüber leicht kritischer eingestellt war, ist dieses Jahr die Befürwortung für das Engagement der Schweiz in der Uno signifikant gestiegen und liegt wieder bei einer Marke um die 60%.

60% (+5%; siehe Abbildung 6.4) sprechen sich dafür aus, dass sich die Schweiz um einen Sitz im Sicherheitsrat bemüht. Ebenso viele (61%, -7%) SchweizerInnen meinen zudem, die Schweiz solle sich «aktiv und an vorderster Front» für die Anliegen der Uno einsetzen.

Abbildung 6.4

Einstellung zur Uno (Zustimmung «sehr» und «eher» einverstanden in Prozent)

«Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Die Schweiz sollte ...



© K.W. Haltiner Si/374/07/sb

6.6 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bereitschaft zu sicherheitspolitischen Allianzen

Von den hier untersuchten vier Möglichkeiten einer militärischen Allianz findet lediglich die Forderung, die Schweiz solle der Uno Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen, eine mehrheitliche Unterstützung (54%, -1%; siehe Abbildung 6.5). Ganz anders beurteilen die befragten SchweizerInnen die Vorgaben, mehr Sicherheit durch Kooperation mit der Nato zu erlangen. Ein Nato-Beitritt (21%, -4%) oder eine Annäherung (39%, -3%) kommt nur für Minderheiten in Frage. Eine Beteiligung am Aufbau einer europäischen Armee bleibt weiterhin

für die Mehrheit der Befragten nicht erstrebenswert. Nur gerade 26% (-13%) können sich ein Mitwirken vorstellen.

Die vier Kurven verlaufen recht ähnlich: In der generellen Befürwortung von Allianzen unterscheidet man in der Bevölkerung kaum zwischen Nato, Uno oder EU. Abbildung 6.5 zeigt aber auch klar, dass die Ablehnung in der Bevölkerung mit der Intensität der Kooperation fällt. Sie ist bei Uno-Truppen geringer als bei einem Nato-Beitritt.

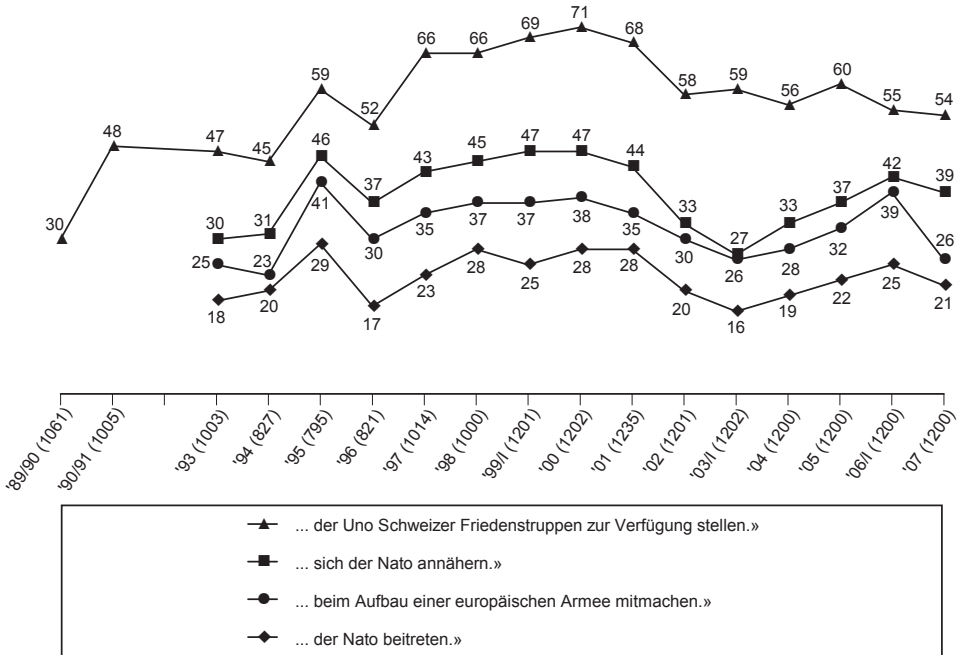
Gegenüber dem Vorjahr hat die Zustimmung zum Engagement in Allianzen signifikant abgenommen. Die Ablehnung gegenüber militärischer Zusammenarbeit liegt aber 2007 dennoch nicht ganz so tief wie in den Jahren 2002 und 2003, als die Zustimmung wahrscheinlich auf Grund des transatlantischen Zerwürfnisses sank. Dass in den Jahren 1998 bis 2001 sowie vom Zeitraum 2004 bis 2006 die Möglichkeit einer Kooperation positiver beurteilt wurde, liegt vermutlich daran, dass einerseits der Krieg in Ex-Jugoslawien bzw. die gemeinsame Terrorbekämpfung der Nato-Länder sichtbar gemacht hatte, wie sehr Sicherheit in Europa nur noch gemeinsam zu erreichen sei.

2007 – so scheint es – werden die Auslandseinsätze kritischer beurteilt (vgl. Abschnitt 7.2) und die Meinung, «die Schweiz solle sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen», wird gegenüber dem Vorjahr wieder häufiger vertreten. Dies könnte unter anderem erklären, weshalb 2007 ein Zusammengehen noch stärker abgelehnt wird als im Vorjahr.

Abbildung 6.5

Einstellung zu Allianzen (Zustimmung «sehr» und «eher» einverstanden in Prozent)

«Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Die Schweiz sollte ...



© K.W. Haltiner Si/1022/07/sb

6.7 Betonung der nationalen Autonomie

Die Einstellung der Bevölkerung zur nationalen Autonomie wird anhand dreier Facetten gemessen: Seit dem Messbeginn von 1993 erhält die Politik der *wirtschaftlichen und politischen Autonomie* die höchste Zustimmungsrates – mit jeweils 50% oder mehr – vor der *militärischen Autonomie*, die nicht ganz jeder zweite Befragte über die Jahre hinweg gutheisst. Am wenigsten häufig – mit einem Verhältnis von eins zu drei – können sich die SchweizerInnen mit einem *Weg ohne jegliche Bündnisse und Zusammenschlüsse* einverstanden erklären.

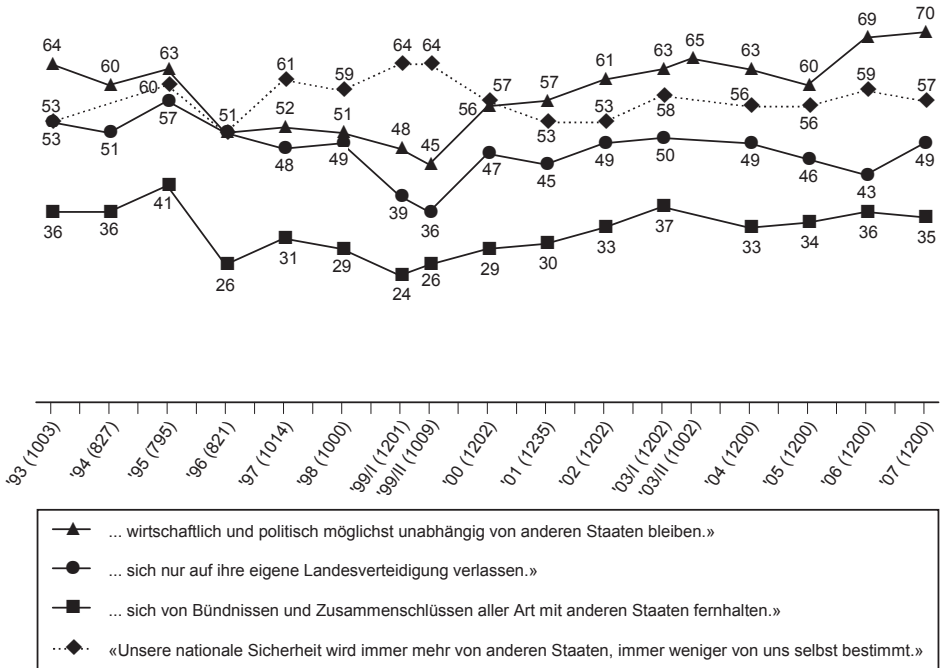
Die Zustimmung zur Vorgabe «die Schweiz solle wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben» ist in den letzten zehn Jahren allmählich und 2006 markant gestiegen. Auch 2007 liegt der Suktors mit 70% (+1%; siehe Abbildung 6.5) sehr hoch.

Der Anteil jener Befragten, die «sehr» oder «eher» mit einem Alleingang ohne «Bündnisse und Zusammenschlüsse aller Art mit anderen Staaten» einverstanden sind, hat seit 1996 ebenfalls zugenommen. Seit 2002 ist das jeweils rund ein Drittel der Befragten.

Abbildung 6.6

Indikatoren der Betonung nationaler Autonomie (Zustimmung «sehr» und «eher» einverstanden in Prozent)

«Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Die Schweiz sollte ...



© K.W. Haltiner SI/377/07/sb

Konstant geblieben ist hingegen die Einstellung der SchweizerInnen zur Frage, ob sich die Schweiz nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen solle: Seit Mitte der neunziger Jahre liegt die Zustimmung zu diesem Vorschlag zwischen 47% und 51%. Dieses Jahr berufen sich 49% (+7%) der Befragten auf eine militärische Autonomie. Einzig in den Jahren 1999 (39%), 2001 (45%) sowie 2006 (43%) erreichte diese Forderung klar keine mehrheitliche Unterstützung bei der Schweizer Stimmbevölkerung.

Bezüglich nationaler Autonomie interessiert nicht nur, in wie weit man sich Souveränität wünscht, sondern auch inwiefern man denkt, dass die «nationale Sicherheit immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt wird.» Die Einschätzung der nationalen Sicherheitsautonomie erweist sich als ausserordentlich zeitstabil. Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung ist nach wie vor der Ansicht, die nationale Sicherheit werde immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt (57%, -2%). Nur eine Minderheit der Schweizer Bevölkerung ist somit von einer autonomen Sicherheitsgewährleistung überzeugt (38%, -2%).

Die Annahme, wer die Einschätzung einer vorab exogen bestimmten nationalen Sicherheit teile, lehne in stärkerem Masse die nationale Autonomie ab, lässt sich nicht bestätigen. Nationale Autonomie wird weniger als sicherheitspolitische Strategie angenommen denn als finaler Wert.

Insgesamt wird 2007 wie bereits 2006 die nationale Autonomie ähnlich differenziert bewertet: Die Zustimmung zur weitgehenden politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit erfährt – wie der bilaterale Weg mit der EU – einen klareren Zuspruch als in den Jahren zuvor. Die zugespitzte Autonomie des Alleingangs wird, wie in den Jahren zuvor, nur schwach befürwortet. Einzig die militärische Autonomie wird gegenüber dem Vorjahr stärker gewichtet.

6.8 Politische Einstellung, soziodemographische Merkmale und Öffnung versus Autonomie

Die politische Selbsteinstufung ist diejenige Variable, welche die Spannweite in der Einstellung bezüglich Öffnung versus Autonomie am besten erklären kann. Politisch rechts Orientierte sprechen sich deutlich seltener für eine europäische Integration aus, unterstützen aber den bilateralen Weg stärker, sowie sie sich auch öfter für eine politisch und wirtschaftlich unabhängige Schweiz aussprechen. Die Forderung nach militärischer nationaler Autonomie wird in diesem Lager ebenfalls klar befürwortet.

Der Aufbau einer europäischen Armee findet zwar auch bei den politisch links Eingestellten keine mehrheitliche Unterstützung, er wird aber deutlicher gebilligt als bei denjenigen Befragten, die sich der politischen Rechten oder Mitte zuordnen. Erstere wünschen sich auch ein stärkeres Engagement in der Uno, akzeptieren Schweizer Uno-Friedenstruppen und stehen auch der Nato prinzipiell offener gegenüber. Mit Ausnahme der Forderung nach mehr Entwicklungshilfe fällt die internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung bei Befragten aller politischen Lager auf Zustimmung. In der politischen Linke kann diese Art der Anbin-

derung aber auf eine breitere Abstützung zählen. Politisch rechts eingestellte Befragte lehnen einen Ausbau der Entwicklungshilfe eher ab.

Die erhobenen Auffassungen zur Intensität der europäischen Integration, der Kooperation ohne institutionelle Anbindung, sowie der Zusammenarbeit mit der Uno und der Nato, variieren nicht signifikant mit dem Alter, dem Geschlecht und der Bildung. Hingegen wird die nationale Autonomie je nach Bildungsabschluss und Alter hoch signifikant unterschiedlich betont. Es sind – nebst den politisch rechts Eingestellten – insbesondere Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss und SchweizerInnen über 60 Jahre, welche die nationale Autonomie stark befürworten.

Die regionale Herkunft scheint sich auf die Meinungsbildung bezüglich Integration in die EU auszuwirken. Eine politische Annäherung an die EU ist in der Westschweiz mehrheitsfähig und auch ein EU-Beitritt wird hier häufiger befürwortet als in der deutschen oder italienischen Schweiz.

6.9 Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Die Kooperationstypen im Trend 1993 bis 2007

Die aussenpolitische Öffnungsbereitschaft der SchweizerInnen wird mit insgesamt 20 Fragen beleuchtet, wie in den vorangegangenen Abschnitten dargestellt wurde. Neun besonders stark differenzierende Fragen werden seit mehreren Jahren dazu verwendet, eine so genannte Kooperationstypologie² zu bilden. Diese Typologie unterscheidet drei charakteristische Haltungen gegenüber der aussenpolitischen Öffnung der Schweiz.

- **«Harte Öffnungswillige»:** Als solche können Personen bezeichnet werden, die eine aussenpolitische Öffnung der Schweiz selbst unter Inkaufnahme gewisser Souveränitätseinbussen befürworten. Sie sind nicht nur für einen EU-Beitritt der Schweiz, sondern unterstützen auch mehrheitlich eine Nato-Annäherung. Selbst ein Nato-Beitritt ist für eine knappe Minderheit unter den «harten Öffnungswilligen» denkbar. Die Schweizer Neutralität als sicherheitspolitisches Instrument halten sie für ein Auslaufmodell, wollen aber trotzdem an ihr festhalten. Selbstredend verlangen sie ein verstärktes Schweizer Engagement in der Uno.

2 Die Typologie wurde anhand der Clustermethode gebildet (vgl. Anhang I und II). 15% der Befragten lassen sich keinem der drei Kooperationstypen zuordnen. Die Prozentangaben zu den drei Kooperationstypen beziehen sich deshalb nur auf 1'015 Personen.

- **«Autonomisten»:** Diese nehmen eine diametral entgegengesetzte Haltung ein. Sie lehnen nicht nur den EU- und den Nato-Beitritt ab, sie sprechen sich auch für eine nur aufs Notwendigste begrenzte Kooperation mit diesen Institutionen aus. Jede Souveränitätsminderung wird abgelehnt. Dem bilateralen Weg mit der EU wird seit 2004 zugestimmt. Nach dem gegen ihren Willen erfolgten Beitritt zur Uno unterstützen sie nun die Verhinderung eines verstärkten Engagements innerhalb der Weltorganisation und stellen sich gegen Bestrebungen der Schweiz, einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat zu erlangen. Neutralität bedeutet für sie nebst Selbstverständnis vor allem Schutz.
- **«Weiche Öffnungswillige»:** Sie sind zwischen den beiden eben geschilderten Kooperationstypen anzusiedeln. Der aussenpolitischen Kooperation stehen sie grundsätzlich positiv gegenüber, insbesondere was die Uno angeht. Einen EU- oder gar einen Nato-Beitritt lehnen sie allerdings ab. Man könnte auch sagen, dass sich die «weichen Öffnungswilligen» eine maximale internationale Kooperation der Schweiz bei minimaler Souveränitätseinbusse wünschen. Sie sind es auch, welche die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU ohne politische Annäherung am stärksten befürworten. In Neutralitätsfragen teilen sie tendenziell die Meinung der Autonomisten.

Die Kooperationstypen verteilen sich 2007 anteilmässig wie 2006 und 2004. Im Februar 2007 können 30% ($\pm 0\%$; siehe Abbildung 6.6) dem «Autonomismus», 41% (-3%) der so genannten «weichen» Form der internationalen Kooperation und 29% (+3%) den «harten Öffnungswilligen» zugerechnet werden.

Der «Autonomismus» hat seit 1993 tendenziell an AnhängerInnen eingebüsst, die «weiche» Form internationaler Kooperation hat über die Jahre deutlich dazu gewonnen. Praktisch unverändert bei Werten um 30% zeigt sich die Zustimmung zu einer «harten Öffnung» der Schweiz.

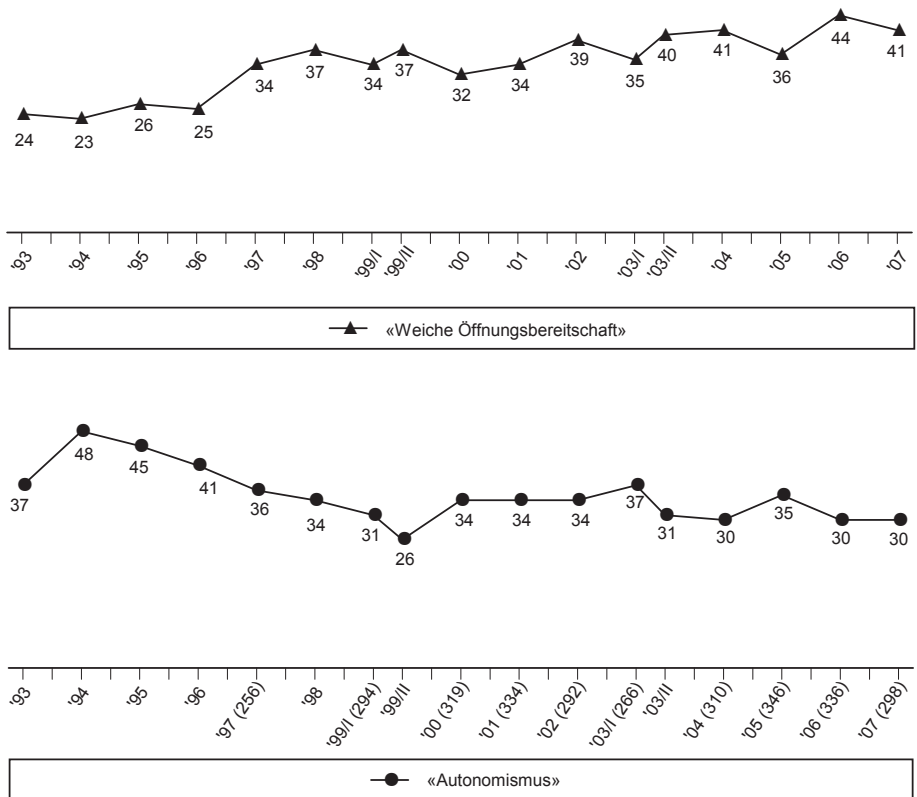
Seit dem Messbeginn 1993 lässt sich nur in den Jahren 1994 bis 1996 eine anteilmässig gleiche Verteilung zwischen den Kooperationstypen beobachten. In diesen Jahren lag der Typus «Autonomismus» deutlich vor der «harten» und diese vor der «weichen» Form der internationalen Kooperation. Von 1997 bis 2001 verteilten sich die Befragten prozentual sehr unterschiedlich auf die drei Typen. Seit 2002 lassen sich von den drei Formen dem Typus der «harten Öffnungsbereitschaft» jeweils am wenigsten Befragte zuordnen, allerdings verteilen sich die Befragten zunehmend anteilmässig gleich auf die Gruppe der «Autonomisten» und «harten Öffnungsbereiten». Die Verteilung von 2007 unterscheidet sich von derjenigen von 2006 nicht signifikant.

Die Zuordnung zu einem Kooperationstypus variiert am stärksten mit der politischen Selbstdeklaration (CC zwischen 0.18 und 0.32) und dem Bildungsgrad (γ

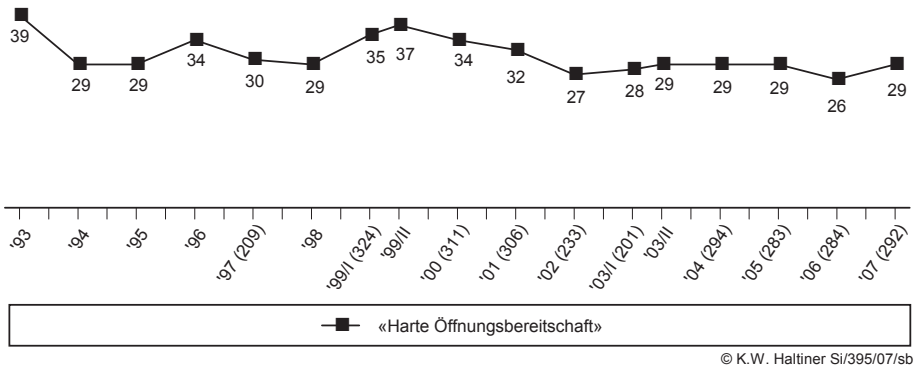
zwischen -0.17 und -0.30), aber auch mit der regionalen Herkunft (CC zwischen 0.11 und 0.22) und in abnehmenden Masse mit dem Alter (γ zwischen 0.08 und 0.25). «Autonomisten» sind überdurchschnittlich häufig bei den politisch rechts orientierten und bei Personen mit tiefem Bildungsgrad zu finden. «Harte Öffnungswillige» hingegen sind über dem Mittel politisch links orientierte SchweizerInnen aus der höheren Bildungsschicht und Befragte aus der Westschweiz. Wer die Zukunft der weltpolitischen Lage als «besser und entspannter» prognostiziert, neigt über dem Schnitt zum Typ der «harten Öffnungswilligen». Unter den «Autonomisten» findet man hingegen häufiger Befragte, welche die internationale Zukunft als «düsterer und gespannter» wahrnehmen. Die Einschätzung der Entwicklung der nationalen Lage scheint ebenfalls einen Einfluss auf die Zuordnung zu den Clustern zu haben, allerdings einen geringeren.

Abbildung 6.7

Die Kooperationstypen und ihre anteilmässige Veränderung 1993 bis 2007 (Angaben in Prozent)



Öffnung versus Autonomie



Fazit: Im langfristigen Trend über die letzten 14 Jahre scheint sich in der Schweiz die Haltung der «weichen Öffnung» auf Kosten vor allem des «Autonomismus» durchzusetzen. Die Politik der bilateralen Verträge mit der EU kommt diesem Meinungstyp offensichtlich optimal entgegen. Dieser Weg stösst in der Bevölkerung auf eine breite Akzeptanz und wird als derjenige Weg verstanden, der eine maximale wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit bei maximal notwendiger Kooperation zulässt. Auch die internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung findet eine hohe Wertschätzung. Ein Engagement in einer sicherheitspolitischen Allianz bleibt weiterhin undenkbar. Die militärische Autonomie wird – heuer wieder vermehrt – von beinahe jeder zweiten Person befürwortet.

7 Militärische Aufgabendiversifizierung und internationale militärische Kooperation

Seit dem Ende des Kalten Krieges, mit dem Ausbruch des Bürgerkrieges auf dem Balkan und noch ausgeprägter seit dem 11. September 2001 (im Folgenden 9/11) hat sich das sicherheitspolitische Bedrohungsspektrum für die Staaten der OECD-Welt grundlegend verändert. In Europa ist das Risiko von zwischenstaatlichen Kriegen, für die klassische Streitkräfte geschaffen wurden, praktisch auf Null gesunken. Die Streitkräfte Europas stehen deshalb vor einem grundlegenden «Aufgabenwandel». Einerseits kann man von einer Auftragsdiversifizierung sprechen: In den meisten Ländern Europas zählen die Verteidigung des Territoriums, die Auslandseinsätze und subsidiäre Einsätze/Unterstützung der zivilen Behörden zu den Hauptaufgaben der Armeen. Bedeutender ist aber die Verschiebung in der Priorisierung innerhalb dieser drei Hauptaufgaben: So geniessen heute in Deutschland oder Dänemark die friedensunterstützenden Auslandseinsätze oberste Priorität, aber auch in Frankreich, in Spanien, in Belgien und in den Niederlanden steht das internationale Krisen- und Konfliktmanagement immer mehr im Vordergrund (vgl. Werkner 2006). Dies zeigt sich auch daran, dass alle in so genannten *Peace Support Operationen* (PSO) engagierten europäischen Länder innerhalb der letzten zehn Jahre ihre im Ausland stationierten Truppen mehr als verdoppelt haben (Haltiner 2007). Studien haben ferner gezeigt, dass die Auslandseinsätze für die Krisenstabilisierung – wie übrigens auch die Aufhebung der Wehrpflicht im Rahmen der Verschlankung der Militrorganisationen – in vielen Ländern zu einem Legitimationsschub für die Streitkräfte geführt haben.

Die Schweiz engagiert sich im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern nur mit einem kleinen Kontingent in der internationalen Krisenstabilisierung, derzeit schwergewichtig im Kosovo. Zwar gehören die friedensunterstützenden Auslandseinsätze zu den offiziellen Aufgaben der Schweizer Milizarmee. Jedoch bleibt politisch bis heute letztlich ungeklärt, wie die drei Aufgaben in der Schweiz priorisiert werden sollen. So will die SPS eine Armee, die sich hauptsächlich auf internationale Friedensförderung ausrichtet. Der SVP hingegen schwebt eine reine Landesverteidigungsarmee vor. Einverstrktes Engagement in PSO würde eine grundsätzliche Klärung des Grades an aussen- und sicherheitspolitischer Öffnung der Schweiz voraussetzen, dies möglicherweise mit weit reichenden Konsequenzen für die klassischen sicherheitspolitischen Eckwerte der Schweiz: Neutralität, Föderalismus, Miliz, Konkordanz.

Wie stehen Herr und Frau Schweizer zur Frage «Multifunktionale Armee oder reine Landesverteidigung?» Weiter interessieren das allgemeine Einverständnis zu Auslandseinsätzen und die Frage, welche Determinanten die Einstellung zur internationalen militärischen Kooperation beeinflussen könnten.

Dass sich die Innere von der Äusseren Sicherheit nicht mehr klar trennen lässt, zeigt sich auch in der Aufteilung der Kapitel in unserer Studie. Gewisse Fragestellungen werden sowohl im Kapitel zur Inneren Sicherheit, allerdings unter einem anderen Blickwinkel, abgehandelt.

7.1 Multifunktionale Armee oder reine Landesverteidigungsarmee?

Eine multifunktionale Armee, die mehr kann «als nur das Land zu verteidigen», erhält eine breitere Zustimmung (66%, -11%, siehe Abbildung 7.1) als eine Milizarmee, die «nur für den Kriegsfall und nur für die Landesverteidigung und nicht für andere Zwecke» eingesetzt wird (51%, +21%). Frappant ist indes, wie sich in der Schweiz die Meinung diesbezüglich innerhalb eines Jahres abgeschwächt hat. Im Januar 2006 und im Oktober 2006 konnten sich nur gerade 30% der Befragten mit einer Landesverteidigungsarmee einzig für den «Kriegsfall» einverstanden erklären.

Dieser tendenzielle Stimmungsumbruch bezüglich der Forderung nach einer reinen Verteidigungsarmee nur für den Kriegsfall lässt sich bei Befragten unabhängig ihrer politischen Zuordnung beobachten. Einerseits könnte diese Zunahme an Befürwortung an der Neuformulierung der Vorgabe liegen (siehe Abbildung 7.1), aber auch andere Gründe sind denkbar: Die Besinnung auf militärische Autonomie erhält dieses Jahr wieder mehr Zustimmung (49%, +6%; vgl. Abschnitt 6.6) ($\gamma=0.42$). Insbesondere unter den Befragten der politischen Mitte und Rechten hat es dieses Jahr signifikant weniger StimmbürgerInnen, die sich für eine Armee aussprechen, die mehr kann, «als nur das Land zu verteidigen.» Dies gilt des Weiteren auch für Frauen, für «Autonomisten» und für die 18–29-Jährigen. Motive, welche die gesunkene Befürwortung der multifunktionalen Armee erklären könnten: Der Sukkurs für friedenserhaltende Einsätze im Ausland nimmt tendenziell ab. Aber auch mit dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus sind dieses Jahr deutlich weniger Befragte einverstanden (vgl. Kapitel 8). Bezüglich Ausrichtung der Schweizer Armee scheint sich in der Bevölkerung die Kluft eher zu vergrössern als zu verringern.

Gut ein Viertel der Befragten geben sich unentschlossen: Sie befürworten sowohl die multifunktionale wie die reine Landesverteidigungsarmee. Auch unterscheiden

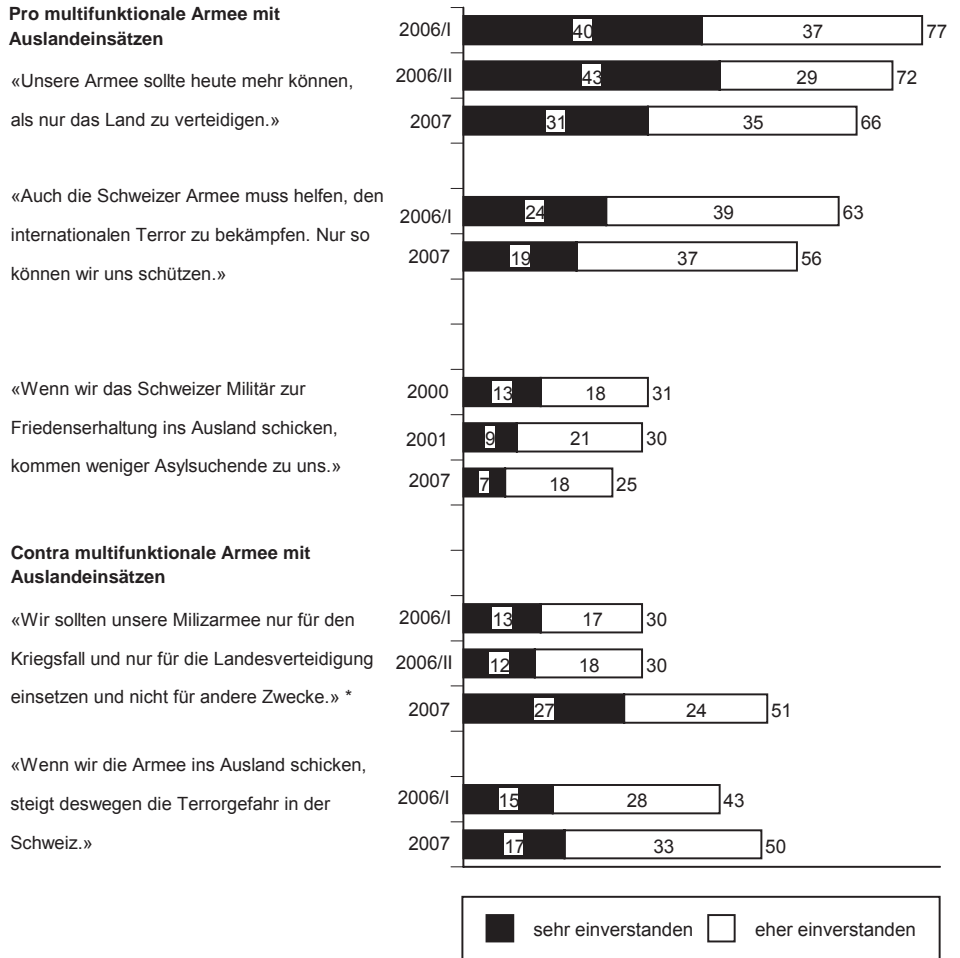
sich wider Erwarten die Sympathisanten der politischen Linken von denjenigen der politischen Rechten in ihrer Einstellung zu dieser Frage kaum. Man ist sich einig, dass die Armee mehr können muss, als nur das Land zu verteidigen. Befragte aus dem politisch linken Lager stimmen einer reinen Landesverteidigungsarmee zu 45%, diejenigen der politischen Rechten zu 54% zu – eine unterschiedlich starke Zustimmung, die nur schwach signifikant ist ($p > 0.005$). Am deutlichsten ist der Unterschied nach der politischen Selbsteinstufung bei den 30–59-jährigen Befragten. Die über 60-Jährigen sehen unabhängig von ihrer politischen Einstellung mehrheitlich die reine Landesverteidigung als Armeehauptaufgabe. Dass die politische Selbsteinstufung das Zustimmungsmass der Vorgabe nach einer multifunktionalen Armee nicht zu erklären vermag, wohl aber die andere für eine Verteidigungsarmee, liegt wahrscheinlich daran, dass man zwar die Armeeaufgaben ausbauen und anpassen möchte, die Priorisierung von Einsätzen im Ausland versus solchen im Innern aber die Stimmbevölkerung spalten¹. Die Zustimmung beider Vorgaben variiert wie erwartet mit der Typologie Öffnung versus Autonomie.

Eine denkbare «neue» Aufgabe der Armee ist die Mithilfe der Schweizer Armee im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Diese Forderung wird auch 2007 mehrheitlich unterstützt (56%), allerdings ist die Zustimmung innert Jahresfrist stark gesunken (-6%). Bei politisch links orientierten SchweizerInnen ist diese rückläufige Zustimmung besonders ausgeprägt (41%, -17%), wo hingegen StimmbürgerInnen am anderen Ende der politischen Skala ihre Meinung nicht geändert zu haben scheinen und dem militärgestützten Kampf gegen den internationalen Terrorismus prinzipiell zustimmen² (58%, -1%). Dies deckt sich auch mit der zunehmend kritischeren Haltung der Linken bezüglich Terrorbekämpfung unter Inkaufnahme von Freiheitseinschränkungen.³

- 1 Vgl. Haltiner (2006: 133): Links der Mitte werden die Auslandeinsätze stärker befürwortet als rechts, rechts der Mitte hingegen die Einsätze zur Unterstützung der zivilen Polizei.
- 2 Die Mithilfe der Schweizer Armee im Kampf gegen den internationalen Terrorismus wird eher mit einem Einsatz im Innern assoziiert als mit einem Auslandeinsatz. Zu einer ähnlichen Schlussfolgerung kamen wir bereits in der Studie «Sicherheit 2006» bei einer Korrespondenzanalyse von dreizehn möglichen Armeeaufgaben: Auch dort wird die Verhinderung von Terroranschlägen mit Verteidigung und Raumsicherung in Zusammenhang gebracht und in keinsten Weise mit bewaffneten militärischen Einsätzen im Ausland. Zudem: Wer sich gegen eine Mithilfe im Kampf gegen internationalen Terrorismus ausspricht, unterscheidet sich bezüglich Ablehnung von Auslandeinsätzen nicht von denjenigen, die ein solches Mittun der Schweizer Armee befürworten.
- 3 2006 stimmten 49% der politisch links eingestellten Befragten dieser Vorgabe zu, 2007 sind es nur noch 39% (vgl. Kapitel 9).

Abbildung 7.1

Einstellungen für und gegen eine multifunktionale Armee (Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner SI/1001/07/P4/sb

*2006/I und 2006/II: «Wir brauchen eine starke Armee für die Landesverteidigung im Kriegsfall und sonst für gar nichts.»

7.2 Auslandeinsätze: Sicherheitspolitische Kooperation im Allgemeinen und mit der Uno im Speziellen

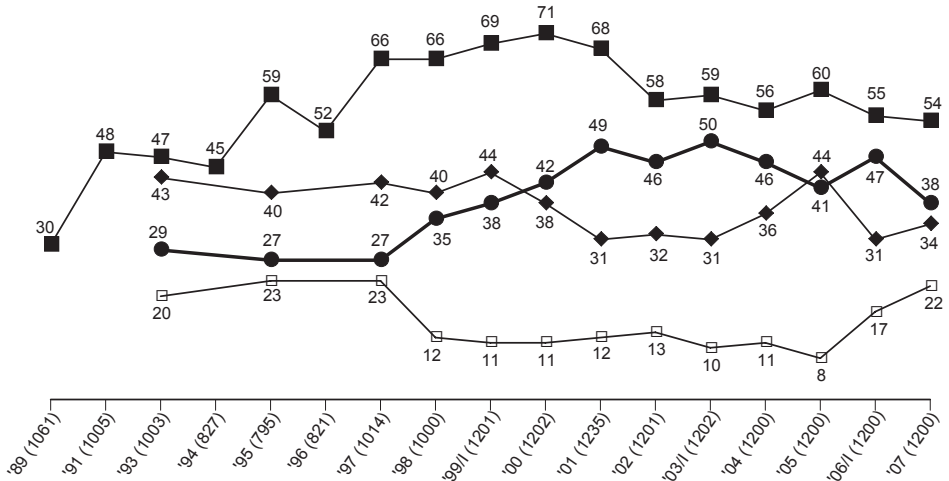
Die Frage «Sind Sie damit einverstanden, dass Schweizer Soldaten, die sich freiwillig zur Verfügung stellen, ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?»⁴ wird seit 1993 gestellt (siehe Abbildung 7.2). Damit soll die prinzipielle Bereitschaft zur sicherheitspolitischen internationalen Kooperation gemessen werden, ohne diese auf eine bestimmte Organisation, wie zum Beispiel die Uno oder die Nato, zu beziehen. Die Fragestellung zielt vorab auf die Ausgestaltung der Einsätze ab. 78% (-5%) sprechen sich 2007 für Auslandeinsätze aus, 22% (+5%) sind damit nicht einverstanden. Bei den BefürworterInnen ziehen 38% (-9%) den friedenssichernden Einsatz mit zum Selbstschutz bewaffneten Soldaten vor, 34% (+3%) geben ihre Stimme für Einsätze im Bereich von Unterstützungsaufgaben und nur gerade 6% (+1%) favorisieren Kampfeinsätze zur Wiederherstellung des Friedens.

Bezüglich der Ausgestaltung der Auslandeinsätze fand 2000 – ein Jahr vor der Abstimmung zur Revision des Militärgesetzes, welches eine auftragsschützende Bewaffnung von Schweizer Truppen im Ausland ermöglichte – eine eigentliche Trendwende statt. Erstmals wurde nicht mehr der rein unterstützende, sondern der friedenssichernde Einsatz, der eine Bewaffnung zum Auftrags- und Selbstschutz vorsieht, von den befragten Personen favorisiert. 2005 fand zum ersten Mal nach 1999 der unbewaffnete Einsatz wieder mehr Anklang als der friedenssichernde Einsatz, der eine Bewaffnung vorsieht. 2006 halten sich die Befürworter des bewaffneten und des unbewaffneten Einsatzes die Waage. Der Trendverlauf deutet darauf hin, dass mit der Zunahme einer allgemein ablehnenden Haltung gegenüber Auslandseinsätzen auch die Zustimmung zu bewaffneten friedensunterstützenden Einsätzen fällt. Oder anders herum formuliert: In Jahren mit höherer allgemeiner Zustimmung zu Auslandeinsätzen der Schweizer Armee werden auch die bewaffneten Einsätze stärker favorisiert. Die Unterstützung durch die Bevölkerung für unbewaffnete Einsätze nur für unterstützende Aufgaben scheint weniger in Zusammenhang mit der allgemeinen Bewertung von PSO zu stehen. Die Vermutung liegt nahe, dass diese Neubewertung von freiwilligen Auslandeinsätzen der Schweizer Armee sich im Zusammenhang mit dem Irakkrieg zuerst im 2005 und nun noch deutlicher 2007 verändert haben könnte.

4 Bis 1999 lautete die Fragestellung wie folgt: «Könnten Sie sich vorstellen, dass Schweizer Soldaten einmal ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?»

Abbildung 7.2

Auslandeinsatz von Schweizer Soldaten allgemein und in Kooperation mit der Uno (Angaben in Prozent)



«Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?»

■ «Die Schweiz sollte der Uno Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen.»
(«Sehr» und «eher» einverstanden in %)

«Sind Sie damit einverstanden, dass Schweizer Soldaten, die sich freiwillig zur Verfügung stellen, ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?»

● «Ja, zum Selbstschutz bewaffnet für die Aufrechterhaltung des Friedens.» *

◆ «Ja, aber nur unbewaffnet und für Unterstützungsaufgaben.» **

□ «Nein, bin überhaupt nicht einverstanden, dass Schweizer Soldaten ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen.» ***

© K.W. Haltiner SI/1015/07/P2/sb

* 1998: «Ja, solange es sich um friedenssichernde Aufgaben handelt»; 1999-2005: «... und die Bewaffnung nur der Selbstverteidigung dient.»

** bis 2005: «Ja, solange es sich bloss um unterstützende Aufgaben handelt (z.B. medizinische Versorgung).»

*** bis 2005: «Nein, überhaupt nicht.»

Die Hypothese einer Neubewertung von Auslandeinsätzen scheint sich auch dadurch zu bestätigen, dass der Anteil derjenigen, der jede Art des Engagements von Schweizer Armeemitgliedern ausserhalb der Landesgrenzen ablehnt, seit 2005 wieder deutlich zunimmt. 1993 bis 1998 lag dieser bei rund 20%, danach lange bei etwas mehr als 10%, nahm 2005 deutlich ab und hat sich 2006 wieder auf 17% ver-

doppelt. 2007 ist diese Ablehnung noch einmal deutlich gestiegen: 22% sind mit Auslandseinsätzen der Armee überhaupt nicht einverstanden.⁵

Parallel zur grundsätzlichen Einstellung zu Schweizer Auslandseinsätzen wird jeweils auch die Zustimmung zur Vorgabe erhoben, die Schweiz solle der Uno Friedenstruppen zur Verfügung stellen (siehe Abbildung 6.5 und 7.2). Hier liegt die Befürwortung von Auslandseinsätzen tiefer als von Einsätzen ohne Bindung an die Uno und nimmt seit 2001 tendenziell ab (54%, -5%).

Die Einstellung zu den Auslandseinsätzen variiert mit der politischen Selbsteinstufung ($CC=0.21$), der Haltung zur internationalen Kooperation ($CC=0.39$) und zur Neutralität ($CC=0.25$) (vgl. Kapitel 8), dies deutlicher bei der allgemeinen Befürwortung von Uno-Einsätzen als bei der Form solcher Operationen. Soziodemographische Merkmale wie Geschlecht, Alter und Bildung wirken sich dagegen stärker darauf aus, welche Form von Einsatz jemand vorzieht als auf das Einverständnis zu Uno-Einsätzen im Allgemeinen (vgl. Haltiner 2006: 94).

Eine mögliche positive Folge von Auslandseinsätzen könnte darin bestehen, dass dadurch weniger Asylsuchende in die Schweiz kommen. Diese Meinung vertreten 25% der Befragten. «Wenn wir die Armee ins Ausland schicken, steigt deswegen die Terrorgefahr in der Schweiz». Diese Einschätzung eines negativen Effekts wird hingegen von 50% (+7%) geteilt.

Trotz der zunehmend kritischeren Haltung gegenüber Auslandseinsätzen sind 55% (-5%) der Befragten «sehr» oder «eher» mit der Aufstockung des Auslandkontingents auf 500 AdA einverstanden.

Der Revisionsvorschlag eines verlängerten WK im Ausland (Art. 12 AO) wird – so der Beschluss des Bundesrats nach der Vernehmlassung zur Revision 09 der Militärgesetzgebung im Mai dieses Jahres – nicht mehr weiter verfolgt. Hierzu würde sich in der Bevölkerung auch keine mehrheitliche Befürwortung finden. Nur gerade 39% der befragten SchweizerInnen könnten es sich «sehr gut» oder «gut» «vorstellen, dass Schweizer Soldaten ihren WK im Ausland absolvieren».

7.3 Determinanten militärpolitischer Kooperation: Friedensunterstützende Einsätze

Die verteidigungspolitische Meinungsbildung lässt sich immer weniger durch Alter, Geschlecht, regionale Herkunft oder Bildung erklären. Diese verläuft heute vielmehr quer durch alle Bevölkerungsteile. Man darf annehmen, dass die Einstellung

5 Der Anstieg liegt wahrscheinlich auch in der teilweisen Neuformulierung der Frage seit 2006 begründet (siehe vorangehende Fussnote und Abbildung 7.2). An der Tatsache, dass Auslandseinsätze vermehrt mit Argusaugen betrachtet werden, ändert sich dadurch nichts.

zur Neutralität, zur Aussenpolitik (Öffnung versus Autonomie), zu den Verteidigungsausgaben, zur Notwendigkeit und Weiterentwicklung der Armee sowie zur Bedrohungswahrnehmung die Befürwortung militärpolitischer Kooperation in weit stärkerem Masse zu erklären vermag.

Zur Erinnerung: Ein Mitmachen beim Aufbau einer europäischen Armee wird wieder stärker abgelehnt (siehe Abschnitt 6.6 und 6.7). Weder ein Nato-Beitritt noch eine Annäherung ist für die Mehrheit der befragten Stimmbevölkerung denkbar. Gut die Hälfte der Befragten möchte sich nur auf die eigene Landesverteidigung verlassen. Mit der Entsendung von Uno-Friedenstruppen ist man einverstanden wie auch mit friedensunterstützenden Einsätzen allgemein, auch wenn seit 2005 tendenziell abnehmend. Auslandseinsätze werden als aktuell und in Zukunft eher unwichtige Aufgaben bezeichnet (vgl. Haltiner 2006: 134).

In wie weit lässt sich die eingangs formulierte Hypothese bezüglich Meinungsbildung zu Einsätzen im Ausland bestätigen? Eine Korrespondenzanalyse soll die Zusammenhänge verdeutlichen. Folgende Variablen wurden in das Modell aufgenommen:

- **Neutralität:** Pragmatische Sichtweise, Identitäts- und Sicherheitspolitische Funktion⁶
- **Öffnung versus Autonomie:** Europäische Armee, Nato, Uno und nicht-institutionelle Kooperation⁷
- **Aufgabendiversifizierung:** Multifunktionale Armee versus reine Landesverteidigung⁸
- **Einstellung zur Armee:** Notwendigkeit und Wehrform (Milizarmee versus Berufarmee)⁹
- **Terrorismusbekämpfung:** Teilnahme am Kampf gegen den internationalen Terror und steigende Terrorgefahr für die Schweiz durch Entsendung von Soldaten ins Ausland¹⁰

6 «Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.» / «Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.» / «Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.» / «Die Schweiz sollte auch bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.»

7 «Die Schweiz sollte beim Aufbau einer europäischen Armee mitmachen.» / «Die Schweiz sollte sich der Nato (dem Nordatlantischen Bündnis) annähern.» / «Die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der Uno einsetzen.» / «Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.»

8 «Wir sollten unsere Milizarmee nur für den Kriegsfall und nur für die Landesverteidigung einsetzen und nicht für andere Zwecke.» / «Unsere Armee sollte heute mehr können, als nur das Land zu verteidigen.»

9 «Milizarmee oder Berufarmee?» / «Notwendigkeit der Schweizer Armee?»

10 «Auch die Schweizer Armee muss helfen, den internationalen Terror zu bekämpfen. Nur so können wir uns schützen.» / «Wenn wir die Armee ins Ausland schicken, steigt wegen dem die Terrorgefahr in der Schweiz.»

Die Beurteilung der Verteidigungsausgaben und die Wahrnehmung der Bedrohung (durch Terrorismus, Einschätzung der weltpolitischen und nationalen Zukunft, allgemeines Sicherheitsgefühl) wurden nicht berücksichtigt, da diese mit den beiden zu untersuchenden Variablen nicht oder nur schwach korrelieren.

Die horizontale Achse in Abbildung 7.3 erklärt 91% der Varianz und kann als jene Achse bezeichnet werden, nach welcher sich die Befragten in BefürworterInnen und GegnerInnen von Einsätzen im Ausland teilen. Insgesamt ergibt dies ein kohärentes und lineares Bild. Von links nach rechts findet man: Grundsätzliche GegnerInnen von Auslandseinsätzen, danach Befragte, die die Entsendung von Schweizer Uno-Friedenstruppen ablehnen; im Achsenkreuz SchweizerInnen, die die unterstützenden Einsätze favorisieren, dann rechts der Mitte Befragte, die den friedenssichernden Einsätzen den Vorrang geben und Uno-Friedenstruppen unterstützen; ganz rechts aussen jene, welche sich Kampfeinsätze vorstellen können.

Die Korrespondenzanalyse veranschaulicht folgende Zusammenhänge:

- **GegnerInnen von Auslandseinsätzen:** Lehnen über dem Schnitt häufiger eine Armee mit neuen Aufgaben ab und befürworten signifikant häufiger eine reine Landesverteidigungsarmee. Sie sind über dem Mittel der Meinung, durch Auslandseinsätze steige die Terrorgefahr in der Schweiz und die Schweiz solle nicht noch mehr in internationalen Konflikten vermitteln.
- **GegnerInnen von Schweizer Uno-Friedenstruppen:** Diese sind gegenüber der Uno allgemein kritischer eingestellt und können sich auch mit der Idee einer Nato-Annäherung oder eines Engagements beim Aufbau einer europäischen Armee nicht anfreunden. Wer sich gegen Uno-Friedenstruppen ausspricht, favorisiert häufiger die Miliz- als eine Berufsarmee und will von einem Einsatz der Armee bei der Terrorbekämpfung nichts wissen.
- **BefürworterInnen von unterstützenden Einsätzen:** halten insbesondere die Identitäts- und Schutzfunktion der Neutralität hoch. Wer diese beiden Funktionen der Neutralität schätzt, lehnt Auslandseinsätze tendenziell ab, kann sich aber unterstützende Einsätze vorstellen.
- **Friedenssichernde Einsätze:** Favorisierende dieser Einsatzart trauen dem Schutz durch Neutralität kaum, wünschen sich überdurchschnittlich eine Multifunktionsarmee und würden es gerne sehen, wenn die Schweiz mehr in internationalen Konflikten vermitteln würde.
- **Uno-Friedenstruppen:** Wer diese unterstützt, ist der Uno gegenüber grundsätzlich eher positiv eingestellt. Über dem Schnitt wird einer multifunktionalen Schweizer Armee zugestimmt, die sich auch im Kampf gegen den internationalen Terror engagiert und die sich aus Berufspersonal rekrutiert. Wer

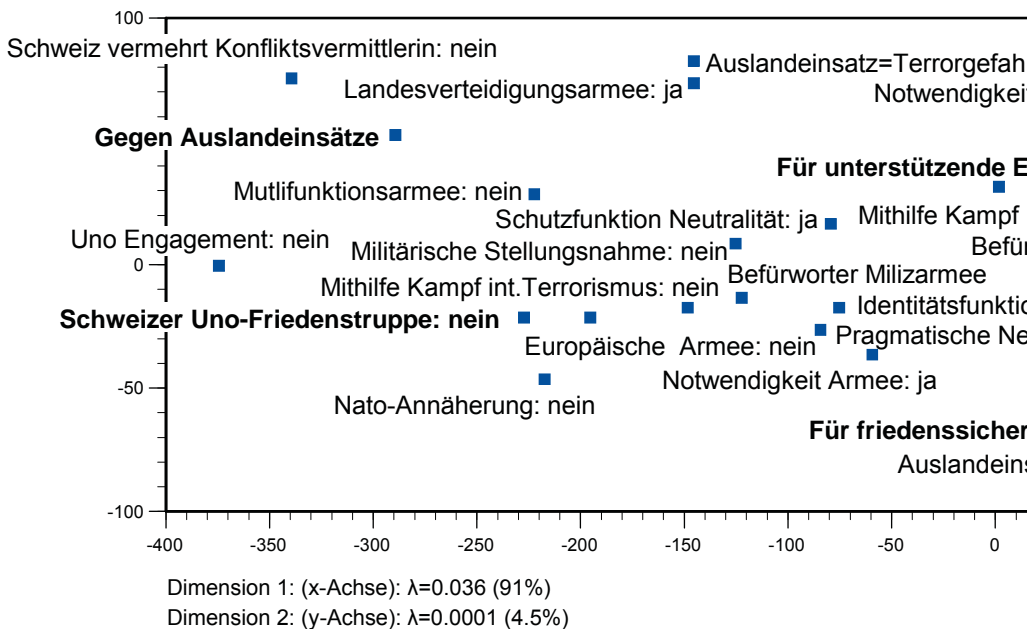
Uno-Friedenstruppen befürwortet, favorisiert häufiger die friedenssichernden Einsätze mit AuftragsSchutzbewaffnung als rein unterstützende Einsätze.

- **Kampfeinsätze:** Die wenigen Befragten, die sich vorstellen können, dass sich die Schweizer Armee im Ausland an Kampfeinsätzen beteiligt, sprechen sich überdurchschnittlich häufig für eine europäische Armee mit Schweizer Beteiligung aus. Sie stimmen weiter einer Nato-Annäherung zu und haben eine pragmatische und nicht-identifikatorische Sichtweise von Neutralität.

Abbildung 7.3

Auslandeinsatz von Schweizer Soldaten allgemein und in Kooperation mit der Uno

Grafische Darstellung einer zweidimensionalen, zusammengesetzten Korrespondenzanalyse



Fazit: Innert Jahresfrist – so scheint es – ist die Verunsicherung in Bezug auf die Verwendung der Armee eher grösser als geringer geworden. Die Unterstützung für eine Armee, die nebst der Landesverteidigung auch noch andere Aufgaben wahrnimmt, ist zwar mehrheitlich gegeben; der Anteil der AnhängerInnen einer reinen Verteidigungsarmee unter den Befragten hat indes zugenommen. Ähnliches lässt sich für die Einsätze der Schweizer Armee im Ausland beobachten: Eine Mehrheit befürwortet diese; allerdings eine Mehrheit, die in den letzten Jahren prozentual kontinuierlich abgenommen hat.

8 Die Neutralität

Die Bevölkerung befürwortet die Schweizer Neutralität auf konstant hohem Niveau (92%; siehe Abbildung 8.1). Als Instrument der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik ist das Prinzip Neutralität nach wie vor unbestritten. Der 2006 gemessene Rekordwert wird 2007 erneut übertroffen (+2%).

Unterschiede nach Alter, Region, Schulbildung und politischer Einstellung lassen sich erkennen, wobei die drei erstgenannten sich in der langfristigen Analyse zusehends abschwächen. Unverändert gross bleibt hingegen die Differenz nach der politischen Einstellung. Sich politisch rechts Einstufende (98%, -1%) stehen deutlich stärker hinter der Neutralität als sich politisch links positionierende Befragte (83%, +5%).

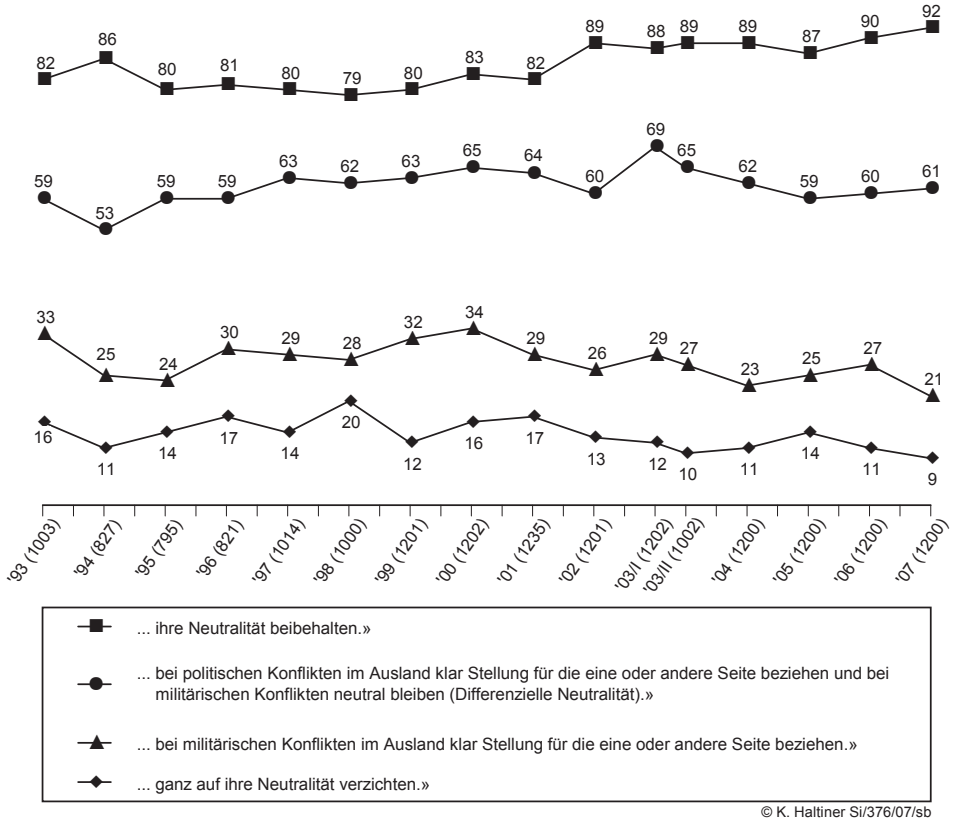
Der Verzicht auf die Neutralität ist auch 2007 weniger denn je ein Thema in der Bevölkerung. Nur 9% (-2%) könnten sich damit einverstanden erklären, am ehesten Personen aus der Romandie und politisch links Stehende. Eine Annäherung im Meinungsbild der politischen Lager zum Neutralitätsverzicht scheint 2007 erneut feststellbar, wird doch die Neutralität im linken Lager eher stärker gutgeheissen als noch 2006. Offenbar beeinflusst die weltpolitische Lage, und hierbei besonders der Irak- und der Afghanistankonflikt, die Einstellung zur Neutralität.

Die Befürwortung der differenziellen Neutralität – ermittelt durch die Aussage «Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben» – bleibt gegenüber dem letzten Jahr konstant (61%, +1%), bei leichtem Anstieg seit 2005. Sie variiert je nach Grad der nationalen Öffnungsbereitschaft (vgl. Kapitel 6): Weiterhin gilt, dass die «weichen Öffnungsbereiten» eine differenzielle Neutralität weiterhin am stärksten unterstützen (72%, -7%). Konträr akzeptieren die «Autonomen» mehrheitlich eine traditionelle Auffassung von Neutralität als Leitlinie der Schweizer Politik. Von der differenziellen Neutralität halten sie wenig, auch wenn innert Jahresfrist die Zustimmung von dieser Seite zugenommen hat (42%).

Abbildung 8.1

Verschiedene Einstellungen zur Neutralität («sehr» und «eher» einverstanden in Prozent)

«Die Schweiz sollte...



Eine de-facto-Aufhebung der Neutralität – d.h. die Auffassung, dass die Schweiz auch in militärischen Konflikten klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen sollte – hat nach einem kleinen Anstieg auf niedrigem Niveau im Jahr 2007 wieder an Boden verloren. Nur noch 21% (-6%) der Bevölkerung unterstützen diese Aussage. Früher vorhandene soziodemographische Unterschiede haben sich seit 2005 weitgehend angeglichen. Auch politisch links Stehende, die in der Regel stärker für einen Neutralitätsverzicht plädieren, haben ihre Meinung revidiert.

Fazit: Die Neutralität genießt in der Schweiz eine ungebrochene Zustimmung, die auf hohem Niveau sogar noch steigt. Seit Beginn des neuen Jahrtausends muss sogar von einer Art Renaissance der Neutralität gesprochen werden. Ihr Wert als

staatstragende Politik- und Identitätsmaxime scheint für die Bevölkerung nach wie vor von herausragender Bedeutung.

8.1 Indikatoren für verschiedene Neutralitätsfunktionen

Die schweizerische Neutralität diene stets verschiedenen Zielen. Staatsrechtler sprechen daher von *Neutralitätsfunktionen*. Das Interesse dieser Studie gilt seit 1993 der Wahrnehmung der verschiedenen Funktionen der Neutralität in der Bevölkerung. Es wird ermittelt, welche Art von Vorteilen bzw. Nachteilen die SchweizerInnen mit der Neutralität in Zusammenhang bringen. Vereinfachend wird dabei wie folgt unterschieden:

1. Solidaritätsfunktion:

Gute Dienste als Vermittlerin in Konflikten (zwei Fragevorgaben gemäss Abbildung 8.2).

2. Identitätsfunktion:

Vorbildwirkung der schweizerischen Neutralität und symbolische Verknüpfung mit dem Staat «Schweiz» (zwei Fragevorgaben gemäss Abbildung 8.3).

3. Sicherheitspolitische Funktion:

Verschonung vor dem Einbezug in internationale Konflikte, Stabilitätsbeitrag für Europa und militärische Schutzwirkung (drei Fragevorgaben gemäss Abbildung 8.4).

Zusätzlich wird stets erhoben, ob und wie die Neutralität ihrem Wesen nach als Instrument der Aussenpolitik wahrgenommen wird oder ob man ihr in der Durchschnittsbevölkerung finalen Charakter, d.h. einen Wert an sich, zuschreibt (eine Fragevorgabe gemäss Abbildung 8.2).

Die Vorgaben sind als positive bzw. negative Lageeinschätzungen formuliert. Bei der Formulierung der Fragen ist zu beachten, dass eine entsprechende Fachterminologie unter den zu Befragenden nicht vorausgesetzt werden darf. Es werden jene Neutralitätsmeinungen erhoben, die es ermöglichen, anhand einer Clusteranalyse wie in den früheren Studien verschiedene Neutralitätstypen (vgl. Abschnitt 8.4) zu bilden. Zudem werden dieses Jahr zwei Vorgaben zur Schutzwirkung der Neutralität vor Terrorangriffen aufgenommen.

8.2 Die Neutralitätsindikatoren im Trend bis 2007

Wie die Abbildungen 8.2 bis 8.4 zeigen, stossen vor allem die Solidaritäts- und die Identitätsfunktion in der Bevölkerung auf sehr hohe Akzeptanz. Die positiv formulierten Aussagen werden klar gutgeheissen, die negativen Formulierungen abgelehnt.

Lässt sich bezogen auf die Solidaritäts- und Identitätsfunktion eine ziemlich hohe Stabilität erkennen, so ist das für die sicherheitspolitische Schutzfunktion nicht der Fall. Wie stets – so der langjährige Trend in dieser Erhebungsreihe – wenn sich die Bedrohungswahrnehmung intensiviert, steigt in der Regel auch die Befürwortung der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität. Die erhobenen Werte in diesem Jahr bilden insofern eine Ausnahme, als dass trotz konstant gebliebener Bedrohungswahrnehmung (vgl. Kapitel 4) die Neutralität noch einmal deutlich Sympathien gewinnen konnte.

8.2.1 Die Solidaritätsfunktion der Neutralität

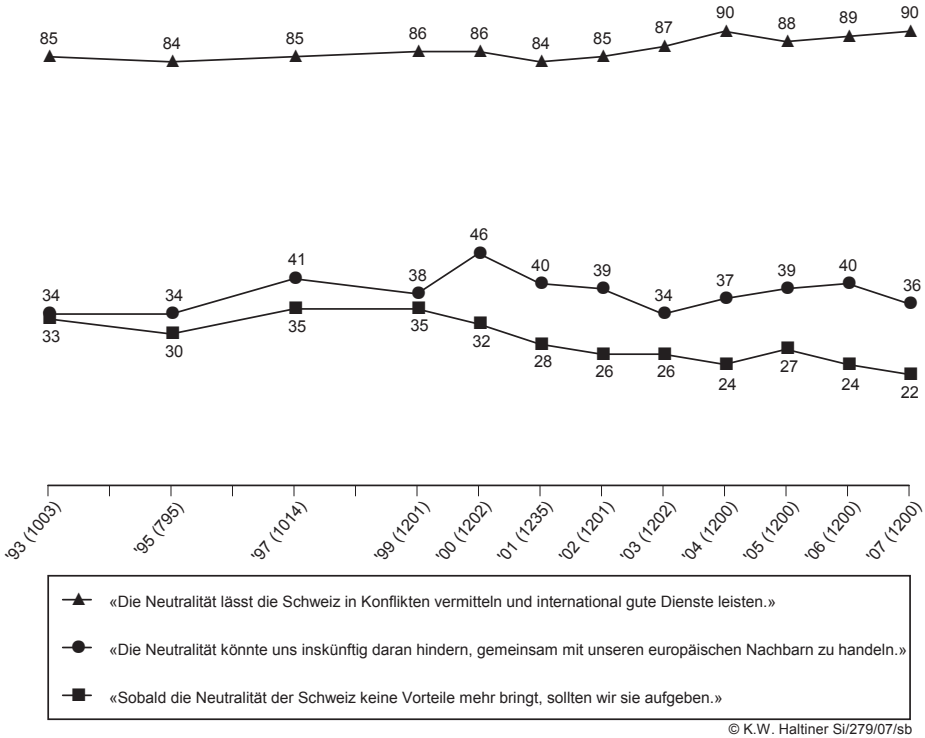
Die Meinung, die Schweiz könne dank ihrer Neutralität in Konflikten vermitteln und international Gute Dienste leisten, ist in der Schweizer Bevölkerung stark verankert (90%, +1%; siehe Abbildung 8.2). Seit der Jahrtausendwende ist für diese Aussage ein zwar leichter aber stetiger Anstieg zu beobachten. Die Vorgabe wird grundsätzlich je nach Alter, Geschlecht, Region und politischer Einstellung der Befragten ähnlich bewertet. Signifikante Unterschiede lassen sich nur in Zusammenhang mit der Frage der Öffnungsbereitschaft konstatieren. «Harte Öffnungswillige» sind der Solidaritätsfunktion gegenüber kritischer eingestellt (86%) als «weiche Öffnungswillige» und «Autonomisten» (96% bzw. 86%; $CC=0.2$).

Nach einem konstanten Wiederanstieg seit 2003 von 34% auf 40% im Vorjahr für das Item «Die Neutralität könnte uns daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln» fiel die Zustimmung für diese Art der Neutralitätsskepsis in diesem Jahr auf 36% (-4%). Ein wieder ansteigender Anteil der Bevölkerung hält also die Schweiz im politischen Umfeld Europas auch mit Neutralität für durchaus handlungsfähig.

Wiederum sind die «harten Öffnungswilligen» (52%) diesbezüglich besonders kritisch eingestellt. Ebenfalls empfinden Befragte aus der Westschweiz (45%), die 18–29-Jährigen (40%) und politisch links Stehende (41%) die schweizerische Neutralität überdurchschnittlich häufig als Hindernis für die schweizerische Europapolitik.

Abbildung 8.2

Die Wahrnehmung der Solidaritätsfunktion und des instrumentellen Stellenwertes der Neutralität («sehr» oder «eher» einverstanden in Prozent)



Ob die Neutralität lediglich als Instrument der Aussenpolitik wahrgenommen wird oder ob man ihr in der Bevölkerung einen unbedingten Charakter zuschreibt, wird durch die Aussage «Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben» erfragt. Diese Forderung wird im langjährigen Vergleich 2007 am wenigsten stark unterstützt und erreicht mit 22% (-2%) Zustimmung einen neuen Tiefpunkt seit Beginn der Datenerhebung. Die Schweizer Bevölkerung interpretiert die Staatsmaxime somit überwiegend und in zunehmendem Masse final.

Dieses Meinungsbild variiert kaum über soziodemographische Gruppen hinweg. Divergierende Ansichten bestehen tendenziell zwischen den Altersgruppen.

So würden die 18–29-Jährigen die Neutralität, wenn sie keine Vorteile mehr böte, eher aufgeben als die älteste Bevölkerungsgruppe (30%, ± 0% versus 16%, -2% für eine Aufgabe).

Grosse Teile der Schweizer Bevölkerung betrachten offensichtlich die Neutralität in hohem und steigendem Masse als Wert an sich. Sie besitzt in ihren Augen normativen Charakter. Die Überzeugung, dass die Neutralität einen solidarischen Gedanken in sich birgt, ist landesweit ungebrochen.

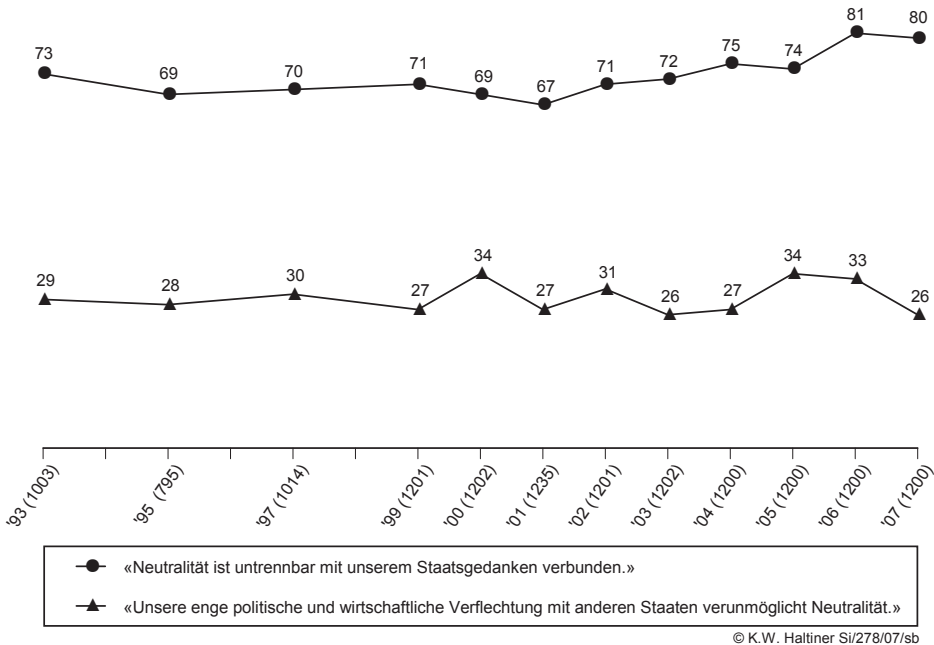
8.2.2 Die Identitätsfunktion der Neutralität

Auch 2007 empfindet eine breite Mehrheit der SchweizerInnen die Neutralität «untrennbar mit unserem Staatsgedanken» verbunden (80%, -1%; siehe Abbildung 8.3). Besonders stark assoziieren politisch rechts Stehende die Neutralität mit der Schweiz (89%, +3%). Umgekehrt stehen sich politisch links positionierende Personen kritischer – allerdings in einem deutlich geringeren Masse als in den Jahren zuvor – der Gleichsetzung von Neutralität und Staatsidentität gegenüber (71%). Relativ konstant zeigen sich die Kooperationstypen in der Beurteilung der Identitätsfunktion. Während die «harten Öffnungswilligen» die Schweiz nur unterdurchschnittlich mit der Neutralität identifizieren (66%, -1%), betonen die «weichen Öffnungswilligen» (86%, +1%) und die «Autonomisten» (85%, -1%) diese Verbindung deutlicher.

Einhergehend mit der immer grösseren Akzeptanz der Neutralität als normativer Vorgabe, sinkt auch die Einschätzung bezüglich der Undurchführbarkeit der Neutralität in diesem Jahr stark ab. Nur noch rund ein Viertel der SchweizerInnen (26%, -7%) sind mit der Aussage «Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität» einverstanden. Diese Zahl ist allerdings angesichts der hohen Zustimmung für die Neutralität immer noch beachtlich, zweifelt doch ein Viertel der Bevölkerung an der Glaubwürdigkeit der Maxime. Diese kognitive Dissonanz findet sich darin wieder, dass ein beachtlicher Teil der Bevölkerung «ja» zu einem Prinzip sagt, dessen Durchführbarkeit gleichzeitig bezweifelt wird.

Abbildung 8.3

Die Wahrnehmung der Identitätsfunktion der Neutralität («sehr» oder «eher» einverstanden in Prozent)



8.2.3 Die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität

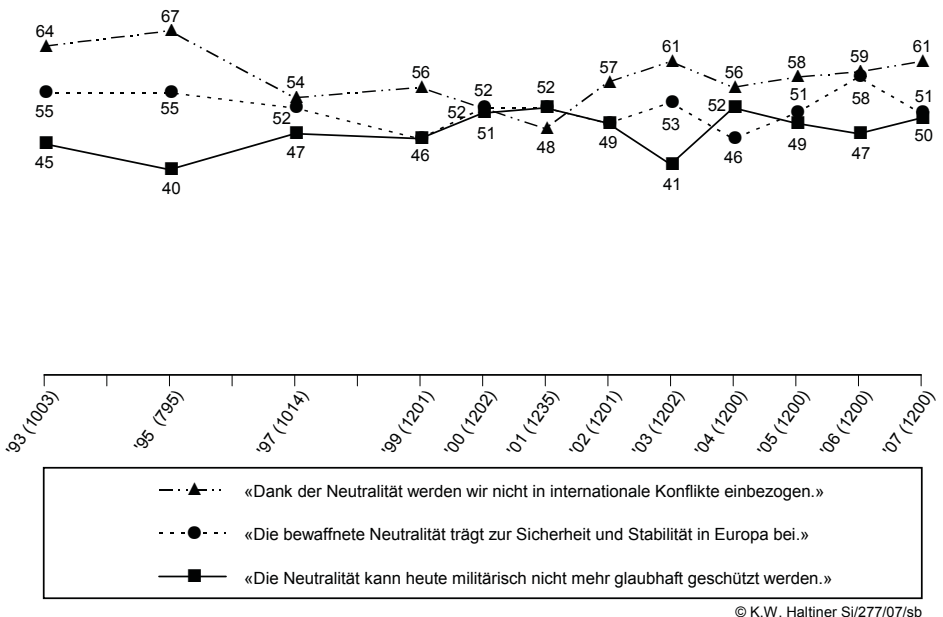
Die Wahrnehmung der sicherheitspolitischen Schutzwirkung der Neutralität verläuft im langfristigen Trend anders als jene der Identitäts- und der Solidaritätswirkung. Während sich letztere im Zeitverlauf einer stabilen, ja steigenden Akzeptanz erfreuen, verlor erstere in den Augen der Bevölkerung seit 1995 bis zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA stetig an Glaubwürdigkeit (siehe Abbildung 8.4). Diese Tendenz erfuhr nach den Anschlägen eine klar erkennbare Wende. Die früheren Zweifel verfliegen mit der aktuellen Bedrohungswahrnehmung und machten erneut dem Glauben an einen «Schutz durch Neutralität» Platz. 2007 verstärkt sich dieser Trend tendenziell nochmals. 61% (+2%) sind überzeugt, dass die Schweiz aufgrund ihrer neutralen Haltung nicht in internationale Konflikte hinein gezogen werde. Der im letzten Jahr auf bisher unerreichte Höhen gestiegene Wert für die Zustimmung zur Aussage «Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei» ist 2007 hingegen deutlich gefallen (51%, -8%). Einen

ähnlichen Zustimmungswert erhält die Auffassung, die Neutralität könne heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden (50%, +3%).

Die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität wird von der Schweizer Bevölkerung somit insgesamt 2007 im Vergleich zu den Vorjahren etwas stärker bewertet. Der dissuasive Charakter der Neutralität erfährt vor allem unter Personen mit politisch rechter Einstellung und tiefer Schulbildung sowie – in einem geringeren Masse – unter älteren Befragten eine überdurchschnittliche Zustimmung.

Abbildung 8.4

Die Wahrnehmung der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität («sehr» und «eher» einverstanden in Prozent)



8.3 Neutralität als Schutz vor Terroranschlägen

Es könnte sein, dass die skeptische Einstellung gegenüber der weltpolitischen Lage (z.B. Terrorbedrohung, Bürgerkrieg im Irak, Atomstreit Iran) das Meinungsbild weiter verstärkt, die Schweiz werde dank ihrer Neutralität nicht in aktuelle Krisen und Konflikte hineingezogen.

Aus diesem Grunde wurden in diesem Jahr die zwei gegensätzlichen Items «Die Neutralität schützt uns vor terroristischen Anschlägen» und «Terroristen, die einen

«Anschlag auf ein Land planen, ist es egal, ob dieses Land neutral ist oder nicht» aufgenommen. Es entsteht ein klares Bild: Rund zwei Drittel der SchweizerInnen glauben nicht, dass die Neutralität allein einen wirksamen Schutz vor terroristischen Übergriffen darstelle. Interessant ist hierbei, dass die sich politisch rechts Einschätzenden, die der Neutralität überdurchschnittlich anhängen, hier eher die Ansicht vertreten, dass Terroristen die Neutralität eines potentiellen Terrorzieles egal sei.

Tabella 8.1

Terrorerschutz durch Neutralität («sehr» und «eher» einverstanden in Prozent)

	Total	Politische Einstellung			Bildung		
		links	Mitte	rechts	tief	mittel	hoch
«Die Neutralität schützt uns vor terroristischen Anschlägen»	40	42	39	46	47	39	37
«Terroristen, die einen Anschlag auf ein Land planen, ist es egal, ob dieses Land neutral ist oder nicht.»	66	56	68	66	65	68	63

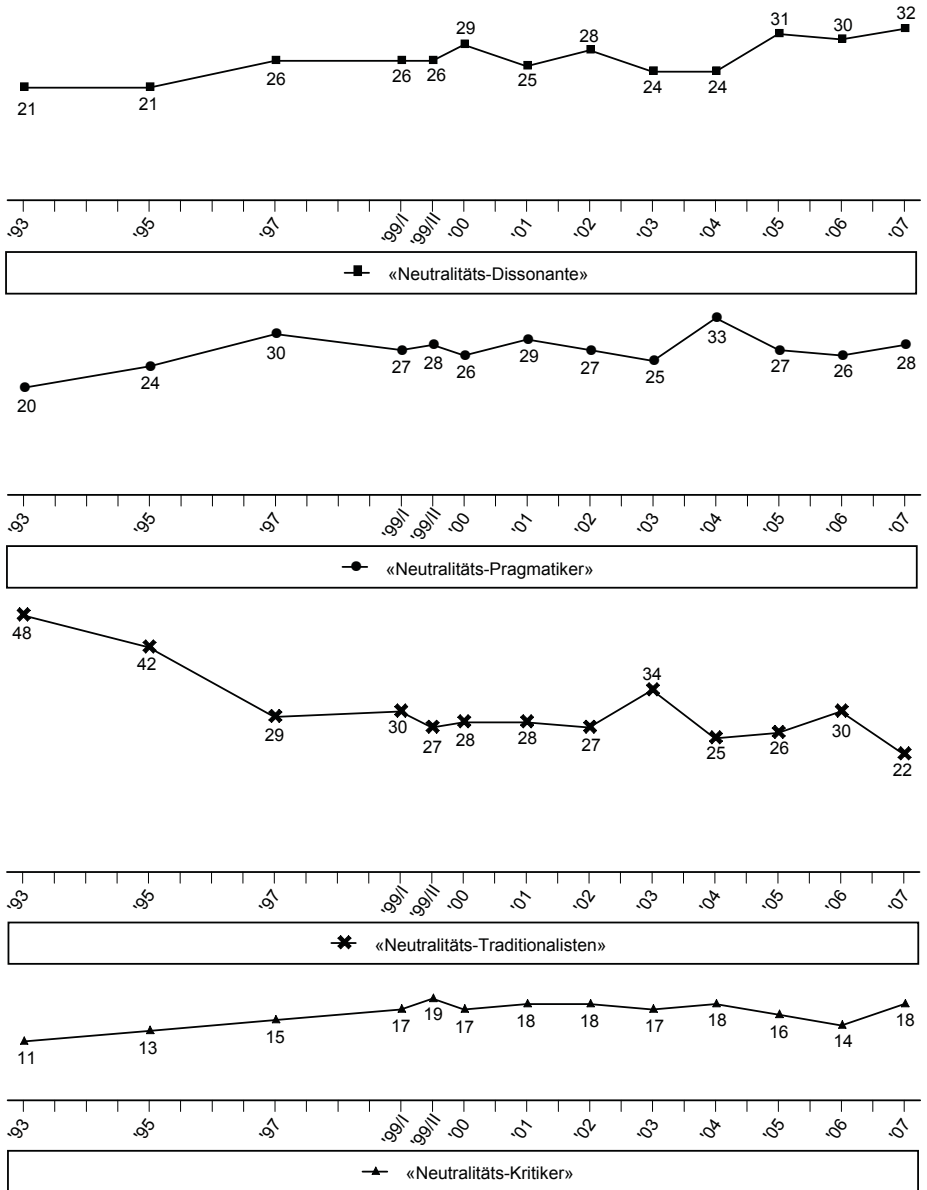
8.4 Neutralitätsauffassungen – eine Typologie

Wie im Falle der aussenpolitischen Kooperationsbereitschaft lassen sich mit Hilfe einer Typenbildung (Clusteranalyse) die verschiedenen Auffassungen von Neutralität besser differenzieren und im Trendverlauf analysieren (siehe Abbildung B in Anhang II). Eine befriedigende Lösung zur Erklärung der Varianz bildet eine Vier-Cluster-Variante (vgl. Anhang I). Ihr lassen sich von 1'200 Befragten deren 1'015 eindeutig zuordnen.¹

1 185 der Befragten lassen sich keinem Neutralitätstypus zuordnen.

Abbildung 8.5

Die Neutralitätstypen und ihre anteilmässigen Veränderungen 1993 bis 2007 (in Prozent)



Die Typologie der Neutralitätsauffassungen zeigt, dass das «traditionalistische» Neutralitätsverständnis, das in erster Linie den Ziel- und Identitätscharakter der Neutralität betont, eine langfristig sinkende Tendenz zeigt. Nach vermehrtem Zuspruch im letzten Jahr erfährt es nun wieder eine Einbusse. Nur noch 22% (-8%) können als «Neutralitätstraditionalisten» bezeichnet werden (siehe Abbildung 8.5). Auf höherem Niveau liegt der Anteil derjenigen, die einer widersprüchlichen Neutralitätsauffassung zuneigen («Neutralitätsdissonante»: 32%, +2%). Der Anteil der «Neutralitätspragmatiker», welche die Neutralität eher unter nüchternen Kosten-Nutzen-Aspekten betrachten, liegt im langjährigen Mittel (28%, +2%) und folgt einem leichten Aufwärtstrend seit 2003. Der anteilmässig kleinste Typus – und dies schon über Jahre hinweg – wird von den «Neutralitätskritikern» gestellt. 2007 ist der Anteil der «Neutralitätskritiker» (18%, +4%) trotz einem grundsätzlichen Anstieg der Befürwortung der Neutralität erstmals seit 1999 wieder etwas gestiegen. Seit 2002 ist die Zustimmung zu den unterschiedlichen Neutralitätsauffassungen, mit Ausnahme der «Neutralitätskritiker», wechselhaft. Die vier Typen können wie folgt charakterisiert werden:

- **«Neutralitätskritiker»:** Personen dieses Meinungstyps stehen der Solidaritätsfunktion ambivalent gegenüber und lehnen sowohl die Identitätsfunktion wie auch die sicherheitspolitische Funktion deutlich ab (siehe Abbildung B in Anhang II). Sie bezweifeln die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität, die ihrer Meinung nach nicht zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitragen kann und glauben nicht, dass die Schweiz dank ihrer Neutralität von Konflikten verschont bleibt. Sie stimmen deshalb den negativen Neutralitätsfunktionen zu. Eine nützlichkeitsorientierte Bewertung der Neutralität billigen sie knapp, d.h. die Maxime soll dann aufgegeben werden, wenn sie keine Vorteile mehr bringt. Sie meinen – wenn auch nur knapp mehrheitlich –, dass unsere enge internationale Verflechtung Neutralität verunmögliche. «Neutralitätskritiker» halten die schweizerische Neutralität offensichtlich für ein nationalegoistisches Konzept, das die Schweiz daran hindert, ihre internationale Mitverantwortung wahrzunehmen. Es lässt sich folgern, dass aus ihrer Sicht die Neutralität den heutigen politischen Gegebenheiten, nämlich der internationalen Verflechtung der Schweiz und den sich daraus ergebenden Forderungen nach solidarischem Handeln, nicht mehr entspricht. Der Typus «Neutralitätskritiker» bewegt sich anteilmässig im Beobachtungszeitraum 1993 bis 2007 zwischen 11% und 19%. 2007 beträgt sein Anteil an den Neutralitätstypen 18% (+4%) aller typologierbaren Befragten.

- **«Neutralitätspragmatiker»:** Sie glauben an eine internationale Solidaritätsfunktion der schweizerischen Neutralität und stimmen der Identitätsfunktion klar zu (vgl. Abbildung B in Anhang II). Eine sicherheitspolitische Schutzwirkung können sie hingegen nicht erkennen. Sie sind nicht der Ansicht, dass die Schweiz dank ihrer Neutralität vor Konflikten verschont bleibe und dass die bewaffnete Neutralität zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitragen könne. Diese Meinung teilen sie mit den «Neutralitätskritikern». Ob die Neutralität heute militärisch noch glaubhaft geschützt werden könne, ist für sie unklar. Die «Neutralitätspragmatiker» betrachten die Neutralität nicht nur nutzenorientiert. So würden sie diese ganz klar nicht aufgeben, selbst wenn sie der Schweiz keinen Nutzen mehr bringt. Zudem glauben sie nicht, dass die Neutralität die Schweiz am gemeinsamen Handeln mit ihren europäischen Nachbarn hindert. Ebenso teilen sie nicht die Meinung, die internationale Verflechtung der Schweiz verunmögliche die Neutralität. Die «Neutralitätspragmatiker» bewegen sich im Beobachtungszeitraum von 1993 bis 2007 zwischen 20% und 33%. 2007 können 28% (+2%) der Befragten zu ihnen gezählt werden.
- **«Neutralitätsdissonante»:** Personen dieses Auffassungstyps beantworten die positiven und fast alle negativen Neutralitätsfunktionen zustimmend (siehe Abbildung B in Anhang II). Ihr Antwortverhalten ist also widersprüchlich. Besonders hohe Zustimmung erhält die Solidaritätsfunktion, aber auch die Identitätsfunktion erfreut sich eines hohen Stellenwerts. Dass die Neutralität eine positive Wirkung auf die europäische Sicherheit und Stabilität ausübe, wird von einer Mehrheit geglaubt. Der sicherheitspolitische Nutzen der Neutralität wird von diesem Meinungstypus bejaht. Personen dieses Typs stimmen jedoch auch den gegenteiligen Vorgaben zu, nämlich die Neutralität könne militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden und sie könne die Schweiz vom gemeinsamen Handeln mit den europäischen Nachbarn abhalten. Nicht einig sind sie sich, ob unsere internationale Zusammenarbeit die Neutralität verunmögliche. «Neutralitätsdissonante» würden nicht auf die Neutralität verzichten, auch wenn klar wäre, dass diese der Schweiz keine Vorteile mehr brächte. In dieser Widersprüchlichkeit manifestiert sich ein erhebliches Mass an Verunsicherung in Neutralitätsfragen. Personen dieser Auffassungsrichtung sehen die sich verstärkenden Hindernisse für die schweizerische Neutralität, möchten aber subjektiv und emotional trotzdem an ihr festhalten. Entweder sind sie sich der Widersprüchlichkeit ihrer Haltung bewusst und nehmen ihre kognitive Dissonanz wahr, oder sie realisieren ihre gegensätzliche Einstellung gar nicht, sind tendenziell apolitisch und haben sich noch kaum eingehend

mit Fragen der Neutralität auseinandergesetzt. Anteilmässig macht die Gruppe der «Neutralitätsdissonanten» im Zeitraum von 1993 bis 2007 zwischen 20% und 34% aus. Mit 32% (+2%) liegt sie ähnlich hoch wie letztes Jahr.

- **«Neutralitätstraditionalisten»:** Im Vergleich zu den anderen Neutralitätstypen erfahren insbesondere die Solidaritätsfunktion und die Identitätsfunktion unter den «Traditionalisten» eine überdurchschnittlich hohe Zustimmung. Sie stimmen wie bereits in den vorhergehenden Jahren den positiven Neutralitätsfunktionen überaus deutlich zu und lehnen ganz klar jegliche Negativaussagen ab (vgl. Abbildung B in Anhang II). Vor allem die Solidaritätsfunktion wird als sehr bedeutend bewertet. Der Glaube an die der Neutralität zu verdankenden Gelegenheiten für Gute Dienste im internationalen Umfeld ist ungebrochen. «Traditionalisten» lehnen die Vorgabe, wonach die schweizerische Neutralität ein Hindernis für gemeinsames Handeln mit anderen europäischen Staaten darstellen könnte, klar ab. Eine rein instrumentelle Betrachtung der Neutralität weisen sie deutlich zurück, d.h. auch wenn die Neutralität aus ihrem Blickwinkel keine Vorteile mehr bringen sollte, würden sie diese nicht aufgeben. Der Neutralität wird eine hohe symbolische Wirkung zugeschrieben und sie wird wertmässig zum Selbstzweck erhoben. Sie ist aus der Sicht der «Neutralitätstraditionalisten» eng mit dem schweizerischen Staatsgedanken verbunden. Im Zeitverlauf von 1993 bis 2007 schwankt der Anteil der «Neutralitätstraditionalisten» zwischen 48% und 22%. Heuer ist er mit 22% (-8%) auf einem Tiefpunkt.

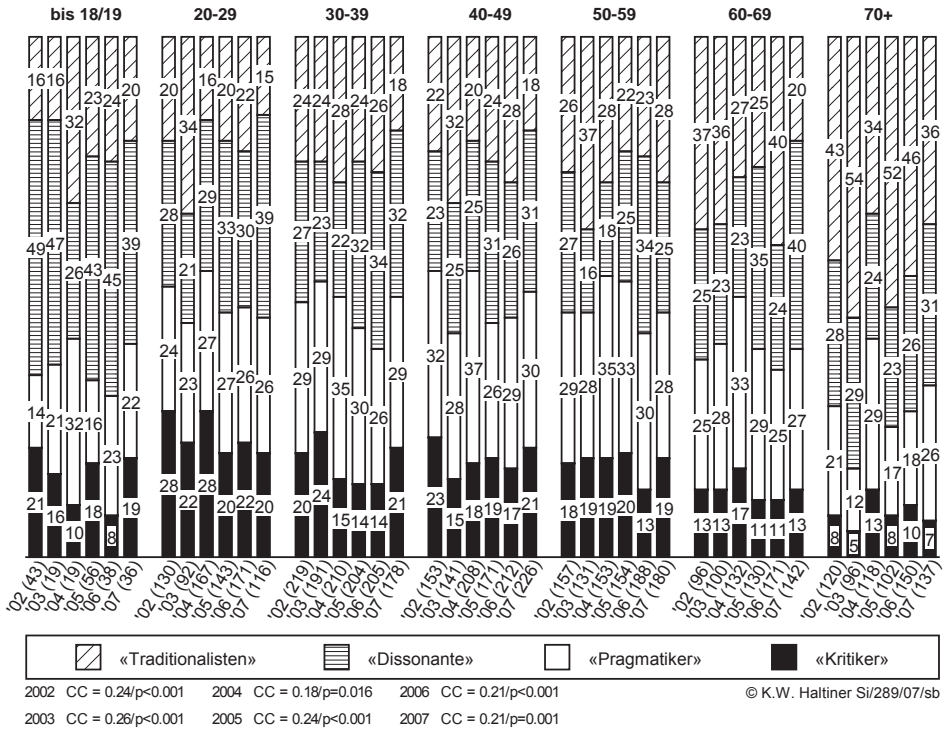
8.4.1 Die Neutralitätsauffassungen nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen

In den Abbildungen 8.6 und 8.7 wird die Verteilung der Neutralitätstypen aufgeschlüsselt nach Alter und Bildung dargestellt.

Ein signifikanter Zusammenhang zwischen dem Alter und den verschiedenen Typen der Neutralitätsauffassung kann festgestellt werden ($CC=0.21$). Als allgemeine Tendenzaussage gilt: Je älter die Befragten, desto höher ihre Unterstützung für eine «traditionalistische» Neutralitätsauffassung und je jünger die Befragten, desto stärker hebt sich der «dissonante» Typ hervor (siehe Abbildung 8.6). Dabei lassen sich drei aktuelle Entwicklungen ausmachen: Die ab 60-Jährigen wenden sich wieder stärker dem «Traditionalismus» zu als in den davor liegenden Jahren. Unter den Jungen bis 20 Jahren ist der Typus des «Dissonanten» weiterhin vorherrschend. Am kritischsten gegenüber der Neutralität eingestellt sind die 20–29-Jährigen.

Abbildung 8.6

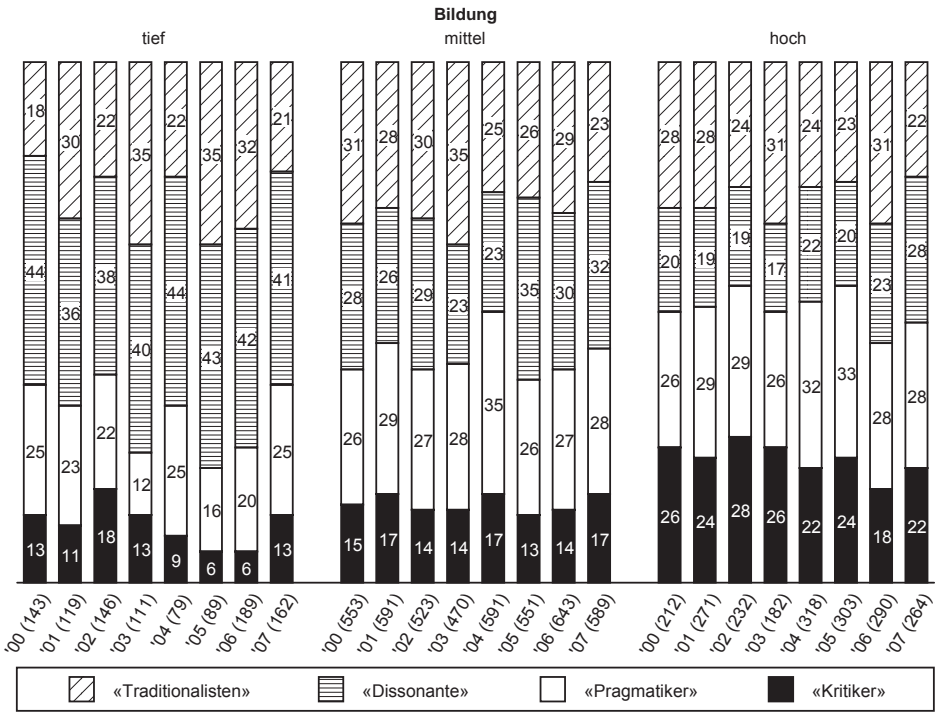
Neutralitätsauffassungen nach verschiedenen Altersgruppen (Angaben in Prozent)



In den tieferen Bildungsschichten ist die Verunsicherung in der Beurteilung der Neutralität weiterhin vorhanden: Die «Dissonanten» überwiegen hier auch dieses Jahr (siehe Abbildung 8.7). Zugleich etabliert sich unter ihnen eine «traditionalistische» Sichtweise. Eine gewisse Verunsicherung über die den heutigen Gegebenheiten angemessene Neutralitätsbeurteilung zeigt sich zunehmend auch in den mittleren Bildungsschichten. Der dissonante Typus bleibt nach wie vor anteilmässig stark, hat aber zugunsten der «Traditionalisten» an Zuspruch verloren. Die höheren Bildungsgruppen neigen 2007 stärker als in den Vorjahren zu einer «traditionalistischen» Auffassung. Der Anteil der «Neutralitätskritiker» ist so tief wie noch nie in den letzten sieben Jahren. Es ergibt sich, dass sich die Bildungsschichten in der Betrachtung der Neutralität 2007 angenähert haben.

Abbildung 8.7

Neutralitätsauffassungen nach dem soziodemographischen Merkmal Bildung (Angaben in Prozent)



K. W. Haltiner Si/290/07/sb

Es bestehen ferner Differenzen in der Neutralitätsauffassung nach der politischen Einstellung der Befragten ($CC=0.22$), die hier grafisch nicht dargestellt sind. Dem «Kritikertypus» lassen sich 25% der sich links positionierenden Personen zuordnen, aber nur 7% der politisch rechts Stehenden. Unter letzteren findet sich der höchste Anteil an «Traditionalisten» mit 33%. Eine solche Auffassung teilen hingegen nur 13% der politisch links stehenden Befragten. Weiter existiert ein Zusammenhang zwischen den Typen der aussenpolitischen Öffnungsbereitschaft und den Neutralitätstypen ($CC=0.33$). Die «traditionalistische» Neutralitätsauffassung wird von 31% der «Autonomisten» geteilt, und die «harten Öffnungswilligen» sind hauptsächlich «neutralitätskritisch» eingestellt (37%).

Fazit: Als Prinzip geniesst die Neutralität ungebrochen hohe Akzeptanz. Im Trend fluktuieren hingegen die Auffassungen über ihre Funktion und Bedeutung. Die Auffassung, die Neutralität solle es der Schweiz erlauben, in Konflikten zu vermitteln,

hat im 15-Jahrestrend zugenommen. Ähnliches gilt für die Auffassung, sie sei eng mit dem schweizerischen Staatsgedanken verknüpft. Bedrohungsabhängig scheint die Akzeptanz zu fluktuieren, die Neutralität biete sicherheitspolitischen Schutz. Vor Terrorismus, so die Mehrheitsmeinung, schützt sie jedenfalls nicht.

Im langfristigen Trend schwächt sich die eher traditionalistische Interpretation ab: Die Neutralität als unumstösslicher Wert an sich weicht zusehends einer differenzierenden und pragmatischen «sowohl als auch»-Sicht, die sowohl Vor- als auch Nachteile sieht.

9 Aspekte der Inneren Sicherheit

Die Aufrechterhaltung einer Trennung von Innerer und Äusserer Sicherheit wird immer schwieriger. In der heutigen Zeit, in der für Europa und den Westen Bedrohungen wie Internationaler Terrorismus, Proliferation, Organisierte Kriminalität, unkontrollierte Migration und innere Unruhen an die Stelle der primären Bedrohung durch zwischenstaatliche Kriege und Konflikte getreten sind, ist diese Trennung veraltet.

Da die beiden Begriffe aber in der Wahrnehmung der Bevölkerung nach wie vor eine bedeutende Rolle spielen, soll für die vorliegende Studie diese Trennung beibehalten werden.

Ein bedeutendes Gebiet der Inneren Sicherheit ist aktuell die Bedrohung durch terroristische Anschläge. Im folgenden Kapitel wird auf die Wahrnehmung dieser Bedrohung eingegangen. Das nächste Unterkapitel befasst sich mit der Balance von Freiheit und Sicherheit und ist der Frage gewidmet, in wie weit die Bevölkerung bereit ist, zu Gunsten ihrer persönlichen Sicherheit gewisse Einschränkungen der persönlichen Freiheit hinzunehmen. Das letzte Kapitel aus dem Bereich der Inneren Sicherheit befasst sich aus aktuellem Anlass mit Fragen rund um den Schutz des Fussballgrossanlasses Euro 08.

9.1 Wahrnehmung der Terrorbedrohung

Die zahlreichen Medienberichte über verübte und vereitelte Anschläge in Europa und der Welt haben in den letzten Jahren nicht dazu geführt, dass die Mehrheit der SchweizerInnen den Terrorismus verstärkt als Bedrohung wahrgenommen hätte. Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wird die Bedrohungswahrnehmung durch Terrorismus mit einer direkten und einer indirekten Frage erhoben (siehe Tabellen 9.1 und 9.2). Dabei kann die indirekte Frage, ob im Freundes- und Bekanntenkreis ein Anstieg an Furcht beobachtet wurde, das allgemeine subjektive Bedrohungsempfinden besser widerspiegeln als die direkte Frage nach der eigenen Angst.

Die seit den mörderischen Anschlägen vom 11. September 2001 gemessene Terrorismusfurcht unterliegt hierbei über die Jahre verschiedenen Schwankungen, die sich naturgemäss an Kulminationspunkten wie den Attentaten auf die Züge im Madrider Hauptbahnhof 2004 oder den Bombenanschlägen auf die Londoner Verkehrssysteme während des G8 Gipfels von 2005 orientieren.

Tabelle 9.1

Wahrgenommene Veränderungen der persönlichen Sicherheit seit den Anschlägen vom 11. September 2001

«Was würden Sie sagen: Ist Ihre persönliche Sicherheit nach der Serie von Terroranschlägen in letzter Zeit...» (2002: «Was würden Sie sagen: Ist Ihre persönliche Sicherheit nach den Anschlägen in New York vom 11. September letzten Jahres...»)

	2002	2003	2004/I	2004/II	2006/I	2006/II	2007
...eher mehr gefährdet als vorher.»	11%	22%	10%	25%	14%	12%	12%
...etwa gleich gefährdet wie vorher.»	47%	43%	38%	42%	43%	38%	39%
...eher weniger gefährdet als vorher.»	4%	4%	3%	4%	4%	4%	4%
«Meine Sicherheit war gar nie gefährdet.»	36%	30%	48%	28%	39%	45%	44%
weiss nicht / keine Antwort	2%	1%	1%	1%	0%	1%	1%

2004/I Januar-Erhebung; 2004/II: Erhebung nach den Anschlägen in Madrid Ende März

© K. Haltiner Si/07/sw

2007 lässt sich ein geringes, nicht signifikantes Abnehmen des tiefen Niveaus an Terrorismusfurcht beobachten. Einzig das Item «Meine Sicherheit war gar nie gefährdet» hat mit einer Steigerung um 5% auf 44% einen deutlich stärkeren Wert als im Vorjahr (2006/I). Der eigentliche Zuwachs ist indes innerhalb des Jahres 2006 erfolgt, nämlich von 39% im Januar auf 45% im Oktober (II). Dies lässt sich einerseits mit einer gewissen Gewöhnung an die erhöhte Terrorintensität in der Welt erklären, andererseits auch mit der Tatsache, dass 2006 kein grosser Anschlag auf europäischem Territorium stattgefunden hat.

Tabelle 9.2

Wahrgenommene Veränderung des Sicherheitsgefühls im Freundes- und Bekanntenkreis seit den Anschlägen vom 11. September 2001

«Wie stehen Sie zu dieser Aussage: Mein Freundes- und Bekanntenkreis ist seit der Häufung von Terroranschlägen in der Welt ängstlicher geworden. Würden Sie sagen, das... » (2002: «Mein Freundes- und Bekanntenkreis ist im Allgemeinen seit den Terroranschlägen in New York ängstlicher geworden.»)

	2002	2003	2004/ I	2006	2007
... trifft völlig zu»	11%	20%	8%	9%	8%
... trifft eher zu»	29%	31%	33%	35%	33%
... trifft eher nicht zu»	26%	26%	32%	34%	33%
... trifft gar nicht zu»	31%	18%	26%	21%	25%
weiss nicht / keine Antwort	3%	5%	1%	1%	1%

© K. Haltiner Si/07/sw

Ein ähnliches Bild präsentiert sich auch bei der indirekten Fragestellung. Der Anteil derer, die ihren Bekanntenkreis für ängstlicher geworden hält, ist unwesentlich kleiner geworden zu Gunsten derer, die ihr Umfeld nicht als verängstigt erleben. Für 8% (-1%) trifft die Aussage «Mein Freundes- und Bekanntenkreis ist seit der Häufung von Terroranschlägen in der Welt ängstlicher geworden» «völlig zu». Für 33% (-2%) trifft sie «eher zu», für 33% (-1%) trifft die Aussage «eher nicht zu» und 25% (+4%) sind der Meinung, dass diese Aussage «gar nicht» zutrifft.

Die erstmalig erhobene Frage «Glauben Sie, dass der Terrorismus eine Gefahr für unser Land darstellt?» beschert nach der Interpretation der obigen Daten keine grossen Überraschungen. Eine Mehrheit von 58% der SchweizerInnen empfindet Terrorismus «nicht» (18%) oder «eher nicht» (40%) als Gefahr für die Schweiz. 42% empfinden den Terrorismus deutlich (15%) oder eher (27%) als Bedrohung. Die Terrorangst der SchweizerInnen fällt im internationalen Vergleich eher tief aus (siehe Box Gallup-Befragung 2006).

Von Bedeutung ist hier die signifikant stärkere Wahrnehmung der Terrorbedrohung in der französischsprachigen Schweiz und im Tessin. Während in der Deutschschweiz nur 40% den Terrorismus für eine Gefahr halten, sind es in der West- und Südschweiz 48%.

Grundsätzlich sehen diejenigen, die sich selbst politisch als links einschätzen den Terrorismus weniger als eine Gefahr als diejenigen, die sich selbst als rechts einstufen.

Ähnlich verhält es sich auch im Bereich der unterschiedlichen Alterskohorten: Während bei den 15–29-Jährigen nur 28% im Terrorismus eine Gefahr für die Schweiz sehen, sind es bei den 30–59-Jährigen 38% und bei den über 60-Jährigen sogar 57%.

Tabelle 9.3

Wahrnehmung Terrorismusgefahr für die Schweiz

«Glauben Sie, dass der Terrorismus eine Gefahr für unser Land darstellt?»

	Total	Region			Alter			Politische Einstellung		
		D-CH	F-CH	I-CH	15–29	30–59	60+	links	Mitte	rechts
«ja»	15%	13%	20%	14%	10%	13%	20%	7%	16%	15%
«eher ja»	27%	27%	28%	34%	18%	25%	37%	14%	28%	33%
«eher nein»	40%	43%	31%	40%	43%	42%	35%	48%	41%	36%
«nein»	18%	17%	20%	12%	29%	20%	8%	30%	15%	16%
weiss nicht	0%	0%	1%	0%	0%	0%	0%	1%	0%	0%

© K. Haltiner Si/07/sw

Gallup-Befragung 2006

Gallups jährlich durchgeführte internationale Befragung «Voice of the People» interviewt mehr als 59'000 Personen aus 63 Ländern zu ihren Ansichten und Einstellungen zu Themen wie Umwelt, Terrorismus, globale Probleme, Regierung und Politik. Diese Umfrage erfasst unter anderem auch Fragestellungen bezüglich des Terrorismus.

2006 gibt fast die Hälfte (46%) der SchweizerInnen an, dass Terrorismus eine Bedrohung für ihr Land darstelle. Die Zahlen der Sicherheitsstudie (2007: 42%), die ebenfalls die Terrorismusbedrohung anhand der gleichen Fragestellung erfasst, bestätigen dieses Ergebnis. Allerdings wird die «Sicherheit vor dem Terrorismus» als ein eher wenig prioritäres Anliegen gesehen.

Im Vergleich zu den Nachbarländern und der Europabevölkerung befindet sich die Schweiz bei der Einschätzung der Terrorismusbedrohung vor Österreich an zweit-letzter Stelle. Weniger als ein Drittel (29%) der ÖsterreicherInnen – also deutlich weniger als die SchweizerInnen – glaubt, dass der Terrorismus eine Gefahr für ihr Land darstelle. Interessant ist dieses Ergebnis deshalb, weil sowohl Österreich als auch die Schweiz bis anhin nicht von Terroranschlägen heimgesucht worden sind und so verhältnismässig gleichen Bedingungen ausgesetzt sind. Anders sieht es in Deutschland, Spanien und Grossbritannien aus, in Ländern, die bereits Opfer von Terroranschlägen wurden. 82% der Deutschen, 85% der Spanier und sogar 90% der Engländer sehen im Terrorismus eine Gefahr für ihr Land.

Weiter befindet sich die Schweiz in der Gallup-Befragung im Vergleich zur Weltbevölkerung im hinteren Drittel. Die grösste Terrorismusfurcht herrscht in Kolumbien (97%), Indien (97%) und Nordamerika (92%), die niedrigste hingegen in Albanien (20%). Vier von zehn BewohnerInnen in 58 der 63 befragten Länder bekunden Angst vor Terrorismus.

Weiter wurde auch nach der Einstellung zum Beitrag der USA zur Lösung verschiedener Probleme gefragt (Weltwirtschaftswachstum, Kampf gegen den Terrorismus, Weltfrieden, Kampf gegen die Armut und Umweltschutz). Alles in allem wird die Rolle der USA von der Weltbevölkerung beim Weltfrieden (44%), beim Kampf gegen die Armut (38%) und beim Umweltschutz (43%) als negativ beurteilt. Einzig der Beitrag zum Wirtschaftswachstum wird positiv gesehen (46%). Bei der Frage nach dem Kampf gegen den Terrorismus spalten sich die Meinungen (44% der befragten Weltbevölkerung sieht den Beitrag der USA als positiv an, 36% als negativ, 15% als neutral und 6% geben keine Antwort dazu). In Afrika und Nordamerika wird die Rolle der USA im Kampf gegen den Terrorismus vorwiegend gutgeheissen (56% bzw. 57%), in Ost- und Zentral-Europa sowie Latein-Amerika und im Pazifikraum hingegen unterschiedlich beurteilt. In Westeuropa überwiegt die kritische

Hinterfragung (45% negative Stimmen). Die Schweizer Bevölkerung schliesst sich in der Gallup-Erhebung dieser Meinung mit 61% negativen Stimmen an.

Terrorismus wird somit in der Gallup-Befragung von der Mehrheit der befragten Bevölkerung als eine konkrete Bedrohung gesehen.

Quelle: Gallup International Voice of the People© 2006, Opinions on Terrorism.

9.2 Freiheit versus Sicherheit

Eine neuerdings häufig diskutierte Frage ist die nach der Legitimation der Einschränkung von persönlicher Freiheit zu Gunsten der allgemeinen und persönlichen Sicherheit. Inwieweit muss es sich der Einzelne gefallen lassen, dass seine Freiheitsrechte zu Gunsten des Schutzes der Gesellschaft eingeschränkt werden? Dieser vermeintliche oder tatsächliche Kompromiss zwischen Sicherheit und Freiheit beschäftigt auch die Schweizer BürgerInnen. Die Grundstimmung ist eine pragmatische: 64% (+4%) der Befragten sind mit der Aussage «Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass wir den Terrorismus mit allen Mitteln bekämpfen, auch wenn dabei unsere persönliche Freiheit eingeschränkt werden muss» sehr» einverstanden oder «eher» einverstanden (siehe Abbildung 9.1). Lediglich 23% sind «eher nicht» und 12% sind «gar nicht» einverstanden. Die Bereitschaft, gewisse Einschränkungen der persönlichen Freiheit hin zu nehmen, ist also auf dieser abstrakten Ebene trotz der allgemein als eher gering empfundenen Terrorismusbedrohung sehr hoch und hat gegenüber dem Vorjahr leicht zugenommen.

Wird die Fragestellung jedoch erweitert und nicht mehr spezifisch auf den Terrorismus bezogen, so vermindert sich auch die Bereitschaft der BürgerInnen, staatliche Sicherheitsmassnahmen als Freiheitseingriff zu akzeptieren. Mit der Aussage «Der Staat sollte die persönliche Sicherheit seiner BürgerInnen garantieren, auch wenn dies auf Kosten der persönlichen Freiheit geht» sind nur 48% «sehr» einverstanden (11%) oder «eher einverstanden» (37%). Dennoch ist auch hier eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr zu beachten. Auffallend ist hier der hohe Zusammenhang mit dem Alter und der politischen Selbsteinschätzung der Befragten: Je älter und je mehr die Selbsteinschätzung nach rechts tendiert, umso höher die Akzeptanz der Vorgabe.

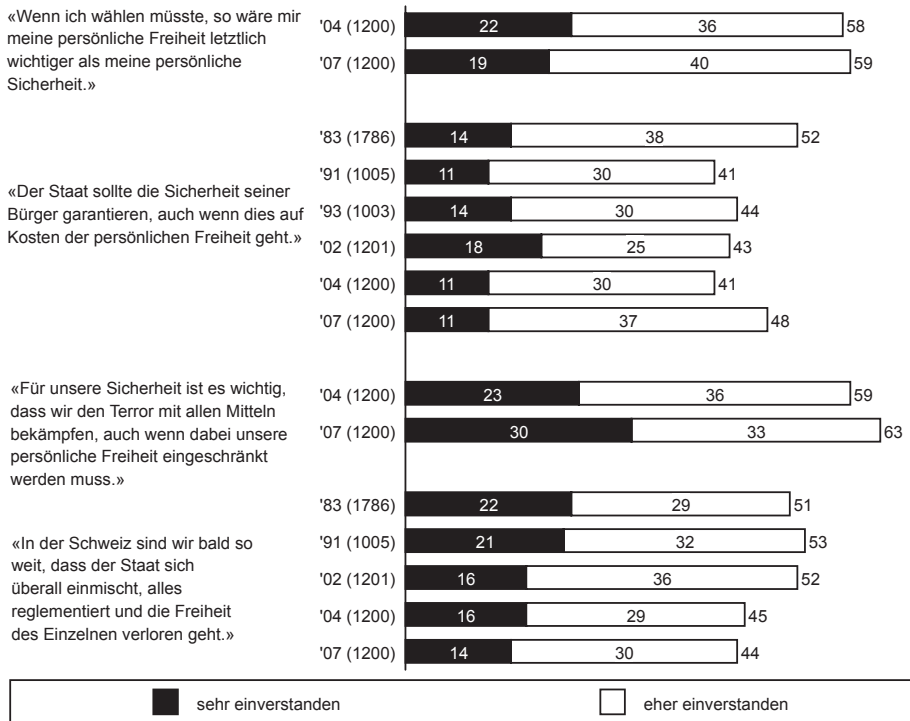
Die Tendenz im Dilemma der Werte die Freiheit zu bevorzugen, setzt sich in der umgekehrten Fragestellung fort. 59% der Befragten gewichten ihre persönliche Freiheit höher als ihre persönliche Sicherheit. Hierzu ist jedoch zu sagen, dass derart abstrakte Fragestellungen oft nur ein unvollständiges Bild ergeben. Werte

wie «Freiheit» werden traditionell sehr hoch bewertet. 2004 waren mit derselben Aussage bereits 58% der SchweizerInnen einverstanden.

Abbildung 9.1

Freiheit versus Sicherheit

«Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen zum Staat und zur Politik?»



© K.W. Haltiner Si/712/07/sb

Konkretisiert man die abstrakte Fragestellung nach den Freiheitsbeschränkungen zu Gunsten der Sicherheit, in dem man nach bestimmten staatlichen Massnahmen fragt, wird sehr schnell eine grosse Differenziertheit in der Zustimmung zu den unterschiedlichen Massnahmen deutlich: Das Bild des alles kontrollierenden Überwachungsstaates, der sich überall einmischt und alles lenken will, findet in der Schweiz keine Mehrheit. Dennoch sind 45% der Befragten der Meinung, dass wir «in der Schweiz bald soweit sind, dass sich der Staat überall einmischt, alles reglementiert und die Freiheit des einzelnen verloren geht.» 54% der Befragten sind nicht dieser Meinung. Im langfristigen Trend ist die Zustimmung zu dieser

Vorgabe sinkend. Denkbar ist, dass als Folge der erhöhten Terrorgefahr und der gestiegenen Bedeutung der Inneren Sicherheit ganz allgemein die Toleranz staatlicher Regelungsdichte eher wieder zu- als abgenommen hat. Dazu mehr im folgenden Abschnitt.

9.3 Akzeptanz staatlicher Sicherheitsvorkehrungen

Die Befragten wurden dieses Jahr nach ihrer Zustimmung zu elf verschiedenen möglichen staatlichen Vorkehrungen aus dem Bereich der Inneren Sicherheit befragt. In der Zustimmung und Ablehnung lassen sich grundsätzlich drei Gruppen von Massnahmen ausmachen. Solche die begrüsst werden, also Massnahmen mit einer grossen Zustimmungsquote, tolerierte Massnahmen mit einer mittleren Zustimmungsquote und nicht akzeptiert Massnahmen, d.h. solche die keine Mehrheit in der Bevölkerung finden (siehe Abbildung 9.2).

In die erste Gruppe mit einer Zustimmungsquote von 75% oder mehr gehören Massnahmen zur Kontrolle des Ausländeranteils (79% «sehr» einverstanden und «eher» einverstanden), zusätzliche Gepäckkontrollen am Flughafen (76%), erhöhte Polizeipräsenz in den Wohnquartieren (79%) und die Sammlung von Daten über verdächtige Personen (81%).

Massnahmen mit einer Zustimmung von mindestens 50% können als «toleriert Massnahmen» gewertet werden. Es sind dies die Lockerung des Bankgeheimnisses für die Polizei zur Kontrolle der Geldflüsse von TerroristInnen (64%), die vermehrte Überwachung öffentlicher Plätze mit Videokameras (62%), die Erfassung biometrischer Daten (wie z.B. Fingerabdrücke) der Bevölkerung (54%) und noch knapp die vorsorgliche Inhaftierung von Verdächtigen (52%).

Nicht akzeptierte Massnahmen mit einer Zustimmung von unter 50% sind Eingangskontrollen an öffentlichen Gebäuden (44%) und vermehrte Telefonüberwachung (36%). Die erleichterte Einbürgerung von AusländerInnen wird ebenfalls nicht als probates Mittel zur Verbesserung der Inneren Sicherheit gesehen. Nur 37% der Befragten halten diese Massnahme zur Verbesserung unserer Sicherheitslage für geeignet. Tendenziell nimmt die Toleranz oder Akzeptanz in dem Masse ab, in dem damit gerechnet werden kann, dass die eigene Privatsphäre davon direkt betroffen wird.

Tabelle 9.4

Massnahmenakzeptanz nach soziodemographischen Merkmalen

	Alter (γ)	Bildung (γ)	Region (CC)	Politische Einstellung (γ)
Mehr Telefonüberwachungen	-.10	n.s.	n.s.	-.17
Eingangskontrollen an öffentlichen Gebäuden	-.16	0.29	0.13	-.21
Vorsorgliche Verhaftung von Verdächtigen	n.s.*	0.26	0.22	-.21
Erfassung biometrischer Daten	n.s.	0.09	n.s.	-.20
Videoüberwachung öffentlicher Plätze	-.24	0.21	0.10	-.24
Lockerung Bankgeheimnis für Fahnder	n.s.	n.s.	0.19	0.25
Datensammlung verdächtiger Personen	n.s.	0.21	0.10	-.29
Erhöhte Polizeipräsenz	-.31	0.20	0.12	-.30
Zusätzliche Gepäckkontrollen am Flughafen	-.19	0.17	0.14	-.16
Ausländeranteil unter Kontrolle halten	-.30	0.30	n.s.	-.52

* n.s.= nicht signifikant

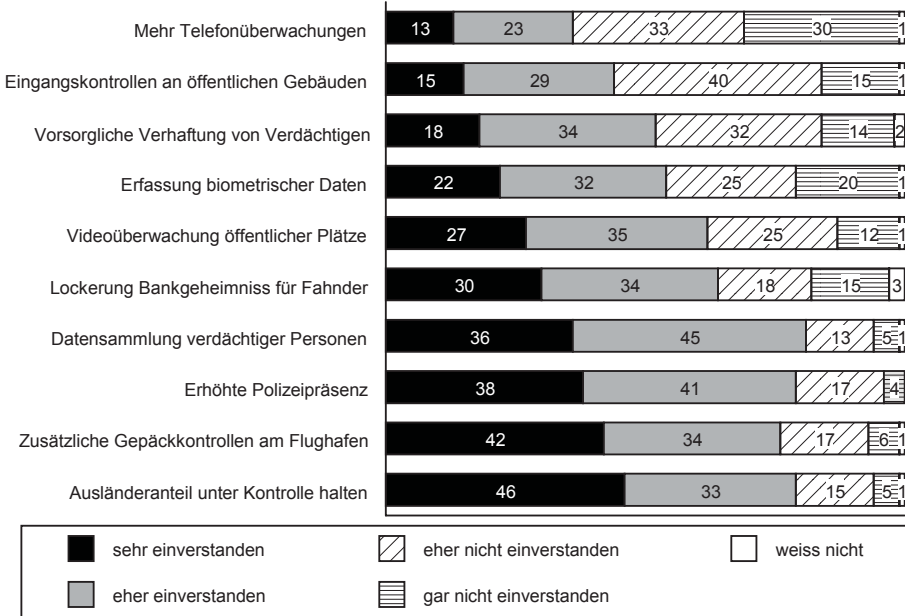
Über die soziodemographische Verteilung auf der Liste möglicher Sicherheitsvorkehrungen gibt Tabelle 9.4 Auskunft: Am stärksten variieren die Meinungen entlang der politischen Selbsteinstufung. Grundsätzlich sind Personen, die sich selbst eher dem linken politischen Spektrum zuordnen, erwartungsgemäss weniger mit repressiven Massnahmen einverstanden als diejenigen, die sich selbst als politisch eher rechts einschätzen. Sehr deutlich manifestiert sich das bei der Kontrolle des Ausländeranteils ($\gamma = -.52$) aber auch bei der Möglichkeit, dass «der Staat über verdächtige Personen Daten sammeln kann» ($\gamma = -.29$). Diese Massnahmen werden eher von rechts befürwortet, während die erleichterte Einbürgerung von Ausländern als Sicherheitsvorkehrung eher von links befürwortet wird ($\gamma = -.50$). Die Möglichkeit, über verdächtige Personen Daten zu sammeln, wird von linker Seite auch überdurchschnittlich stark abgelehnt. Die Fichenaffäre wirkt in dieser Personengruppe möglicherweise noch immer abschreckend.

Ein Trend ist ebenfalls bei der Bildungsstruktur der Befragten zu erkennen. So nimmt mit abnehmendem Bildungsstand die Bereitschaft zu, auch restriktive Massnahmen wie die vorsorgliche Verhaftung von Verdächtigen auf Verdacht hin zu akzeptieren. WestschweizerInnen, Befragte aus der italienischen Schweiz und DeutschschweizerInnen unterscheiden sich in der Zustimmung bzw. Ablehnung der Massnahmen zwar signifikant, aber nicht besonders stark. In der Deutschschweiz werden die erfassten Massnahmen weniger stark begrüsst als in der Westschweiz und hier wiederum leicht weniger als in der italienischen Schweiz.

Abbildung 9.2

Akzeptanz staatlicher Massnahmen

«Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen?»



© K.W. Haltiner SI/1027/07/sb

9.4 Euro 08 und Ausbildungs-WK im Ausland

Vom 7. bis zum 29. Juni 2008 wird die Fussballeuropameisterschaft (Euro 08) in Österreich und der Schweiz stattfinden. Die zivilen Organisatoren und die schweizerischen Sicherheitskräfte werden zur Bewältigung dieses Grossanlasses gemäss derzeitigem Stand der Planung von rund 15'000 Soldaten unterstützt. Die Zustimmung der Bevölkerung für diesen Armeeinsatz ist sehr gross. Die Aussage «Nächstes Jahr findet in der Schweiz und in Österreich die Fussball EM statt. Zur Unterstützung der Polizei werden 15'000 Soldaten aufgeboten» kommentieren 81% der Befragten mit «eher» richtig (43%) oder «sehr richtig» (38%). Nur 11% finden die Massnahme «eher» falsch und nur 7% finden sie «sehr falsch». Es zeigt sich, dass ein breiter Konsens in der Bevölkerung besteht. Der Einsatz der Soldaten an der Euro 08 wird offenkundig also weder als Bedrohung noch als unter der Würde des Militärs empfunden. Die Botschaft zum Bundesbeschluss über den Einsatz der

Armee definiert diesen Einsatz als Assistenzdienst. So wird die Armee sämtliche Einsätze subsidiär zur Polizei leisten. Die Aufgaben der eingesetzten Truppen werden neben temporären Objektschutzaufträgen, der Kontrolle des Luftraumes, der Unterstützung beim Personenschutz vor allem im Bereich logistischer Leistungen liegen. Gemäss dem *Nationalen Sicherheitskonzept Schweiz* vom 30. März 2007 werden auch die Einheiten der Militärpolizei keinen Ordnungsdienst leisten. Dieser bleibt ausschliesslich Sache der Polizei.

Ergänzend zu den militärischen Kräften werden nach dem augenblicklichen Stand der Planung auch erneut ausländische Polizisten in der Schweiz zum Einsatz kommen, wie letztmalig beim G8 Gipfel in Evian 2003. Dabei handelt es sich nicht nur um zivil gekleidete Szenekenner – so genannte «Spotter» – die primär für die «Gewalttäter Sport» aus ihrem eigenen Land zuständig sind und die Polizei der Gastländer mit entsprechenden Informationen versorgen, sondern explizit auch um uniformierte Kräfte, die unter Schweizer Führung auch für Kontrollen oder bei Ausschreitungen von Hooligans eingesetzt werden können.

Die Kooperation mit den deutschen Behörden – gestützt auf die Art. 22 und 24 des Vertrages zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über die grenzüberschreitende polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit – ist bereits gesichert. Verhandlungen mit Frankreich über den Einsatz von Polizisten speziell für die Westschweiz laufen.

Die Zustimmung der Bevölkerung für diese Massnahme ist ähnlich breit wie beim Einsatz des Militärs. 28% der SchweizerInnen sind mit der Aussage «Weil die Schweiz nicht genügend Polizisten hat für die Sicherheit an der Euro 08 sollen Polizisten aus dem Ausland die Schweizer Polizei verstärken» «sehr» einverstanden, 43% «eher einverstanden» (Total einverstanden: 71%) und nur 18% «eher nicht» einverstanden und 11% «gar nicht einverstanden». Die Zustimmung bzw. Ablehnung eines ausländischen Polizeieinsatzes ist in der Westschweiz gleich hoch wie in der Deutschschweiz. Der in den Medien aufgrund von Kommunikationsproblemen kritisierte Einsatz deutscher Polizisten in Genf während des G8 Gipfels scheint in der Romandie keine Spuren hinterlassen zu haben.

Ein in diesem Zusammenhang interessanter Punkt bleibt, dass sich rund 60% der Befragten nicht vorstellen können, Schweizer Soldaten zu Trainingszwecken ihre Wiederholungskurse im Ausland absolvieren zu lassen, aber 71% nichts dagegen haben, dass ausländische Polizisten in der Schweiz für Sicherheit sorgen.

9.5 Fazit

Die terroristische Bedrohungswahrnehmung in der Bevölkerung ist nicht sehr verbreitet; nur eine Minderheit empfindet den Terrorismus als eine konkrete Bedrohung. Das allgemeine Sicherheitsempfinden und die Wahrnehmung der Terrorismusbedrohung für die Schweiz variieren jedoch stark nach Sprachraum, Alter und insbesondere politischer Einstellung. Gestiegen im langfristigen Trend ist hingegen die Bereitschaft, einen Ausbau der staatlichen Sicherheitsvorkehrungen auch unter Annahme von Freiheitseinschränkungen zu tolerieren.

Trotz des ungebrochen hohen Gefühls von Sicherheit ist die Bevölkerung grundsätzlich bereit, ein weites Spektrum von Sicherheitsmassnahmen zu akzeptieren oder zumindest zu tolerieren. Skepsis zeigt sich bei solchen Massnahmen, die die persönliche Privatsphäre spürbar und unmittelbar betreffen (Telefonüberwachung, erschwerter Zugang zu öffentlichen Gebäuden). Grösser ist die Toleranz für Massnahmen, die einen weiteren Personenkreis betreffen und somit die Chance, selbst betroffen zu sein, subjektiv geringer wird (Datensammlung, Videoüberwachung, Polizeipräsenz).

Der Einsatz der Armee und der Beizug ausländischer Polizisten zur Gewährleistung der Sicherheit an der Euro 08 werden grundsätzlich gutgeheissen.

10 Wehrstruktur und Armee

In diesem Kapitel wird die Akzeptanz der Armee in der Schweiz im Trend von 1983 bis 2007 sowie die Beurteilung der Wehrstruktur, Wehrpflicht oder Berufsarmee, untersucht. Zudem wird der gesellschaftliche Stellenwert der Armee im Vergleich 1983/2007 beschrieben.

10.1 Armeeakzeptanz

Die Frage nach der Notwendigkeit der Schweizer Armee gilt in der Studienreihe «Sicherheit» als Indikator für die Akzeptanz der schweizerischen Landesverteidigung. Sie wird seit 1970 in unregelmässigen, seit 1990 in regelmässigen Abständen gestellt. Die Akzeptanz der Armee liegt heuer im Vergleich zu den Vorjahren tiefer: Nur gerade 61% der stimmberechtigten Bevölkerung halten im Februar 2007 die Armee für «sehr» oder «eher» notwendig. Im Oktober 2006 waren dies noch 73% (siehe Abbildung 10.1).

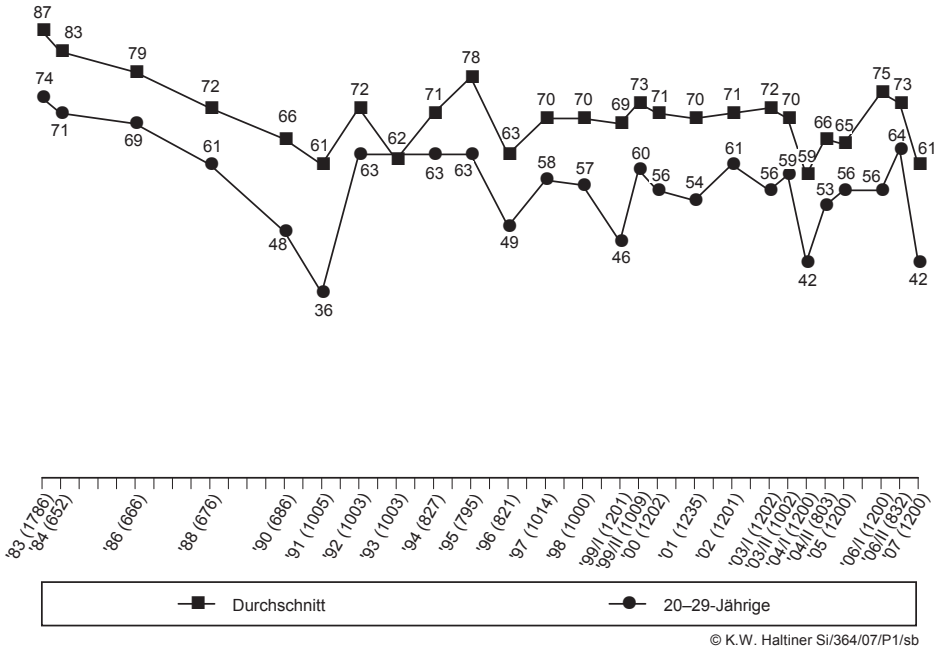
Die Legitimation der Armee durch die Bevölkerung zeichnet sich durch starke Schwankungen aus: Die militärpolitische Aktualität in der Schweiz wie auch die Beurteilung der weltpolitischen Lage scheinen einen Einfluss auf das Urteil der SchweizerInnen zur Notwendigkeit der Armee zu haben. Nichtsdestotrotz zeigt die Analyse der langjährigen Erhebung, dass die Zustimmung seit der ersten Erhebung 1983 kontinuierlich abnahm. Hielten 1983 noch 87% der Bevölkerung das Militär für notwendig, so sahen um die Jahrtausendwende nur noch jeweils rund 70% die Armee als Notwendigkeit an.

Der stete Rückgang der Armeebefürwortung in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wird mit dem Wertewandel und mit der Wahrnehmung einer abnehmenden militärischen Bedrohung in Verbindung gebracht. Nach einem Tiefpunkt im Jahre 1991 (61%) machte sich eine gewisse Entkrampfung im Verhältnis zur Armee bemerkbar. Ende der neunziger Jahre lag die durchschnittliche Akzeptanzrate wieder bei rund 70%.

Die 73-prozentige, schwach signifikant angestiegene Zustimmung im August 1999 ist mit einer stärkeren Akzeptanz der Sicherheitspolitik zu erklären, die im Gefolge des Kosovo-Krieges auch in anderen Datenbeständen festgestellt werden konnte (vgl. Haltiner et al. 1999). Im Nachgang zu 9/11 nahm man in der Schweiz die weltpolitische Lage wiederum als in Zukunft düsterer wahr. Diese Neubewertung der sicherheitspolitischen Lage schlug sich aber nicht in einer höheren Zustim-

mung zur Notwendigkeit der Armee nieder. Terrorbekämpfung wurde zu diesem Zeitpunkt womöglich noch nicht als Armeeaufgabe wahrgenommen.

Abbildung 10.1 Notwendigkeit der Schweizer Armee («sehr» und «eher notwendig» in Prozent)



2004 sank die Armeeakzeptanzrate auf 59% ab. Eine mögliche Erklärung für diesen «Taucher» wurde in den übertriebenen Erwartungen an die Armee reform einerseits und den Schlagzeilen über Pannen insbesondere in der Personalplanung im ersten Quartal 2004 andererseits gesehen. Dieser mögliche Enttäuschungseffekt in Zusammenhang mit der Armee XXI legte sich 2005 aber bereits wieder. 2006 stieg die Akzeptanzrate signifikant an. Die rasche und effiziente Hilfe der Schweizer Armee bei den Unwetterkatastrophen im August 2005 könnte zu diesem hochsignifikanten Anstieg der Akzeptanz beigetragen haben.

Ähnlich wie 2004 erleben wir aktuell eine im Vergleich zum Vorjahr signifikant tiefere Armeelegitimationsrate. Gleichzeitig lässt sich auch eine deutlich entspanntere Wahrnehmung der weltpolitischen Lage konstatieren. Dazu kommt, dass die Wahrnehmung der Terrorbedrohung in der Bevölkerung etwas nachgelassen hat. Aber auch die gestiegene Skepsis gegenüber militärischen Auslandseinsätzen könnte hier ihren Niederschlag gefunden haben. Weitere mögliche Gründe für dieses erneu-

te Absinken könnten ferner aktuelle militärpolitische Ereignisse in der Schweiz sein. Vermutlich steht die Debatte um den Entwicklungsschritt 2008/2011 – im Nachgang zur Ablehnung durch den Nationalrat in der Herbstsession 2006 – die in den Wintermonaten intensiv geführt wurde, im Zusammenhang mit dieser kritischeren Einschätzung der Armee. Zudem zeigt die langjährige Datenanalyse: In Jahren, in denen die allgemeine Zukunftszuversicht der Befragten steigt, werden traditionale Werte weniger stark befürwortet. Dies könnte auch auf die Armee als einem «traditionalen» Wert zutreffen.

Die Akzeptanzrate der 20–29-Jährigen verläuft weiterhin – wie im langjährigen Trend – deutlich unter dem Mittel der Gesamtpopulation (42%; siehe Abbildung 10.1). Unter den politisch links Eingestellten halten nur noch 26% die Armee für «sehr» oder «cher» notwendig.

10.1.1 Wahrnehmung der Weltlage und Einschätzung der Notwendigkeit der Armee

Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung der Weltlage und der Befürwortung der Armee (siehe Abbildung 10.2)? Eine probit-Regressionsanalyse¹ ergibt, dass im Zeitraum zwischen 1995 bis 2007 jene Befragten, welche die Zukunft der weltpolitischen Lage düster einschätzen, signifikant häufiger die Notwendigkeit der Armee befürworten als jene, welche sie als gleichbleibend beurteilen. Die Wahrnehmung der nationalen Lage hat hingegen keinen Einfluss auf die Beurteilung der Notwendigkeit der Armee.

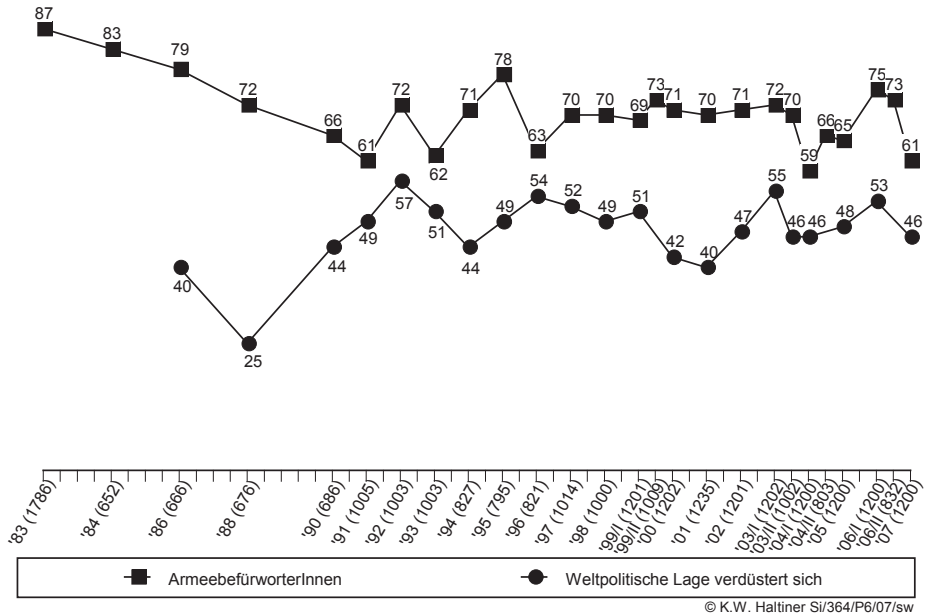
Ob jemand die Armee für notwendig oder nicht notwendig hält, lässt sich indessen viel besser durch die politische Einstellung, das Alter, die Geburtskohorte, die Einstellung zur Neutralität und zur Öffnung oder Autonomie der Schweiz vorhersagen. Auch das Geschlecht, die regionale Herkunft und der Bildungsgrad erklären den Zustimmungsgrad zur Notwendigkeit der Armee, allerdings in weit schwächerem Masse.

Politisch links Eingestellte halten die Armee nicht für notwendig, politisch rechts Eingestellte und jene der politischen Mitte hingegen schon. Mit zunehmendem Alter steigt die Zustimmung zur Armeenotwendigkeit. Die 18–39-Jährigen unterscheiden sich nicht signifikant, danach kann von einem ausschlaggebenden Unterschied gesprochen werden, d.h. die ganz Jungen unterscheiden sich signifikant von den über 39-Jährigen. Befragte, die um 1900 bis 1949 geboren wurden, sind in dieser Frage deutlich anders eingestellt als Befragte, die nach 1949 auf die Welt gekommen

1 Zur probit-Regressionsanalyse vgl. Anhang I, Abschnitt VII.

sind. Je nach dem, wie die Befragten zur Neutralität stehen, schätzen sie auch die Notwendigkeit der Armee anders ein. «Neutralitätskritiker» halten diese für weit weniger gegeben als «Neutralitätstraditionalisten». Mit dem Grad an Befürwortung zu politischer und wirtschaftlicher Öffnung der Schweiz nimmt auch die Haltung ab, die Armee sei notwendig. Sie bleibt aber mehrheitlich positiv.²

Abbildung 10.2 Notwendigkeit der Schweizer Armee und Einschätzung der Zukunft der weltpolitischen Lage («sehr» und «eher notwendig» bzw. «eher düsterer und gespannter» in Prozent)



Breite Zustimmung für die Bundeswehr

Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr (SoWi) erhebt seit 1996 Daten zur Einstellung der Deutschen zu «zentralen sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen». Dabei werden Aspekte der Wahrnehmung und der Akzeptanz der Bundeswehr in der deutschen Bevölkerung, Auffassungen zur Höhe der Verteidigungsausgaben und die Einstellung zu Auslandseinsätzen ebenso erhoben wie die Frage nach dem allgemeinen Interesse der Bürger für Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Vergleicht man die Ergebnisse der deutschen Studie von 2006 mit denen der Studie «Sicherheit», so treten in den Einstellungen und Wahrnehmungen der

2 Dank geht an Patrick Arni für die Berechnung der probit-Regressionen.

Bevölkerungen in der Schweiz und Deutschland einige Gemeinsamkeiten, aber auch einige Unterschiede auf. Grundsätzlich ist vorwegzuschicken, dass ein direkter Vergleich der Zahlen vorsichtig angegangen werden muss. Die deutsche Erhebung arbeitet mit anderen Methoden, Fragestellungen und Auswertungen.

Die Bedrohungswahrnehmung in den Ländern Deutschland und Schweiz differieren leicht, weisen aber grundsätzlich in dieselbe Richtung. In beiden Ländern erhalten persönliche Aspekte wie die Sicherheit des Arbeitsplatzes oder der Schutz vor sozialem Abstieg Vorrang vor allgemeineren Fragen wie etwa dem Schutz der Umwelt. Die Bedrohung durch den Terrorismus wird in beiden Ländern erst nachrangig gegenüber diesen Aspekten genannt. Jedoch fühlen sich 58% der Deutschen durch Terroranschläge im eigenen Land bedroht (Schweiz: 42%).

In der Frage nach der grundsätzlichen Akzeptanz der Armee spricht die deutsche Bevölkerung ihrer Bundeswehr seit zehn Jahren auf konstant hohem Niveau das Vertrauen aus. 2006 antworteten 82% der Befragten auf die Frage nach der ihrer «generellen Einstellung zur Bundeswehr», diese sei «sehr positiv», «positiv» oder «eher positiv». Der direkte Vergleich zur Schweizer Armee ist aufgrund der unterschiedlichen Fragestellung in den verschiedenen Erhebungen schwierig. Ein Anhaltspunkt gibt die Wahrnehmung der Armeenotwendigkeit. Hier halten dieses Jahr nur 61%, 12% weniger als im Vorjahr, der SchweizerInnen ihre Armee für «eher notwendig» oder «unbedingt notwendig».

Analog zur Studie «Sicherheit» misst auch das SoWi mit einer Fragenbatterie das Vertrauen der BürgerInnen in ihre Behörden. Während die Schweizer Armee ihren letztjährigen zweiten Platz (gemeinsam mit dem Vertrauen in die Gerichte) nach der Polizei in diesem Jahr nicht halten kann und nun auf dem vierten Platz nach Polizei, Justiz und Schweizer Wirtschaft rangiert, so steht die Bundeswehr auf dem zweiten Platz, dies nach der Polizei und gefolgt vom Bundeskriminalamt, den öffentlichen Schulen und der Evangelischen Kirche. Ähnlich wie in der Schweiz lässt auch in Deutschland das Vertrauen der BürgerInnen in die politischen Parteien zu wünschen übrig. In der deutschen Studie landen sie auf dem letzten von 14 Plätzen.

Auch die Wehrpflicht genießt der SoWi Studie zufolge in Deutschland, trotz der deutlich geringeren Wehrgerechtigkeit, einen wesentlich höheren Rückhalt als in der Schweiz. 59% der Deutschen möchten die Wehrpflicht beibehalten während sich nur 23% für ihre Aufhebung aussprechen (Schweiz: 48% finden, die «Schweiz solle die Wehrpflicht aufheben und Militärdienst freiwillig machen»).

Die Höhe der Verteidigungsausgaben wird in Deutschland mehrheitlich als gerade richtig oder sogar als zu niedrig empfunden. Im langfristigen Trend bewegt sich seit 1997 die Zahl derer, die meinen, die Ausgaben sollten gleich bleiben, immer

um die 50% Marke (2006: 53%). 29% der BürgerInnen in Deutschland sind der Ansicht, man solle die Ausgaben erhöhen (2005: 32%) und nur 18% waren 2006 der Meinung, die Ausgaben seien zu hoch und müssten gesenkt werden. (Schweiz 2007: 49% zu hohe Ausgaben, 39% gerade richtig, 7% zu niedrige Ausgaben).

Ein wichtiger Punkt ist die Zustimmung der deutschen BürgerInnen für Einsätze im In- und Ausland. 72% der Deutschen halten die Leistungen der Bundeswehr bei der Bewältigung von Einsätzen im Ausland für «sehr positiv» und «eher positiv» bei den Einsätzen im Inland sind dies sogar 85%.

Projektleiter Studie «Einstellungen der Bundesbürger zu zentralen sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen»: Dr. Thomas Bulmahn, ThomasBulmahn@bundeswehr.org, www.sowi.bundeswehr.de

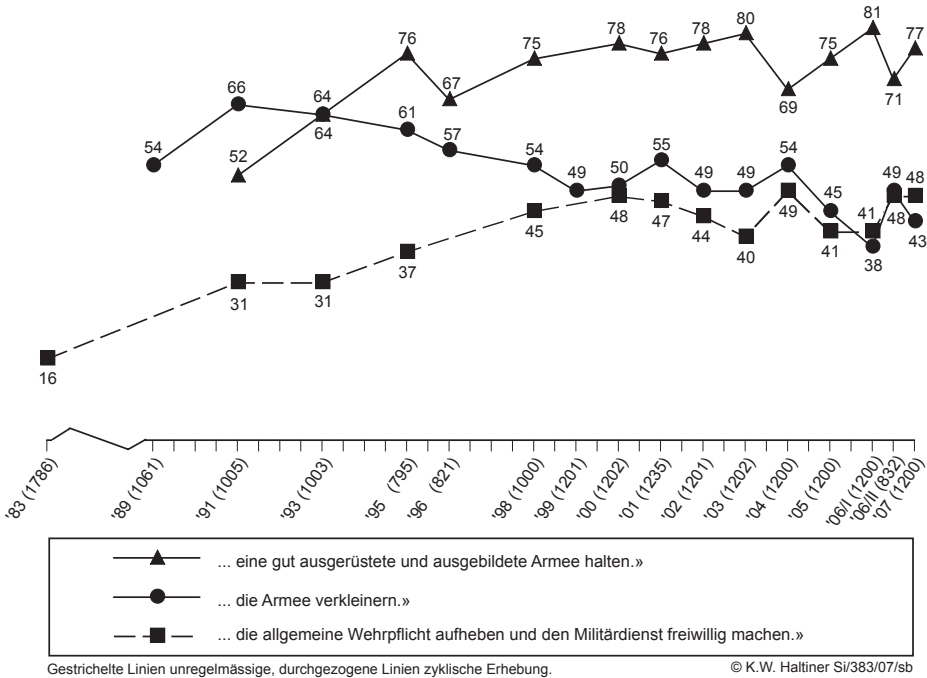
10.2 Armeeumfang

Blickt man auf 17 Jahre Erhebung zurück, so fällt folgendes auf: In Jahren, in denen die Armeeakzeptanz abnimmt, nehmen jeweils auch die BefürworterInnen einer Verkleinerung der Armee sowie die GegnerInnen einer gut ausgerüsteten und ausgebildeten Armee und die GegnerInnen der Wehrpflicht zu. 43% (+5%; siehe Abbildung 10.3) wünschen sich eine Verkleinerung der Armee, 77% (-4%) eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee. 48% (+7%) sind damit einverstanden, die Wehrpflicht aufzuheben und den Militärdienst freiwillig zu machen. Dass diese Kurven parallel verlaufen hängt damit zusammen, dass die Einstellung zur Notwendigkeit der Armee sehr hoch mit diesen drei Vorgaben korreliert.

Abbildung 10.3

Armeeumfang und Wehrstruktur («sehr» und «eher einverstanden») in Prozent

«Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Die Schweiz sollte...»



Deshalb ergeben sich auch, wie schon oben bei der Frage nach der Notwendigkeit der Armee, dieselben Unterschiede in der Einstellung je nach Alter, politischer Einstellung, nach Zuteilung zu den Clustern «Öffnung versus Autonomie» sowie den Neutralitätstypen. Mit einer Verkleinerung der Armee einverstanden erklären können sich die politisch links eingestellten StimmbürgerInnen, die 18–29-Jährigen, die «Neutralitätskritiker» und die «harten Öffnungsbereiten».

10.3 Wehrstruktur: Miliz- versus Berufsarmee

Während die Notwendigkeit der Schweizer Armee unbestritten ist, trifft dies für die Wehrform nicht zu. In der Frage, wie die Armee sich personell rekrutieren soll, ist die befragte Bevölkerung seit Mitte der neunziger Jahre gespalten.

In unserer Erhebung wird seit 1976 die Einstellung zur Miliz- versus Berufsarmee erfragt (siehe Abbildung 10.4) und seit 1991 in unregelmässigen Abständen die Einstellung zur Freiwilligkeit des Militärdienstes (siehe Abbildung 10.2). Wer die Beibehaltung der Armee gutheisst, aber auf die Wehrpflicht verzichten möchte, befürwortet eher eine Berufsarmee. Wer in der Milizarmee auch für die Zukunft das adäquate Mittel der Landesverteidigung sieht, steht im Allgemeinen auch hinter der allgemeinen Wehrpflicht. Der Zusammenhang ist signifikant und erheblich ($CC=0.37$).

Die in den neunziger Jahren einsetzende, wachsende Zustimmung für eine Berufsarmee hält in der Schweizer Bevölkerung an (siehe Abbildung 10.3). 47% (+1%) der Befragten sind 2007 der Meinung, dass eine Berufsarmee in Zukunft unsere Landesverteidigung besser sicherstellen könne als eine Milizarmee. Letztere wird nur noch von 44% (-7%) der Befragten favorisiert. Abgesehen vom Stimmungsbild im Februar 2006 erweist sich die Einstellung bezüglich der Wehrform in den letzten drei Jahren als zeitstabil.

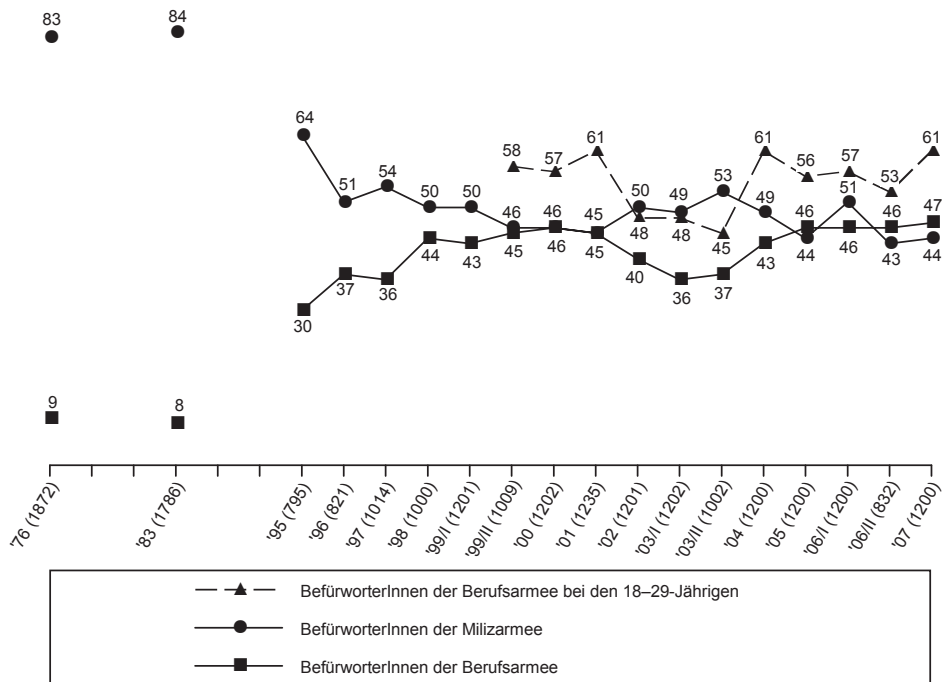
Es ist vor allem eine Mehrheit der militärtragenden Alterskohorte der 18–29-Jährigen, die sich eine Abkehr von der Miliz wünscht (61%, +4%). Es ist offenbar vor allem diese Alterskategorie, die immer weniger Sinn in der allgemeinen Wehrpflicht sieht. Befragte ab einem Alter von 50 Jahren ziehen hingegen die Miliz- der Berufsarmee nach wie vor vor ($CC=0.22$).

Die Varianz in der Einstellung zur Akzeptanz und zum Ausbau der Armee lässt sich hauptsächlich durch die politische Einstellung erklären, für die Frage nach der Wehrform trifft dies weniger zu. Zwar unterscheiden sich die politisch Linken von den politisch Rechten insofern, als erstere ihr Wort einer Berufsarmee und letztere der Milizarmee geben. Der Korrelationskoeffizient ($CC=0.1$) muss aber als gering bezeichnet werden. Wie in den Jahren zuvor sympathisieren die WestschweizerInnen klar mit einer Berufsarmee (62%), die in der Deutschschweiz wohnhaften BürgerInnen hingegen eher mit einer Milizarmee (52%).

Abbildung 10.4

Milizarmee versus Berufsarmee (Angaben in Prozent)

«Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?»



© K.W. Haltiner Si/381/07/sb

Bevorzugt wird eine Berufsarmee vor allem von jenen, die eine Verkleinerung der Armee fordern (CC=0.30) und die Armee nicht für notwendig halten (CC=0.28), den Aufbau einer europäischen Armee unterstützen (CC=0.19) oder sich für die Entsendung von Schweizer Uno-Friedenstruppen aussprechen (CC=0.17). Ferner jene, die dem Neutralitätstyp der «Kritiker» und «Pragmatiker» zugeordnet werden können (CC=0.21) sowie die «harten Öffnungsbereiten» (CC=0.16). Die Einstellung zum Verhältnis «Freiheit versus Sicherheit» durch den Staat, die Wahrnehmung der Sicherheit und der nationalen wie internationalen zukünftigen Entwicklung sowie die Beurteilung der Verteidigungsausgaben hingegen korrelieren nicht mit der Wehrform.

Die schwindende Akzeptanz der Wehrpflicht und Milizarmee kann verschiedene Gründe haben: Einerseits nimmt durch die Verringerung des Armeebestandes

die Wehrgerechtigkeit ab. Die Legitimation der Streitkräfte und somit auch der Wehrpflicht ist einem grösseren Druck ausgesetzt. Aber auch die von der Armee vertretenen Werte wie Disziplin oder Autorität werden von der Gesellschaft in zunehmend geringerem Masse mitgetragen. Andererseits darf man vermuten, dass mit dem Wertewandel die gesellschaftliche Solidarität abgenommen hat; Solidarität im Sinne einer Pflichtleistung für die Gemeinschaft. Mit zunehmender Individualisierung verbreitet sich eine «Ja, aber ohne mich»-Haltung; Tendenzen zum «Trittbrett-Fahren» nehmen zu. Sicherheit, Verteidigung, Militär: Sie alle werden immer mehr als Dienstleistung verstanden und verlieren ihren Institutionen-Charakter.

Ausserdienstliche Arbeit als «Miliz-Boost», zivilberufliche Arbeit während des WK als Nettogewinn für die Wirtschaft

Eine reine Unterscheidung zwischen «Wehrpflichtarmee» und «Berufsarmee» simplifiziert in unzulässiger Weise. Bei der Wahl des richtigen Armeemodells stellt sich grundsätzlich die Frage nach der Rekrutierungsform. In Frage kommen Wehrpflicht oder Freiwilligkeit. Die zweite Frage ist die nach der Dienstleistungsform, also die Unterscheidung zwischen Miliz und stehendem Heer. Diese beiden Faktoren sind beliebig zu kombinieren, aber deutlich voneinander abzugrenzen.

Ein für die nüchterne Analyse der Vor- und Nachteile bedeutender Faktor ist der ausserdienstlich geleistete Zeitaufwand durch das Kader. Einerseits entstehen der Privatwirtschaft zusätzliche Kosten durch ausserdienstliche militärische Vorbereitungsarbeiten, die am zivilen Arbeitsplatz geleistet werden. Andererseits bezieht die Armee eine grosse Anzahl von Gratisleistungen, die von den Offizieren und Unteroffizieren freiwillig und unbesoldet in ihrer Freizeit erbracht werden. Dieser «Miliz-Boost» würde in einem stehenden Heer vermutlich entfallen.

Eine wissenschaftliche Arbeit an der Universität Bonn hat sich jetzt mit der Quantifizierung des ausserdienstlichen Zeitaufwandes von Milizoffizieren am Beispiel der Schweizer Armee beschäftigt. Die repräsentative Studie befragte über 200 Offiziere aus den Bataillonsstäben und dem Brigadestab der Infanterie Brigade 4. Bereits in der spektakulären Rücklaufquote von 72.7% liegt ein erstes Ergebnis der Studie: Das Thema ist offensichtlich für die angesprochenen Offiziere von hoher Relevanz.

Die Ergebnisse sind klar: Das Gros des beträchtlichen ausserdienstlichen Zeitaufwandes wird nicht am zivilen Arbeitsplatz geleistet (56% geben an, maximal fünf, und 24% maximal 20 Stunden pro Jahr am zivilen Arbeitsplatz für die Armee zu leisten), sondern in der Freizeit. (Hier geben 23% an, bis zu 40 Stunden und 43% bis zu 20 Stunden für den Dienst vorzubereiten.) Es handelt sich also quasi um ein

kostenloses Armee-Sponsoring, aber nicht wie befürchtet schwerpunktmässig durch die Wirtschaft, sondern freiwillig durch die Dienstleistenden und ihre Familien.

Hingegen ist das Gegenteil der Fall: Sehr viele Stabsoffiziere gaben an, während ihres WK zahlreiche Stunden mit Tätigkeiten zu Gunsten ihres zivilen Arbeitgebers zu verbringen. Nur 17% der Befragten gaben an, während des WK nie für ihren zivilen Arbeitgeber zu arbeiten. 33% gaben an, bis zu fünf Stunden pro WK zu arbeiten, 20% zwischen fünf und zehn Stunden und rund 30% der Befragten arbeiten pro WK sogar mehr als zehn Arbeitsstunden zugunsten ihres zivilen Berufes. Das ist pro WK deutlich mehr als die meisten im Verlauf eines ganzen Jahres während ihres zivilen Berufes für die Armee tun.

Als Ergebnis der Studie bleiben drei Hauptpunkte festzuhalten:

1. Die hoch motivierten Milizoffiziere in den Stäben leisten einen grossen unentgeltlichen zeitlichen und finanziellen Zusatzaufwand in ihrer Freizeit, um ihre militärische Funktion möglichst gut ausüben zu können.
2. Die versteckten Kosten für die Wirtschaft in Form von am zivilen Arbeitsplatz geleisteten militärischen Tätigkeiten sind zumindest, was die Stabsoffiziere angeht, sehr gering und belaufen sich nur auf wenige Minuten pro Tag. Diese werden insofern mehr als kompensiert, als dass die meisten Stabsoffiziere angeben, während ihres WK viele Stunden zu Gunsten ihrer zivilen Anstellung zu investieren.
3. Das Dienstleistungsmodell der Miliz ist unabhängig von der Frage nach der Wehrpflicht oder Freiwilligkeit das einzige Modell, das den oben beschriebenen vielversprechenden «Miliz-Boost» und den damit einhergehenden unmittelbaren Mehrwert für die Armee leisten kann.

Wenger, Urs (2007). Zeit, Raum, Auftrag. Zeitmanagement von Milizoffizieren am Beispiel der Schweizer Armee. Bonn.

In diesem Berichtsjahr wurde mit einer zusätzlichen Frage erfasst, ob in der Bevölkerung die «Ja, aber ohne mich»-Haltung zugenommen hat oder nicht.

Die Mehrheit der Befragten teilt den Gedanken, dass die nationale Verteidigung eigentlich jedermanns Sache sei. Beinahe sieben von zehn SchweizerInnen finden, dass die Landesverteidigung eine nationale Aufgabe sei, die alle angehe (66%; siehe Abbildung 10.5). Eine «Ja, aber ohne mich»-Haltung wird von 30% der Befragten eingenommen. Das Meinungsbild sah 1995 und 1998 sehr ähnlich aus. 1989 und 1991 hingegen war der Anteil derjenigen, die in Bezug auf diese Frage keine klare Auffassung vertraten, besonders gross.

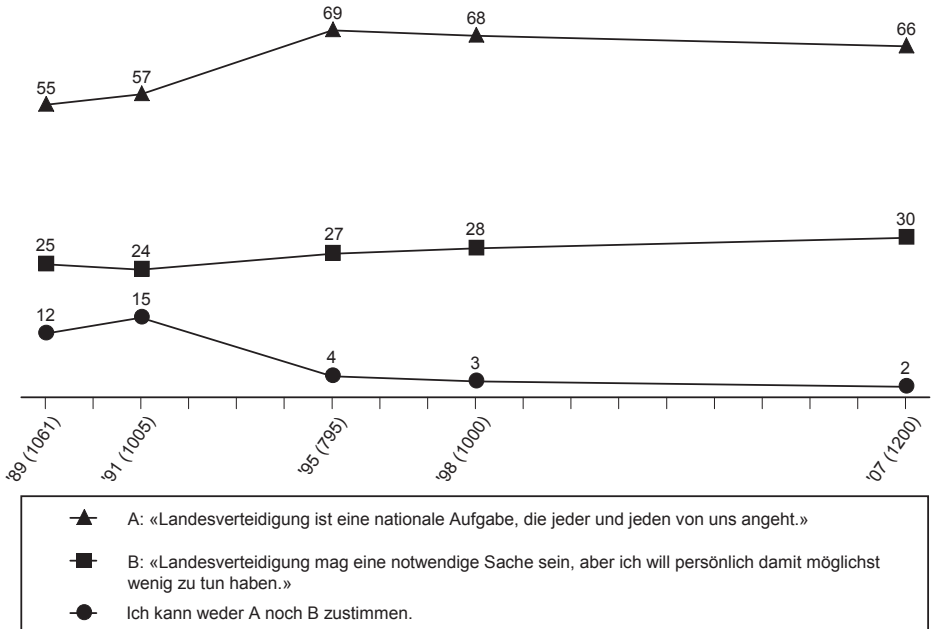
Abbildung 10.5

«Ja, aber ohne mich» (Angaben in Prozent)

«Zwei Personen diskutieren: Welcher stimmen Sie völlig oder eher zu?

A sagt: Landesverteidigung ist eine nationale Aufgabe, die jede und jeden von uns angeht.

B sagt: Landesverteidigung mag eine notwendige Sache sein, aber ich will persönlich damit möglichst wenig zu tun haben.»



© K.W. Haltiner Si/1028/07/sb

Wenig erstaunlich favorisieren diejenigen, die mit der Aussage A einverstanden sind, die Milizarmee häufiger (51%) als diejenigen, die B zustimmen (33%). Ausschlaggebend scheint aber vor allem die Einstellung zum Militär allgemein zu sein: Es sind insbesondere die ArmeebefürworterInnen, welche Verteidigung als eine gemeinschaftliche Pflicht verstehen (82%, $CC=0.36$); unter den ArmeegegnerInnen sind dies nur 45%. Insofern muss die Haltung, welche die Person B einnimmt, eher als «Nein, und ohne mich» verstanden werden. Des Weiteren variiert die Meinung mit dem Alter und der politischen Einstellung ($CC=0.19$ bzw. $CC=0.25$): Je jünger man ist und je mehr links man sich auf der politischen Skala von 1 bis 10 platziert, desto seltener stimmt man mit der Auffassung überein, dass «Landesverteidigung eine nationale Aufgabe sei, die jede und jeden von uns angeht».

10.4 Einbettung der Armee in die Gesellschaft: Sympathieleistungen für die Armee, Bedeutung der Miliz

Wie steht es um die gesellschaftliche Wichtigkeit der Armee? Dieses Jahr wurden einige Fragen dazu aus einer Erhebung von 1983 erneut gestellt.

Die Bereitschaft zu Unterstützungsleistungen ist im Vergleich zu vor über 20 Jahren unverändert hoch: 79% (+4%; siehe Abbildung 10.6) der Befragten würden der Errichtung von Übungsplätzen für die Armee in der Nähe des eigenen Wohnortes zustimmen. Selbst bei Lärmbelastung werden Übungsplätze im besiedelten Raum geduldet (62%, -2%).

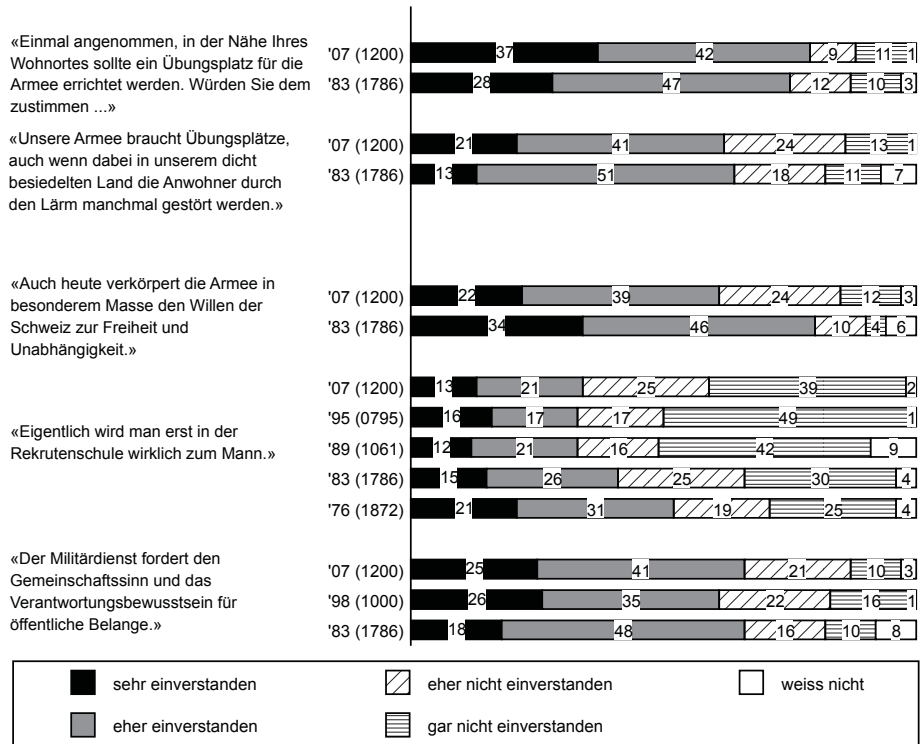
Auch wird der Milizarmee häufig attestiert, sie fördere die Solidaritätswerte in der Schweiz. Die Meinung, dass «der Militärdienst den Gemeinschaftssinn und das Verantwortungsbewusstsein für öffentliche Belange fördere», wird von einer Mehrheit der SchweizerInnen vertreten: 66%, gleichviele wie 1983, sind mit dieser Aussage «sehr» oder «eher» einverstanden.

Signifikant an Gültigkeit verloren hat hingegen die Auffassung, die «Armee verkörpere auch heute in besonderem Masse den Willen der Schweiz zur Freiheit und Unabhängigkeit» (61%, -19%). Die Armee wird heute deutlich weniger mit der nationalen Unabhängigkeit verknüpft. Als Symbol für die Souveränität hat sie an Wert eingebüsst. Auch die einst vielfach zitierte Mannwerdung durch den Militärdienst findet heute nur noch bei einer Minderheit Billigung. 1976 wurde dies noch von 52% der Befragten so wahrgenommen, seit 1989 teilt nur noch jeder Dritte diese Wahrnehmung.

Die Zustimmung zu diesen Aussagen variiert stark mit dem Alter und mit der politischen Selbsteinstufung. SchweizerInnen rechts der politischen Mitte und ältere Befragte bewerten den gesellschaftlichen Stellenwert der Armee höchst signifikant und deutlich höher als jene der politischen Mitte und Linken sowie Befragte unter 60 Jahren.

Abbildung 10.6
Gesellschaftlicher Stellenwert der Armee

«Man kann verschiedene Meinungen zum Militär haben. Hier sind einige Behauptungen. Sagen Sie mir bitte zu jeder, wie sehr Sie mit ihr einverstanden bzw. nicht einverstanden sind»



© K.W. Haltiner SI/1029/07/sb

Fazit: Die Akzeptanzrate der Armeenotwendigkeit hat innert Jahresfrist signifikant abgenommen. Auch die Wehrpflicht gerät zunehmend unter Druck: Wie bereits 2005 liegt der Anteil der Berufsarmee-BefürworterInnen knapp über demjenigen der Milizarmee-AnhängerInnen. Beinahe jede(r) zweite Stimmberechtigte will die Wehrpflicht aufheben, obwohl zwei Drittel der Auffassung sind, dass die nationale Verteidigung eine Aufgabe jedermanns sei. Auch hat sich die «Ja, aber ohne mich»-Haltung in den letzten 18 Jahren nicht drastisch verbreitet. Die Bereitschaft für Unterstützungsleistungen ist, zumindest deklamatorisch, unverändert gegeben. Auch der edukative Mehrwert der Armee wird – wenn auch deutlich weniger als früher – weiterhin geschätzt. Diese auf den ersten Blick widersprüchliche Haltung könnte ein Indiz dafür sein, dass man zwar nicht mehr an die Notwendigkeit einer Wehrpflicht glaubt, die Tradition der Miliz jedoch nach wie vor wertschätzt.

11 Allgemeine Dienstpflicht als Alternative zur heutigen Wehrpflicht

Die Massenheere, rekrutiert durch eine allgemeine Wehrpflicht, scheinen in Europa der Vergangenheit anzugehören. Zwar wird die Wehrpflicht im Zuge der umfangreichen Verkleinerung der Streitkräfte vielerorts nicht abgeschafft, wohl aber ausgesetzt (vgl. Szvircsev Tresch 2005). Die Absenkung der Bestände aufgrund eines gesunkenen militärischen Personalbedarfs unterhöhlt die Wehrgerechtigkeit, so dass die diesbezügliche politische Diskussion in einigen Staaten zum bestimmenden Motiv für die Aussetzung der allgemeinen Männerdienstpflicht wurde.

In Deutschland, Österreich und der Schweiz gehen bei einigen politischen Parteien und Gruppierungen die Bestrebungen in eine andere Richtung, nämlich dahin, die Wehrgerechtigkeit durch eine Ausdehnung der heute auf den militärischen Dienst beschränkten Verpflichtungen auf eine allgemeine Dienstpflicht auszudehnen. Junge Männer könnten dann – unter Beibehaltung des Armeepriamats – zwischen Militär-, Zivil- oder Sozialdienst wählen.

Die Idee ist in der Schweiz nicht neu. Bereits nach dem Zweiten Weltkrieg gab es hierzulande Bestrebungen, die Wehrpflicht in eine Dienstpflicht auch auf bisher nicht militärdienstpflichtige Bevölkerungsteile auszuweiten. Allerdings unterscheidet sich die damalige Debatte von der heutigen bezüglich der Absichten. Wollte man damals aufgrund der Erfahrungen während des Zweiten Weltkrieges das Potential an maximaler Verteidigung möglichst ausschöpfen, zielen die aktuellen Vorstösse in erster Linie darauf hin, die Wehrpflicht und das Milizsystem zu erhalten.¹

Seit drei Jahren wird im Rahmen dieser Studie die Einstellung der BürgerInnen zur allgemeinen Dienstpflicht erhoben.

86% (+1%; siehe Tabelle 11.1) der befragten SchweizerInnen finden die Idee der allgemeinen Dienstpflicht für Männer «sehr» oder «eher» gut. Der bereits im Vorjahr konstatierte hohe Konsensgrad für die Idee der Ausweitung der Männerwehrpflicht in eine Männerdienstpflicht bestätigt sich somit auch 2007.

2005 wurde zum ersten Mal in dieser Erhebungsreihe nach der Zustimmung zu einer allgemeinen Dienstpflicht gefragt, allerdings mit einer leicht veränderten Frageformulierung, welche den Aspekt der freiwilligen Wahl zwischen Militärdienst, Sozial- und Zivildienst weniger unterstrich. Die Zustimmung fiel

1 2007 befasst sich die MILAK-Frühjahrestagung mit dieser Thematik. Siehe auch: Karl W. Haltiner: «Allgemeine Dienst- statt Wehrpflicht – Aktuelle Idee oder Schnee von gestern?» In der Beilage zur ASMZ 7/8/2007 «Allgemeine Dienstpflicht. Leitbild oder Schnee von gestern?».

zwar signifikant tiefer aus, aber mit 74% war sie auch mit veränderter Frageformulierung hoch mehrheitlich.

Tabelle 11.1

Meinung zum Vorschlag, die obligatorische Militärdienstpflicht in eine allgemeine obligatorische Dienstpflicht umzuwandeln (Zustimmung «sehr» und «eher» einverstanden für 2005 / «sehr» und «eher» gut für 2006 und 2007 in Prozent)

Total	Geschlecht		politische Einstellung			Notwendigkeit Armee		Multi-funktionale Armee		Kooperationstypologie			
	Mann	Frau	links	Mitte	rechts	Ja	Nein	Ja	Nein	hÖ	wÖ	Aut	
2005*	74	71	77	74	77	69	75	74	–	–	79	79	69
2006**	85	81	90	94	87	68	82	94	87	81	92	86	78
2007**	86	83	90	95	88	78	83	92	89	82	91	88	79

*Fragestellung 2005: Die Schweiz sollte die heutige Wehrpflicht in eine obligatorische Dienstpflicht für Männer umwandeln, wobei ein Teil der Männer Militärdienst zu leisten hätte, der andere Teil Sozialdienst oder Zivildienst zu leisten hätte.

**Fragestellung 2006: In letzter Zeit wird die Idee diskutiert, die obligatorische Militärdienstpflicht in eine allgemeine obligatorische Dienstpflicht umzuwandeln. Bei dieser müssen die jungen Männer zwischen Militärdienst, Zivildienst oder Sozialdienst wählen. Was halten Sie von dieser Idee?

K.W. Haltiner 882/07/sw

Soziologen gehen davon aus, dass Schichtungsvariablen wie Alter, Geschlecht, Bildung und regionale Herkunft für die Meinungsbildung immer weniger relevant, Normen und Wertmuster hingegen immer bedeutender werden. Es erstaunt deshalb wenig, dass die Zustimmung zur allgemeinen Dienstpflicht nicht mit dem Alter, der regionalen Herkunft oder dem Bildungsgrad variiert. Hingegen scheinen neben der Geschlechtszugehörigkeit die politische Selbsteinstufung, die Einstellung und Erwartungshaltung an Armee und Sicherheitspolitik eine Rolle zu spielen. Frauen (90%), politisch links Orientierte (95%), solche, die die Armee nicht für notwendig halten (92%), Sympathisanten einer Berufsarmee (91%), BefürworterInnen einer multifunktionalen Armee (89%) und «harte Öffnungsbereite» (91%) stimmen der Transformation der Wehrpflicht in eine Dienstpflicht über dem Schnitt häufig zu.

Die Wehrpflicht wie auch die allgemeine Dienstpflicht tangieren in hohem Masse das Verhältnis des Bürgers zu seinem Staat. Man nimmt an, dass im Zuge zunehmender Individualisierung Leistungen für die Gemeinschaft – und als solche können Wehr- oder Dienstpflicht bezeichnet werden – an Unterstützung verlieren, während die «Ja, aber ohne mich»-Haltung zunimmt. Anhand dreier Variablen

wurde dieses Jahr das Verhältnis des Bürgers zum Staat und zur Politik erfasst (vgl. Kapitel 9). Die allgemeine Dienstpflicht wird unabhängig davon, wie man zur Reglementierung des Staates, zur Bewertung «Freiheit versus Sicherheit» steht, befürwortet. Wer sehr freiheitsliebend ist und sich an der Überreglementierung und Einmischung des Staates stört, akzeptiert dennoch in gleich hoher Masse die Idee der allgemeinen Dienstpflicht wie jene, die Sicherheit vor Freiheit stellen und sich durch die staatliche Einmischung nicht gestört fühlen. Wer bezüglich dem Militärdienst eher eine «Ja, aber ohne mich»-Auffassung vertritt, kann sich für eine allgemeine Dienstpflicht eher erwärmen als jene, welche den Militärdienst als eine gemeinschaftliche Aufgabe betrachten (92% bzw. 85%). Dies könnte daran liegen, dass hauptsächlich Armeegegner erstere Haltung einnehmen, einer Ableistung eines Sozialdienstes hingegen nicht abgeneigt sind. Dieser Befund könnte dahingehend gedeutet werden, dass in der Schweiz – einem Land mit republikanischer politischer Kultur und Tradition – nach wie vor ein Grossteil der Bevölkerung die Verpflichtung des Bürgers durch den Staat, den Dienst an der Gemeinschaft, zwar nicht vorbehaltlos und freudig befürwortet, sie aber zu einem grossen Teil als notwendig akzeptiert oder gar nicht hinterfragt.

Fazit: Obwohl die AnhängerInnen einer Berufsarmee in der Schweiz tendenziell zunehmen, findet eine allgemeine Männerdienstpflicht bei den StimmbürgerInnen eine klare und beachtlich hohe Zustimmung. Diese auf den ersten Blick widersprüchliche öffentliche Meinung dürfte Ausdruck dafür sein, dass man zwar wahrnimmt, dass der Personalbedarf der Armee schwindet, man den Dienst an der Gemeinschaft aber nicht ersatzlos streichen möchte.

12 Verteidigungsausgaben

Die SchweizerInnen sind gegenüber den Verteidigungsausgaben kritisch eingestellt, aber ihre Kritik sinkt. Dies entspricht auch dem Stellenwert, welcher die militärische Sicherheit im Vergleich zu anderen Sicherheitsaspekten einnimmt (vgl. Abschnitt 4.4). 49% (+2%; siehe Abbildung 12.1) der Befragten finden, die Schweiz gebe «zu viel» oder «viel zu viel» Geld für die Verteidigung aus. Seit 1992 nimmt diese kritische Haltung allerdings in der Bevölkerung, zuerst 1992 abrupt und seit dann leicht aber kontinuierlich, ab. 1991 kann als das Jahr eines Trendbruches bezeichnet werden. Damals hielten 70% der Befragten die Ausgaben für viel zu hoch. Davor hatte der Prozentsatz derjenigen, die das Budget für zu hoch hielten, stetig zugenommen.

Seit 1992 steigt unter den Befragten die Auffassung kontinuierlich, das Verteidigungsbudget sei «gerade richtig» bemessen. Dies gilt – allerdings auf einem weit tieferen Niveau – auch für die Haltung, es werde «zu wenig» oder «viel zu wenig» Geld für die Verteidigung aufgewendet. 2007 teilen 7% (-1%) diese Meinung; 39% (-4%) befinden die Ausgaben für angemessen.

Frauen, Personen aus der französischsprachigen Schweiz und ältere Befragte fordern signifikant häufiger einen Ausgabenabbau als Männer, Befragte aus der italienischen oder deutschen Schweiz sowie jüngere SchweizerInnen. Am stärksten variiert aber die Beurteilung des Verteidigungsbudgets mit der Einstellung zur Notwendigkeit der Armee ($\gamma=0.76$) und der politischen Selbstpositionierung ($CC=0.27$). 75% der politisch links Orientierten und 83% der ArmeegegnerInnen sind für einen Abbau der Ausgaben, während unter den ArmeebefürworterInnen nur 28% dieser Auffassung sind. Von den Befragten, die sich als politisch rechts bezeichnen, fordern nur 33% Einsparungen.

Je nach dem wie die Zukunft der Nation wahrgenommen wird, fällt auch die Beurteilung des Armeebudgets aus: Je besorgter man sich bezüglich der Schweiz gibt, desto eher ist man geneigt, die Ausgaben für zu hoch oder zu gering zu halten ($CC=0.17$). Die Zuversichtlichen halten die Ausgaben überdurchschnittlich häufig für adäquat. Für die Wahrnehmung der internationalen Lage lässt sich kein solcher Zusammenhang feststellen.

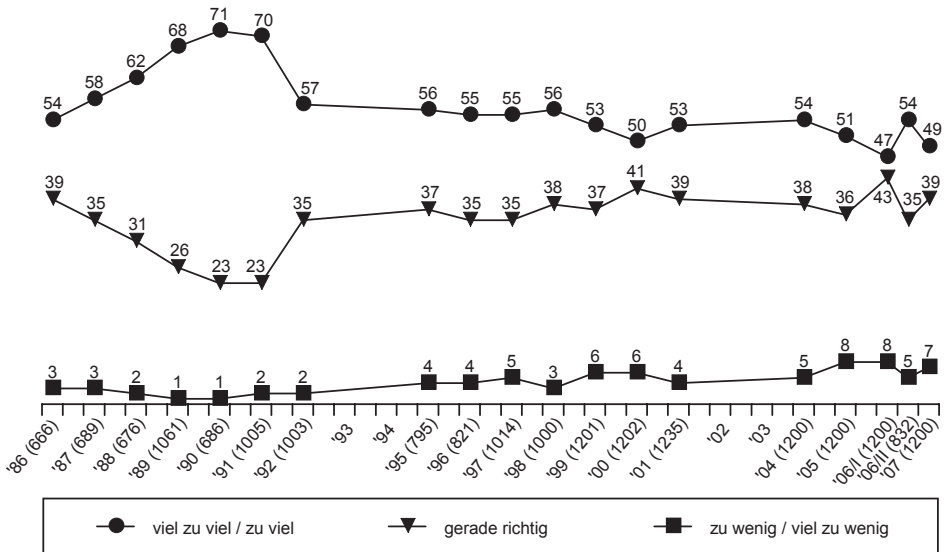
In einer Zwischenumfrage Ende Oktober 2006 zeigte sich die Bevölkerung in der Frage der Verteidigungsausgaben skeptischer als gut drei Monate später: 54% – also rund 5% mehr als im Februar 2007 – befanden, die Ausgaben seien zu hoch. Einen Monat vor der Zwischenumfrage wurde im Parlament die Debatte

um das Rüstungsbudget geführt. Es ist zu vermuten, dass diese auf die Meinungs-
 äusserung der Bevölkerung einen Einfluss gehabt haben könnte.

Abbildung 12.1

Allgemeine Einstellung zu den Verteidigungsausgaben (Angaben in Prozent)

«Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel
 zu wenig Geld für die Verteidigung aus?»



K.W.Haltiner Si/380/07/sb

Stadt/Umland- und Stadt/Land-Gräben in der Sicherheitspolitik

1960 lebte etwas mehr als die Hälfte der Schweizer Bevölkerung in städtischen Räumen. Dieser Anteil hat seither laufend zugenommen und betrug anlässlich der letzten Volkszählung 73%.

Zu den städtischen Gebieten zählt das Bundesamt für Statistik (BFS) Agglomerationen sowie Gemeinden mit mindestens 10'000 Einwohnern, die zu keiner Agglomeration gehören (sog. Einzelstädte; Schuler et al. 2005: 148f.). Agglomerationen sind zusammenhängende Gebiete mehrerer Gemeinden mit insgesamt wenigstens 20'000 Einwohnern und einer Kernzone.

Agglomerationen zeichnen sich durch ihre raumstrukturelle Differenzierung aus. Kübler (2006: 270f.) unterscheidet zwischen Kernstädten, der suburbanen Zone und der periurbanen Zone.

1. In den Kernstädten dominieren die Bevölkerungsgruppen der weniger Begüterten (A-Städte)¹ sowie der einkommensstarken neuen Städter, welche einen individualistisch-hedonistischen Lebensstil pflegen («Bobos»)².

2. In den suburbanen Gebieten setzt sich die Bevölkerung weitgehend aus ausländischen Arbeitern und alteingesessenen Einwohnern zusammen. Alte Dorfkerne sind eingekreist von Wohnblocks, Industriezonen und Einkaufszentren.

3. Die periurbane Zone ist sodann geprägt durch Einfamilienhäuser im Grünen und einer mehrheitlich wohlhabenden Bevölkerung.

4. Eine besondere Kategorie stellen schliesslich die reichen Gemeinden dar, welche über ein deutlich über dem Durchschnitt liegendes Pro-Kopf-Einkommen verfügen. Davon abgesehen kommen diese Gemeinden den periurbanen Gemeinden am nächsten.

Es ist zu vermuten, dass sich auch bezüglich Haltungen zur Sicherheit und zur Sicherheitspolitik das hier beschriebene raumstrukturelle Differenzierungsmuster finden lässt. Im Folgenden soll dieser Hypothese nachgegangen werden. Für die Analyse wurden die Erhebungsjahre 1991 und 2000 ausgewählt, da diese jeweils dem Termin der Volkszählungen 1990 und 2000 – worauf die Zuordnung der fünf Zonen beruht – zeitlich am nächsten kommen.

Die beschriebene sozioökonomische Entmischung zeigt sich denn auch in Einstellungen zur Sicherheit und zur Sicherheitspolitik. So gaben im Jahr 1991 Personen im Agglomerationsgürtel häufiger an, dass sie sich – allgemein gesprochen – «eher» oder sogar «sehr sicher» (76%) fühlten als Personen in Kernstädten (64%). Für das Jahr 2000 kann allerdings kein signifikanter Unterschied mehr festgestellt werden. Bemerkenswert ist die Haltung zum Uno-Beitritt. Am grössten war hier die Zustimmung in den suburbanen und den reichen Gemeinden sowie in den Kernstädten. Je 63% der Befragten dort waren entweder «sehr» oder «eher» mit einem Beitritt zur Uno einverstanden. Auf wenig Unterstützung stiess der Uno-Beitritt dagegen in den periurbanen Gemeinden (47%). Allerdings handelt es sich bei diesem Konflikt wohl eher um einen Stadt/Land- als um einen Stadt/Umland-Gegensatz. Periurbane Gemeinden umfassen die zuletzt verstädterten Gebiete und im Jahr 2000 war die Zustimmung zum Beitritt im gesamten städtischen Gebiet signifikant höher (64%) als auf dem Land (52%).

Aber auch für das Jahr 2000 gibt es bezüglich Einstellungen zur Sicherheit und zur Sicherheitspolitik Stadt/Umland-Unterschiede. Nur knapp die Hälfte der Personen in periurbanen Gemeinden war der Meinung, dass die nationale Sicher-

1 Alte, Arme, Alleinstehende, Alleinerziehende, Abhängige, Auszubildende, Arbeitslose, Ausgesteuerte, Ausländer, Aussteiger (Frey 1997: 21).

2 Bourgeois-Bohème.

heit immer mehr von anderen Staaten bestimmt wird. In den Kernstädten (60%), suburbanen Gemeinden (63%) und den reichen Gemeinden (66%) wurde die Eigenständigkeit der Sicherheitspolitik stärker angezweifelt. Etwas komplexer sieht dagegen die räumliche Verteilung der Haltung zu den Ausgaben für die Verteidigung aus. Während in den reichen und periurbanen Gemeinden nur eben 43% bzw. 51% die Ausgabenhöhe als «zu hoch» oder «viel zu hoch» beurteilten, betrug dieser Anteil in den Kernstädten und den suburbanen Gemeinden 58% bzw. 56%. Dazu kommt ein signifikanter Stadt/Land-Unterschied, bei dem 55% der Befragten in Städten und Agglomerationen der Meinung waren, dass die Verteidigungsausgaben «zu hoch» oder «viel zu hoch» seien, während lediglich 45% der Landbevölkerung diese Meinung teilte.

Soziopolitische Stadt/Umland-Unterschiede bei Haltungen zur Sicherheit und zur Sicherheitspolitik sind insgesamt jedoch nicht sehr stark ausgeprägt. Systematische, also über beide Untersuchungszeitpunkte feststellbare Zusammenhänge ergeben sich mit den verfügbaren Daten nur bei «echten» Stadt/Land-Vergleichen, bei denen die ländlichen Gebiete den Städten und Agglomerationen gegenüber gestellt werden. Dies ist der Fall bei der Frage nach der politischen Annäherung der Schweiz an die EU und ob die Schweiz bei internationalen Konferenzen eine aktive Rolle spielen soll. Beide Male wünschen sich Personen auf dem Land eher eine zurückhaltende Aussenpolitik.

Die schwache Ausprägung von Stadt/Umland-Konflikten lässt sich generell mit der in der Schweiz verglichen beispielsweise mit den USA oder Frankreich geringen Segregation (Hoffmann-Martinot and Sellers 2005) und der stärkeren räumlichen Durchmischung erklären. Wo sich signifikante Unterschiede ergeben, können diese meist auf die stärkere Integration urbaner Räume in internationale Märkte (Savitch and Kantor 2002) und damit auf die Globalisierung zurückgeführt werden.

Literatur

FREY, René L. (1997): «Städtische Wirtschaft, Mobilität und Umwelt», in: Die Stadt morgen – Demain les villes, Bern: Schweizerischer Städteverband, pp. 19–27.

HOFFMANN-MARTINOT, Vincent and Jefferey SELLERS (2005): «Conclusion: The Metropolitanization of Politics», in: HOFFMANN-MARTINOT, Vincent and Jefferey SELLERS (eds.): Metropolitanization and Political Change. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, pp. 425–443.

KÜBLER, Daniel (2006): «Agglomerationen», in: KLÖTI, Ulrich et al. (Hrsg.): Handbuch der Schweizer Politik, 4. Auflage, Zürich: NZZ Verlag, pp. 259–286.

SAVITCH, Hank V. and Paul KANTOR (2002): *Cities in the International Marketplace*. Princeton and Oxford: Princeton University Press.

SCHULER, Martin, Pierre DESSEMONTET et Dominique JOYE (2005): *Eidgenössische Volkszählung 2000: Die Raumgliederungen der Schweiz*. Neuchâtel: BFS.

Literaturhinweise

- Bacher, J. (1994). Clusteranalyse. München: Oldenbourg.
- Backhaus, K. et al. (1990). Multivariate Analysemethoden: Eine anwendungsorientierte Einführung. Berlin: Springer.
- Blasius, J. (2001). Korrespondenzanalyse. München; Wien: R. Oldenbourg.
- Bortz, J. (1984). Lehrbuch der empirischen Forschung. Berlin: Springer.
- Bortz, J., Döring, N. (2002). Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler (3. überarb. Aufl.). Berlin: Springer.
- Buri, Ch., Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1991). Sicherheit 1991: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 18. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Greenacre, M. (1990). SimCA User's Manual. Pretoria: University of South Africa, Department of Statistics (unveröffentlicht).
- Haltiner, K.W. (1994). Sicherheit '94. Unveröffentlichte Bevölkerungsrepräsentativbefragung. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1995). Sicherheit '95. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr.1. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1996). Sicherheit '96. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr. 3. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1998). Sicherheit '98. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr. 4. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1994). Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 32. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.

- Haltiner, K.W., Bertossa, L., Spillmann, K.R. (1997). Sicherheit '97. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 42. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Haltiner, K.W., Bennett J. (1999). Mehrheit der Rekruten für bisheriges Dienstmodell. ASMZ, Nr. 10, S. 15–18.
- Haltiner K.W., Wenger A., Bennett J., Szvircev T. (1999). Sicherheit 1999 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircev, T. (2000). Sicherheit 2000 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircev, T. (2001). Sicherheit 2001 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircev, T. (2002). Sicherheit 2002 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircev Tresch, T. (2003). Sicherheit 2003 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircev Tresch, T. (2004). Sicherheit 2004 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Szvircev Tresch, T., Würmli, S. (2005). Sicherheit 2005 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich und Militärakademie an der ETH Zürich.

- Haltiner, K.W., Wenger, A., Szvircev Tresch, T., Würmli, S. (2006). Sicherheit 2006 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich und Militärakademie an der ETH Zürich.
- Haltiner, K.W., Szvircev Tresch, T. (2005). Bürgerheer wohin? Alternative Wehrformen in der aktuellen politischen Diskussion. Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik 2005. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Haltiner, K.W. (2007). «From Conscription Based National Defense to Volunteer Based Constabulary Forces: European Defense Integration and Mission Change as Driving Factors for the End of the Draft in Europe». Paper zum Kongress «Military Transformations and Peace Support Operations: Current Experience, Future Developments and possible Implications for the Israeli -Palestinian Conflict Theatre», The Swiss Center for Conflict Research, Management and Resolution. HUJI, The Konrad-Adenauer-Stiftung, The Jerusalem Institute for Israel Studies. Jerusalem, 18.–21. Juni 2007. Nicht veröffentlicht.
- Luhmann, N. (1968). Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. Stuttgart: Ferdinand Enke.
- Maslow, A.H. (1954). Motivation and Personality. New York: Harper.
- Riklin, A., Frei, Ch. (1986). Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung». Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Riklin, A., Laggner, B. (1988). Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung». Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Riklin, A., Hafen, Th. (1990). Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung». Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Szvircev Tresch, T. (2005). Europas Streitkräfte im Wandel: Von der Wehrpflichtarmee zur Freiwilligenstreitkraft. Eine empirische Untersuchung europäischer Streitkräfte 1975 bis 2003. Dissertation, Universität Zürich, Zürich.
- Werkner, I. J. (2006). Wehrpflicht oder Freiwilligenarmee? Wehrstrukturentscheidungen im europäischen Vergleich. Frankfurt am Main: Lang.

Anhang I

I Die Qualität der Variablen¹

Eine Menge von Objekten, die mittels einer Zahl dargestellt werden können, wird als Skala bezeichnet. Je nachdem, welche Eigenschaften und Beziehungen der Zahlen auf die Menge der Objekte sinnvoll übertragbar sind, unterscheidet man Skalen von verschiedenem Niveau. In der Statistik spricht man vom Skalenniveau der Variablen oder der Merkmale.

Eine Skala, die nur Identifikationen, nicht aber eine Zählung zulässt, heisst *Nominalskala* (z.B. Automarke, Beruf), eine, deren Zahlen lediglich «Grösser-kleiner»-Relationen abbilden, *Ordinalskala* (z.B. militärische Grade, Bildungsgrade). Eine Skala, bei der gleiche Zahlendifferenzen auch gleiche Merkmalsdifferenzen repräsentieren, wird als *Intervallskala* bezeichnet (z.B. Körpertemperatur, Metermass).

In dieser Studie wird hauptsächlich mit Nominal- und Ordinalvariablen gearbeitet.

II Korrelationen und Koeffizienten²

Zusammenhangsmasse sind wichtige Instrumente der beschreibenden Statistik. Als geeignete Masse haben sich so genannte Korrelationskoeffizienten erwiesen, die Werte zwischen 0 und 1 annehmen können, wobei Werte nahe bei 0 auf einen geringen, Werte nahe bei 1 auf einen engen Zusammenhang hinweisen.

Viele Korrelationskoeffizienten geben zusätzlich noch die Richtung des Zusammenhangs an, indem sie positive Werte annehmen, wenn sich die beteiligten Variablen gleichläufig verhalten, oder negative, wenn sich die Variablen gegenläufig verhalten. Stimmt also beispielsweise die Mehrheit der Befragten, die der Frage A zustimmt, auch der Frage B zu, und lehnen gleichzeitig diejenigen, die Frage A ablehnen, auch Frage B mehrheitlich ab, spricht man von einem positiven Zusammenhang. Eine negative Korrelation ergäbe sich dann, wenn die Personen, die A zustimmen, B mehrheitlich ablehnen und umgekehrt.

1 Nach Bortz (1984) und Bortz / Döring (2002).

2 Nach Bortz (1984), Bortz / Döring (2002), Meyer / Haltiner / Hofer / Iff / Rüeegg (1982).

Es gibt eine ganze Reihe von unterschiedlichen Korrelationskoeffizienten, die sich für unterschiedliche Arten der Fragestellung und Beschaffenheit der Daten eignen. In dieser Studie werden als Masse für nominalskalierte Variablen (Merkmale, die sich nur qualitativ voneinander unterscheiden lassen, wie z.B. die Staatszugehörigkeit, die Religion oder der Beruf) und ordinalskalierte Variablen (d.h. solche mit Rangcharakter, wie z.B. «grösser als...» oder «wichtiger als...») der so genannte Kontingenzkoeffizient (CC) und der Gamma-Koeffizient (γ) verwendet.

Der *Kontingenzkoeffizient*, abgekürzt CC, erfasst den Zusammenhang (die Assoziation) zweier nominalskalierter Merkmale. Der Wertebereich von CC variiert zwischen 0 und 1 (nur positive Koeffizienten). Dabei bedeutet 0 völlige Unabhängigkeit und 1 einen absoluten Zusammenhang zwischen den Merkmalen.

Der *Gamma-Koeffizient* (γ) gelangt zur Anwendung, wenn die zu analysierenden Variablen Ordinalcharakter aufweisen. Der Wertebereich des Gamma-Koeffizienten variiert zwischen -1 und +1.

Signifikanz: Korrelationskoeffizienten sind ein Mass für den Zusammenhang zweier oder mehrerer Variablen. Dieser kann aber manchmal bloss zufälligen Charakter haben. Eine festgestellte Korrelation ist also in der Stichprobe gegeben, kann aber nicht auf die Grundgesamtheit übertragen werden. Anders ausgedrückt: Der Schluss von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit ist statistisch nicht gesichert. Konkret würde dies in unserem Fall bedeuten, dass eine Verallgemeinerung eines zwischen zwei Variablen gegebenen Zusammenhangs von unserer 1'200-Personen-Stichprobe auf die Gesamtheit der schweizerischen Stimmbevölkerung unsicher ist. Ist die Verallgemeinerung von Merkmalen einer Untergruppe (Stichprobe) auf die Grundgesamtheit hingegen möglich, so ist der festgestellte Zusammenhang zwischen den Variablen signifikant. Dies wird in der Regel mit $p < 0.05$ (signifikanter Zusammenhang), $p < 0.01$ (sehr signifikanter Zusammenhang) oder $p < 0.001$ (hochsignifikanter Zusammenhang) ausgedrückt. Bei $p > 0.05$ ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Zusammenhang bloss zufällig ist, nicht mehr als gering zu veranschlagen.

III Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels χ^2 -Test

Der im Rahmen dieses Berichtes ebenfalls verwendete χ^2 -Test beruht auf dem $k \cdot l$ - χ^2 -Verfahren zur Überprüfung von Unterschiedshypothesen, wobei k die Zahl der zu vergleichenden Stichproben und l die Zahl der Ausprägungen des zu untersuchenden Merkmals bezeichnet (Bortz 1984: 160). Es wird geprüft, ob sich k voneinander unabhängige Stichproben auf die Ausprägungen eines Merkmals B in unterschiedlicher Weise verteilen. Ein signifikantes Ergebnis bedeutet, dass die Unterschiede in der Verteilung von k unabhängigen Stichproben auf die Ausprägungen eines Merkmals B mit einer gewissen Irrtumswahrscheinlichkeit (in der Regel höchstens 5%) nicht durch Zufall zu Stande gekommen sind.

IV Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels t-Test

Anhand des t-Tests wird untersucht, ob die Differenz im Mittelwert zweier Stichproben zufällig für diesen Anteil der Grundgesamtheit zu Stande gekommen ist oder ob aus der Differenz in der Stichprobe auf eine Differenz in der Grundgesamtheit geschlossen werden kann. Der Mittelwert ist der Durchschnittswert aller Nennungen und errechnet sich durch die Summe aller genannten Werte, geteilt durch die Anzahl Nennungen.

V Die Clusteranalyse³

Die Clusteranalyse ist ein statistisches Datenreduktionsverfahren zur systematischen Klassifizierung von Objekten einer gegebenen Menge. Die durch eine bestimmte Anzahl von Merkmalen beschriebenen Objekte werden nach Massgabe ihrer Ähnlichkeit in Gruppen (Cluster) zusammengefasst, wobei die Cluster untereinander möglichst homogen und extern möglichst gut voneinander unterscheidbar sein sollen. Mit anderen Worten: Es sollen die Elemente eines Clusters möglichst ähnlich sein, und jedes Element eines Clusters soll sich möglichst stark von den Objekten anderer Cluster unterscheiden. Ziel der Clusteranalyse ist es also, Gruppen so zu bestimmen, dass die Korrelationen der Variablen einer Gruppe zu den Variablen aller anderen Gruppen möglichst niedrig sind.

Es gibt zwei grosse Familien von clusteranalytischen Verfahren: Die optimierenden und die hierarchischen. In der Regel muss bei den ersteren eine Startgruppierung vorgegeben werden, d.h. das erste Objekt jedes Clusters (Startwert) und

3 Nach Bortz (1984), Bacher (1994).

die Anzahl der gewünschten Cluster werden vorgegeben. Es wird dann versucht, diese Startgruppierung durch schrittweise Verschiebung jedes neu in Betracht gezogenen Objekts von einem Cluster zu einem anderen zu verbessern; man verfährt so lange, bis keine Verbesserung mehr möglich ist. Die ständige Verbesserung der Elementeverteilung ist der Vorteil der optimierenden gegenüber den hierarchischen Verfahren, bei welchen keine Startgruppierung notwendig ist.

Für unsere Berechnungen haben wir ein optimierendes Verfahren gewählt. Die Prozedur QUICK CLUSTER, welche auf dem K-Means-Verfahren basiert, eignet sich besonders bei grossen Fallzahlen. Es wird dabei wie folgt vorgegangen: In einem ersten Schritt werden die Startwerte für die Clusterzentren bestimmt. Im zweiten Schritt wird bei nur einem Durchgang durch die Daten nacheinander jeder Fall dem nächstgelegenen Clusterzentrum zugeordnet. Nach jeder Zuordnung wird die Lage des Clusterzentrums so neu berechnet und korrigiert, dass es zum Schwerpunkt der zugehörigen Fälle wird. Im dritten Schritt schliesslich werden die Fälle wiederum dem (verschobenen) Zentrum zugeordnet, das nunmehr am nächsten liegt. Unter einem Clusterzentrum hat man sich aber nicht ein konkretes sondern nur ein künstliches Objekt vorzustellen. Man könnte sich das als Sonnensystem visualisieren. Dabei wäre das Zentrum des Clusters die Sonne, und die anderen Clusterobjekte würden die um die Sonne schwebenden Planeten darstellen.

Die Clusteranalyse erzeugt zwei wichtige Informationen: Jedem einzelnen Clusterzentrum wird ein Wert zugeordnet und jedes Objekt wird einem Cluster zugeteilt. Daraus ergibt sich die Clusterzugehörigkeit, die als eine neue Variable betrachtet werden kann, mit der sich arbeiten lässt.

VI Die Korrespondenzanalyse⁴

Die einfache Korrespondenzanalyse ist eine Hauptkomponentenanalyse nominalskalierten Daten. Eine Hauptkomponentenanalyse erklärt die Varianz einer bestimmten Datenmatrix durch rechtwinklige, d.h. voneinander unabhängige Hauptachsen. In der Korrespondenzanalyse wird die Gesamtvarianz einer Datenmatrix durch das in Kreuztabellen übliche χ^2 gemessen, welches den Grad der Unabhängigkeit von Reihen und Kolonnen angibt. Es ist also das χ^2 , welches durch die Hauptachsen erklärt wird. Genau genommen, wird die Inertia erklärt, welche dem χ^2 dividiert durch das Gesamttotal (Gesamtsumme der Häufigkeiten in allen Reihen addiert mit der Gesamtsumme der Häufigkeiten in allen Kolonnen) entspricht.

4 Nach Greenacre (1990) und Blasius (2001).

In der klassischen Hauptkomponentenanalyse bestimmen Reihen und Kolonnen eine einzige Punktwolke im mehrdimensionalen Raum. Die Hauptachsen zeigen auf, welche Subdimensionen diesen Punkten am nächsten kommen. Die Korrespondenzanalyse kennt dagegen zwei Punktwolken – so genannte Reihen- und Kolonnenprofile. Diese Profile entsprechen der Zellgröße dividiert durch das jeweilige Reihen- bzw. Kolonnen-total.

Eine Besonderheit der Korrespondenzanalyse ist die Masse jedes Reihen- und Kolonnenpunktes. Jeder Variablen wird auf Grund ihrer Auftretenshäufigkeit ein gewisses Gewicht beigemessen, welches proportional zur jeweiligen Reihen- oder Kolonnensumme ist. In der klassischen Hauptkomponentenanalyse fließt dagegen in der Regel jede Variable mit dem gleichen Gewicht in die Analyse ein. Ähnlich wie in der Hauptkomponentenanalyse Faktorladungen angegeben werden, berechnet die Korrespondenzanalyse die Korrelationen zwischen Reihen bzw. Kolonnen und den Hauptachsen.

Bei Variablen mit mehr als einer Antwortmöglichkeit werden die einzelnen Antworten als eigenständige Variablen betrachtet. Einen sehr guten deutschsprachigen Überblick zur Korrespondenzanalyse bietet Blasius (2001).

VII Regressionsanalyse⁵

Die Regressionsanalyse dient zwei statistischen Fragestellungen: Einerseits wird sie zur Vorhersage einer erklärten Variable (abhängige Variable) durch erklärende Variablen (unabhängige Variable) angewandt. Es kann zum Beispiel untersucht werden, wie stark sich der Verkauf eines Produktes verändern wird, wenn die Ausgaben für die Werbung verdoppelt werden.

Andererseits werden anhand der Regressionsgleichung Ursache-Wirkungs-Beziehungen untersucht. Es wird berechnet, wie gut sich die erklärte Variable durch die erklärenden beobachten lässt, d.h. welche Varianz durch letztere erklärt werden kann und welchen Beitrag die erklärenden Variablen zur Varianzaufdeckung der erklärten Variable beitragen. Wenn man also zum Beispiel wissen will, ob und wie gut sich die politische Partizipation durch die Bildung, durch das Elternhaus und durch das Vertrauen in die Politik erklären lässt, dann bedient man sich ebenfalls der Regressionsanalyse.

Wird zur Vorhersage einer erklärten Variable nur eine erklärende Variable ins Modell aufgenommen, spricht man von einer einfachen Regression. Werden hin-

5 Vgl. Backhaus et al. (1990).

gegen mehrere erklärende Variablen beigezogen, dann handelt es sich um eine multiple Regression.

Bei der Regressionsanalyse geht man von in der Regel von einem linearen Zusammenhang aus (Je-Desto-Beziehung) und im Gegensatz zur Korrelation, die einen ungerichteten Zusammenhang untersucht, wird bei der Regressionsanalyse aufgrund theoretischer Vorkenntnisse eine Richtung der Beziehung vorbestimmt.

Die Variablen der Regressionsgleichung müssen metrisch, d.h. mindestens intervallskaliert sein. Ist die erklärte Variable nominal- oder ordinalskaliert, wird eine logistische- oder probit-Regression durchgeführt.

Anhang II

I Die Typologien der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit und der Neutralitätsauffassung

Ein Verfahren zur Typenbildung von Personen mit verwandten Eigenschaften bietet die Clusteranalyse. Sie erlaubt es, Befragte mit einem weitgehend ähnlichen Einstellungsprofil zu Typen zusammenzufassen. Der eine Typ soll dabei zu Typen mit anderen Einstellungsprofilen möglichst wenig Ähnlichkeit aufweisen. Die Typenbildung erfolgt in einem Optimierungsprozess, d.h. es gibt mehr oder weniger optimale Lösungen (vgl. Anhang I, Abschnitt IV).

Die hier vorgelegten Typenbildungen wurden erstmals mit den Daten des Jahres 1993 vorgenommen. Sie dienen seither als Grundlage für die Ermittlung dominanter Einstellungsmuster mit Blick auf die internationale Kooperationsbereitschaft, die Neutralitäts- und die Sicherheitsauffassung in der schweizerischen Bevölkerung.⁶

Im Folgenden sind die Zentren der berechneten Cluster der Typologien «internationale Kooperationsbereitschaft» und «Neutralitätsauffassung» für die Daten 2007 numerisch wiedergegeben (Tabellen I und III) und durch die Abbildungen A und B grafisch verdeutlicht. Für Vergleichszwecke werden ebenso die numerischen Clusterzentren der Daten 2006 abgebildet (Tabellen II und IV).

⁶ Wer sich für das theoretische Konzept der Typologie näher interessiert, sei auf den Jahresband *Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend* verwiesen (Hal­tiner & Spillmann 1994: 15ff.).

Tabelle I

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 2007

Variable	Zentrum Cluster 1 («Harte Öffnung»)	Zentrum Cluster 2 («Weiche Öffnung»)	Zentrum Cluster 3 («Autonomisten»)
«Die Schweiz sollte...			
...sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos beitreten.»	1.76*	3.39	3.69
...sich der Nato annähern.»	2.27	2.66	3.33
...sich aktiv für Anliegen der Uno einsetzen.»	1.80	2.02	3.17
...mehr in Konflikten vermitteln.»	1.71	1.83	2.79
...mehr Entwicklungshilfe leisten.»	1.85	2.14	3.07
...der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.»	2.80	1.54	1.90
...politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben.»	2.09	2.08	2.75
...die Neutralität beibehalten.»	1.89	1.30	1.19
...wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben.»	2.67	1.85	1.47

* 1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Tabelle II

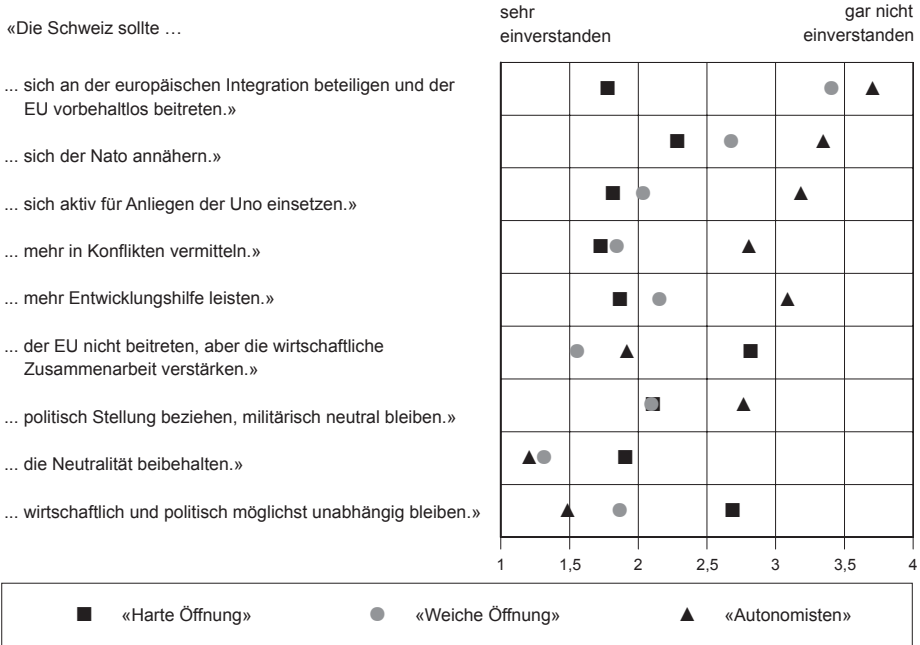
Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 2006

Variable	Zentrum Cluster 1 («Harte Öffnung»)	Zentrum Cluster 2 («Weiche Öffnung»)	Zentrum Cluster 3 («Autonomisten»)
«Die Schweiz sollte...			
...sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos beitreten.»	1.88*	3.11	3.66
...sich der Nato annähern.»	2.20	2.66	3.14
...sich aktiv für Anliegen der Uno einsetzen.»	1.93	2.23	3.20
...mehr in Konflikten vermitteln.»	1.78	1.88	2.68
...mehr Entwicklungshilfe leisten.»	1.64	2.03	2.98
...der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.»	2.96	1.53	2.15
...politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben.»	2.22	1.91	3.00
...die Neutralität beibehalten.»	2.08	1.30	1.21
...wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben.»	2.91	1.69	1.66

* 1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Abbildung A

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 2007 (Mittelwerte)



© K. W. Haltiner SI/529/07/P3/sb

Tabelle III

Typologie der Neutralitätsauffassungen 2007

Variable	Zentrum Cluster 1 («Kritiker»)	Zentrum Cluster 2 («Pragmatiker»)	Zentrum Cluster 3 («Dissonante»)	Zentrum Cluster 4 («Traditionalisten»)
International Gute Dienste dank der Neutralität	2.21*	1.62	1.58	1.26
Die Neutralität ist untrennbar mit schweizerischem Staatsgedanken verbunden	2.73	1.90	1.68	1.31
Dank der Neutralität bleibt die Schweiz von Konflikten verschont	2.98	2.73	1.94	1.70
Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei	3.11	2.94	2.13	1.79
Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden	1.88	2.28	2.30	3.33
Wenn die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt: aufgeben!	2.05	3.44	3.01	3.68
Unsere enge internationale Verflechtung verunmöglicht die Neutralität	2.28	3.22	2.69	3.63
Die Neutralität könnte uns am gemeinsamen Handeln mit unseren europäischen Nachbarn hindern	2.02	3.38	2.27	3.59

* 1= sehr einverstanden, 2= eher einverstanden, 3= eher nicht einverstanden, 4= gar nicht einverstanden

Tabelle IV

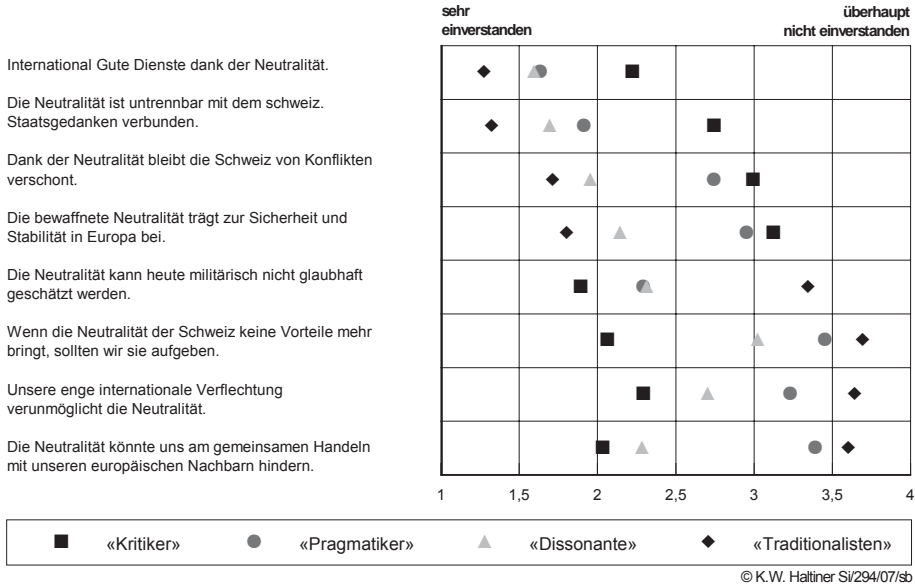
Typologie der Neutralitätsauffassungen 2006

Variable	Zentrum Cluster 1 («Kritiker»)	Zentrum Cluster 2 («Pragmatiker»)	Zentrum Cluster 3 («Dissonante»)	Zentrum Cluster 4 («Traditionalisten»)
Internationale Gute Dienste dank der Neutralität	2.30*	1.71	1.67	1.34
Die Neutralität ist untrennbar mit schweizerischem Staatsgedanken verbunden	2.83	2.05	1.73	1.25
Dank der Neutralität bleibt die Schweiz von Konflikten verschont	3.14	2.78	2.05	1.80
Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei	3.17	2.96	2.04	1.83
Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden	1.80	2.51	2.34	3.11
Wenn die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt: aufgeben!	2.07	3.33	2.80	3.66
Unsere enge internationale Verflechtung verunmöglicht die Neutralität	2.14	3.02	2.42	3.40
Die Neutralität könnte uns am gemeinsamen Handeln mit unseren europäischen Nachbarn hindern	2.08	3.18	2.05	3.30

* 1= sehr einverstanden, 2= eher einverstanden, 3= eher nicht einverstanden, 4= gar nicht einverstanden

Abbildung B

Typologie der Neutralitätsauffassungen 2007 (Mittelwerte)



II Korrespondenzanalysen zu den Sicherheitsaspekten und Auslandeinsätzen der Schweizer Armee

An dieser Stelle werden Kennwerte zur Korrespondenzanalyse in Kapitel 4 und 7 angegeben.

Tabelle V

Rohdatenmatrix der Korrespondenzanalyse Sicherheitsaspekte

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
	ar	mi	so	ek	oe	vk	tr	vs	de	fa	ro	gw	dr	gv	sum
1 ar	968	462	899	892	851	856	734	819	842	910	761	875	691	895	11455
2 mi	462	540	495	485	459	487	468	484	477	512	467	478	425	506	6745
3 so	899	495	1056	940	922	922	791	886	914	992	823	930	737	981	12288
4 ek	892	485	940	1005	885	890	762	854	869	945	803	906	720	936	11892
5 oe	851	459	922	885	1013	886	751	851	884	944	783	903	709	935	11776
6 vk	856	487	922	890	886	1007	790	868	881	944	810	938	725	938	11942
7 tr	734	468	791	762	751	790	856	750	750	808	702	790	651	795	10398
8 vs	819	484	886	854	851	868	750	969	841	911	784	866	693	909	11485
9 de	842	477	914	869	884	881	750	841	1008	938	788	897	689	933	11711
10 fa	910	512	992	945	944	944	808	911	938	1094	845	952	755	996	12546
11 ro	761	467	823	803	783	810	702	784	788	845	895	813	667	839	10780
12 gw	875	478	930	906	903	938	790	866	897	952	813	1021	736	944	12049
13 dr	691	425	737	720	709	725	651	693	689	755	667	736	786	736	9720
14 gv	895	506	981	936	935	938	795	909	933	996	839	944	736	1073	12416
sum	11455	6745	12288	11892	11776	11942	10398	11485	11711	12546	10780	12049	9720	12416	157203

Bemerkungen: Die Reihenvariablen und Kolonnenvariablen lauten in voller Länge:

ar = Sicherheit des Arbeitsplatzes

mi = Militärische Sicherheit

so = Soziale Sicherheit

ek = Sicherheit des Einkommens

oe = Ökologische Sicherheit, also Umweltschutz

vk = Sicherheit vor Verbrechen und Kriminalität

tr = Sicherheit vor Terrorismus

vs = Verkehrssicherheit

de = Sicherheit der demokratischen Grundrechte

fa = Gute, sichere familiäre Beziehungen, Geborgenheit

ro = Ruhe und Ordnung

gw = Schutz vor Gewalt

dr = Schutz vor Drogenmissbrauch

gv = Gesicherte Gesundheitsversorgung

Tabelle VI

Korrespondenzanalyse Sicherheitsaspekte: Reihenprofilpunkte

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
	ar	mi	so	ek	oe	vk	tr	vs	de	fa	gw	dr	gv	ro	sum
1 ar	8.5	4.0	7.8	7.8	7.4	7.5	6.4	7.1	7.4	7.9	6.6	7.6	6.0	7.8	100
2 mi	6.8	8.0	7.3	7.2	6.8	7.2	6.9	7.2	7.1	7.6	6.9	7.1	6.3	7.5	100
3 so	7.3	4.0	8.6	7.6	7.5	7.5	6.4	7.2	7.4	8.1	6.7	7.6	6.0	8.0	100
4 ek	7.5	4.1	7.9	8.5	7.4	7.5	6.4	7.2	7.3	7.9	6.8	7.6	6.1	7.9	100
5 oe	7.2	3.9	7.8	7.5	8.6	7.5	6.4	7.2	7.5	8.0	6.6	7.7	6.0	7.9	100
6 vk	7.2	4.1	7.7	7.5	7.4	8.4	6.6	7.3	7.4	7.9	6.8	7.9	6.1	7.9	100
7 tr	7.1	4.5	7.6	7.3	7.2	7.6	8.2	7.2	7.2	7.8	6.8	7.6	6.3	7.6	100
8 vs	7.1	4.2	7.7	7.4	7.4	7.6	6.5	8.4	7.3	7.9	6.8	7.5	6.0	7.9	100
9 de	7.2	4.1	7.8	7.4	7.5	7.5	6.4	7.2	8.6	8.0	6.7	7.7	5.9	8.0	100
10 fa	7.3	4.1	7.9	7.5	7.5	7.5	6.4	7.3	7.5	8.7	6.7	7.6	6.0	7.9	100
11 ro	7.1	4.3	7.6	7.4	7.3	7.5	6.5	7.3	7.3	7.8	8.3	7.5	6.2	7.8	100
12 gw	7.3	4.0	7.7	7.5	7.5	7.8	6.6	7.2	7.4	7.9	6.7	8.5	6.1	7.8	100
13 dr	7.1	4.4	7.6	7.4	7.3	7.5	6.7	7.1	7.1	7.8	6.9	7.6	8.1	7.6	100
14 gv	7.2	4.1	7.9	7.5	7.5	7.6	6.4	7.3	7.5	8.0	6.8	7.6	5.9	8.6	100
average	7.3	4.3	7.8	7.6	7.5	7.6	6.6	7.3	7.4	8.0	6.9	7.7	6.2	7.9	100

Bemerkungen: Die Reihenprofilpunkte entsprechen der Zellgröße (siehe Tabelle V) dividiert durch das Reihentotal und multipliziert mit dem Faktor 100.

Tabelle VII

Korrespondenzanalyse Sicherheitsaspekte: Kolonnenprofilpunkte

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
	ar	mi	so	ek	oe	vk	tr	vs	de	fa	gw	dr	gv	ro	sum
1 ar	8.5	6.8	7.3	7.5	7.2	7.2	7.1	7.1	7.2	7.3	7.1	7.3	7.1	7.2	7.3
2 mi	4.0	8.0	4.0	4.1	3.9	4.1	4.5	4.2	4.1	4.1	4.3	4.0	4.4	4.1	4.3
3 so	7.8	7.3	8.6	7.9	7.8	7.7	7.6	7.7	7.8	7.9	7.6	7.7	7.6	7.9	7.8
4 ek	7.8	7.2	7.6	8.5	7.5	7.5	7.3	7.4	7.4	7.5	7.4	7.5	7.4	7.5	7.6
5 oe	7.4	6.8	7.5	7.4	8.6	7.4	7.2	7.4	7.5	7.5	7.3	7.5	7.3	7.5	7.5
6 vk	7.5	7.2	7.5	7.5	7.5	8.4	7.6	7.6	7.5	7.5	7.5	7.8	7.5	7.6	7.6
7 tr	6.4	6.9	6.4	6.4	6.4	6.6	8.2	6.5	6.4	6.4	6.5	6.6	6.7	6.4	6.6
8 vs	7.1	7.2	7.2	7.2	7.2	7.3	7.2	8.4	7.2	7.3	7.3	7.2	7.1	7.3	7.3
9 de	7.4	7.1	7.4	7.3	7.5	7.4	7.2	7.3	8.6	7.5	7.3	7.4	7.1	7.5	7.4
10 fa	7.9	7.6	8.1	7.9	8.0	7.9	7.8	7.9	8.0	8.7	7.8	7.9	7.8	8.0	8.0
11 ro	6.6	6.9	6.7	6.8	6.6	6.8	6.8	6.8	6.7	6.7	8.3	6.7	6.9	6.8	6.9
12 gw	7.6	7.1	7.6	7.6	7.7	7.9	7.6	7.5	7.7	7.6	7.5	8.5	7.6	7.6	7.7
13 dr	6.0	6.3	6.0	6.1	6.0	6.1	6.3	6.0	5.9	6.0	6.2	6.1	8.1	5.9	6.2
14 gv	7.8	7.5	8.0	7.9	7.9	7.9	7.6	7.9	8.0	7.9	7.8	7.8	7.6	8.6	7.9
sum	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Bemerkungen: Die Kolonnenprofilpunkte entsprechen der Zellgröße (siehe Tabelle V) dividiert durch das Kolonnenntotal und multipliziert mit dem Faktor 100.

Tabelle VIII

Korrespondenzanalyse Sicherheitsaspekte: Inertias der einzelnen Dimensionen und Prozentanteile der gesamthaften Inertia

1	0.001748	48.31%	*****
2	0.000479	13.25%	*****
3	0.000287	7.94%	*****
4	0.000261	7.22%	*****
5	0.000198	5.46%	*****
6	0.000155	4.29%	****
7	0.000119	3.29%	***
8	0.000106	2.93%	***
9	0.000087	2.41%	**
10	0.000056	1.55%	**
11	0.000046	1.28%	*

	0.003617		

Bemerkungen: $\chi^2 = 568$, $df=169$; die Inertia entspricht dem χ^2 dividiert durch das Gesamttotal (Gesamtsumme der Auftretenshäufigkeiten in allen Reihen addiert mit der Gesamtsumme der Auftretenshäufigkeiten in allen Kolonnen).

Tabelle IX

Rohdatenmatrix der Korrespondenzanalyse Auslandseinsätze der Schweizer Armee

		1	2	3	4	5	6	
		uj	un	au	ab	ak	an	sum
1	02p	290	286	216	180	29	169	1170
2	02n	343	207	179	263	40	83	1115
3	03p	296	295	225	187	28	170	1201
4	03n	344	203	171	264	41	86	1109
5	04p	376	332	250	261	33	183	1435
6	04n	263	164	140	190	35	70	862
7	05p	523	304	304	356	54	131	1672
8	05n	125	196	99	96	16	125	657
9	06p	192	58	74	124	34	22	504
10	06n	446	445	327	324	35	236	1813
11	07p	485	224	268	307	57	93	1434
12	07n	151	270	126	140	12	156	855
13	08p	330	127	164	190	45	64	920
14	08n	272	355	200	238	20	179	1264
15	09p	250	263	176	196	25	134	1044
16	09n	354	200	189	231	42	104	1120
17	10p	487	440	325	363	39	228	1882
18	10n	143	59	65	86	30	24	407

Anhang II

19	11p	190	73	92	108	29	42	534
20	11n	443	426	298	341	40	210	1758
21	13p	261	51	101	144	45	27	629
22	13n	368	446	286	298	25	226	1649
23	14p	367	336	223	293	39	174	1432
24	14n	282	168	185	161	31	86	913
25	15p	417	234	216	270	50	134	1321
26	15n	224	263	185	177	20	117	986
27	16p	477	291	269	325	56	139	1557
28	16n	161	200	128	121	14	111	735
	sum	8860	6916	5481	6234	964	3523	31978

02p = Aci=Terrorgefahr: ja

02n = Aci=Terrorgefahr: nein

03p = Landesverteidigungsarmee: ja

03n = Landesverteidigungsarmee: nein

04p = Schutzfunktion Neutralität: ja

04n = Schutzfunktion Neutralität: nein

05p = Schweiz vermehrt Konfliktvermittlerin: ja

05n = Schweiz vermehrt Konfliktvermittlerin: nein

06p = Militärische Stellungnahme: ja

06n = Militärische Stellungnahme: nein

07p = Uno Engagement: ja

07n = Uno Engagement: nein

08p = Nato-Annäherung: ja

08n = Nato-Annäherung: nein

09p = Befürworter Milizarmee

09n = Befürworter Berufsarmee

10p = Identitätsfunktion Neutralität: ja

10n = Identitätsfunktion Neutralität: nein

11p = Pragmatische Neutralität: ja

11n = Pragmatische Neutralität: nein

13p = Europäische Armee: ja

13n = Europäische Armee: nein

14p = Notwendigkeit Armee: ja

14n = Notwendigkeit Armee: nein

15p = Mithilfe Kampf int.Terrorismus: ja

15n = Mithilfe Kampf int.Terrorismus: nein

16p = Multifunktionsarmee: ja

16n = Multifunktionsarmee: nein

uj = Schweizer Uno-Friedenstruppe: ja

un = Schweizer Uno-Friedenstruppe: nein

au = Für unterstützende Einsätze

ab = Für friedenssichernde Einsätze

ak = Für Kampfeinsätze

an = Gegen Auslandseinsätze

Tabelle X

Korrespondenzanalyse Auslandeinsätze der Schweizer Armee:

		Reihenprofilpunkte						
		1	2	3	4	5	6	
		uj	un	au	ab	ak	an	sum
1	02p	24.8	24.4	18.5	15.4	2.5	14.4	100
2	02n	30.8	18.6	16.1	23.6	3.6	7.4	100
3	03p	24.6	24.6	18.7	15.6	2.3	14.2	100
4	03n	31.0	18.3	15.4	23.8	3.7	7.8	100
5	04p	26.2	23.1	17.4	18.2	2.3	12.8	100
6	04n	30.5	19.0	16.2	22.0	4.1	8.1	100
7	05p	31.3	18.2	18.2	21.3	3.2	7.8	100
8	05n	19.0	29.8	15.1	14.6	2.4	19.0	100
9	06p	38.1	11.5	14.7	24.6	6.7	4.4	100
10	06n	24.6	24.5	18.0	17.9	1.9	13.0	100
11	07p	33.8	15.6	18.7	21.4	4.0	6.5	100
12	07n	17.7	31.6	14.7	16.4	1.4	18.2	100
13	08p	35.9	13.8	17.8	20.7	4.9	7.0	100
14	08n	21.5	28.1	15.8	18.8	1.6	14.2	100
15	09p	23.9	25.2	16.9	18.8	2.4	12.8	100
16	09n	31.6	17.9	16.9	20.6	3.8	9.3	100
17	10p	25.9	23.4	17.3	19.3	2.1	12.1	100
18	10n	35.1	14.5	16.0	21.1	7.4	5.9	100
19	11p	35.6	13.7	17.2	20.2	5.4	7.9	100
20	11n	25.2	24.2	17.0	19.4	2.3	11.9	100
21	13p	41.5	8.1	16.1	22.9	7.2	4.3	100
22	13n	22.3	27.0	17.3	18.1	1.5	13.7	100
23	14p	25.6	23.5	15.6	20.5	2.7	12.2	100
24	14n	30.9	18.4	20.3	17.6	3.4	9.4	100
25	15p	31.6	17.7	16.4	20.4	3.8	10.1	100
26	15n	22.7	26.7	18.8	18.0	2.0	11.9	100
27	16p	30.6	18.7	17.3	20.9	3.6	8.9	100
28	16n	21.9	27.2	17.4	16.5	1.9	15.1	100
	average	27.7	21.6	17.1	19.5	3.0	11.0	100

		Kolonnenprofile						
		1	2	3	4	5	6	
		uj	un	au	ab	ak	an	average
1	02p	3.3	4.1	3.9	2.9	3.0	4.8	3.7
2	02n	3.9	3.0	3.3	4.2	4.1	2.4	3.5
3	03p	3.3	4.3	4.1	3.0	2.9	4.8	3.8
4	03n	3.9	2.9	3.1	4.2	4.3	2.4	3.5
5	04p	4.2	4.8	4.6	4.2	3.4	5.2	4.5
6	04n	3.0	2.4	2.6	3.0	3.6	2.0	2.7
7	05p	5.9	4.4	5.5	5.7	5.6	3.7	5.2
8	05n	1.4	2.8	1.8	1.5	1.7	3.5	2.1
9	06p	2.2	0.8	1.4	2.0	3.5	0.6	1.6
10	06n	5.0	6.4	6.0	5.2	3.6	6.7	5.7
11	07p	5.5	3.2	4.9	4.9	5.9	2.6	4.5
12	07n	1.7	3.9	2.3	2.2	1.2	4.4	2.7
13	08p	3.7	1.8	3.0	3.0	4.7	1.8	2.9
14	08n	3.1	5.1	3.6	3.8	2.1	5.1	4.0
15	09p	2.8	3.8	3.2	3.1	2.6	3.8	3.3
16	09n	4.0	2.9	3.4	3.7	4.4	3.0	3.5
17	10p	5.5	6.4	5.9	5.8	4.0	6.5	5.9
18	10n	1.6	0.9	1.2	1.4	3.1	0.7	1.3
19	11p	2.1	1.1	1.7	1.7	3.0	1.2	1.7
20	11n	5.0	6.2	5.4	5.5	4.1	6.0	5.5
21	13p	2.9	0.7	1.8	2.3	4.7	0.8	2.0
22	13n	4.2	6.4	5.2	4.8	2.6	6.4	5.2
23	14p	4.1	4.9	4.1	4.7	4.0	4.9	4.5
24	14n	3.2	2.4	3.4	2.6	3.2	2.4	2.9
25	15p	4.7	3.4	3.9	4.3	5.2	3.8	4.1
26	15n	2.5	3.8	3.4	2.8	2.1	3.3	3.1
27	16p	5.4	4.2	4.9	5.2	5.8	3.9	4.9
28	16n	1.8	2.9	2.3	1.9	1.5	3.2	2.3
	sum	100	100	100	100	100	100	100

Bemerkungen: Die Reihenprofilpunkte (Kolonnenprofilpunkte) entsprechen der Zellgrösse (siehe Tabelle IX) dividiert durch das Reihentotal (Kolonnentotal) und multipliziert mit dem Faktor 100.

Korrespondenzanalyse Auslandeinsätze der Schweizer Armee: Inertias der einzelnen Dimensionen und Prozentanteile der gesamthaften Inertia

1	0.036191	91.10%	*****
2	0.001773	4.46%	**
3	0.001441	3.63%	**
4	0.000317	0.80%	
5	0.000007	0.02%	

	0.039728		

Anhang III

Sicherheit 2007

Fragebogen und prozentuale Häufigkeit

Stichprobe:

15. Januar – 10. Februar 2007: Random-Quota-Verfahren, N=1'200
Deutsche, französische und italienische Schweiz

Befragungsinstitut:

ISOPUBLIC AG, Schwerzenbach

Sicherheit 2007

Mein Name ist ... von Isopublic.

Wir führen im Auftrag vom Bund eine Befragung bei Stimmberechtigten durch zum Thema Sicherheit in der Schweiz und ich möchte Sie fragen, ob Sie bereit wären, dazu einige Fragen zu beantworten? Das Interview dauert rund 30 Minuten.

Zunächst einige Fragen für die Statistik

S1

Wie viele in der Schweiz stimmberechtigte Personen (also Schweizer Bürger oder Bürgerinnen über 18 Jahre) leben normalerweise in Ihrem Haushalt? Rechnen Sie sich mit ein.

..... Personen

INT: Untermieter, Pensionäre, Au Pair, Hausangestellte gelten auch als Haushaltsmitglieder, sofern sie:

1. bei Ihnen (in Ihrem Haus / Ihrer Wohnung) wohnen UND
2. mindestens eine Hauptmahlzeit pro Tag bei Ihnen zu Hause einnehmen UND
3. keinen eigenen Telefonanschluss haben.

Kinder, die zu Studienzwecken anderswo wohnen und nur am Wochenende zurückkehren, werden hingegen nicht dazu gezählt.

S2

Darf ich Sie fragen, wie alt Sie sind?

S3

INT: Geschlecht der befragten Person eingeben (nur im Zweifelsfalle fragen).

Mann 1
 Frau..... 2

S4

Sind Sie in der Schweiz stimm- und wahlberechtigt?

ja 1
 nein 2
 ---> bei nein Abbruch!

Q1.

Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?

Fühlen Sie sich:

sehr sicher	1
eher sicher	2
eher unsicher	3
ganz unsicher	4

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht	8
keine Antwort	9

Q2.

Sicherheit ist ein ziemlich umfassender Begriff, der viele Aspekte hat. Einige davon lese ich Ihnen gleich vor. Bitte entscheiden Sie, wie wichtig jeder Aspekt für Sie persönlich ist. Benutzen Sie dazu bitte diese Skala. Der Wert 1 bedeutet «völlig unwichtig», der Wert 10 «ausserordentlich wichtig». Mit den Werten dazwischen können Sie ihre Meinung abstufen.

ausserordentlich wichtig	10
.	9
.	8
.	7
.	6
.	5
.	4
.	3
.	2
völlig unwichtig	1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht	98
keine Antwort	99

(REIHENFOLGE A – N ZUFALLSVARIIEREN)

- a) Sicherheit des Arbeitsplatzes
- b) Militärische Sicherheit
- c) Soziale Sicherheit (z.B. AHV oder Arbeitslosenversicherung)
- d) Sicherheit des Einkommens
- e) Ökologische Sicherheit, also Umweltschutz
- f) Sicherheit vor Verbrechen und Kriminalität
- g) Sicherheit vor Terrorismus
- h) Verkehrssicherheit
- i) Sicherheit der demokratischen Grundrechte
- j) Gute, sichere familiäre Beziehungen, Geborgenheit

- k) Ruhe und Ordnung
- l) Schutz vor Gewalt
- m) Schutz vor Drogenmissbrauch
- n) Gesicherte Gesundheitsversorgung

Q3.

Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

NICHT RANDOM!!!

Für unsere Sicherheit ist es wichtig,....

- A ... wenn wir Ausländer bei uns leichter als heute einbürgern könnten.
- B ...dass wir den Ausländeranteil in der Schweiz unter Kontrolle halten.
- C ...dass wir den Terrorismus mit allen Mitteln bekämpfen, auch wenn dabei unsere persönliche Freiheit eingeschränkt werden muss.
- D ...dass auf Flughäfen zusätzliche Kontrollen von Reisegepäck durchgeführt werden.
- E ...dass die Polizeipräsenz in Wohnquartieren und einzelnen Stadtgegenden erhöht wird.
- F ...dass bei allen öffentlichen Gebäuden die Eingangskontrolle deutlich verschärft wird.
- G ...dass auf öffentlichen Plätzen und in öffentlichen Verkehrsmitteln vermehrt Überwachungen per Video stattfinden.
- H ...dass wir Geldflüsse von Terroristen kontrollieren und deshalb unser Bankgeheimnis für die Fahnder lockern.
- I ...dass es erlaubt ist, vermehrt Telefonate abzuhören.
- J ...dass der Staat die Fingerabdrücke und andere biometrischen Daten der Bevölkerung erfasst.
- K ...dass der Staat über verdächtige Personen Daten sammeln kann.
- L ...dass Personen auch auf den blossen Verdacht hin, dass sie eine Tat planen, verhaftet und vorsorglich eingesperrt werden können.

Q4.

Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten 5 Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird? Oder bleibt sie in etwa so, wie sie heute ist?

- eher besser und entspannter 3
- bleibt etwa so wie heute..... 2
- eher düsterer und gespannter..... 1

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht/..... 8
- keine Antwort..... 9

Q5.

Wie sehen Sie die nähere Zukunft – etwa die nächsten fünf Jahre – für die Schweiz? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?

- sehr optimistisch..... 1
- eher optimistisch..... 2
- eher pessimistisch..... 3
- sehr pessimistisch..... 4

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht/ 8
- keine Antwort..... 9

Q6.

Glauben Sie, dass der Terrorismus eine Gefahr für unser Land darstellt?

- Ja 1
- Eher ja 2
- Eher nein 3
- Nein..... 4

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht/ 8
- keine Antwort..... 9

Q7.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen zum Staat und zur Politik? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

- sehr einverstanden 1
- eher einverstanden 2
- eher nicht einverstanden 3
- gar nicht einverstanden..... 4

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht 8
- keine Antwort..... 9

(Reihenfolge A - C zufallsvariieren)

- A) Der Staat sollte die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger garantieren, auch wenn dies auf Kosten der persönlichen Freiheit geht.

- B) Wenn ich wählen müsste, so wäre mir meine persönliche Freiheit letztlich wichtiger als meine persönliche Sicherheit.
- C) In der Schweiz sind wir bald soweit, dass sich der Staat überall einmischt, alles reglementiert und die Freiheit des Einzelnen verloren geht.

Q8.

Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?

Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

- sehr einverstanden 1
- eher einverstanden 2
- eher nicht einverstanden 3
- gar nicht einverstanden 4

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht 8
- keine Antwort 9

(REIHENFOLGE A - N ZUFALLSVARIIEREN)

- A Die Schweiz sollte sich aktiv an der europäischen Integration beteiligen und der EU ohne Vorbehalte beitreten.
- B Die Schweiz sollte sich mehr als bisher der EU politisch annähern.
- C Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.
- D Die Schweiz sollte ihren Stellenwert als Sitz des Roten Kreuzes mehr ins Spiel bringen.
- E Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.
- F Die Schweiz sollte mehr eine aktive Rolle spielen bei internationalen Konferenzen.
- G Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.
- H Die Schweiz sollte auf ihre Neutralität ganz verzichten.
- I Die Schweiz sollte auch bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.
- J Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.
- K Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben.
- L Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.

- M Die Schweiz sollte einen Sitz im Sicherheitsrat, dem Führungsgremium der UNO, anstreben.
 N Die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen.

Q9.

Was meinen Sie zur Schweizer Armee?

Halten Sie diese für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?

- unbedingt notwendig..... 1
- eher notwendig 2
- eher nicht notwendig..... 3
- überhaupt nicht notwendig 4

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht 8
- keine Antwort 9

Q10.

Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie heute in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?

- Milizarmee auch in Zukunft genügend..... 2
- wir würden eine Berufsarmee brauchen.... 1

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht 8
- keine Antwort 9

Q11.

Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?

- viel zu viel. 1
- zu viel 2
- gerade richtig 3
- zu wenig... 4
- viel zu wenig 5

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht/ 8
- keine Antwort 9

Q12.

Sind Sie damit einverstanden, dass Schweizer Soldaten, die sich freiwillig zur Verfügung stellen, ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen? Bitte wählen Sie die Antwortmöglichkeit, die am besten auf Sie zutrifft:

(NUR 1 ANTWORT)

- A Ja, aber nur unbewaffnet und für Unterstützungsaufgaben (wie z.B. medizinische Versorgung) ODER
- B Ja, zum Selbstschutz bewaffnet für die Aufrechterhaltung vom Frieden ODER
- C Ja, auch Kampfeinsätze zur Wiederherstellung des Friedens ODER
- D Nein, ich bin überhaupt nicht einverstanden, dass Schweizer Soldaten ausserhalb vom Land zum Einsatz kommen.

[INT. NICHT VORLESEN]

- E weiss nicht/ 8
- F keine Antwort 9

Q13.

Nun haben wir noch ein paar Aussagen zu möglichen Kriegsbedrohungen und zur Sicherheit unseres Landes. Bitte sagen Sie uns zu jeder Behauptung, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind oder ob Sie sie sehr oder eher ablehnen.

- sehr einverstanden 1
- eher einverstanden 2
- eher nicht einverstanden 3
- gar nicht einverstanden 4

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht 8
- keine Antwort 9

(REIHENFOLGE A - G BEIBEHALTEN, ABER NICHT IMMER MIT DEMSELBEN ITEM BEGINNEN)

- A Auch die Schweizer Armee muss helfen den internationalen Terror zu bekämpfen. Nur so können wir uns schützen.
- B Wie sollten unsere Milizarmee nur für den Kriegsfall und nur für die Landesverteidigung einsetzen und nicht für andere Zwecke.
- C Wenn wir die Armee ins Ausland schicken, steigt deswegen die Terrorgefahr in der Schweiz.
- D Unsere Armee sollte heute mehr können, als nur das Land zu verteidigen.
- E Terroristen, die einen Anschlag auf ein Land planen, ist es egal, ob dieses Land neutral ist oder nicht.

- F Wenn wir Schweizer Militär zur Friedenserhaltung ins Ausland schicken, so kommen weniger Asylsuchende aus diesen Gegenden zu uns.
 G Die Neutralität schützt uns vor terroristischen Anschlägen.

Q14.

Könnten Sie sich vorstellen, dass Schweizer Soldaten ihren WK im Ausland absolvieren. Sagen Sie mir bitte, ob Sie sich das sehr gut, gut, eher nicht oder gar nicht vorstellen könnten.

- könnte ich mir sehr gut vorstellen 1
 könnte ich mir gut vorstellen 2
 könnte ich mir eher nicht vorstellen 3
 könnte ich mir gar nicht vorstellen 4

[INT NICHT VORLESEN]

- weiss nicht 8
 keine Angabe 9

Q15.

Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte.

Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

- sehr einverstanden 1
 eher einverstanden 2
 eher nicht einverstanden 3
 gar nicht einverstanden 4

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht 8
 keine Antwort 9

(REIHENFOLGE A - J ZUFALLSVARIIEREN)

- A Die Schweiz sollte der Uno Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen
 B Die Schweiz sollte eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee unterhalten
 C Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten
 D Die Schweiz sollte ihre Armee verkleinern
 E Die Schweiz sollte beim Aufbau einer europäischen Armee mitmachen
 F Die Schweiz sollte sich der Nato annähern
 G Die Schweiz sollte der Nato beitreten
 H Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen

I Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen.

J Unsere nationale Sicherheit wird immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt.

Q16.

Man kann verschiedene Meinungen zum Militär haben. Hier sind einige Behauptungen. Sagen Sie mir bitte zu jeder, wie sehr Sie mit ihr einverstanden bzw. nicht einverstanden sind.

- sehr einverstanden 1
- eher einverstanden..... 2
- eher nicht einverstanden..... 3
- gar nicht einverstanden 4

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht 8
- keine Antwort..... 9

(REIHENFOLGE A-D ZUFALLSVARIIEREN)

- A Der Militärdienst fördert den Gemeinschaftssinn und das Verantwortungsbewusstsein für öffentliche Belange.
- B Eigentlich wird man erst in der Rekrutenschule wirklich zum Mann.
- C Auch heute verkörpert die Armee in besonderem Masse den Willen der Schweiz zur Freiheit und Unabhängigkeit.
- D Unsere Armee braucht Übungsplätze, auch wenn dabei in unserem dicht besiedelten Land die Anwohner durch den Lärm manchmal gestört werden.

Q17.

Heute stehen rund 200 Schweizer Soldaten im militärischen Auslandseinsatz für die Sicherung des Friedens, die meisten davon im Kosovo. Man denkt daran, die Zahl von Soldaten, die freiwillig im Ausland eingesetzt werden können, auf 500 zu erhöhen.

Wie sehen Sie das? Sind Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?

- sehr einverstanden 1
- eher einverstanden..... 2
- eher nicht einverstanden..... 3
- gar nicht einverstanden 4

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht 8
- keine Antwort..... 9

Q18.

Einmal angenommen, in der Nähe Ihres Wohnortes sollte ein Übungsplatz für die Armee errichtet werden. Auf dem Gelände wird NICHT geschossen, aber es ist damit zu rechnen, dass Soldaten in Ihrem Wohnort vermehrt zu sehen sein werden. Würden Sie der Errichtung des Übungsplatzes ohne weiteres zustimmen, oder nur mit Vorbehalten zustimmen, ihn eher ablehnen, oder ihn ganz und gar ablehnen?

- ohne weiteres zustimmen 1
- nur mit Vorbehalten zustimmen..... 2
- eher ablehnen..... 3
- ganz und gar ablehnen 4

[INT NICHT VORLESEN]

- weiss nicht 8
- keine Angabe 9

Q19.

Zwei Personen diskutieren: A sagt: «Landesverteidigung ist eine nationale Aufgabe, die jede und jeden von uns angeht.»

B sagt: «Landesverteidigung mag eine notwendige Sache sein, aber ich will persönlich damit möglichst wenig zu tun haben.» Welcher stimmen Sie völlig oder eher zu?

- stimme A völlig zu 1
- stimme A eher zu 2
- stimme B eher zu 3
- stimme B völlig zu 4
- ich kann weder A noch B zustimmen 5

[INT NICHT VORLESEN]

- weiss nicht 8
- keine Antwort..... 9

Q20.

In letzter Zeit wird die Idee diskutiert, die obligatorische Militärdienstpflicht in eine allgemeine obligatorische Dienstpflicht, umzuwandeln. Bei dieser müssen die jungen Männer zwischen Militärdienst, Zivildienst oder Sozialdienst wählen. Was halten Sie von dieser Idee? Finden Sie diese...

- sehr gut 1
- eher gut..... 2
- eher schlecht 3
- sehr schlecht 4

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht 8
- keine Antwort..... 9

Q21.

Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen.

Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?

Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden	1
eher einverstanden.....	2
eher nicht einverstanden.....	3
gar nicht einverstanden	4

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht	8
keine Antwort.....	9

[AUSSAGEN A BIS H ZUFALLSVARIIEREN]

- A Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.
- B Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.
- C Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.
- D Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten.
- E Die bewaffnete Neutralität der Schweiz trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.
- F Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.
- G Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.
- H Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.

Q22.

Nächstes Jahr findet in der Schweiz und in Österreich die Fussball EM statt. Zur Unterstützung der Polizei werden 15'000 Soldaten aufgeboten. Welches ist Ihre Meinung zu diesem Einsatz?

Finden Sie dies sehr richtig, eher richtig, eher falsch oder sehr falsch?

sehr richtig	1
eher richtig	2
eher falsch.....	3
sehr falsch	4

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht.....	8
keine Angabe.....	9

Q23.

Weil die Schweiz nicht genügend Polizisten hat für die Sicherheit an der Euro 08 sollen Polizisten aus dem Ausland die Schweizer Polizei verstärken. Sind Sie mit dem sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?

- sehr einverstanden 1
- eher einverstanden 2
- eher nicht einverstanden 3
- gar nicht einverstanden 4

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht 8
- keine Antwort 9

Q24.

Was würden Sie sagen: Ist Ihre persönliche Sicherheit nach der Serie von Terroranschlägen in letzter Zeit eher mehr gefährdet als vorher, etwa gleich gefährdet als vorher, eher weniger gefährdet als vorher oder war Ihre Sicherheit gar nie gefährdet?

- eher mehr gefährdet als vorher 1
- etwa gleich gefährdet wie vorher 2
- eher weniger gefährdet als vorher 3
- meine Sicherheit war gar nie gefährdet 4

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht 8
- keine Antwort 9

Q25.

Wie stehen Sie zu dieser Aussage: Mein Freundes- und Bekanntenkreis ist seit der Häufung von Terroranschlägen in der Welt ängstlicher geworden.

Würden Sie sagen, das trifft völlig zu, trifft eher zu, trifft eher nicht zu oder trifft gar nicht zu?

- trifft völlig zu 1
- trifft eher zu 2
- trifft eher nicht zu 3
- trifft gar nicht zu 4

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht 8
- keine Antwort 9

Q26.

Ich nenne Ihnen zum Schluss einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, ob diese Ihr Vertrauen geniessen oder nicht. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte anhand einer 10er Notenskala, 10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen geniess, 1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen bekommt. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft benoten.

(NUR 1 ANTWORT PRO ZEILE)

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
überhaupt										volles
kein Vertrauen										Vertrauen

[INT. NICHT VORLESEN]

keine Antwort.....99

(REIHENFOLGE A - H ZUFALLSVARIIEREN)

Wie ist das mit ...

- A dem Bundesrat
- B dem Parlament in Bern
- C den Gerichten
- D der Polizei
- E der Armee
- F den Medien
- G der Schweizer Wirtschaft
- H den politischen Parteien

Q27.

Wie häufig haben Sie das Gefühl, die Politik versage in entscheidenden Dingen?

- meistens 1
- ab und zu 2
- selten 3
- nie 4

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht 8
keine Antwort.....9

Q28.

Welches ist die höchste Schule, die Sie besucht haben?

Primarschule	1
Sekundar-/Real-/Bezirksschule.....	2
Berufsschule/Gewerbeschule/KV	3
Mittelschule/Gymnasium	4
Technikum/Fachhochschule/Seminar/Hochschule/Uni, Poly/ETH/HWV	5
andere	6
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht	8
keine Antwort	9

Q29.

Welches ist Ihre Muttersprache, d.h. die Sprache, in der Sie normalerweise denken?

Deutsch	1
Französisch	2
Italienisch	3
Rätoromanisch.....	4
andere Sprache.....	5
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht	8
keine Antwort.....	9

Q30.

Sind Sie im Militär eingeteilt oder eingeteilt gewesen?

INT: Vorlesen

Ja, <u>bin</u> im Militär eingeteilt.....	1
Ja, <u>war</u> im Militär eingeteilt	2
Nein, nicht im Militär eingeteilt (gewesen)	3

[INT. NICHT VORLESEN]

keine Antwort	9
---------------------	---

Q31.

»Links, Mitte und Rechts“ sind Begriffe, die häufig gebraucht werden, um politische Ansichten und Einstellungen zu charakterisieren. Können Sie mir sagen, wo Sie selber auf einer Skala von 0 (ganz links) bis 10 (ganz rechts) etwa stehen?

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
ganz										ganz
links										rechts
keine Angabe										99

BESTEN DANK FÜR DAS INTERVIEW!

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 1

Q1. Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit? Fühlen Sie sich:

	Total		Region		Geschlecht		Alter				Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	DCH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	575	625	169	679	352	162	700	269	224	662	294		
4 = sehr sicher	294	312	26.3	32.9	26.2	32.0	29.3	28.4	38.9	29.6	23.8	26.3	28.3	34.4		
3 = eher sicher	56.1	55.3	56.8	54.8	57.3	62.1	59.2	47.2	52.5	55.9	62.1	52.2	56.3	58.5		
2 = eher unsicher	12.8	11.9	15.1	11.1	14.4	4.1	10.2	22.2	7.4	12.7	13.4	19.6	13.6	5.8		
1 = ganz unsicher	1.6	1.5	1.8	1.2	1.9	1.8	1.3	2.0	1.2	1.7	0.7	1.8	1.6	1.4		
weiss nicht / keine Antwort	0.1	0.1	-	-	0.2	-	-	0.3	-	0.1	-	-	0.1	-		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert	3.13	3.16	3.08	3.19	3.08	3.24	3.16	3.02	3.29	3.13	3.09	3.03	3.11	3.26		

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 2

Q2_1. Sicherheit ist ein ziemlich umfassender Begriff, der viele Aspekte hat. Einige davon lese ich Ihnen gleich vor. Bitte entscheiden Sie, wie wichtig jeder Aspekt für Sie persönlich ist. Benutzen Sie dazu bitte diese Skala. Der Wert 1 bedeutet "völlig unwichtig", der Wert 10 "ausserordentlich wichtig". Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

a) Sicherheit des Arbeitsplatzes

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	575	625	169	679	352	162	700	269	224	662	294	
10 = ausserordentlich wichtig	35.5	37.8	29.5	30.0	28.3	30.2	36.1	36.9	29.6	35.4	37.2	43.8	38.9	21.4	
9	11.0	11.7	7.7	9.6	12.3	16.0	10.5	9.7	11.1	11.4	10.8	10.7	10.7	11.9	
8	23.0	23.1	24.2	24.9	21.3	27.8	24.6	17.6	25.3	24.0	21.6	17.4	23.0	27.2	
7	11.1	11.2	11.6	12.7	9.6	13.6	11.6	8.8	13.6	10.4	11.9	9.8	10.0	14.6	
6	6.1	4.6	10.2	8.0	3.7	7.7	5.7	6.0	10.5	5.0	6.3	3.6	5.0	10.5	
5	6.3	6.6	5.3	6.0	7.3	1.8	7.1	6.8	6.2	6.1	6.7	4.9	5.7	8.5	
4	1.5	0.5	4.2	2.1	1.0	0.6	0.9	3.1	1.2	1.6	0.7	1.8	1.3	1.7	
3	1.1	0.3	3.2	0.9	1.3	1.2	1.2	0.9	-	1.3	0.4	2.2	1.0	0.3	
2	0.9	0.7	1.4	2.0	1.4	-	0.9	1.4	1.2	0.6	0.7	0.4	0.9	1.4	
1 = völlig unwichtig	2.2	1.8	2.8	4.0	2.6	0.6	1.5	4.3	0.6	2.7	1.5	3.6	2.3	0.7	
weiss nicht / keine Antwort	1.4	1.6	-	6.0	1.6	0.6	-	4.5	0.6	1.4	2.2	1.8	1.2	1.7	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	8.08	8.27	7.58	7.75	8.39	8.30	8.13	7.87	8.01	8.08	8.21	8.21	8.19	7.72	

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 3

Q2. 2. Sicherheit ist ein ziemlich umfassender Begriff, der viele Aspekte hat. Einige davon lese ich Ihnen gleich vor. Bitte entscheiden Sie, wie wichtig jeder Aspekt für Sie persönlich ist. Benutzen Sie dazu bitte diese Skala. Der Wert 1 bedeutet "völlig unwichtig", der Wert 10 "ausserordentlich wichtig". Mit den Werten dazwischen können Sie ihre Meinung abstufen.

b) Militärische Sicherheit

	Total		Region		Geschlecht		Alter				Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294	
10 = ausserordentlich wichtig	13.0	13.4	12.3	10.0	12.3	13.6	11.8	7.8	23.6	4.9	11.7	19.3	21.0	12.8	7.5	
9	5.0	5.1	4.2	8.0	5.6	4.5	2.4	4.9	6.5	3.1	4.6	7.1	7.1	4.4	4.8	
8	16.5	16.8	14.7	22.0	14.4	18.4	12.4	15.0	21.3	5.6	18.1	20.1	16.5	18.5	11.9	
7	10.7	10.8	10.2	12.0	10.4	10.9	10.7	12.2	7.7	4.3	11.3	14.9	9.4	11.9	8.8	
6	10.9	11.1	9.8	14.0	11.1	10.7	7.7	11.2	11.9	9.9	11.6	10.8	5.4	11.7	13.3	
5	17.8	18.4	17.9	6.0	17.0	18.4	18.3	18.9	15.3	19.8	18.9	13.0	15.6	18.2	18.4	
4	6.3	5.7	8.4	6.0	8.0	4.8	9.5	7.5	2.6	7.4	6.9	4.1	3.1	5.9	9.9	
3	5.4	5.7	4.9	4.0	5.6	5.3	5.3	6.9	2.6	13.6	4.4	4.1	4.9	5.7	5.1	
2	5.6	5.5	5.3	8.0	6.3	5.0	8.3	6.9	1.7	13.6	5.0	3.0	3.6	4.7	9.2	
1 = völlig unwichtig	7.5	6.8	9.8	6.0	8.3	6.7	12.4	8.2	3.7	17.3	6.6	2.2	8.9	5.7	10.5	
weiss nicht / keine Antwort	1.3	0.8	2.5	4.0	0.9	1.8	1.2	0.4	3.1	0.6	1.0	1.5	4.5	0.6	0.7	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	6.04	6.10	5.81	6.29	5.89	6.19	5.41	5.64	7.14	4.27	6.10	6.98	6.55	6.19	5.34	

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 4

Q2_3. Sicherheit ist ein ziemlich umfassender Begriff, der viele Aspekte hat. Einige davon lese ich Ihnen gleich vor. Bitte entscheiden Sie, wie wichtig jeder Aspekt für Sie persönlich ist. Benutzen Sie dazu bitte diese Skala. Der Wert 1 bedeutet "völlig unwichtig", der Wert 10 "ausserordentlich wichtig". Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.
 c) Soziale Sicherheit (z.B. AHV oder Arbeitslosenversicherung)

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
10 = ausserordentlich wichtig	40.9	42.9	33.7	48.0	33.9	47.4	33.1	39.8	46.9	41.4	42.0	36.4	51.8	43.4	26.9
9	14.6	15.7	10.9	16.0	15.3	13.9	21.3	13.7	13.1	17.3	14.1	14.9	14.3	13.5	17.3
8	22.7	22.9	23.2	16.0	24.3	21.1	26.0	22.7	21.0	22.2	22.4	25.7	17.0	21.8	28.9
7	9.8	9.4	11.9	4.0	11.5	8.2	8.3	10.9	8.2	8.0	10.7	9.3	8.9	8.5	13.3
6	4.6	3.8	7.0	4.0	6.1	3.2	4.1	5.2	3.7	4.3	3.4	6.7	2.7	3.8	7.8
5	3.4	2.7	5.3	6.0	3.1	3.7	3.6	4.0	2.3	3.1	3.1	4.1	2.2	4.3	2.4
4	1.3	0.9	1.4	6.0	1.6	1.0	0.6	1.2	1.7	0.6	1.7	0.7	0.9	1.5	1.0
3	1.3	0.8	3.2	-	1.7	1.0	1.8	1.3	1.1	1.2	1.1	1.5	0.9	1.3	1.7
2	0.7	0.5	1.4	-	1.4	-	-	0.9	0.6	1.2	0.6	-	0.9	0.7	0.3
1 = völlig unwichtig	0.8	0.5	1.8	-	1.0	0.5	1.2	0.4	1.1	0.6	0.6	0.7	0.4	1.2	-
weiss nicht / keine Antwort	0.1	-	0.4	-	-	0.2	-	-	0.3	-	0.1	-	-	-	0.3
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	8.46	8.63	7.94	8.58	8.19	8.71	8.41	8.40	8.61	8.54	8.51	8.37	8.80	8.46	8.20

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 5

Q2_4. Sicherheit ist ein ziemlich umfassender Begriff, der viele Aspekte hat. Einige davon lese ich Ihnen gleich vor. Bitte entscheiden Sie, wie wichtig jeder Aspekt für Sie persönlich ist. Benutzen Sie dazu bitte diese Skala. Der Wert 1 bedeutet "völlig unwichtig", der Wert 10 "ausserordentlich wichtig". Mit den Werten dazwischen können Sie ihre Meinung abstufen.
d) Sicherheit des Einkommens

	Total	Region		Geschlecht		Alter				Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH 2-4	F-CH 1	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
10 = ausserordentlich wichtig	33.5	37.1	23.5	28.0	26.6	39.8	31.4	32.0	37.5	24.7	33.3	36.1	44.6	35.9	19.4
9	12.7	14.0	7.7	18.0	12.5	12.8	15.4	13.8	9.1	13.6	13.7	11.5	10.7	12.6	14.3
8	25.3	24.5	29.1	18.0	26.1	24.6	28.4	23.9	26.7	25.9	24.4	30.1	19.2	24.8	31.3
7	12.3	10.6	17.2	14.0	15.7	9.3	14.8	13.0	9.9	14.2	12.7	10.0	10.3	11.3	16.3
6	6.0	6.2	5.3	6.0	6.8	5.3	4.7	7.1	4.5	9.9	5.6	4.8	2.2	6.6	7.5
5	6.4	5.1	10.2	8.0	7.7	5.3	3.6	6.5	7.7	7.4	7.0	4.5	6.3	6.0	7.5
4	1.4	0.7	3.9	-	2.1	0.8	1.2	1.6	1.1	3.1	0.9	0.7	1.8	1.0	2.0
3	0.4	0.5	-	2.0	0.5	0.3	-	0.3	0.9	-	0.6	-	0.4	0.4	0.3
2	0.6	0.1	1.8	2.0	0.7	0.5	-	0.9	0.3	-	0.4	1.1	1.3	0.4	0.3
1 = völlig unwichtig	1.0	0.8	1.4	2.0	1.2	0.8	0.6	0.9	1.4	1.2	1.0	0.7	2.7	0.7	0.3
weiss nicht / keine Antwort	0.3	0.3	-	2.0	0.2	0.5	-	0.1	0.9	-	0.4	0.4	0.4	0.1	0.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	8.18	8.39	7.61	7.88	7.90	8.44	8.34	8.12	8.22	7.86	8.20	8.36	8.30	8.28	7.85

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 6

Q2_5. Sicherheit ist ein ziemlich umfassender Begriff, der viele Aspekte hat. Einige davon lese ich Ihnen gleich vor. Bitte entscheiden Sie, wie wichtig jeder Aspekt für Sie persönlich ist. Benutzen Sie dazu bitte diese Skala. Der Wert 1 bedeutet "völlig unwichtig", der Wert 10 "ausserordentlich wichtig". Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

e) Ökologische Sicherheit, also Umweltschutz

	Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
		F-OH		Frau		30-59			Mitte			niedrig			
		D-CH 2-4	1	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
10 = ausserordentlich wichtig	35.3	35.4	34.0	40.0	25.9	43.8	28.4	35.2	38.6	48.1	33.4	28.6	43.3	35.5	28.6
9	12.1	13.2	9.8	6.0	12.0	12.2	18.3	12.4	8.5	16.7	12.0	9.3	11.6	11.7	13.3
8	23.9	23.9	24.2	22.0	25.6	22.4	22.5	24.3	23.9	20.4	26.3	21.6	21.9	23.6	26.2
7	13.2	14.2	10.2	12.0	16.7	9.9	17.2	14.0	9.7	8.0	13.4	17.5	8.5	13.3	16.3
6	5.0	5.1	4.9	4.0	6.1	4.0	4.7	4.6	6.0	3.1	4.9	7.4	4.0	4.4	7.1
5	6.0	4.4	10.2	10.0	7.8	4.3	5.3	5.6	7.1	0.6	6.3	7.8	6.7	6.3	4.8
4	1.8	1.5	2.5	4.0	2.1	1.6	0.6	1.5	3.1	0.6	1.9	3.0	1.3	2.2	1.4
3	0.7	0.7	0.4	2.0	0.9	0.5	0.6	0.6	0.9	0.6	0.7	0.7	0.4	0.6	1.0
2	0.9	0.8	1.4	-	1.4	0.5	1.2	1.0	0.6	0.6	0.7	1.5	0.9	1.0	0.7
1 = völlig unwichtig	1.0	0.7	2.1	-	1.4	0.6	1.2	0.7	1.4	0.6	0.4	2.6	0.4	1.3	0.7
weiss nicht / keine Antwort	0.2	0.1	0.4	-	0.2	0.2	-	0.1	0.3	0.6	-	-	0.9	-	-
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	8.18	8.27	7.93	8.10	7.81	8.53	8.12	8.23	8.13	8.84	8.19	7.68	8.46	8.15	8.06

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 7

Q2.6. Sicherheit ist ein ziemlich umfassender Begriff, der viele Aspekte hat. Einige davon lese ich Ihnen gleich vor. Bitte entscheiden Sie, wie wichtig jeder Aspekt für Sie persönlich ist. Benutzen Sie dazu bitte diese Skala. Der Wert 1 bedeutet "völlig unwichtig", der Wert 10 "ausserordentlich wichtig". Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.
 f) Sicherheit vor Verbrechen und Kriminalität

	Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH 2-4	F-CH 1	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	679	352	162	700	269	224	682	294
10 = ausserordentlich wichtig	42.3	44.2	36.1	44.0	33.9	49.9	40.9	46.0	27.8	43.6	44.2	54.9	43.8	28.9
9	10.9	11.8	7.7	14.0	10.8	11.0	14.2	8.5	10.5	10.3	13.8	8.9	10.0	14.6
8	21.6	21.6	23.5	10.0	25.0	18.4	21.9	18.5	27.2	21.0	21.9	13.8	22.0	26.5
7	9.1	8.8	9.5	12.0	11.1	7.2	8.9	6.8	11.7	8.4	11.2	4.5	8.4	14.3
6	6.2	5.5	7.4	10.0	7.7	4.8	9.5	5.7	10.5	6.4	2.2	4.5	6.2	7.5
5	6.4	5.2	9.8	8.0	7.0	5.9	3.6	8.8	8.6	7.1	3.0	5.8	6.5	6.8
4	1.6	1.6	1.8	-	2.1	1.1	0.6	1.0	1.9	1.0	2.2	3.6	1.3	0.7
3	0.9	0.3	2.5	2.0	1.0	0.8	0.6	0.7	0.6	1.1	0.4	1.8	1.0	-
2	0.3	0.1	1.1	-	0.5	0.2	0.6	0.4	-	0.3	0.4	1.3	0.1	-
1 = völlig unwichtig	0.7	0.7	0.7	-	0.9	0.5	0.6	0.6	0.6	0.7	0.7	0.4	0.7	0.7
weiss nicht / keine Antwort	0.1	0.1	-	-	-	0.2	-	0.3	-	-	-	0.4	-	-
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	8.37	8.51	7.96	8.36	8.09	8.64	8.42	8.39	7.89	8.38	8.59	8.54	8.41	8.15

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 8

Q2_7_Sicherheit ist ein ziemlich umfassender Begriff, der viele Aspekte hat. Einige davon lese ich Ihnen gleich vor. Bitte entscheiden Sie, wie wichtig jeder Aspekt für Sie persönlich ist. Benutzen Sie dazu bitte diese Skala. Der Wert 1 bedeutet "völlig unwichtig", der Wert 10 "ausserordentlich wichtig". Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.
g) Sicherheit vor Terrorismus

	Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
		F-OH		Frau		30-59			Mitte			niedrig			
		D-CH 2-4	1	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
10 = ausserordentlich wichtig	36.8	38.3	30.9	46.0	30.1	43.0	33.1	35.5	41.2	19.1	39.9	36.8	50.0	38.7	22.4
9	7.2	8.0	4.2	10.0	6.8	7.5	7.7	6.6	8.0	8.6	6.3	8.6	8.0	7.3	6.1
8	18.0	17.9	19.3	12.0	19.5	16.6	17.8	19.1	15.9	16.7	17.4	21.9	8.5	19.2	22.4
7	9.3	9.2	9.8	8.0	11.0	7.8	11.2	8.7	9.7	10.5	9.6	8.9	8.0	8.9	11.2
6	7.7	7.4	9.5	2.0	8.5	6.9	10.1	8.0	6.0	10.5	7.7	7.1	5.8	6.7	11.2
5	10.5	9.7	13.0	10.0	12.0	9.1	9.5	10.5	11.1	14.2	10.7	7.4	9.4	10.1	12.2
4	3.5	3.2	4.2	4.0	4.2	2.9	3.0	4.1	2.6	4.9	3.1	3.3	3.1	2.9	5.1
3	2.4	2.5	1.8	4.0	2.8	2.1	3.0	2.5	2.0	7.4	1.4	2.2	1.3	2.5	3.1
2	1.8	1.8	2.1	-	2.4	1.3	1.2	2.4	1.1	1.9	1.7	2.2	2.2	0.9	3.7
1 = völlig unwichtig	2.2	1.4	4.2	4.0	2.4	1.9	3.6	2.2	1.4	4.3	2.0	1.1	2.7	2.1	2.0
weiss nicht / keine Antwort	0.6	0.5	1.1	-	0.3	0.8	-	0.4	1.1	1.9	0.1	0.4	0.9	0.6	0.3
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	7.72	7.85	7.30	7.96	7.40	8.02	7.56	7.63	7.99	6.72	7.85	7.91	8.09	7.88	7.08

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 9

Q2.8. Sicherheit ist ein ziemlich umfassender Begriff, der viele Aspekte hat. Einige davon lese ich Ihnen gleich vor. Bitte entscheiden Sie, wie wichtig jeder Aspekt für Sie persönlich ist. Benutzen Sie dazu bitte diese Skala. Der Wert 1 bedeutet "völlig unwichtig", der Wert 10 "ausserordentlich wichtig". Mit den Werten dazwischen können Sie ihre Meinung abstimmen.

h) Verkehrssicherheit

	Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
		D-CH 2,4	F-CH 1	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
10 = ausserordentlich wichtig	30.6	32.7	25.3	24.0	20.9	39.5	26.0	30.9	32.1	24.1	32.0	29.0	42.0	32.3	16.0
9	12.3	11.3	14.4	16.0	10.6	13.8	18.3	11.6	10.5	17.3	11.9	10.8	12.9	13.0	9.9
8	24.4	23.5	27.4	24.0	26.8	22.2	17.8	23.9	28.7	25.3	22.0	30.9	17.4	26.1	25.9
7	13.3	14.6	9.8	12.0	17.4	9.6	17.8	13.1	11.6	8.0	15.7	12.3	10.7	11.4	19.7
6	7.9	7.3	10.2	6.0	10.3	5.8	8.9	8.2	6.8	6.8	8.4	6.3	8.5	6.0	11.9
5	7.7	7.3	7.4	16.0	8.9	6.6	6.5	8.0	7.7	10.5	7.1	7.8	5.4	8.1	8.5
4	1.6	1.3	2.8	-	2.3	1.0	2.4	1.8	0.9	3.1	1.0	1.5	0.4	1.3	3.1
3	0.9	0.7	1.4	2.0	1.2	0.6	1.8	0.7	0.9	0.6	1.0	0.4	0.9	1.2	0.3
2	0.6	0.7	0.4	-	0.9	0.3	0.6	0.9	-	2.5	0.1	0.7	0.9	-	1.7
1 = völlig unwichtig	0.5	0.5	0.7	-	0.9	0.2	-	0.9	-	1.2	0.6	-	0.4	0.6	0.3
weiss nicht / keine Antwort	0.3	0.2	0.4	-	-	0.5	-	-	0.9	0.6	0.1	0.4	0.4	-	0.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	8.03	8.10	7.87	7.82	7.61	8.42	7.93	7.98	8.19	7.73	8.08	8.08	8.39	8.15	7.50

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 10

Q2_9. Sicherheit ist ein ziemlich umfassender Begriff, der viele Aspekte hat. Einige davon lese ich Ihnen gleich vor. Bitte entscheiden Sie, wie wichtig jeder Aspekt für Sie persönlich ist. Benutzen Sie dazu bitte diese Skala. Der Wert 1 bedeutet "völlig unwichtig", der Wert 10 "ausserordentlich wichtig". Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

j) Sicherheit der demokratischen Grundrechte

	Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH 2-4	F-CH 1	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
10 = ausserordentlich wichtig	38.6	38.3	36.8	36.0	41.1	32.0	38.0	42.9	51.2	36.6	37.9	38.8	38.1	39.5
9	12.1	12.4	10.2	18.0	9.9	13.0	11.6	12.5	14.2	12.1	12.6	11.2	12.5	11.9
8	23.4	24.4	21.1	20.0	23.4	26.6	24.0	20.7	16.0	24.0	26.4	17.9	23.5	27.6
7	9.8	10.1	8.4	12.0	10.3	14.8	8.7	9.4	6.2	10.4	10.0	12.1	9.5	8.5
6	5.7	5.8	6.3	-	5.4	4.1	7.2	3.4	4.9	6.0	5.6	4.0	6.0	6.1
5	6.0	5.2	8.1	8.0	5.6	5.9	5.9	6.3	3.7	6.6	3.7	8.0	6.0	4.4
4	1.4	0.5	4.2	2.0	1.9	1.2	1.8	0.9	0.6	1.1	1.9	0.9	1.8	1.0
3	0.7	0.2	1.4	4.0	1.0	0.3	-	0.6	-	1.0	0.4	1.3	0.6	0.3
2	0.7	0.6	1.1	-	1.0	0.3	0.7	0.6	0.6	0.6	0.7	1.3	0.4	0.7
1 = völlig unwichtig	0.7	0.6	1.1	-	0.9	0.5	-	0.9	1.9	0.6	0.4	1.3	0.7	-
weiss nicht / keine Antwort	1.1	1.0	1.4	-	0.2	1.9	1.8	0.4	0.6	1.0	0.4	3.1	0.9	-
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	8.33	8.44	8.01	8.26	8.42	8.28	8.26	8.49	8.71	8.26	8.40	8.18	8.32	8.47

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 11

Q2_10. Sicherheit ist ein ziemlich umfassender Begriff, der viele Aspekte hat. Einige davon lese ich Ihnen gleich vor. Bitte entscheiden Sie, wie wichtig jeder Aspekt für Sie persönlich ist. Benutzen Sie dazu bitte diese Skala. Der Wert 1 bedeutet "völlig unwichtig", der Wert 10 "ausserordentlich wichtig". Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

j) Gute, sichere familiäre Beziehungen, Geborgenheit

	Total	Region		Geschlecht		Alter				Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH 2-4	F-CH 1	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
10 = ausserordentlich wichtig	58.3	62.3	48.8	44.0	48.0	67.8	50.9	58.2	62.2	48.8	60.4	56.9	66.5	62.2	43.2
9	11.5	12.0	8.8	18.0	12.7	10.4	16.0	11.0	10.2	14.8	11.1	11.2	9.4	11.6	12.9
8	16.3	13.5	23.5	22.0	20.7	12.2	18.3	17.2	13.4	21.6	15.1	18.2	9.8	13.3	27.9
7	5.1	4.6	6.3	6.0	7.5	2.9	4.7	5.4	4.5	4.9	5.3	4.8	5.4	4.1	7.1
6	3.1	2.4	4.6	6.0	3.1	3.0	3.6	2.9	3.1	2.5	3.3	3.3	2.2	3.2	3.4
5	3.4	3.4	3.5	4.0	4.7	2.2	3.6	3.7	2.8	6.2	2.9	3.3	2.7	3.7	3.4
4	0.6	0.6	0.7	-	0.9	0.3	2.4	0.1	0.6	0.6	0.3	1.1	1.8	0.1	0.7
3	0.3	0.2	0.4	-	0.3	0.2	-	0.3	0.3	-	0.4	-	-	0.3	0.3
2	0.5	0.2	1.4	-	0.7	0.3	-	0.4	0.9	0.6	0.4	-	0.4	0.7	-
1 = völlig unwichtig	0.7	0.5	1.4	-	0.9	0.5	0.6	0.4	1.1	-	0.6	0.4	1.8	0.6	-
weiss nicht / keine Antwort	0.3	0.2	0.7	-	0.5	0.2	-	0.1	0.9	-	0.1	0.7	-	0.1	1.0
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	8.96	9.09	8.58	8.76	8.66	9.23	8.82	8.97	8.99	8.78	9.02	8.97	9.02	9.04	8.71

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 12

Q2_11_Sicherheit ist ein ziemlich umfassender Begriff, der viele Aspekte hat. Einige davon lese ich Ihnen gleich vor. Bitte entscheiden Sie, wie wichtig jeder Aspekt für Sie persönlich ist. Benutzen Sie dazu bitte diese Skala. Der Wert 1 bedeutet "völlig unwichtig", der Wert 10 "ausserordentlich wichtig". Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

k) Ruhe und Ordnung

	Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau				
		F-OH		Mann		Frau		18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
		D-CH 2-4	1	I-CH 5												
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294	
10 = ausserordentlich wichtig	22.7	20.7	26.7	34.0	18.3	26.7	13.6	20.2	31.8	11.1	22.9	25.3	34.4	22.7	13.6	
9	9.3	9.4	8.4	14.0	9.6	9.1	9.5	9.0	9.9	8.0	9.1	9.7	11.6	8.7	9.2	
8	28.0	29.0	26.0	22.0	30.1	26.1	23.1	29.0	28.4	24.7	27.6	33.1	21.4	30.6	26.9	
7	14.5	15.0	13.0	14.0	15.5	13.6	14.8	16.9	9.7	16.7	14.9	14.9	8.9	13.9	20.1	
6	9.3	9.7	8.8	6.0	10.8	8.0	18.3	7.7	8.2	15.4	9.6	5.9	7.6	8.5	12.6	
5	9.2	9.5	8.8	6.0	8.3	9.9	10.7	9.7	7.4	13.6	9.6	5.6	8.0	9.1	10.2	
4	2.9	2.9	3.2	2.0	3.1	2.7	4.1	3.2	1.7	4.3	2.6	3.0	3.1	2.5	3.7	
3	1.3	1.3	1.1	2.0	1.4	1.1	3.0	1.2	0.6	3.7	1.1	0.4	0.9	1.3	1.4	
2	1.1	1.0	1.4	-	1.2	1.0	0.6	1.2	1.1	0.6	1.6	0.4	1.8	0.7	1.4	
1 = völlig unwichtig	1.4	1.3	2.1	-	1.4	1.4	2.4	1.5	0.9	1.9	0.9	1.9	2.2	1.3	1.0	
weiss nicht / keine Antwort	0.3	0.2	0.7	-	0.3	0.3	-	0.4	0.3	-	0.3	-	-	0.6	-	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	7.60	7.55	7.64	8.20	7.47	7.71	7.02	7.51	8.03	6.90	7.61	7.88	7.89	7.65	7.23	

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 13

Q2_12. Sicherheit ist ein ziemlich umfassender Begriff, der viele Aspekte hat. Einige davon lese ich Ihnen gleich vor. Bitte entscheiden Sie, wie wichtig jeder Aspekt für Sie persönlich ist. Benutzen Sie dazu bitte diese Skala. Der Wert 1 bedeutet "völlig unwichtig", der Wert 10 "ausserordentlich wichtig". Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.
 j) Schutz vor Gewalt

	Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
		D-CH 2-4	F-CH 1	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
10 = ausserordentlich wichtig	44.8	46.5	39.3	46.0	34.3	54.4	41.4	44.8	46.3	41.4	44.3	43.9	53.6	46.9	33.0
9	12.0	12.3	11.6	10.0	12.9	11.2	16.6	11.8	10.2	11.7	12.4	11.9	8.0	11.6	16.0
8	20.4	21.6	16.8	20.0	25.7	15.5	19.5	20.2	21.3	25.9	18.9	24.2	16.5	19.4	25.9
7	8.2	8.3	7.4	10.0	9.7	6.7	10.7	8.2	6.8	9.3	7.9	8.6	8.9	6.7	10.9
6	5.0	3.8	8.1	8.0	6.1	4.0	4.7	5.6	4.0	6.2	5.9	3.0	0.4	5.4	7.5
5	6.1	4.9	10.2	4.0	7.0	5.3	3.6	6.0	7.4	3.1	7.1	4.1	6.7	6.2	5.4
4	1.3	1.3	1.1	2.0	1.4	1.1	1.8	0.7	2.0	0.6	1.4	1.1	1.3	1.6	0.3
3	1.0	0.7	2.1	-	1.2	0.8	1.2	1.2	0.6	0.6	1.0	1.5	0.9	1.2	0.7
2	0.8	0.3	2.1	-	1.0	0.5	-	0.9	0.9	1.2	0.4	1.1	2.2	0.6	-
1 = völlig unwichtig	0.5	0.3	1.1	-	0.7	0.3	0.6	0.4	0.6	-	0.6	0.7	1.3	0.3	0.3
weiss nicht / keine Antwort	0.1	-	0.4	-	-	0.2	-	0.1	-	-	0.1	-	-	0.1	-
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	8.47	8.62	8.01	8.56	8.16	8.76	8.51	8.47	8.46	8.51	8.43	8.49	8.53	8.52	8.33

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 14

Q2_13. Sicherheit ist ein ziemlich umfassender Begriff, der viele Aspekte hat. Einige davon lese ich Ihnen gleich vor. Bitte entscheiden Sie, wie wichtig jeder Aspekt für Sie persönlich ist. Benutzen Sie dazu bitte diese Skala. Der Wert 1 bedeutet "völlig unwichtig", der Wert 10 "ausserordentlich wichtig". Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.
 m) Schutz vor Drogenmissbrauch

	Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		F-CH		Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
		D-CH 2-4	1											
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
10 = ausserordentlich wichtig	30.3	29.9	30.5	36.0	38.1	20.7	31.4	33.0	16.0	30.7	32.3	40.2	32.8	17.0
9	6.7	7.4	4.6	6.0	7.2	7.7	6.3	6.8	4.9	7.0	7.1	9.8	6.3	5.1
8	16.3	16.3	16.5	14.0	16.5	16.6	14.4	19.6	14.2	17.0	17.5	10.7	17.3	18.0
7	12.1	12.7	10.9	8.0	14.4	18.9	12.1	8.8	14.8	12.1	11.9	8.0	11.7	16.0
6	7.9	7.6	9.8	2.0	8.5	7.4	7.7	8.0	9.3	7.7	8.6	6.3	7.3	10.5
5	12.8	12.0	13.0	24.0	14.8	11.8	14.3	10.2	14.2	13.1	11.2	13.4	12.0	13.9
4	3.7	3.7	3.5	4.0	3.8	5.9	3.1	3.7	7.4	3.1	3.3	0.9	3.7	5.8
3	3.0	2.7	4.6	-	5.0	4.1	2.9	2.6	6.8	2.7	1.9	3.6	2.1	4.8
2	2.5	2.8	1.8	2.0	3.3	1.8	2.5	2.8	4.9	2.0	1.9	0.4	2.5	4.1
1 = völlig unwichtig	4.0	4.2	4.2	-	5.0	3.0	4.9	2.8	6.8	3.6	3.7	5.4	3.5	4.1
weiss nicht / keine Antwort	0.8	0.7	0.7	4.0	1.0	0.6	0.4	1.7	0.6	0.9	0.7	1.3	0.7	0.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	7.28	7.29	7.19	7.65	7.74	7.01	7.22	7.52	6.19	7.38	7.49	7.67	7.45	6.59

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 15

Q2_14 Sicherheit ist ein ziemlich umfassender Begriff, der viele Aspekte hat. Einige davon lese ich Ihnen gleich vor. Bitte entscheiden Sie, wie wichtig jeder Aspekt für Sie persönlich ist. Benutzen Sie dazu bitte diese Skala. Der Wert 1 bedeutet "völlig unwichtig", der Wert 10 "ausserordentlich wichtig". Mit den Werten dazwischen können Sie ihre Meinung abstimmen.

n) Gesicherte Gesundheitsversorgung

	Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
		D-CH 2-4	F-CH 1	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
10 = ausserordentlich wichtig	45.1	47.6	36.8	48.0	36.3	53.1	45.0	42.7	49.7	40.7	44.9	45.4	53.6	47.7	32.7
9	13.3	13.5	10.5	24.0	12.5	13.9	17.2	13.1	11.6	16.0	13.3	13.0	11.6	12.8	15.6
8	22.4	22.1	24.9	14.0	27.3	17.9	18.3	23.6	22.2	22.8	21.7	25.7	17.4	22.9	25.2
7	8.8	8.4	10.2	6.0	12.2	5.6	10.1	8.7	8.2	10.5	8.7	8.2	5.8	7.5	13.9
6	5.3	4.6	8.1	-	5.4	5.1	4.7	6.8	2.6	4.9	6.0	3.0	5.8	4.3	7.1
5	3.3	2.3	5.6	6.0	3.3	3.2	1.2	3.2	4.3	3.7	3.7	2.2	3.6	3.2	3.1
4	0.5	0.5	0.7	-	1.0	-	0.6	0.7	-	-	0.4	0.7	-	0.4	1.0
3	0.2	0.2	-	-	-	-	0.3	1.2	-	-	0.1	0.4	-	-	0.7
2	0.6	0.2	1.4	2.0	0.7	0.5	-	0.7	0.6	-	0.7	0.7	0.4	0.6	0.7
1 = völlig unwichtig	0.5	0.1	1.8	-	0.9	0.2	0.6	0.4	0.6	0.6	0.4	-	1.8	0.3	-
weiss nicht / keine Antwort	0.3	0.3	-	-	0.3	0.2	1.2	-	0.3	0.6	-	0.7	-	0.4	-
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	8.65	8.79	8.18	8.84	8.38	8.89	8.72	8.56	8.78	8.62	8.61	8.74	8.75	8.75	8.32

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 16

Q3_1. Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Für unsere Sicherheit ist es wichtig, ...
a)...wenn wir Ausländer bei uns leichter als heute einbürgern können.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau							
	D-CH 2-4	865	F-CH 1	10.2	Mann	575	Frau	625	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch			
TOTAL INTERVIEWS		1200		285		50		625		169		352		700		224		682		294
4 = sehr einverstanden	8.4	8.0		10.2		6.0		7.7		5.9		10.6		7.3		5.8		8.1		11.2
3 = eher einverstanden	28.8	24.6		40.0		38.0		28.0		37.3		26.8		43.2		24.1		29.6		30.6
2 = eher nicht einverstanden	36.3	38.6		28.8		38.0		38.1		41.4		35.9		40.4		37.5		35.3		37.4
1 = gar nicht einverstanden	24.5	27.2		18.6		12.0		23.5		14.8		24.3		19.1		30.8		24.6		19.4
weiss nicht / keine Antwort	2.0	1.6		2.5		6.0		2.7		0.6		2.4		2.1		1.8		2.3		1.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0		100.0		100.0		100.0		100.0		100.0		100.0		100.0		100.0		100.0
Mittelwert	2.22	2.14		2.43		2.40		2.20		2.35		2.10		2.27		2.05		2.22		2.34

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 17

Q3.2. Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Für unsere Sicherheit ist es wichtig, ...
b)...dass wir den Ausländeranteil in der Schweiz unter Kontrolle halten.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	46.3	48.8	41.1	32.0	43.8	48.5	36.1	41.5	60.2	18.5	43.4	67.7	56.7	49.7	30.3
3 = eher einverstanden	32.6	30.3	37.2	46.0	33.9	31.4	38.5	32.8	29.3	27.8	37.1	25.3	29.9	32.4	35.0
2 = eher nicht einverstanden	15.1	14.9	16.1	12.0	15.3	14.9	20.1	18.4	6.3	37.0	14.0	5.9	6.7	13.0	26.2
1 = garnicht einverstanden	5.2	5.0	5.3	8.0	6.3	4.2	5.3	6.6	2.3	16.0	4.3	1.1	5.4	3.8	8.2
weiss nicht / keine Antwort	0.9	1.0	0.4	2.0	0.7	1.1	-	0.6	2.0	0.6	1.1	-	1.3	1.0	0.3
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	3.21	3.24	3.14	3.04	3.16	3.26	3.05	3.10	3.50	2.49	3.21	3.59	3.40	3.29	2.88

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 18

Q3.3. Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Für unsere Sicherheit ist es wichtig. ...
 c)...dass wir den Terrorismus mit allen Mitteln bekämpfen, auch wenn dabei unsere persönliche Freiheit eingeschränkt werden muss.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
	2-4	1	5	5											
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	30.4	29.2	32.3	40.0	29.2	31.5	18.3	26.1	44.6	14.8	28.6	41.6	34.4	34.0	19.0
3 = eher einverstanden	32.8	32.3	35.4	28.0	28.9	36.5	29.0	34.3	31.8	24.1	35.3	34.9	28.6	33.6	34.4
2 = eher nicht einverstanden	22.9	24.5	18.9	18.0	24.7	21.3	34.3	24.9	13.6	30.9	23.6	16.7	23.2	20.8	27.6
1 = gar nicht einverstanden	12.4	12.6	12.3	10.0	16.3	8.8	18.3	13.7	7.1	29.6	10.9	6.7	10.7	10.7	17.7
weiss nicht / keine Antwort	1.4	1.4	1.1	4.0	0.9	1.9	-	1.0	2.8	0.6	1.7	-	3.1	0.9	1.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.82	2.79	2.89	3.02	2.72	2.92	2.47	2.74	3.17	2.24	2.83	3.12	2.89	2.92	2.56

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 19

Q3. 4. Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Für unsere Sicherheit ist es wichtig, ...
 d) ...dass auf Flughäfen zusätzliche Kontrollen von Reisegepäck durchgeführt werden.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	42.3	43.4	36.5	58.0	38.8	45.6	30.8	40.5	51.4	33.3	41.9	49.1	48.7	44.3	33.0
3 = eher einverstanden	34.3	35.4	31.6	32.0	34.3	34.4	38.5	36.5	28.1	36.4	34.7	32.7	31.3	34.5	36.4
2 = eher nicht einverstanden	16.8	15.7	22.5	4.0	17.9	15.8	23.7	16.6	13.9	19.8	17.4	13.4	12.5	15.4	23.5
1 = garnicht einverstanden	5.7	5.0	8.4	2.0	7.8	3.7	6.5	5.9	4.8	8.6	5.4	4.1	5.8	5.3	6.5
weiss nicht / keine Antwort	0.8	0.6	1.1	4.0	1.2	0.5	0.6	0.4	1.7	1.9	0.6	0.7	1.8	0.6	0.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	3.14	3.18	2.97	3.52	3.05	3.23	2.94	3.12	3.28	2.96	3.14	3.28	3.25	3.18	2.97

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 20

Q3_5. Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Für unsere Sicherheit ist es wichtig, ...
e) ...dass die Polizeipräsenz in Wohnquartieren und einzelnen Stadtgebieten erhöht wird.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau				
	D-CH 2-4	865	F-CH 1	285	Mann	575	Frau	625	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
			I-CH 5														
TOTAL INTERVIEWS		1200		865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden		38.7		37.1	41.4	50.0	36.0	41.1	21.3	36.7	50.9	19.8	38.7	48.3	47.8	40.2	28.2
3 = eher einverstanden		40.5		39.3	46.0	30.0	42.6	38.6	47.3	40.8	36.6	42.0	41.7	38.3	37.5	39.3	45.6
2 = eher nicht einverstanden		16.7		18.8	10.5	14.0	16.5	16.8	25.4	18.3	9.4	29.0	16.0	12.6	10.7	16.3	22.1
1 = garnicht einverstanden		3.8		4.3	2.1	4.0	4.5	3.0	5.3	4.1	2.3	9.3	3.0	0.7	3.6	3.8	3.7
weiss nicht / keine Antwort		0.4		0.5	-	2.0	0.3	0.5	0.6	0.1	0.9	-	0.6	-	0.4	0.4	0.3
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT		100.0		100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert		3.15		3.10	3.27	3.29	3.10	3.18	2.85	3.10	3.37	2.72	3.17	3.34	3.30	3.16	2.99

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 21

Q3.6. Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Für unsere Sicherheit ist es wichtig, ...
 f) ...dass bei allen öffentlichen Gebäuden die Eingangskontrolle deutlich verschärft wird.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	14.7	13.2	18.9	16.0	13.6	15.7	10.7	11.9	21.9	5.6	16.3	16.7	28.6	12.6	8.8
3 = eher einverstanden	29.2	28.4	27.7	50.0	25.0	33.0	28.4	29.6	28.7	19.8	29.6	33.5	31.3	32.1	20.7
2 = eher nicht einverstanden	40.4	41.4	40.0	26.0	42.1	38.9	43.2	42.0	36.1	50.0	39.7	37.5	29.0	40.2	49.7
1 = gar nicht einverstanden	14.8	16.1	12.3	6.0	19.0	10.9	17.2	16.1	11.1	24.7	13.4	11.5	9.4	14.5	19.4
weiss nicht / keine Antwort	1.0	0.9	1.1	2.0	0.3	1.6	0.6	0.4	2.3	-	1.0	0.7	1.8	0.6	1.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.44	2.39	2.54	2.78	2.33	2.54	2.33	2.38	2.63	2.06	2.49	2.56	2.80	2.43	2.19

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 22

Q3.7 Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Für unsere Sicherheit ist es wichtig, ...
g)...dass auf öffentlichen Plätzen und in öffentlichen Verkehrsmitteln vermehrt Überwachungen per Video stattfinden.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
	2-4	1	5	I-CH	5										
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	27.4	25.1	32.3	40.0	23.5	31.0	16.6	23.9	39.5	16.7	27.1	34.2	40.2	27.3	18.0
3 = eher einverstanden	34.9	35.3	34.0	34.0	34.8	35.0	38.5	35.8	31.5	27.2	36.3	36.8	30.4	36.2	35.4
2 = eher nicht einverstanden	24.9	26.4	22.5	14.0	26.4	23.5	27.8	26.8	19.9	30.2	25.6	20.1	19.2	24.8	29.6
1 = gar nicht einverstanden	12.1	13.1	9.5	10.0	14.3	10.1	16.6	13.0	8.2	24.7	10.4	8.6	10.3	11.0	16.0
weiss nicht / keine Antwort	0.7	0.2	1.8	2.0	1.0	0.3	0.6	0.6	0.9	1.2	0.6	0.4	-	0.7	1.0
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.78	2.73	2.91	3.06	2.68	2.87	2.55	2.71	3.03	2.36	2.81	2.97	3.00	2.80	2.56

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 23

Q3.8. Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Für unsere Sicherheit ist es wichtig...

f) ...dass wir Geldflüsse vom Terroristen kontrollieren und deshalb unser Bankgeheimnis für die Fahnder lockern.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	30.5	28.2	33.0	56.0	30.4	30.6	24.3	32.1	30.4	43.2	29.0	23.8	30.8	32.1	26.5
3 = eher einverstanden	33.7	31.8	40.7	26.0	33.2	34.1	34.3	36.1	28.7	35.2	35.6	30.5	26.8	34.2	37.8
2 = eher nicht einverstanden	18.4	19.9	14.7	14.0	17.0	19.7	27.8	17.2	16.2	10.5	19.4	20.8	18.3	18.3	18.7
1 = gar nicht einverstanden	14.8	17.9	7.7	-	18.4	11.4	13.0	12.7	19.6	8.6	13.1	23.8	19.2	13.3	14.6
weiss nicht / keine Antwort	2.7	2.2	3.9	4.0	0.9	4.3	0.6	1.9	5.1	2.5	2.9	1.1	4.9	2.1	2.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.82	2.72	3.03	3.44	2.76	2.88	2.70	2.89	2.74	3.16	2.83	2.65	2.73	2.87	2.78

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 24

Q3_9. Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Für unsere Sicherheit ist es wichtig, ...
 i)...dass es erlaubt ist, vermehrt Telefonate abzu hören.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	13.3	13.3	12.6	18.0	12.2	14.4	7.7	12.4	17.9	8.6	12.3	19.0	17.0	14.2	8.5
3 = eher einverstanden	23.1	22.4	23.5	32.0	24.2	22.1	20.1	24.3	22.2	17.9	23.1	26.4	16.5	24.6	24.5
2 = eher nicht einverstanden	32.9	33.5	31.6	30.0	30.1	35.5	37.9	33.6	29.3	34.0	35.1	28.3	29.0	32.6	36.7
1 = gar nicht einverstanden	29.3	29.8	30.2	16.0	32.5	26.4	33.7	29.0	27.8	38.9	28.0	26.0	34.8	27.7	28.9
weiss nicht / keine Antwort	1.3	0.9	2.1	4.0	1.0	1.6	0.6	0.7	2.8	0.6	1.4	0.4	2.7	0.9	1.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.21	2.19	2.19	2.54	2.16	2.25	2.02	2.20	2.31	1.96	2.20	2.38	2.16	2.26	2.13

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 25

Q3.10. Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Für unsere Sicherheit ist es wichtig, ...
j)...dass der Staat die Fingerabdrücke und andere biometrischen Daten der Bevölkerung erfasst

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	21.8	23.5	17.9	14.0	22.3	21.3	16.6	21.9	23.9	11.7	22.6	26.4	25.9	21.7	18.7
3 = eher einverstanden	32.5	31.3	35.1	38.0	31.0	33.9	36.7	31.8	31.8	26.5	33.1	34.2	35.3	30.9	34.0
2 = eher nicht einverstanden	25.3	26.2	22.5	26.0	24.0	26.6	27.2	25.5	24.1	29.6	25.6	25.3	18.8	28.0	24.1
1 = gar nicht einverstanden	19.4	18.3	23.9	14.0	22.1	17.0	17.8	20.2	18.8	31.5	17.9	13.8	17.4	18.6	22.8
weiss nicht / keine Antwort	1.0	0.7	0.7	8.0	0.7	1.3	1.8	0.6	1.4	0.6	0.9	0.4	2.7	0.7	0.3
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.57	2.60	2.47	2.57	2.54	2.60	2.53	2.56	2.62	2.19	2.61	2.74	2.72	2.56	2.49

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 26

Q3_11. Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Für unsere Sicherheit ist es wichtig, ...
 k) ...dass der Staat über verdächtige Personen Daten sammeln kann.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	169	679	352	162	700	269	224	682	294	
4 = sehr einverstanden	35.8	36.0	34.7	40.0	32.7	38.7	34.9	39.2	19.8	36.1	43.1	45.5	37.4	24.8	
3 = eher einverstanden	45.2	42.7	51.9	50.0	46.6	43.8	45.1	42.0	43.8	46.0	46.1	36.6	46.0	49.7	
2 = eher nicht einverstanden	13.3	14.7	9.8	8.0	14.4	12.2	14.3	11.6	23.5	12.6	8.6	11.6	11.9	17.7	
1 = gar nicht einverstanden	4.9	5.8	2.8	2.0	5.6	4.3	4.9	6.0	13.0	4.1	2.2	4.5	4.3	6.8	
weiss nicht / keine Antwort	0.8	0.9	0.7	-	0.7	1.0	0.9	1.1	-	1.1	-	1.8	0.4	1.0	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	3.13	3.10	3.19	3.28	3.07	3.18	3.11	3.16	2.70	3.15	3.30	3.25	3.17	2.93	

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 27

Q3.12. Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Für unsere Sicherheit ist es wichtig, ...
 f) ...dass Personen auch auf den blossen Verdacht hin, dass sie eine Tat planen, verhaftet und vorsorglich eingesperrt werden können.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	18.3	15.1	26.7	24.0	17.2	19.2	14.8	16.5	23.3	11.7	16.6	23.0	29.0	18.5	9.5
3 = eher einverstanden	33.6	30.1	42.8	42.0	33.7	33.4	36.1	35.1	29.5	27.8	34.1	37.9	31.7	36.1	29.3
2 = eher nicht einverstanden	32.2	36.6	20.7	20.0	31.7	32.6	32.5	33.4	29.5	35.8	33.3	28.6	22.3	31.7	40.8
1 = gar nicht einverstanden	14.3	16.4	9.1	6.0	16.5	12.2	16.6	13.3	15.1	24.7	13.6	10.0	12.1	12.5	20.1
weiss nicht / keine Antwort	1.8	1.7	0.7	8.0	0.9	2.6	-	1.8	2.6	-	2.4	0.4	4.9	1.3	0.3
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.57	2.45	2.88	2.91	2.52	2.61	2.49	2.56	2.63	2.27	2.55	2.74	2.82	2.61	2.28

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 28

Q4. Glauben Sie, dass die weipolitische Lage in den nächsten 5 Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird? Oder bleibt sie in etwa so, wie sie heute ist?

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	169	679	352	162	700	269	224	682	294	
3 = eher besser und entspannter	7.1	7.1	7.0	8.0	8.7	7.1	7.5	6.3	9.3	7.4	5.9	7.1	7.0	7.1	
2 = bleibt etwa so wie heute	46.6	49.1	38.6	48.0	44.0	39.6	48.7	45.7	42.6	48.9	45.4	37.9	47.1	52.0	
1 = eher düsterer und gespannter	45.3	43.6	51.9	36.0	46.6	52.7	42.6	46.9	46.3	42.9	48.0	55.1	45.3	39.1	
weiss nicht / keine Antwort	1.1	0.2	2.5	8.0	0.7	0.6	1.2	1.1	1.9	0.9	0.7	1.8	0.6	1.7	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	1.61	1.63	1.54	1.70	1.62	1.61	1.65	1.59	1.62	1.64	1.58	1.53	1.62	1.67	

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 29

Q5. Wie sehen Sie die nähere Zukunft - etwa die nächsten fünf Jahre - für die Schweiz? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?

	Total		Region		Geschlecht		Alter				Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294	
4 = sehr optimistisch	8.1	9.8	3.9	2.0	9.0	7.2	8.9	7.7	8.5	5.6	8.1	10.4	8.5	8.2	7.5	
3 = eher optimistisch	71.2	72.4	67.4	72.0	73.4	69.1	68.0	71.6	71.9	68.5	75.4	66.9	64.3	71.6	75.5	
2 = eher pessimistisch	16.9	14.6	22.5	26.0	15.3	18.4	18.9	17.1	15.6	21.0	13.3	19.7	21.4	17.0	13.3	
1 = sehr pessimistisch	2.8	2.2	5.3	-	2.1	3.5	3.6	2.8	2.6	4.3	1.9	2.6	4.5	2.3	2.7	
weiss nicht / keine Antwort	1.0	1.0	1.1	-	0.2	1.8	0.6	0.9	1.4	0.6	1.3	0.4	1.3	0.9	1.0	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.85	2.91	2.71	2.76	2.90	2.81	2.83	2.85	2.88	2.76	2.91	2.85	2.78	2.86	2.89	

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 30

Q6. Glauben Sie, dass der Terrorismus eine Gefahr für unser Land darstellt?

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = ja	14.9	13.2	20.4	14.0	13.2	16.5	10.7	13.4	19.9	7.4	15.9	14.5	25.0	15.2	6.5
3 = eher ja	27.3	26.7	28.1	34.0	23.8	30.6	17.8	24.9	36.6	13.6	28.0	33.1	26.3	28.3	25.9
2 = eher nein	39.9	42.9	30.9	40.0	40.5	39.4	42.6	42.0	34.7	48.1	41.1	35.7	33.0	38.9	47.6
1 = nein	17.7	17.2	20.0	12.0	22.3	13.4	29.0	19.6	8.5	30.2	15.0	16.7	15.2	17.4	20.1
weiss nicht / keine Antwort	0.2	-	0.7	-	0.2	0.2	-	0.1	0.3	0.6	-	-	0.4	0.1	-
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.40	2.36	2.49	2.50	2.28	2.50	2.10	2.32	2.68	1.98	2.45	2.45	2.61	2.41	2.19

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 31

Q7_1 Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen zum Staat und zur Politik? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.
 A) Der Staat sollte die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger garantieren, auch wenn dies auf Kosten der persönlichen Freiheit geht.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	10.8	10.2	12.6	10.0	10.6	10.9	6.5	7.7	18.8	4.3	9.1	17.1	16.1	11.0	6.1
3 = eher einverstanden	37.0	35.5	39.6	48.0	35.8	38.1	29.6	37.6	39.5	21.0	38.9	42.4	35.7	37.5	36.7
2 = eher nicht einverstanden	39.7	41.3	36.5	30.0	40.5	38.9	53.8	41.5	29.3	50.0	40.7	33.5	35.3	39.7	42.9
1 = gar nicht einverstanden	10.5	10.9	10.2	6.0	11.5	9.6	10.1	11.8	8.2	23.5	9.3	4.8	8.0	10.4	12.6
weiss nicht / keine Antwort	2.1	2.2	1.1	6.0	1.6	2.6	-	1.5	4.3	1.2	2.0	2.2	4.9	1.3	1.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.49	2.46	2.55	2.66	2.46	2.52	2.33	2.42	2.72	2.06	2.49	2.73	2.63	2.50	2.37

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 33

Q7_3. Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen zum Staat und zur Politik? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.
 C) In der Schweiz sind wir bald soweit, dass sich der Staat überall einmischet, alles reglementiert und die Freiheit des einzelnen verloren geht.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	14.5	15.0	14.7	4.0	17.2	12.0	10.1	15.2	15.3	13.6	12.9	18.2	15.2	15.5	11.6
3 = eher einverstanden	30.6	30.5	31.9	24.0	30.3	30.9	29.6	32.4	27.6	26.5	30.7	32.3	26.8	31.8	30.6
2 = eher nicht einverstanden	39.8	40.1	37.2	48.0	35.5	43.7	46.2	38.9	38.4	44.4	41.0	36.1	42.4	38.4	40.8
1 = gar nicht einverstanden	14.1	13.4	15.1	20.0	16.2	12.2	14.2	12.5	17.0	14.8	14.4	13.0	12.5	13.3	17.0
weiss nicht / keine Antwort	1.1	0.9	1.1	4.0	0.9	1.3	-	1.0	1.7	0.6	1.0	0.4	3.1	0.9	-
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.46	2.48	2.47	2.13	2.49	2.43	2.36	2.51	2.42	2.39	2.42	2.56	2.46	2.50	2.37

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 34

Q8.1. Wie kann die Schweiz ihrer Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

A. Die Schweiz sollte sich aktiv an der europäischen Integration beteiligen und der EU ohne Vorbehalte beitreten.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	9.9	8.2	15.8	6.0	10.6	9.3	5.9	11.0	9.7	23.5	9.1	4.1	7.1	9.8	12.2
3 = eher einverstanden	19.1	16.6	26.0	22.0	18.1	20.0	18.3	20.9	15.9	32.7	18.9	11.9	17.4	18.8	21.1
2 = eher nicht einverstanden	29.8	29.4	29.5	38.0	30.1	29.4	35.5	28.3	29.8	20.4	35.4	21.2	25.0	30.1	32.7
1 = gar nicht einverstanden	39.6	44.3	27.0	30.0	40.7	38.6	40.2	38.3	41.8	21.0	35.4	62.5	45.5	40.2	33.7
weiss nicht / keine Antwort	1.7	1.5	1.8	4.0	0.5	2.7	-	1.5	2.8	2.5	1.1	0.4	4.9	1.2	0.3
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.99	1.89	2.31	2.04	1.99	2.00	1.90	2.05	1.93	2.60	2.02	1.57	1.85	1.98	2.12

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 34

Q8_1. Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

A. Die Schweiz sollte sich aktiv an der europäischen Integration beteiligen und der EU ohne Vorbehalte beitreten.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau				
	D-CH 2-4	865	F-CH 1	285	Mann	575	Frau	625	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
			I-CH 5														
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294		
4 = sehr einverstanden	9.9	8.2	15.8	6.0	10.6	9.3	5.9	11.0	9.7	23.5	9.1	4.1	7.1	9.8	12.2		
3 = eher einverstanden	19.1	16.6	26.0	22.0	18.1	20.0	18.3	20.9	15.9	32.7	18.9	11.9	17.4	18.8	21.1		
2 = eher nicht einverstanden	29.8	29.4	29.5	38.0	30.1	29.4	35.5	28.3	29.8	20.4	35.4	21.2	25.0	30.1	32.7		
1 = gar nicht einverstanden	39.6	44.3	27.0	30.0	40.7	38.6	40.2	38.3	41.8	21.0	35.4	62.5	45.5	40.2	33.7		
weiss nicht / keine Antwort	1.7	1.5	1.8	4.0	0.5	2.7	-	1.5	2.8	2.5	1.1	0.4	4.9	1.2	0.3		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.99	1.89	2.31	2.04	1.99	2.00	1.90	2.05	1.93	2.60	2.02	1.57	1.85	1.98	2.12		

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 35

Q8. 2. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

B. Die Schweiz sollte sich mehr als bisher der EU politisch annähern.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	14.4	12.7	20.4	10.0	14.3	14.6	10.7	15.5	14.2	31.5	13.9	5.6	11.6	13.9	17.7
3 = eher einverstanden	32.5	30.4	39.6	28.0	33.2	31.8	35.5	32.5	31.0	38.3	36.6	19.0	29.5	33.3	33.0
2 = eher nicht einverstanden	32.0	33.9	25.6	36.0	31.5	32.5	34.3	33.0	29.0	17.9	31.6	40.9	30.8	31.5	34.0
1 = gar nicht einverstanden	19.0	21.5	10.9	22.0	20.2	17.9	18.3	17.1	23.0	10.5	16.0	33.8	24.1	19.1	15.0
weiss nicht / keine Antwort	2.1	1.5	3.5	4.0	0.9	3.2	1.2	1.9	2.8	1.9	2.0	0.7	4.0	2.2	0.3
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.43	2.35	2.72	2.27	2.42	2.44	2.39	2.47	2.37	2.92	2.49	1.96	2.30	2.43	2.54

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 36

Q8_3. Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

C. Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
	2-4	1	5												
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	169	679	352	162	700	269	224	682	294	
4 = sehr einverstanden	33.1	35.7	27.0	22.0	37.7	28.8	36.1	30.8	21.0	32.3	43.9	33.0	33.6	32.0	
3 = eher einverstanden	39.5	39.9	37.2	46.0	36.3	42.4	40.2	39.3	27.8	42.9	38.3	41.5	40.3	36.1	
2 = eher nicht einverstanden	15.6	13.9	19.6	22.0	16.0	15.2	16.6	17.5	32.1	14.3	10.8	11.2	15.7	18.7	
1 = gar nicht einverstanden	9.3	8.7	12.3	4.0	9.2	9.4	6.5	10.2	17.9	8.6	6.3	8.9	7.9	12.9	
weiss nicht / keine Antwort	2.5	1.8	3.9	6.0	0.7	4.2	0.6	2.2	1.2	2.0	0.7	5.4	2.5	0.3	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.99	3.05	2.82	2.91	3.03	2.94	2.93	3.07	2.53	3.01	3.21	3.04	3.02	2.87	

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 37

Q8. 4. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

D. Die Schweiz sollte ihren Stellenwert als Sitz des Roten Kreuzes mehr ins Spiel bringen.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	31.8	29.8	36.5	38.0	33.2	30.4	29.6	30.3	35.5	38.9	32.7	26.0	31.7	31.7	32.0
3 = eher einverstanden	47.6	47.1	48.4	52.0	45.9	49.1	54.4	48.6	42.3	44.4	49.4	43.9	42.0	48.2	50.3
2 = eher nicht einverstanden	14.8	17.0	9.5	8.0	15.8	13.9	11.8	15.2	15.6	10.5	13.7	21.9	16.1	15.2	12.9
1 = gar nicht einverstanden	4.3	4.6	3.9	-	4.5	4.0	3.6	4.6	4.0	6.2	2.9	6.3	6.7	3.8	3.4
weiss nicht / keine Antwort	1.6	1.5	1.8	2.0	0.5	2.6	0.6	1.3	2.6	-	1.3	1.9	3.6	1.0	1.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	3.09	3.04	3.20	3.31	3.08	3.09	3.11	3.06	3.12	3.16	3.13	2.91	3.02	3.09	3.12

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 38

Q8_5. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

E. Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.

	Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
		F-CH		Mann		18-29			Mitte			niedrig			
		D-CH 2-4	1	5	Frau	30-59	60+	links	rechts	niedrig	mittel	hoch			
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	26.7	25.9	28.4	30.0	30.3	23.4	24.9	24.7	31.3	42.0	26.0	20.8	21.4	26.2	31.6
3 = eher einverstanden	44.0	42.7	47.0	50.0	45.2	42.9	47.9	43.6	42.9	41.4	45.3	42.0	37.9	44.1	48.3
2 = eher nicht einverstanden	18.8	21.3	11.9	16.0	16.3	21.1	20.1	21.2	13.6	11.1	19.1	23.4	23.2	19.1	15.0
1 = gar nicht einverstanden	9.3	9.0	10.9	4.0	8.0	10.4	6.5	9.4	10.2	4.9	8.3	12.6	15.6	9.4	4.1
weiss nicht / keine Antwort	1.3	1.2	1.8	-	0.2	2.2	0.6	1.0	2.0	0.6	1.3	1.1	1.8	1.2	1.0
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.89	2.86	2.95	3.06	2.98	2.81	2.92	2.85	2.97	3.21	2.90	2.72	2.66	2.88	3.09

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 39

Q8.6. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

F. Die Schweiz sollte mehr eine aktive Rolle spielen bei internationalen Konferenzen.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	F-CH 5	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	25.1	24.7	25.3	30.0	25.6	24.6	21.3	24.2	28.7	37.7	26.3	15.2	21.9	24.6	28.6
3 = eher einverstanden	49.7	47.3	55.4	58.0	50.4	49.0	60.4	50.1	43.8	50.6	50.0	46.8	46.4	49.4	52.7
2 = eher nicht einverstanden	17.3	19.3	12.3	10.0	16.3	18.1	14.8	17.5	17.9	6.8	17.1	24.5	19.6	17.9	13.9
1 = gar nicht einverstanden	5.9	6.7	4.6	-	7.0	5.0	3.0	6.2	6.8	4.9	4.3	11.2	7.6	6.5	3.4
weiss nicht / keine Antwort	2.1	2.0	2.5	2.0	0.7	3.4	0.6	2.1	2.8	-	2.3	2.2	4.5	1.6	1.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.96	2.92	3.04	3.20	2.95	2.97	3.01	2.94	2.97	3.21	3.01	2.68	2.86	2.94	3.08

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 40

Q8_7. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

G. Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau													
	D-CH 2-4	865	F-CH 1	285	Mann	575	Frau	625	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch									
TOTAL INTERVIEWS		1200		285		575		625		169		679		352		162		700		269		224		682		294
4 = sehr einverstanden		23.5		23.5		23.7		23.4		12.4		23.0		29.8		21.6		22.4		26.4		26.8		24.2		19.4
3 = eher einverstanden		37.4		38.5		36.0		38.7		49.7		34.9		36.4		43.8		39.6		30.1		36.2		37.5		38.1
2 = eher nicht einverstanden		22.2		22.5		24.5		20.0		24.3		24.9		15.9		20.4		22.3		24.2		14.3		22.9		26.5
1 = gar nicht einverstanden		14.8		13.4		15.3		14.2		13.0		15.5		14.2		12.3		14.0		17.8		16.5		13.8		15.6
weiss nicht / keine Antwort		2.2		2.1		0.5		3.7		0.6		1.8		3.7		1.9		1.7		1.5		6.3		1.6		0.3
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT		100.0		100.0		100.0		100.0		100.0		100.0		100.0		100.0		100.0		100.0		100.0		100.0		100.0
Mittelwert		2.71		2.74		2.66		2.63		2.62		2.67		2.85		2.76		2.72		2.66		2.78		2.73		2.61

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 41

Q8.8. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

H. Die Schweiz sollte auf ihre Neutralität ganz verzichten.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	2.6	2.9	2.1	-	3.0	2.2	3.6	2.5	2.3	3.1	2.4	2.6	3.6	2.2	2.7
3 = eher einverstanden	6.8	5.2	12.3	2.0	6.3	7.2	7.7	9.0	2.0	12.3	6.6	3.3	5.4	6.7	7.8
2 = eher nicht einverstanden	27.7	26.4	30.9	32.0	29.6	25.9	29.6	28.3	25.6	39.5	27.7	20.1	24.6	27.3	31.0
1 = gar nicht einverstanden	62.5	65.2	54.0	64.0	61.2	63.7	59.2	59.6	69.6	45.1	62.7	74.0	65.6	63.2	58.5
weiss nicht / keine Antwort	0.5	0.3	0.7	2.0	-	1.0	-	0.6	0.6	-	0.6	-	0.9	0.6	-
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.49	1.46	1.62	1.37	1.51	1.47	1.56	1.54	1.37	1.73	1.48	1.35	1.46	1.48	1.55

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 42

Q8_9. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

I. Die Schweiz sollte auch bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau					
	D-CH 2-4	865	F-CH 1	285	Mann	575	Frau	625	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS		1200		865	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294		
4 = sehr einverstanden	6.2	6.6	4.2	10.0	7.3	5.1	7.1	6.6	4.8	9.3	4.3	7.1	5.4	6.0	7.1			
3 = eher einverstanden	15.0	14.5	14.7	26.0	16.7	13.4	18.3	15.9	11.6	21.0	16.4	8.9	12.1	15.1	17.0			
2 = eher nicht einverstanden	35.9	37.0	35.1	22.0	34.3	37.4	35.5	36.7	34.7	35.8	38.6	31.6	33.5	36.8	35.7			
1 = gar nicht einverstanden	41.2	40.8	43.2	36.0	41.0	41.3	38.5	39.5	45.7	32.1	39.1	52.0	46.0	40.5	39.1			
weiss nicht / keine Antwort	1.8	1.2	2.8	6.0	0.7	2.7	0.6	1.3	3.1	1.9	1.6	0.4	3.1	1.6	1.0			
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.86	1.87	1.79	2.11	1.90	1.82	1.94	1.90	1.75	2.08	1.86	1.71	1.76	1.86	1.92			

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 4.3

Q8_10 Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

J. Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.

	Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		F-OH		Frau		18-29			Mitte			hoch		
		D-CH 2-4	1	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	19.7	17.3	24.6	19.5	19.8	30.8	19.6	14.5	42.6	18.7	8.2	15.6	19.4	23.5
3 = eher einverstanden	37.3	32.9	48.8	37.2	37.3	42.6	38.9	31.5	40.1	39.6	31.2	32.1	36.8	42.2
2 = eher nicht einverstanden	28.8	33.1	17.5	28.3	29.1	18.3	29.0	33.2	11.7	28.9	38.3	30.8	29.2	26.2
1 = gar nicht einverstanden	12.9	15.4	7.0	13.6	12.3	7.1	11.6	18.2	4.3	11.7	20.1	18.3	13.6	7.1
weiss nicht / keine Antwort	1.4	1.3	2.1	1.4	1.4	1.2	0.9	2.6	1.2	1.1	2.2	3.1	1.0	1.0
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.65	2.53	2.93	2.63	2.66	2.98	2.67	2.43	3.23	2.66	2.28	2.47	2.63	2.83

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 44

Q8_11. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

K. Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	169	679	352	162	700	269	224	682	294	
4 = sehr einverstanden	35.8	37.2	30.5	42.0	37.9	31.4	32.5	44.3	19.8	31.9	56.1	48.2	34.8	28.9	
3 = eher einverstanden	33.8	33.3	34.7	36.0	31.7	39.6	34.8	29.0	25.9	37.3	29.7	29.9	35.2	33.3	
2 = eher nicht einverstanden	21.8	22.0	22.5	16.0	21.2	23.1	24.4	16.2	40.7	22.0	10.0	16.1	22.0	25.9	
1 = garnicht einverstanden	6.3	5.7	8.8	2.0	7.3	4.7	6.2	7.1	11.7	6.1	3.3	3.1	5.6	10.2	
weiss nicht / keine Antwort	2.3	1.8	3.5	4.0	1.9	2.7	2.1	3.4	1.9	2.7	0.7	2.7	2.5	1.7	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	3.02	3.04	2.90	3.23	3.02	3.01	2.96	3.14	2.55	2.98	3.40	3.27	3.02	2.82	

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 45

Q8.12. Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

L. Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	12.3	14.1	6.7	14.0	13.4	11.4	12.4	9.6	17.6	4.9	10.3	22.7	16.5	12.6	8.5
3 = eher einverstanden	22.4	22.3	20.4	36.0	22.1	22.7	21.3	22.4	23.0	16.0	22.7	24.5	29.0	22.7	16.7
2 = eher nicht einverstanden	39.4	41.7	34.7	26.0	35.3	43.2	45.0	39.8	36.1	40.1	41.1	36.8	29.9	41.6	41.5
1 = gar nicht einverstanden	22.9	20.1	32.6	16.0	28.7	17.6	20.7	25.6	18.8	37.0	23.1	14.1	19.2	20.1	32.3
weiss nicht / keine Antwort	2.9	1.7	5.6	8.0	0.5	5.1	0.6	2.7	4.5	1.9	2.7	1.9	5.4	2.9	1.0
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.25	2.31	2.01	2.52	2.20	2.29	2.26	2.16	2.41	1.89	2.21	2.57	2.45	2.29	2.01

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 46

Q8_13. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

M. Die Schweiz sollte einen Sitz im Sicherheitsrat, dem Führungsgremium der UNO, anstreben.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau				
	D-CH 2-4	865	F-CH 1	20.0	Mann	575	Frau	625	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
			I-CH 5														
TOTAL INTERVIEWS		1200	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294		
4 = sehr einverstanden	20.1	20.0	20.0	22.0	20.3	19.8	21.3	20.0	19.6	27.8	20.6	14.5	17.9	20.2	21.4		
3 = eher einverstanden	40.3	37.9	46.7	44.0	37.4	42.9	47.3	39.0	39.2	40.7	41.0	39.0	42.0	41.5	36.1		
2 = eher nicht einverstanden	23.4	25.5	18.6	14.0	25.2	21.8	18.9	26.8	19.0	18.5	25.3	22.3	19.2	22.4	28.9		
1 = gar nicht einverstanden	11.2	11.9	9.1	10.0	15.3	7.4	9.5	9.9	14.5	9.3	8.3	20.1	9.8	12.0	10.2		
weiss nicht / keine Antwort	5.1	4.6	5.6	10.0	1.7	8.2	3.0	4.3	7.7	3.7	4.9	4.1	11.2	3.8	3.4		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert	2.73	2.69	2.82	2.87	2.64	2.82	2.83	2.72	2.69	2.90	2.78	2.50	2.76	2.73	2.71		

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 47

Q8_14. Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

N. Die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	18.0	19.1	14.4	20.0	19.0	17.1	17.2	19.6	15.3	32.1	18.4	11.2	14.3	16.9	23.5
3 = eher einverstanden	42.6	40.2	49.1	46.0	43.0	42.2	48.5	41.4	42.0	48.8	44.0	36.8	39.3	41.5	47.6
2 = eher nicht einverstanden	27.1	29.2	22.5	16.0	26.6	27.5	27.2	28.6	24.1	14.2	27.3	34.9	25.4	29.6	22.4
1 = gar nicht einverstanden	9.2	9.1	8.8	12.0	11.0	7.5	6.5	7.2	14.2	3.7	7.0	15.2	14.7	9.1	5.1
weiss nicht / keine Antwort	3.2	2.3	5.3	6.0	0.5	5.6	0.6	3.2	4.3	1.2	3.3	1.9	6.3	2.9	1.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.72	2.71	2.73	2.79	2.70	2.73	2.77	2.76	2.61	3.11	2.76	2.45	2.57	2.68	2.91

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 48

Q8: Was meinen Sie zur Schweizer Armee? Halten sie diese für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	662	294
4 = unbedingt notwendig	20.5	24.9	10.2	4.0	24.3	17.0	8.3	15.6	35.8	5.6	18.1	36.4	25.0	20.2	17.7
3 = eher notwendig	40.4	39.8	39.6	56.0	38.4	42.2	35.5	40.6	42.3	20.4	45.6	41.3	38.8	42.8	36.1
2 = eher nicht notwendig	26.6	24.3	34.7	20.0	24.3	28.6	33.1	31.4	14.2	48.1	25.6	16.0	23.7	26.2	29.6
1 = überhaupt nicht notwendig	12.2	11.0	14.7	18.0	12.7	11.7	23.1	12.1	7.1	25.9	10.3	6.3	11.6	10.6	16.3
weiss nicht / keine Antwort	0.3	0.1	0.7	2.0	0.2	0.5	-	0.3	0.6	-	0.4	-	0.9	0.1	0.3
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.69	2.79	2.46	2.47	2.75	2.65	2.29	2.60	3.07	2.06	2.72	3.08	2.78	2.73	2.55

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 49

Q10. Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie heute in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau	
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
Milizarmee auch in Zukunft genügend	44.4	46.8	36.1	45.0	43.8	34.9	39.9	57.7	35.8	42.7	53.9	46.9	45.6	39.8
wir würden eine Berufsarmee brauchen	47.2	43.9	57.9	50.6	44.0	59.8	52.0	31.8	53.7	49.0	42.0	43.3	46.2	52.4
weiss nicht / keine Antwort	8.4	9.2	6.0	4.3	12.2	5.3	8.1	10.5	10.5	8.3	4.1	9.8	8.2	7.8
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 50

Q11. Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2,4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
5 = viel zu viel	14.9	13.2	20.4	14.0	14.4	15.4	17.8	18.1	7.4	30.2	13.0	8.9	15.6	13.5	17.7
4 = zu viel	34.5	34.6	35.1	30.0	33.4	35.5	46.2	35.9	26.1	45.1	35.7	24.2	32.6	33.6	38.1
3 = gerade richtig	38.6	38.6	37.9	42.0	42.3	35.2	21.9	35.9	51.7	17.9	39.6	52.0	34.4	42.1	33.7
2 = zu wenig	5.8	6.7	2.5	8.0	6.8	4.8	9.5	4.4	6.5	2.5	4.9	10.8	8.0	5.4	4.8
1 = viel zu wenig	0.8	1.0	0.4	-	1.4	0.3	1.2	0.9	0.6	0.6	0.7	1.5	0.4	0.9	1.0
weiss nicht / keine Antwort	5.4	5.9	3.9	6.0	1.7	8.8	3.6	4.7	7.7	3.7	6.1	2.6	8.9	4.5	4.8
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	3.60	3.55	3.76	3.53	3.54	3.67	3.72	3.69	3.36	4.06	3.59	3.29	3.60	3.56	3.70

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 51

Q12. Sind Sie damit einverstanden, dass Schweizer Soldaten, die sich freiwillig zur Verfügung stellen, ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen? Bitte wählen Sie die Antwortmöglichkeit, die am besten auf Sie zutrifft:

	Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau				
		D-CH 2-4		I-CH 5		Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
		F-CH 1														
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294	
A. Ja, aber nur unbewaffnet und für Unterstützungsarbeiten (wie z.B. medizinische Versorgung)	34.2	29.9	46.3	38.0	26.1	41.6	41.4	33.3	32.4	40.7	35.0	26.0	33.5	35.8	31.0	
B. Ja, zum Selbstschutz bewaffnet für die Aufrechterhaltung vom Frieden	37.9	39.8	32.6	36.0	44.5	31.8	42.0	39.3	33.2	40.1	39.0	36.1	26.8	38.0	46.3	
C. Ja, auch Kampfeinsätze zur Wiederherstellung des Friedens	5.8	5.8	6.3	4.0	7.1	4.6	9.5	6.3	3.1	6.2	5.9	5.9	5.8	5.3	7.1	
D. Nein, ich bin überhaupt nicht einverstanden, dass Schweizer Soldaten ausserhalb vom Land zum Einsatz kommen.	21.8	24.2	14.4	22.0	21.9	21.6	7.1	20.8	30.7	12.3	19.7	32.0	33.0	20.7	15.6	
E. weiss nicht	0.3	0.3	-	-	0.2	0.3	-	0.1	0.6	0.6	0.3	-	0.9	0.1	-	
F. keine Antwort	0.1	-	0.4	-	0.2	-	-	0.1	-	-	0.1	-	-	0.1	-	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 52

Q13_1. Nun haben wir noch ein paar Aussagen zu möglichen Kriegsbedrohungen und zur Sicherheit unseres Landes. Bitte sagen Sie uns zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind oder ob Sie eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

A Auch die Schweizer Armee muss helfen den internationalen Terror zu bekämpfen. Nur so können wir uns schützen.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau							
	D-CH 2-4	865	F-CH 1	285	Mann	575	Frau	625	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch			
TOTAL INTERVIEWS		1200		285		575		625		169		352		700		224		682		294
4 = sehr einverstanden	18.8	18.6	18.6	18.6	21.6	21.6	16.3	9.5	18.6	23.9	13.0	18.3	21.6	27.2	18.5	13.3				
3 = eher einverstanden	37.3	37.6	35.8	35.8	36.2	36.2	38.2	40.8	35.6	38.6	27.8	40.3	36.4	33.5	38.3	37.8				
2 = eher nicht einverstanden	23.1	24.0	21.8	21.8	21.2	21.2	24.8	28.4	23.7	19.3	32.1	22.6	23.0	18.3	24.0	24.5				
1 = gar nicht einverstanden	18.6	17.5	22.1	22.1	20.5	20.5	16.8	20.7	20.3	14.2	26.5	16.7	17.5	13.8	18.2	23.1				
weiss nicht / keine Antwort	2.3	2.3	1.8	1.8	0.5	0.5	3.8	0.6	1.8	4.0	0.6	2.1	1.5	7.1	1.0	1.4				
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.58	2.59	2.52	2.52	2.73	2.59	2.56	2.39	2.53	2.75	2.27	2.61	2.63	2.80	2.58	2.42				

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 53

Q13.2. Nun haben wir noch ein paar Aussagen zu möglichen Kriegsbeeinträchtigungen und zur Sicherheit unseres Landes. Bitte sagen Sie uns zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind oder ob Sie eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

B Wir sollten unsere Milizarmee nur für den Kriegsfall und nur für die Landesverteidigung einsetzen und nicht für andere Zwecke.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	169	679	352	162	700	269	224	682	294	
4 = sehr einverstanden	26.8	23.9	33.7	36.0	26.4	23.7	23.9	33.8	22.8	24.1	30.1	37.5	26.0	20.4	
3 = eher einverstanden	24.1	20.9	33.3	26.0	20.3	21.3	24.4	24.7	21.0	25.1	24.2	25.9	25.7	19.0	
2 = eher nicht einverstanden	25.4	27.7	19.6	18.0	28.5	25.4	26.1	24.1	24.1	26.6	26.4	21.9	24.9	29.3	
1 = gar nicht einverstanden	21.8	25.8	11.2	12.0	23.8	27.8	23.4	15.6	29.6	22.7	17.5	12.5	21.7	28.9	
weiss nicht / keine Antwort	2.0	1.6	2.1	8.0	0.9	1.8	2.2	1.7	2.5	1.4	1.9	2.2	1.8	2.4	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.57	2.44	2.91	2.93	2.50	2.42	2.50	2.78	2.38	2.51	2.68	2.90	2.57	2.32	

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 54

Q13_3. Nun haben wir noch ein paar Aussagen zu möglichen Kriegsbedrohungen und zur Sicherheit unseres Landes. Bitte sagen Sie uns zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind oder ob Sie eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

C: Wenn wir die Armee ins Ausland schicken, steigt deswegen die Terrorgefahr in der Schweiz.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau					
	D-CH 2-4	865	F-CH 1	285	Mann	575	Frau	625	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS		1200		865	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294		
4 = sehr einverstanden		17.0		13.9	24.6	18.6	15.5	13.6	17.5	17.6	12.3	15.3	21.2	21.4	17.7	11.9		
3 = eher einverstanden		32.6		30.8	38.9	30.4	34.6	37.9	31.2	32.7	30.9	34.3	29.4	33.0	33.4	30.3		
2 = eher nicht einverstanden		29.7		32.8	21.4	31.5	28.0	33.1	31.1	25.3	28.4	31.0	32.0	26.8	28.7	34.0		
1 = gar nicht einverstanden		17.6		19.4	11.9	17.4	17.8	14.2	17.5	19.3	26.5	16.6	14.9	14.7	17.2	20.7		
weiss nicht / keine Antwort		3.2		3.1	3.2	2.1	4.2	1.2	2.7	5.1	1.9	2.9	2.6	4.0	2.9	3.1		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT		100.0		100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert		2.51		2.40	2.79	2.51	2.50	2.51	2.50	2.51	2.30	2.50	2.58	2.64	2.53	2.34		

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 55

Q13_4. Nun haben wir noch ein paar Aussagen zu möglichen Kriegsbeeinträchtigungen und zur Sicherheit unseres Landes. Bitte sagen Sie uns zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind oder ob Sie eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.
 D Unsere Armee sollte heute mehr können, als nur das Land zu verteidigen.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
		I-CH 5													
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	30.8	32.8	23.5	36.0	35.3	26.6	29.6	31.1	30.7	34.0	31.9	26.8	29.9	29.8	33.7
3 = eher einverstanden	35.3	34.6	38.6	30.0	35.3	35.4	34.9	35.1	36.1	35.2	35.7	35.7	33.9	36.2	34.4
2 = eher nicht einverstanden	17.9	17.6	18.9	18.0	15.3	20.3	20.7	18.3	15.9	14.2	17.9	19.3	17.9	19.6	13.9
1 = gar nicht einverstanden	13.3	12.8	15.4	8.0	13.2	13.3	13.0	13.3	13.4	13.0	11.9	16.4	16.1	11.7	14.6
weiss nicht / keine Antwort	2.8	2.2	3.5	8.0	0.9	4.5	1.8	2.4	4.0	3.7	2.7	1.9	2.2	2.6	3.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.86	2.89	2.73	3.02	2.94	2.79	2.83	2.86	2.88	2.94	2.90	2.74	2.79	2.86	2.90

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 56

Q13.5. Nun haben wir noch ein paar Aussagen zu möglichen Kriegsbedrohungen und zur Sicherheit unseres Landes. Bitte sagen Sie uns zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind oder ob Sie eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.
E Terroristen, die einen Anschlag auf ein Land planen, ist es egal, ob dieses Land neutral ist oder nicht.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau				
	D-CH 2-4	865	F-CH 1	285	Mann	575	Frau	625	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS		1200		865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	40.9	40.8	40.4	46.0	39.8	41.9	41.9	26.6	41.7	46.3	35.8	39.7	43.9	43.3	42.1	36.4	
3 = eher einverstanden	24.4	24.9	23.5	22.0	24.5	24.3	24.3	24.3	23.0	27.3	18.5	27.6	21.2	21.0	24.9	25.9	
2 = eher nicht einverstanden	20.9	21.7	18.6	20.0	22.4	19.5	33.1	33.1	22.2	12.5	30.2	19.4	21.6	16.5	20.5	25.2	
1 = gar nicht einverstanden	9.9	9.7	11.2	6.0	10.8	9.1	13.0	10.3	10.3	7.7	9.3	9.9	10.0	12.5	9.1	9.9	
weiss nicht / keine Antwort	3.8	2.9	6.3	6.0	2.4	5.1	3.0	2.8	6.3	6.2	3.4	3.4	3.3	6.7	3.4	2.7	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	3.00	3.00	2.99	3.15	2.96	3.04	2.66	2.99	3.20	2.86	3.01	3.02	3.02	3.03	3.03	2.91	

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 57

Q13.6. Nun haben wir noch ein paar Aussagen zu möglichen Kriegsbeeinträchtigungen und zur Sicherheit unseres Landes. Bitte sagen Sie uns zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind oder ob Sie eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

F. Wenn wir Schweizer Militär zur Friedenserhaltung ins Ausland schicken, so kommen weniger Asylsuchende aus diesen Gegenden zu uns.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294	
4 = sehr einverstanden	7.2	6.7	8.8	8.2	6.2	7.1	6.6	8.2	6.8	7.9	5.6	11.6	6.2	6.1	
3 = eher einverstanden	17.9	15.8	22.8	18.8	17.1	20.7	15.8	20.7	24.1	18.3	14.5	17.9	18.6	16.3	
2 = eher nicht einverstanden	37.7	39.1	34.0	37.0	38.2	41.4	40.2	31.0	34.0	39.1	37.2	37.1	39.1	34.7	
1 = gar nicht einverstanden	31.2	33.2	26.3	31.5	30.9	26.0	32.1	31.8	29.6	28.6	39.0	25.0	30.9	36.4	
weiss nicht / keine Antwort	6.1	5.2	8.1	4.5	7.5	4.7	5.3	8.2	5.6	6.1	3.7	8.5	5.1	6.5	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.01	1.96	2.15	2.04	1.99	2.09	1.97	2.06	2.08	2.06	1.86	2.18	2.00	1.92	

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 58

Q13.7. Nun haben wir noch ein paar Aussagen zu möglichen Kriegsbedrohungen und zur Sicherheit unseres Landes. Bitte sagen Sie uns zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind oder ob Sie eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

G Die Neutralität schützt uns vor terroristischen Anschlägen.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	10.0	11.3	5.6	12.0	11.0	9.1	10.1	9.9	10.2	10.5	10.1	10.8	13.4	9.5	8.5
3 = eher einverstanden	30.5	29.6	33.3	30.0	31.3	29.8	46.7	29.2	25.3	32.1	28.7	35.7	33.5	30.2	28.9
2 = eher nicht einverstanden	28.8	30.3	24.6	26.0	28.2	29.3	23.1	28.9	31.3	25.3	30.6	24.9	20.1	31.1	29.9
1 = gar nicht einverstanden	29.3	27.4	34.7	30.0	29.0	29.4	20.1	30.9	30.4	31.5	28.7	28.3	28.6	28.2	32.3
weiss nicht / keine Antwort	1.5	1.4	1.8	2.0	0.5	2.4	-	1.2	2.8	0.6	1.9	0.4	4.5	1.0	0.3
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.22	2.25	2.10	2.24	2.24	2.19	2.47	2.18	2.16	2.22	2.21	2.29	2.33	2.21	2.14

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 59

Q14: Könnten Sie sich vorstellen, dass Schweizer Soldaten Ihren WK im Ausland absolvieren.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = könnte ich mir sehr gut vorstellen	11.2	10.8	13.7	4.0	16.0	6.7	13.0	12.7	7.4	13.6	11.7	8.9	6.7	11.7	13.3
3 = könnte ich mir gut vorstellen	27.3	25.9	30.2	36.0	28.9	25.9	33.1	27.8	23.6	35.8	27.4	23.0	25.4	25.5	33.0
2 = könnte ich mir eher nicht vorstellen	25.1	25.8	21.4	34.0	22.4	27.5	26.0	25.5	23.9	26.5	24.9	26.4	25.0	25.5	24.1
1 = könnte ich mir gar nicht vorstellen	35.3	36.4	33.7	26.0	31.8	38.6	27.2	32.8	44.0	23.5	34.7	40.9	42.4	35.8	28.9
weiss nicht / keine Antwort	1.1	1.2	1.1	-	0.9	1.3	0.6	1.2	1.1	0.6	1.3	0.7	0.4	1.5	0.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.14	2.11	2.24	2.18	2.29	2.01	2.32	2.21	1.94	2.40	2.16	2.00	1.96	2.13	2.31

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 60

Q15_1. Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen könnte. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

A. Die Schweiz sollte der UNO Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	169	679	352	162	700	269	224	682	294	
4 = sehr einverstanden	15.3	14.1	17.2	26.0	15.0	17.8	15.9	13.1	19.8	16.4	8.9	15.6	15.2	15.3	
3 = eher einverstanden	38.9	36.6	45.6	40.0	37.7	48.5	39.3	33.5	52.5	39.1	31.6	38.4	37.8	41.8	
2 = eher nicht einverstanden	25.8	28.0	20.4	18.0	25.4	26.1	25.9	25.3	17.9	25.9	32.7	23.2	27.6	23.5	
1 = gar nicht einverstanden	16.4	17.3	14.0	14.0	20.2	13.0	6.5	22.7	6.8	15.3	23.8	15.6	16.1	17.7	
weiss nicht / keine Antwort	3.6	3.9	2.8	2.0	1.7	5.3	3.2	5.4	3.1	3.3	3.0	7.1	3.2	1.7	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.55	2.49	2.68	2.80	2.48	2.62	2.78	2.39	2.88	2.59	2.26	2.58	2.54	2.56	

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 61

Q15.2. Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen könnte. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

B. Die Schweiz sollte eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee unterhalten

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	37.8	38.0	36.1	42.0	40.7	35.0	25.4	32.3	54.3	15.4	36.3	54.3	51.3	37.7	27.6
3 = eher einverstanden	39.0	37.7	43.2	38.0	37.0	40.8	42.0	40.8	34.1	37.7	42.7	32.7	30.8	39.7	43.5
2 = eher nicht einverstanden	15.1	16.8	10.5	12.0	15.3	14.9	23.7	17.7	6.0	31.5	14.3	8.6	9.4	15.4	18.7
1 = gar nicht einverstanden	6.1	5.3	8.1	8.0	5.9	6.2	7.7	6.9	3.7	12.3	4.7	4.1	4.9	5.4	8.5
weiss nicht / keine Antwort	2.1	2.2	2.1	-	1.0	3.0	1.2	2.4	2.0	3.1	2.0	0.4	3.6	1.8	1.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	3.11	3.11	3.10	3.14	3.14	3.08	2.86	3.01	3.42	2.58	3.13	3.38	3.33	3.12	2.92

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 62

Q15_3. Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen könnte. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.
 C. Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten

	Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau				
		F-CH		Mann		Frau		18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
		D-CH 2-4	1	I-CH 5												
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294	
4 = sehr einverstanden	65.3	67.7	56.1	76.0	66.4	64.3	56.2	63.0	74.1	48.8	63.9	78.8	72.3	67.0	56.1	
3 = eher einverstanden	26.4	25.7	29.5	22.0	25.6	27.2	34.9	26.2	22.7	34.6	27.7	19.0	21.9	26.0	31.0	
2 = eher nicht einverstanden	5.0	4.2	8.1	2.0	4.9	5.1	5.9	6.6	1.4	8.6	6.0	1.1	3.1	4.7	7.1	
1 = gar nicht einverstanden	2.3	1.4	5.3	-	3.0	1.6	2.4	2.9	0.9	4.9	1.9	1.1	1.8	1.5	4.4	
weiss nicht / keine Antwort	1.0	1.0	1.1	-	0.2	1.8	0.6	1.2	0.9	3.1	0.6	-	0.9	0.9	1.4	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	3.56	3.61	3.38	3.74	3.56	3.57	3.46	3.51	3.72	3.31	3.54	3.75	3.66	3.60	3.41	

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 63

Q15_4. Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen könnte. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

D. Die Schweiz sollte ihre Armee verkleinern

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	16.8	17.0	16.1	16.0	20.3	13.4	25.4	17.8	10.5	37.7	14.3	11.5	11.2	15.1	24.8
3 = eher einverstanden	25.9	24.0	31.9	24.0	28.7	23.4	34.3	28.4	17.0	36.4	25.7	20.4	21.4	25.2	31.0
2 = eher nicht einverstanden	29.1	30.6	23.9	32.0	25.2	32.6	24.3	28.7	32.1	14.8	32.7	29.0	27.7	31.4	24.8
1 = gar nicht einverstanden	24.7	25.2	23.9	20.0	24.2	25.1	16.0	21.8	34.4	8.6	23.9	36.1	32.6	25.4	17.0
weiss nicht / keine Antwort	3.6	3.1	4.2	8.0	1.6	5.4	-	3.2	6.0	2.5	3.4	3.0	7.1	2.9	2.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.36	2.34	2.42	2.39	2.46	2.27	2.69	2.44	2.04	3.06	2.32	2.08	2.12	2.31	2.65

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 64

Q15_5. Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen könnte. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

E. Die Schweiz sollte beim Aufbau einer europäischen Armee mithelfen

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	5.2	4.6	7.4	2.0	5.4	5.0	4.7	5.6	4.5	10.5	4.1	3.3	6.7	4.5	5.4
3 = eher einverstanden	21.3	19.1	27.4	24.0	20.2	22.2	31.4	22.4	14.2	27.2	23.6	13.0	18.8	21.0	23.8
2 = eher nicht einverstanden	31.6	34.3	23.9	28.0	31.7	31.5	27.8	32.0	32.7	25.9	36.3	27.9	28.1	32.7	31.6
1 = gar nicht einverstanden	38.2	38.6	35.8	44.0	40.5	36.0	32.0	36.8	43.8	32.1	33.3	53.5	40.2	37.8	37.4
weiss nicht / keine Antwort	3.8	3.4	5.6	2.0	2.3	5.3	4.1	3.2	4.8	4.3	2.7	2.2	6.3	4.0	1.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.93	1.89	2.07	1.84	1.90	1.96	2.09	1.97	1.79	2.17	1.99	1.65	1.91	1.92	1.97

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 65

Q15_6. Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen könnte. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

F. Die Schweiz sollte sich der NATO anschliessen

	Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
		D-CH 2-4	F-CH 1	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
			I-CH 5												
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	7.1	7.1	7.7	4.0	8.2	6.1	7.1	6.9	7.4	11.7	7.1	4.5	6.7	7.3	6.8
3 = eher einverstanden	31.5	29.1	36.1	46.0	33.0	30.1	35.5	32.0	28.7	34.6	33.1	25.7	30.8	31.1	33.0
2 = eher nicht einverstanden	31.1	34.6	22.5	20.0	29.7	32.3	31.4	31.8	29.5	28.4	32.4	33.8	22.3	33.4	32.3
1 = gar nicht einverstanden	22.3	21.8	23.2	24.0	26.6	18.2	16.0	21.6	26.4	20.4	18.7	32.0	24.6	21.6	22.1
weiss nicht / keine Antwort	8.1	7.4	10.5	6.0	2.4	13.3	10.1	7.7	8.0	4.9	8.6	4.1	15.6	6.6	5.8
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.25	2.23	2.32	2.32	2.23	2.28	2.38	2.26	2.19	2.40	2.31	2.03	2.23	2.26	2.26

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 66

Q15_7: Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen könnte. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

G: Die Schweiz sollte der NATO beitreten

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	4.8	4.2	6.7	6.0	5.4	4.3	9.5	4.1	4.0	7.4	4.9	3.0	5.8	4.4	5.1
3 = eher einverstanden	16.3	14.9	19.3	22.0	14.1	18.2	20.7	16.2	14.2	25.3	16.7	11.5	16.1	16.6	15.6
2 = eher nicht einverstanden	31.3	32.8	28.8	20.0	31.8	30.9	33.1	32.8	27.6	25.9	34.6	30.5	25.0	33.4	31.3
1 = gar nicht einverstanden	38.6	40.1	32.3	48.0	46.6	31.2	26.6	37.7	46.0	35.2	33.9	51.3	38.4	37.2	41.8
weiss nicht / keine Antwort	9.0	8.0	13.0	4.0	2.1	15.4	10.1	9.1	8.2	6.2	10.0	3.7	14.7	8.4	6.1
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.86	1.82	2.00	1.85	1.78	1.95	2.14	1.85	1.74	2.05	1.92	1.65	1.87	1.87	1.83

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 67

Q15_8. Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen könnte. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

H. Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	23.2	23.4	20.0	38.0	24.2	22.2	14.2	19.9	33.8	11.1	19.7	35.7	35.7	22.7	14.6
3 = eher einverstanden	25.7	26.1	22.5	36.0	23.8	27.4	27.2	23.9	28.4	17.3	26.1	30.1	25.9	27.0	22.4
2 = eher nicht einverstanden	32.4	32.5	35.8	12.0	32.9	32.0	40.2	35.8	22.2	38.3	35.6	24.2	21.9	34.0	36.7
1 = gar nicht einverstanden	16.3	15.7	18.6	12.0	18.6	14.1	16.0	19.0	11.1	28.4	16.4	10.0	12.1	14.7	23.1
weiss nicht / keine Antwort	2.5	2.3	3.2	2.0	0.5	4.3	2.4	1.5	4.5	4.9	2.1	-	4.5	1.6	3.1
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.57	2.58	2.45	3.02	2.54	2.60	2.41	2.45	2.89	2.12	2.50	2.91	2.89	2.59	2.29

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 68

Q15_9. Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen könnte. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

1. Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen.

	Total		Region		Geschlecht		Alter		Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	23.7	19.8	34.4	30.0	22.8	24.5	40.8	25.9	11.1	41.4	21.6	15.6	24.1	22.6	25.9
3 = eher einverstanden	24.4	23.7	25.6	30.0	23.3	25.4	21.9	29.6	15.6	25.3	26.3	20.8	17.4	25.4	27.6
2 = eher nicht einverstanden	22.0	24.5	17.2	6.0	20.0	23.8	21.3	18.4	29.3	17.3	24.0	21.6	25.9	21.7	19.7
1 = gar nicht einverstanden	28.4	30.9	20.4	32.0	33.2	24.0	14.8	25.0	41.5	13.6	26.7	42.0	29.9	29.3	25.2
weiss nicht / keine Antwort	1.5	1.2	2.5	2.0	0.7	2.2	1.2	1.0	2.6	2.5	1.4	-	2.7	1.0	1.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.44	2.33	2.76	2.59	2.36	2.52	2.90	2.57	1.96	2.97	2.43	2.10	2.37	2.42	2.55

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 69

Q15_10. Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Sicherheit wahrnen und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen könnte. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

J. Unsere nationale Sicherheit wird immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	16.7	15.7	20.0	14.0	17.9	15.5	14.2	18.7	13.9	20.4	17.0	12.6	20.1	15.0	18.0
3 = eher einverstanden	40.1	38.2	45.3	44.0	41.9	38.4	45.6	39.6	38.4	35.2	40.4	44.2	37.1	40.6	41.2
2 = eher nicht einverstanden	28.4	31.3	20.7	22.0	27.5	29.3	29.0	28.6	27.8	29.6	30.7	26.0	23.2	30.4	27.9
1 = gar nicht einverstanden	9.8	10.3	8.1	10.0	10.8	8.8	7.1	8.8	12.8	10.5	7.9	13.8	10.3	9.4	10.2
weiss nicht / keine Antwort	5.1	4.5	6.0	10.0	1.9	8.0	4.1	4.3	7.1	4.3	4.0	3.3	9.4	4.7	2.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.67	2.62	2.82	2.69	2.68	2.66	2.70	2.71	2.57	2.68	2.69	2.68	2.74	2.64	2.69

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 70

Q16_1. Man kann verschiedene Meinungen zum Militar haben. Hier sind einige Aussagen. Wie sehen Sie das? Sind Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden, oder gar nicht einverstanden?
 A. Der Militardienst fordert den Gemeinschaftssinn und das Verantwortungsbewusstsein fur offentliche Belange.

	Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
		D-CH 2-4	F-CH 1	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
			I-CH 5												
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	24.6	26.0	20.0	26.0	27.0	22.4	14.8	20.5	37.2	11.7	23.4	36.4	27.2	25.1	21.4
3 = eher einverstanden	41.4	41.2	42.1	42.0	41.4	41.4	46.2	41.4	39.2	32.7	44.6	41.6	40.2	43.5	37.4
2 = eher nicht einverstanden	20.8	21.4	19.6	18.0	19.8	21.8	24.3	23.9	13.4	33.3	21.6	12.6	17.4	20.5	24.1
1 = gar nicht einverstanden	10.1	8.7	13.7	14.0	10.3	9.9	13.0	11.8	5.4	21.0	7.4	8.2	9.4	7.8	16.0
weiss nicht / keine Antwort	3.1	2.8	4.6	-	1.6	4.5	1.8	2.5	4.8	1.2	3.0	1.1	5.8	3.1	1.0
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.83	2.87	2.72	2.80	2.86	2.80	2.64	2.72	3.14	2.36	2.87	3.08	2.91	2.89	2.65

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 71

Q16. 2. Man kann verschiedene Meinungen zum Militär haben. Hier sind einige Aussagen. Wie sehen Sie das? Sind Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?
 B Eigentlich wird man erst in der Rekrutenschule wirklich zum Mann.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	169	679	352	162	700	269	224	682	294	
4 = sehr einverstanden	12.9	14.1	10.9	4.0	12.3	6.5	10.3	21.0	6.2	12.3	18.2	25.0	11.4	7.1	
3 = eher einverstanden	20.9	22.1	18.2	16.0	19.8	20.7	16.9	28.7	6.8	22.7	24.9	22.8	22.4	16.0	
2 = eher nicht einverstanden	24.8	26.6	19.6	24.0	24.7	25.4	25.8	22.7	17.3	26.1	27.1	22.8	27.7	19.7	
1 = gar nicht einverstanden	38.8	34.6	48.8	54.0	42.1	45.6	44.9	23.6	68.5	36.4	28.8	27.2	35.2	55.8	
weiss nicht / keine Antwort	2.6	2.7	2.5	2.0	1.0	1.8	2.1	4.0	1.2	2.4	3.0	2.2	3.2	1.4	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.08	2.16	1.91	1.69	2.02	1.88	1.92	2.49	1.50	2.11	2.36	2.47	2.10	1.74	

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 72

Q16_3. Man kann verschiedene Meinungen zum Militär haben. Hier sind einige Aussagen. Wie sehen Sie das? Sind Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?
 C Auch heute verkörpert die Armee in besonderem Masse den Willen der Schweiz zur Freiheit und Unabhängigkeit.

	Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
		D-CH 2-4	F-CH 1	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
			I-CH 5												
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	22.2	23.1	20.0	18.0	23.7	20.8	10.1	17.8	36.4	9.9	20.4	33.5	31.7	21.7	16.0
3 = eher einverstanden	39.4	37.7	43.5	46.0	40.2	38.7	40.2	39.3	39.2	22.8	43.1	42.0	36.6	43.3	32.7
2 = eher nicht einverstanden	23.7	25.4	19.3	18.0	21.9	25.3	29.0	27.7	13.4	39.5	23.3	17.1	16.5	23.2	30.3
1 = gar nicht einverstanden	11.6	11.2	12.6	12.0	12.3	10.9	18.3	12.4	6.8	25.9	9.7	6.3	9.4	9.2	18.7
weiss nicht / keine Antwort	3.2	2.5	4.6	6.0	1.9	4.3	2.4	2.8	4.3	1.9	3.4	1.1	5.8	2.6	2.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.75	2.75	2.74	2.74	2.77	2.73	2.43	2.64	3.10	2.17	2.77	3.04	2.96	2.80	2.47

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 73

Q16.4. Man kann verschiedene Meinungen zum Militär haben. Hier sind einige Aussagen. Wie sehen Sie das? Sind Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?
 D Unsere Armee braucht Übungsplätze, auch wenn dabei in unserem dicht besiedelten Land die Anwohner durch den Lärm manchmal gestört werden.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	20.6	22.3	17.5	8.0	25.6	16.0	10.7	19.1	28.1	8.0	20.7	29.7	23.2	20.4	19.0
3 = eher einverstanden	40.7	40.9	39.6	42.0	40.5	40.8	34.3	41.2	42.6	32.7	41.7	45.0	36.6	41.8	41.2
2 = eher nicht einverstanden	23.8	23.5	24.6	26.0	21.6	25.9	35.5	23.9	18.2	29.0	25.1	17.1	23.7	24.2	23.1
1 = gar nicht einverstanden	13.3	11.9	15.8	22.0	11.3	15.0	18.3	14.4	8.5	29.0	10.6	7.8	14.3	12.0	15.3
weiss nicht / keine Antwort	1.7	1.4	2.5	2.0	1.0	2.2	1.2	1.3	2.6	1.2	1.9	0.4	2.2	1.6	1.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.70	2.75	2.60	2.37	2.81	2.59	2.38	2.66	2.93	2.20	2.74	2.97	2.70	2.72	2.65

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 74

Q17. Heute stehen rund 200 Schweizer Soldaten im militärischen Auslandseinsatz für die Sicherung des Friedens, die meisten davon im Kosovo. Man denkt daran, die Zahl von Soldaten, die freiwillig im Ausland eingesetzt werden können, auf 500 zu erhöhen. Wie sehen Sie das? Sind Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	19.8	19.7	20.7	18.0	22.3	17.6	25.4	20.9	15.1	24.7	19.6	17.8	12.9	19.1	26.9
3 = eher einverstanden	35.2	34.0	38.9	34.0	37.0	33.4	37.3	36.8	31.0	45.7	36.9	27.5	25.9	37.1	37.8
2 = eher nicht einverstanden	24.8	26.0	20.7	28.0	20.9	28.5	26.0	23.9	26.1	16.0	26.4	25.7	28.1	26.1	19.4
1 = gar nicht einverstanden	18.6	18.7	18.2	18.0	18.4	18.7	10.7	17.2	25.0	13.0	15.9	27.5	29.9	16.6	14.6
weiss nicht / keine Antwort	1.6	1.6	1.4	2.0	1.4	1.8	0.6	1.2	2.8	0.6	1.3	1.5	3.1	1.2	1.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.57	2.55	2.63	2.53	2.64	2.51	2.78	2.62	2.37	2.83	2.61	2.36	2.23	2.59	2.78

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 75

Q18. Einmal angenommen, in der Nähe Ihres Wohnortes sollte ein Übungsplatz für die Armee errichtet werden. Auf dem Gelände wird NICHT geschossen, aber es ist damit zu rechnen, dass Soldaten in Ihrem Wohnort vermehrt zu sehen sein werden. Würden Sie der Errichtung des Übungsplatzes ohne weiteres zustimmen, oder nur mit Vorbehalten zustimmen, ihn eher ablehnen, oder ihn ganz und gar ablehnen?

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	169	679	352	162	700	269	224	682	294	
4 = ohne weiteres zustimmen	37.3	42.0	26.0	20.0	37.2	27.8	35.8	44.6	19.8	37.3	50.2	44.2	38.0	30.3	
3 = nur mit Vorbehalten zustimmen	41.8	38.7	51.6	38.0	44.0	42.0	42.1	40.9	37.7	45.0	36.4	34.4	42.2	46.3	
2 = eher ablehnen	8.8	9.0	7.0	16.0	8.7	9.0	9.3	5.1	18.5	7.9	5.9	6.7	8.8	10.5	
1 = ganz und gar ablehnen	11.2	9.4	14.7	22.0	9.7	12.5	11.6	8.5	22.2	9.1	7.1	12.5	10.3	12.2	
weiss nicht / keine Antwort	1.0	0.9	0.7	4.0	0.3	0.6	1.2	0.9	1.9	0.7	0.4	2.2	0.7	0.7	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	3.06	3.14	2.89	2.58	3.09	3.03	3.03	3.23	2.56	3.11	3.30	3.13	3.09	2.95	

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 76

Q19: Zwei Personen diskutieren: A sagt: "Landesverteidigung ist eine nationale Aufgabe, die jede und jeden von uns angeht" B sagt: "Landesverteidigung mag eine notwendige Sache sein, aber ich will persönlich damit möglichst wenig zu tun haben." Welcher stimmen Sie völlig oder eher zu?

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
1 = stimme A völlig zu	34.4	34.6	36.1	22.0	39.1	30.1	16.6	31.5	48.6	14.2	33.4	50.6	36.6	35.3	30.6
2 = stimme B eher zu	31.9	33.3	26.7	38.0	31.1	32.6	37.3	31.8	29.5	24.1	35.7	27.5	29.5	32.7	32.0
3 = stimme B eher zu	23.3	22.5	23.5	34.0	21.0	25.3	36.1	24.7	14.2	43.2	22.6	14.9	20.5	21.6	29.3
4 = stimme B völlig zu	6.5	5.4	9.8	6.0	5.7	7.2	6.5	8.1	3.4	11.7	5.3	4.5	6.7	6.7	5.8
0 = ich kann weder A noch B zustimmen	2.3	2.5	2.1	-	1.9	2.7	1.2	2.8	2.0	3.7	2.3	1.5	3.6	2.2	1.7
weiss nicht / keine Antwort	1.6	1.6	1.8	-	1.0	2.1	2.4	1.0	2.3	3.1	0.7	1.1	3.1	1.5	0.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.97	1.94	2.03	2.24	1.89	2.04	2.31	2.04	1.68	2.46	1.95	1.70	1.90	1.95	2.07

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 77

Q20. In letzter Zeit wird die Idee diskutiert, die obligatorische Militärdienstpflicht in eine allgemeine obligatorische Dienstpflicht umzuwandeln. Bei dieser müssen die jungen Männer zwischen Militärdienst, Zivildienst, Zivildienst oder Sozialdienst wählen. Was halten Sie von dieser Idee? Finden Sie diese ...

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr gut	45.9	45.0	47.4	54.0	40.2	51.2	45.6	49.9	38.4	61.7	46.3	34.6	37.5	47.4	49.0
3 = eher gut	40.3	39.5	42.8	40.0	42.4	38.4	43.2	39.0	41.5	32.7	41.9	43.5	48.2	39.6	36.1
2 = eher schlecht	8.8	9.6	7.0	4.0	10.1	7.5	8.3	6.0	14.2	3.7	7.9	14.5	8.9	7.8	10.9
1 = sehr schlecht	3.7	4.2	2.5	2.0	6.4	1.1	2.4	3.7	4.3	1.9	2.4	7.1	3.1	4.1	3.1
weiss nicht / keine Antwort	1.3	1.7	0.4	-	0.9	1.8	0.6	1.3	1.7	-	1.6	0.4	2.2	1.2	1.0
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	3.30	3.28	3.36	3.46	3.17	3.42	3.33	3.37	3.16	3.54	3.34	3.06	3.23	3.32	3.32

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 78

Q21_1. Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

A) Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.

	Total		Region		Geschlecht		Alter		Politische Einstellung			Bildungsniveau						
	D-CH 2-4	865	F-CH 1	285	Mann	575	Frau	625	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
					I-CH 5													
TOTAL INTERVIEWS		1200		865	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294		
4 = sehr einverstanden	7.9	6.6	11.9	8.0	8.7	7.2	7.1	8.2	7.7	9.3	7.4	9.3	9.8	7.6	7.1			
3 = eher einverstanden	28.1	26.9	33.0	20.0	24.7	31.2	32.5	28.3	25.6	32.1	28.7	22.7	27.7	28.0	28.6			
2 = eher nicht einverstanden	35.6	38.2	27.0	40.0	36.3	34.9	39.1	36.4	32.4	35.8	37.1	34.2	30.8	38.1	33.3			
1 = gar nicht einverstanden	26.0	26.1	25.3	28.0	29.7	22.6	20.1	24.9	31.0	20.4	24.4	33.5	24.6	24.6	30.3			
weiss nicht / keine Antwort	2.4	2.2	2.8	4.0	0.5	4.2	1.2	2.2	3.4	2.5	2.3	0.4	7.1	1.6	0.7			
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.18	2.14	2.32	2.08	2.12	2.24	2.27	2.20	2.10	2.31	2.20	2.08	2.25	2.19	2.13			

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 79

Q21_2. Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

B) Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	37.3	40.8	26.3	38.0	36.0	38.4	26.6	35.6	45.5	27.2	35.6	52.0	39.7	38.0	33.7
3 = eher einverstanden	42.5	39.4	49.1	58.0	42.3	42.7	49.7	41.7	40.6	43.8	43.0	36.8	42.4	43.3	40.8
2 = eher nicht einverstanden	13.1	14.0	12.3	2.0	14.4	11.8	15.4	15.3	7.7	18.5	14.6	7.4	9.4	12.9	16.3
1 = gar nicht einverstanden	4.0	3.6	6.0	-	5.9	2.2	5.3	4.4	2.6	8.6	3.9	1.9	1.8	2.9	8.2
weiss nicht / keine Antwort	3.2	2.2	6.3	2.0	1.4	4.8	3.0	2.9	3.7	1.9	3.0	1.9	6.7	2.9	1.0
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	3.17	3.20	3.02	3.37	3.10	3.23	3.01	3.12	3.34	2.91	3.14	3.42	3.29	3.20	3.01

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 80

Q21_3. Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.
 C) Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	169	679	352	162	700	269	224	682	294	
4 = sehr einverstanden	4.8	4.4	6.0	6.0	5.0	4.6	5.3	4.5	8.6	3.7	5.6	4.0	4.1	7.1	
3 = eher einverstanden	21.3	21.4	22.8	12.0	19.3	23.2	23.9	14.5	23.5	22.3	18.2	20.5	21.0	22.8	
2 = eher nicht einverstanden	40.8	41.2	38.2	48.0	42.3	39.4	38.1	39.8	42.6	42.3	40.5	38.4	43.1	37.1	
1 = gar nicht einverstanden	28.3	28.7	27.4	26.0	31.5	25.3	28.0	34.9	20.4	27.1	33.8	27.7	27.3	31.0	
weiss nicht / keine Antwort	4.8	4.4	5.6	8.0	1.9	7.5	4.7	6.3	4.9	4.6	1.9	9.4	4.5	2.0	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.03	2.02	2.08	1.98	1.98	2.08	2.07	1.88	2.21	2.03	1.95	2.01	2.02	2.06	

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 81

Q21_4. Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

D) Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
															865
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	47.2	49.7	38.6	52.0	51.0	43.7	29.6	46.8	56.3	42.0	45.6	55.8	44.2	45.5	53.4
3 = eher einverstanden	42.6	40.6	49.1	40.0	40.3	44.6	62.7	41.1	35.8	47.5	44.0	36.8	39.7	45.5	38.1
2 = eher nicht einverstanden	6.6	6.9	6.0	4.0	5.9	7.2	4.7	8.1	4.5	6.8	7.4	4.1	8.9	6.5	5.1
1 = gar nicht einverstanden	2.1	1.4	4.6	-	2.3	1.9	1.8	2.1	2.3	0.6	2.1	2.2	3.6	1.3	2.7
weiss nicht / keine Antwort	1.6	1.4	1.8	4.0	0.5	2.6	1.2	1.9	1.1	3.1	0.9	1.1	3.6	1.3	0.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	3.37	3.41	3.24	3.50	3.41	3.33	3.22	3.35	3.48	3.35	3.34	3.48	3.29	3.37	3.43

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 82

Q21_5. Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

E) Die bewährte Neutralität der Schweiz trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
	2-4	1	5												
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	169	679	352	162	700	269	224	682	294	
4 = sehr einverstanden	15.3	15.8	13.0	18.0	17.9	12.8	7.1	13.4	4.3	14.4	25.3	17.9	15.8	11.9	
3 = eher einverstanden	36.3	36.8	32.3	52.0	35.1	37.4	41.4	33.9	31.5	37.0	39.4	36.2	37.0	35.0	
2 = eher nicht einverstanden	32.2	33.2	31.2	20.0	31.8	32.5	36.1	35.6	39.5	35.3	22.3	24.6	33.4	35.0	
1 = gar nicht einverstanden	12.1	10.9	16.8	6.0	14.1	10.2	12.4	13.3	20.4	10.1	9.7	13.4	10.1	15.6	
weiss nicht / keine Antwort	4.2	3.4	6.7	4.0	1.0	7.0	3.0	3.8	4.3	3.1	3.3	8.0	3.7	2.4	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.57	2.60	2.44	2.85	2.57	2.57	2.45	2.49	2.21	2.58	2.83	2.64	2.61	2.44	

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 83

Q21_6. Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

F) Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	20.3	22.4	11.2	36.0	20.7	20.0	20.1	16.9	27.0	13.6	18.3	30.5	31.3	18.8	15.6
3 = eher einverstanden	40.4	41.7	36.5	40.0	39.3	41.4	47.3	41.1	35.8	42.6	40.9	41.3	33.9	41.1	43.9
2 = eher nicht einverstanden	26.3	25.9	29.1	16.0	27.0	25.6	22.5	27.5	25.6	32.1	27.9	19.3	21.0	27.4	27.6
1 = gar nicht einverstanden	10.1	7.7	18.2	4.0	11.0	9.3	7.1	11.8	8.2	9.9	10.6	6.3	8.5	10.1	11.2
weiss nicht / keine Antwort	2.9	2.2	4.9	4.0	2.1	3.7	3.0	2.7	3.4	1.9	2.4	2.6	5.4	2.6	1.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.73	2.81	2.43	3.13	2.71	2.75	2.83	2.65	2.84	2.61	2.69	2.98	2.93	2.70	2.65

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 84

Q21_7. Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

G) Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	169	679	352	162	700	269	224	682	294	
4 = sehr einverstanden	14.3	13.6	16.1	14.0	16.9	11.8	14.9	13.6	21.6	12.6	14.1	13.8	13.2	17.0	
3 = eher einverstanden	35.0	34.9	34.7	38.0	33.4	36.5	34.9	33.8	35.2	36.9	33.5	34.8	35.3	34.4	
2 = eher nicht einverstanden	28.5	31.2	21.8	20.0	28.5	28.5	33.1	25.3	26.5	30.7	26.8	27.7	28.7	28.6	
1 = gar nicht einverstanden	14.3	12.9	17.9	16.0	17.7	11.0	11.8	15.6	9.3	12.4	20.1	10.7	15.1	15.0	
weiss nicht / keine Antwort	8.0	7.3	9.5	12.0	3.5	12.2	4.1	11.6	7.4	7.4	5.6	12.9	7.6	5.1	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.54	2.53	2.54	2.57	2.51	2.56	2.54	2.51	2.75	2.54	2.44	2.59	2.50	2.56	

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 85

Q21.8. Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

H) Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	169	679	352	162	700	269	224	682	294	
4 = sehr einverstanden	6.6	6.5	7.4	4.0	7.3	5.9	7.7	4.8	9.3	6.9	3.7	8.0	5.4	8.2	
3 = eher einverstanden	16.0	13.4	23.9	16.0	15.5	21.9	16.8	11.6	20.4	17.7	7.8	15.2	16.7	15.0	
2 = eher nicht einverstanden	35.5	37.2	31.2	30.0	36.7	34.4	35.8	32.4	35.8	36.9	34.9	31.3	35.5	38.8	
1 = gar nicht einverstanden	38.8	40.8	31.2	48.0	39.3	38.4	37.6	46.9	32.1	35.3	52.4	39.3	40.0	35.7	
weiss nicht / keine Antwort	3.1	2.1	6.3	2.0	1.2	4.8	2.7	4.3	2.5	3.3	1.1	6.3	2.3	2.4	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	1.90	1.85	2.08	1.76	1.91	1.89	1.93	1.73	2.07	1.96	1.62	1.91	1.87	1.95	

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 86

Q22. Nächstes Jahr findet in der Schweiz und in Österreich die Fussball EM statt. Zur Unterstützung der Polizei werden 15000 Soldaten aufgeboten. Welches ist Ihre Meinung zu diesem Einsatz? Finden Sie dies sehr richtig, eher richtig, eher falsch oder sehr falsch?

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294	
4 = sehr richtig	37.6	38.6	34.7	38.3	37.0	43.8	38.1	33.5	25.9	39.1	40.5	43.8	37.2	33.7	
3 = eher richtig	43.1	41.5	47.0	38.3	47.5	37.9	45.1	41.8	45.1	44.0	40.9	37.5	44.9	43.2	
2 = eher falsch	11.1	10.8	12.6	13.7	8.6	12.4	9.1	14.2	13.0	11.4	9.3	9.4	11.0	12.6	
1 = sehr falsch	6.8	7.4	4.6	8.9	4.8	5.3	6.8	7.4	13.0	4.6	7.8	7.1	5.6	9.2	
weiss nicht / keine Antwort	1.5	1.7	1.1	0.9	2.1	0.6	0.9	3.1	3.1	0.9	1.5	2.2	1.3	1.4	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	3.13	3.13	3.13	3.07	3.19	3.21	3.16	3.05	2.87	3.19	3.16	3.21	3.15	3.03	

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 87

Q23. Wie die Schweiz nicht genügend Polizisten hat für die Sicherheit an der Euro 08 sollen Polizisten aus dem Ausland die Schweizer Polizei verstärken. Sind Sie mit dem sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = sehr einverstanden	27.8	27.5	31.2	14.0	30.3	25.6	24.9	32.4	20.5	27.8	29.3	27.1	28.1	26.0	32.0
3 = eher einverstanden	42.8	43.2	38.9	56.0	41.6	43.8	50.3	43.4	37.8	48.8	42.4	40.1	41.1	42.8	43.9
2 = eher nicht einverstanden	17.8	17.7	18.6	14.0	15.8	19.5	16.6	14.9	23.9	14.2	18.9	18.2	14.3	21.0	12.9
1 = gar nicht einverstanden	10.3	10.3	9.8	14.0	11.8	9.0	7.7	8.5	15.1	8.0	8.4	13.4	13.4	9.7	9.5
weiss nicht / keine Antwort	1.3	1.3	1.4	2.0	0.5	2.1	0.6	0.7	2.8	1.2	1.0	1.1	3.1	0.6	1.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.89	2.89	2.93	2.71	2.91	2.88	2.93	3.00	2.65	2.98	2.94	2.82	2.87	2.86	3.00

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 88

Q24. Was würden Sie sagen: Ist Ihre persönliche Sicherheit nach der Serie von Terroranschlägen in letzter Zeit eher mehr gefährdet als vorher, etwa gleich gefährdet als vorher, eher weniger gefährdet als vorher oder war Ihre Sicherheit gar nie gefährdet?

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = eher mehr gefährdet als vorher	116	11.8	9.8	18.0	9.4	13.6	13.0	10.6	12.8	10.5	12.4	10.8	11.2	10.6	14.3
3 = etwa gleich gefährdet wie vorher	39.4	41.2	32.6	48.0	40.2	38.7	45.6	40.4	34.7	38.3	40.3	40.1	34.4	38.9	44.6
2 = eher weniger gefährdet als vorher	4.5	5.0	3.9	-	4.7	4.3	3.6	4.6	4.8	3.7	4.7	4.8	4.9	5.6	1.7
1 = meine Sicherheit war gar nie gefährdet	43.8	41.4	53.3	32.0	45.6	42.2	37.9	44.3	45.7	47.5	42.0	43.9	47.3	44.6	39.5
weiss nicht / keine Antwort	0.7	0.7	0.4	2.0	0.2	1.1	-	0.1	2.0	-	0.6	0.4	2.2	0.4	-
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.19	2.24	1.99	2.53	2.13	2.24	2.34	2.17	2.15	2.12	2.23	2.18	2.10	2.15	2.34

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 89

Q25. Wie stehen Sie zu dieser Aussage: Mein Freundes- und Bekanntenkreis ist seit der Häufung von Terroranschlägen in der Welt ängstlicher geworden. Würden Sie sagen, das trifft völlig zu, trifft eher zu, trifft eher nicht zu oder trifft gar nicht zu?

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = trifft völlig zu	8.2	6.8	12.6	6.0	5.7	10.4	3.0	6.8	13.4	3.1	8.9	7.4	16.5	6.9	4.8
3 = trifft eher zu	32.6	32.4	31.6	42.0	31.3	33.8	26.0	32.0	36.9	22.8	34.3	35.3	34.8	32.1	32.0
2 = trifft eher nicht zu	33.3	38.3	20.0	24.0	35.5	31.4	35.5	35.5	28.1	37.7	33.4	32.7	21.9	34.8	38.8
1 = trifft gar nicht zu	24.8	21.8	33.7	24.0	26.8	22.9	33.7	25.6	18.8	35.8	22.3	23.8	25.4	25.1	23.5
weiss nicht / keine Antwort	1.2	0.7	2.1	4.0	0.7	1.6	1.8	0.1	2.8	0.6	1.1	0.7	1.3	1.2	1.0
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.24	2.24	2.24	2.31	2.16	2.32	1.98	2.20	2.46	1.93	2.30	2.27	2.43	2.21	2.18

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 90

Q27_1. Ich nenne Ihnen zum Schluss einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, ob diese Ihr Vertrauen genossen oder nicht. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte anhand einer 10er Notenskala, 10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen geniesst, 1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen hat. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft benoten. Wie ist das mit...
A. dem Bundesrat

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
	2-4	1	5												
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294	
1 = überhaupt kein Vertrauen	3.2	2.9	4.6	-	3.5	2.9	2.4	4.0	2.0	4.3	2.1	1.9	5.8	3.1	1.4
2	2.1	1.7	3.5	-	2.3	1.9	1.8	2.5	1.4	1.9	2.0	1.9	3.1	1.8	2.0
3	3.7	3.4	4.2	6.0	4.3	3.0	3.6	3.2	4.5	4.9	3.1	3.7	4.0	3.7	3.4
4	6.6	6.9	5.3	8.0	6.4	6.7	6.5	7.4	5.1	8.0	7.3	4.5	6.7	7.8	3.7
5	15.7	16.2	14.0	16.0	15.3	16.0	15.4	14.4	18.2	15.4	15.3	15.2	17.4	15.8	13.9
6	14.7	14.8	15.4	8.0	12.7	16.5	18.3	14.7	12.8	16.0	14.4	14.5	13.4	16.0	12.6
7	23.4	23.1	23.2	30.0	24.5	22.4	22.5	23.6	23.6	22.8	23.7	25.7	19.2	21.1	32.0
8	21.3	21.7	20.7	18.0	21.6	21.1	21.9	21.8	20.2	17.9	22.6	22.7	20.1	21.3	22.4
9	4.8	4.6	4.2	10.0	5.4	4.2	3.6	4.6	5.7	4.3	4.7	5.9	4.5	4.8	4.8
10 = volles Vertrauen	4.2	4.4	3.5	4.0	4.0	4.3	4.1	3.2	6.0	4.3	4.1	4.1	4.9	4.3	3.4
weiss nicht / keine Antwort	0.5	0.2	1.4	-	-	1.0	-	0.6	0.6	-	0.6	-	0.9	0.4	0.3
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	6.33	6.37	6.17	6.62	6.34	6.36	6.25	6.47	6.14	6.42	6.53	6.08	6.30	6.58	

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 91

Q27_2. Ich nenne Ihnen zum Schluss einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, ob diese Ihr Vertrauen gemessen oder nicht. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte anhand einer 10er Notenskala, 10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen geniesst, 1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen hat. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft benoten. Wie ist das mit...
B. dem Parlament in Bern

	Total		Region		Geschlecht		Alter				Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
	2.4	1	5	5												
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	662	294	
1 = überhaupt kein Vertrauen	2.8	2.4	4.2	-	3.1	2.4	3.0	3.1	2.0	3.7	1.7	1.9	4.9	2.6	1.4	
2	2.5	2.8	2.1	-	2.6	2.4	-	3.4	2.0	3.1	2.3	3.0	3.1	2.9	1.0	
3	3.6	3.5	4.2	2.0	4.5	2.7	3.6	3.2	4.3	4.9	3.6	2.6	3.6	3.7	3.4	
4	6.8	6.9	5.6	12.0	7.1	6.6	4.1	7.8	6.3	6.8	6.4	7.1	6.3	6.7	7.5	
5	17.6	18.0	16.5	16.0	16.0	19.0	18.3	15.9	20.5	17.9	16.6	19.7	16.5	19.1	15.0	
6	16.2	16.4	15.8	14.0	16.9	15.5	15.4	16.1	16.8	14.2	16.6	16.0	13.8	17.2	15.6	
7	24.6	25.5	23.2	16.0	24.2	25.0	23.7	26.4	21.6	24.7	26.1	23.4	24.6	21.1	32.7	
8	19.0	17.3	22.1	30.0	19.8	18.2	24.3	18.3	17.9	17.3	20.0	20.1	17.0	20.5	17.0	
9	2.7	3.0	1.1	6.0	3.8	1.6	3.6	2.2	3.1	3.1	2.4	3.3	2.2	2.6	3.1	
10 = volles Vertrauen	2.8	2.5	3.2	4.0	1.7	3.7	3.0	2.4	3.4	2.5	2.9	2.2	4.9	2.5	1.7	
weiss nicht / keine Antwort	1.6	1.5	2.1	-	0.2	2.9	1.2	1.3	2.3	1.9	1.4	0.7	3.1	1.0	1.7	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	6.16	6.14	6.14	6.64	6.12	6.20	6.43	6.09	6.17	6.01	6.27	6.20	6.08	6.12	6.32	

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 92

Q27_3. Ich nenne Ihnen zum Schluss einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, ob diese Ihr Vertrauen genossen oder nicht. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte anhand einer 10er Notenskala, 10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen geniesst, 1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen hat. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft benoten. Wie ist das mit...
C. den Gerichten

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
	865	285	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294		
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294		
1 = überhaupt kein Vertrauen	1.4	1.0	2.8	-	1.2	1.3	1.7	1.9	0.7	1.5	4.0	1.0	0.3		
2	1.3	1.2	1.8	2.0	0.8	-	1.4	1.9	1.0	2.2	1.3	1.3	1.4		
3	2.8	2.8	3.2	2.0	2.6	1.8	2.7	2.5	2.9	3.0	1.3	3.8	1.7		
4	3.6	4.0	2.5	2.0	4.5	2.7	3.1	4.3	3.6	2.6	1.8	4.5	2.7		
5	12.3	12.1	13.0	12.0	13.6	6.5	11.9	8.0	12.4	12.3	16.1	12.6	8.8		
6	11.8	10.5	15.1	14.0	10.7	11.8	12.2	11.1	13.0	8.9	14.3	11.1	11.2		
7	18.8	20.1	15.4	14.0	20.3	20.7	15.6	21.0	18.7	19.0	17.9	18.6	19.7		
8	28.0	27.9	28.1	30.0	28.6	27.2	27.6	28.4	27.4	31.2	23.2	28.0	31.6		
9	11.5	10.9	12.3	18.0	10.6	17.2	8.5	14.2	12.1	9.7	7.6	11.3	15.0		
10 = volles Vertrauen	7.0	7.7	4.9	6.0	8.3	9.5	6.8	5.6	7.3	7.8	9.4	6.0	7.5		
weiss nicht / keine Antwort	1.5	1.7	1.1	-	2.4	1.8	0.9	1.2	0.9	1.9	3.1	1.6	-		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert	6.98	7.03	6.80	7.22	6.96	7.42	6.73	7.03	7.04	7.01	6.78	6.90	7.31		

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 93

Q27_4. Ich nenne Ihnen zum Schluss einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, ob diese Ihr Vertrauen gemessen oder nicht. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte anhand einer 10er Notenskala, 10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen geniesst, 1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen hat. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft benoten. Wie ist das mit...
D. der Polizei

	Total	Region		Geschlecht		Alter				Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH 2-4	F-CH 1	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	662	294
1 = überhaupt kein Vertrauen	1.1	1.0	1.1	2.0	0.9	1.3	3.0	0.7	0.9	3.1	0.3	0.4	1.3	1.0	1.0
2	1.0	0.5	2.8	-	1.4	0.6	1.2	1.0	0.9	1.9	0.9	0.7	2.2	0.9	0.3
3	1.4	1.7	0.7	-	1.7	1.1	1.8	1.3	1.4	1.2	1.9	0.7	0.4	1.8	1.4
4	2.9	3.0	2.1	6.0	3.1	2.7	5.3	2.2	3.1	4.9	2.6	2.2	2.7	3.1	2.7
5	8.0	8.1	8.8	2.0	7.1	8.8	9.5	7.4	8.5	8.0	8.6	6.7	8.9	8.7	5.8
6	10.0	8.7	14.4	8.0	9.4	10.6	10.7	11.0	7.7	14.2	10.3	5.9	10.3	9.7	10.5
7	20.9	20.2	23.2	20.0	24.7	17.4	20.1	22.7	17.9	25.3	20.7	20.4	13.8	21.3	25.5
8	33.8	34.0	31.6	44.0	33.0	34.6	26.6	34.3	36.4	24.7	35.1	37.2	30.8	33.1	37.8
9	11.2	12.7	6.3	12.0	9.9	12.3	13.0	11.5	9.7	9.3	11.1	13.4	12.1	11.6	9.5
10 = volles Vertrauen	9.3	9.6	8.8	6.0	8.5	9.9	8.9	7.7	12.5	6.8	8.3	11.9	17.0	8.4	5.4
weiss nicht / keine Antwort	0.4	0.5	0.4	-	0.2	0.6	-	0.1	1.1	0.6	0.3	0.4	0.4	0.6	-
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	7.32	7.39	7.09	7.44	7.26	7.38	7.03	7.33	7.45	6.86	7.34	7.65	7.49	7.28	7.30

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 94

Q27_5. Ich nenne Ihnen zum Schluss einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, ob diese Ihr Vertrauen genießen oder nicht. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte anhand einer 10er Notenskala, 10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen geniesst, 1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen hat. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft benoten. Wie ist das mit...
E. der Armee

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
	865	285	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294		
TOTAL INTERVIEWS	1200	360	840	960	254	806	406	400	406	400	406	1338	1262		
1 = überhaupt kein Vertrauen	3.3	3.1	2.8	3.7	5.3	2.9	2.8	8.0	1.4	2.2	3.6	2.6	4.4		
2	2.8	2.4	4.0	1.8	4.1	3.1	1.7	7.4	2.7	1.1	3.6	2.1	4.1		
3	3.2	3.4	2.1	3.5	7.1	3.1	1.4	10.5	2.4	1.1	3.1	2.2	5.4		
4	4.8	4.0	8.1	5.0	8.9	4.9	2.8	11.7	3.9	3.3	2.2	4.7	7.1		
5	14.3	13.4	16.5	13.4	11.8	15.8	12.5	15.4	14.9	9.3	13.8	13.8	15.6		
6	13.0	13.3	13.0	14.1	15.4	13.5	10.8	12.3	14.4	10.8	8.9	14.2	13.3		
7	19.0	19.4	17.5	19.1	20.1	21.6	13.4	14.8	21.1	18.2	15.6	20.1	19.0		
8	22.8	22.7	21.4	22.9	15.4	21.6	28.4	9.9	24.3	28.3	25.4	23.2	19.7		
9	6.6	6.8	5.3	6.8	5.9	5.9	8.2	3.1	6.1	10.8	8.0	6.2	6.5		
10 = volles Vertrauen	9.3	9.9	8.4	8.5	9.9	6.8	15.6	6.2	7.7	14.1	13.8	10.1	3.7		
weiss nicht / keine Antwort	1.1	1.5	-	0.2	-	0.7	2.3	0.6	1.0	0.7	1.8	0.9	1.0		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert	6.61	6.69	6.36	6.66	5.98	6.48	7.17	5.28	6.72	7.30	6.88	6.75	6.08		

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 95

Q27_6. Ich nenne Ihnen zum Schluss einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, ob diese Ihr Vertrauen gemessen oder nicht. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte anhand einer 10er Notenskala, 10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen geniesst, 1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen hat. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft benoten. Wie ist das mit ...
F. den Medien

	Total	Region		Geschlecht		Alter				Politische Einstellung			Bildungsniveau		
		D-CH 2.4	F-CH 1	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	662	294
1 = überhaupt kein Vertrauen	8.3	7.3	11.2	10.0	9.0	7.7	5.3	8.8	8.8	11.7	6.1	9.7	9.8	8.4	7.1
2	4.7	3.8	8.1	-	5.4	4.0	3.6	5.6	3.4	3.7	4.6	4.1	5.4	5.1	3.1
3	8.3	8.8	7.7	4.0	8.9	7.8	7.1	8.0	9.7	11.7	7.3	10.8	5.8	7.2	12.9
4	12.5	13.3	10.9	8.0	12.5	12.5	14.2	12.2	12.2	10.5	13.4	13.0	11.2	12.3	13.9
5	22.8	22.4	23.9	22.0	18.8	26.4	21.3	21.6	25.6	22.2	21.3	23.8	23.7	22.6	22.4
6	18.2	19.3	15.1	16.0	20.0	16.5	18.3	19.3	15.9	14.8	20.3	18.6	17.0	19.2	16.7
7	12.4	12.6	9.5	26.0	12.3	12.5	14.2	12.4	11.6	13.6	12.7	10.4	8.9	12.6	14.6
8	10.2	9.9	10.5	12.0	9.9	10.4	11.8	10.2	9.4	9.9	11.0	8.6	13.4	10.3	7.5
9	1.2	1.3	1.1	-	1.6	0.8	2.4	1.0	0.9	1.2	1.4	0.4	1.8	1.0	1.0
10 = volles Vertrauen	0.8	0.8	1.1	-	1.4	0.3	1.8	0.6	0.9	0.6	1.0	0.4	1.3	0.7	0.7
weiss nicht / keine Antwort	0.7	0.5	1.1	2.0	0.2	1.1	-	0.3	1.7	-	0.9	0.4	1.8	0.6	-
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	5.06	5.12	4.79	5.49	5.05	5.07	5.40	5.01	4.98	4.88	5.23	4.83	5.11	5.08	4.98

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 96

Q27_7 Ich nenne Ihnen zum Schluss einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, ob diese Ihr Vertrauen genossen oder nicht. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte anhand einer 10er Notenskala, 10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen geniesst, 1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen hat. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft benoten. Wie ist das mit...
G. der Schweizer Wirtschaft

	Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau				
		F-CH		I-CH		Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
		D-CH 2-4	1	5	5											
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294	
1 = überhaupt kein Vertrauen	1.8	1.7	2.1	-	0.9	2.6	1.2	2.2	1.1	4.9	1.0	0.4	2.2	1.6	1.7	
2	1.3	0.9	2.5	2.0	2.1	0.6	1.2	1.3	1.4	3.7	1.1	-	2.7	0.9	1.4	
3	2.1	2.0	2.8	-	1.7	2.4	0.6	2.5	2.0	3.7	2.0	0.7	2.2	1.5	3.4	
4	4.6	4.6	4.9	2.0	3.3	5.8	6.5	4.6	3.7	9.9	4.4	1.1	4.5	4.3	5.4	
5	14.0	12.9	16.8	16.0	12.2	15.7	12.4	14.1	14.5	17.9	14.0	9.7	13.8	14.8	12.2	
6	14.3	13.6	16.8	10.0	11.3	17.0	15.4	15.6	11.1	11.7	15.6	13.0	12.1	15.7	12.6	
7	20.5	21.8	16.1	22.0	21.7	19.4	23.7	19.6	20.7	16.0	21.4	23.4	20.1	19.9	22.1	
8	28.8	28.6	28.8	34.0	32.2	25.8	26.6	28.6	30.4	23.5	28.7	35.3	24.6	30.8	27.6	
9	6.5	7.5	3.5	6.0	9.2	4.0	6.5	6.6	6.3	2.5	6.9	8.9	7.6	4.7	9.9	
10 = volles Vertrauen	4.8	5.2	3.5	4.0	5.0	4.5	3.6	4.0	6.8	4.3	3.6	7.1	7.6	4.8	2.4	
weiss nicht / keine Antwort	1.4	1.0	2.1	4.0	0.3	2.4	2.4	0.9	2.0	1.9	1.3	0.4	2.7	1.0	1.4	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	6.74	6.83	6.44	7.00	6.98	6.52	6.75	6.66	6.90	5.99	6.76	7.34	6.73	6.76	6.70	

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 97

Q27.8. Ich nenne Ihnen zum Schluss einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, ob diese Ihr Vertrauen gemessen oder nicht. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte anhand einer 10er Notenskala, 10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen geniesst, 1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen hat. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft benoten. Wie ist das mit...
H. den politischen Parteien

	Total		Region		Geschlecht		Alter				Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2.4	F-CH 1	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch			
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294	
1 = überhaupt kein Vertrauen	5.7	4.9	8.4	4.0	6.1	5.3	3.0	5.9	6.5	8.0	3.9	4.5	7.6	6.0	3.4	
2	6.2	4.6	10.2	10.0	7.7	4.8	2.4	6.8	6.8	8.0	6.4	4.1	7.6	5.9	5.8	
3	7.8	8.1	6.3	10.0	8.3	7.2	6.5	8.2	7.4	7.4	6.6	10.4	7.6	7.6	8.2	
4	10.8	9.7	14.0	12.0	10.3	11.4	11.2	10.3	11.6	11.7	11.3	10.0	7.6	11.3	12.2	
5	25.4	26.0	23.2	28.0	24.5	26.2	26.6	26.4	23.0	27.2	25.7	24.5	20.1	26.2	27.6	
6	17.8	18.6	15.8	14.0	17.7	17.8	15.4	18.3	17.9	16.0	19.4	16.7	15.6	17.9	19.0	
7	14.4	15.6	11.6	10.0	14.6	14.2	18.9	13.8	13.4	13.0	14.9	15.2	12.9	14.7	15.0	
8	8.2	9.2	4.9	8.0	7.7	8.6	11.2	7.5	8.0	4.3	8.7	9.7	13.4	7.6	5.4	
9	1.3	1.3	1.4	2.0	1.2	1.4	1.8	1.2	1.4	3.1	0.9	1.9	1.3	0.9	2.4	
10 = volles Vertrauen	1.2	1.3	1.1	-	1.4	1.0	1.2	0.7	2.0	0.6	1.0	1.9	2.7	0.9	0.7	
weiss nicht / keine Antwort	1.3	0.7	3.2	2.0	0.5	2.1	1.8	0.9	2.0	0.6	1.3	1.1	3.6	1.0	0.3	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	5.15	5.30	4.73	4.88	5.08	5.22	5.58	5.06	5.11	4.88	5.25	5.32	5.25	5.10	5.19	

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 98

Q28: Wie häufig haben Sie das Gefühl, die Politik versage in entscheidenden Dingen?

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
4 = meistens	13.3	12.1	16.5	16.0	14.8	12.0	11.8	14.3	12.2	11.1	11.0	17.5	15.6	13.2	11.9
3 = ab und zu	69.7	69.7	71.2	60.0	66.4	72.6	66.3	71.3	68.2	73.5	72.1	64.3	60.3	72.1	71.1
2 = selten	15.1	16.8	9.8	16.0	17.9	12.5	21.9	12.7	16.5	14.8	14.9	16.7	19.6	12.8	17.0
1 = nie	0.7	0.6	0.7	2.0	0.3	1.0	-	0.6	1.1	-	0.9	0.7	1.3	0.7	-
weiss nicht / keine Antwort	1.3	0.8	1.8	6.0	0.5	1.9	-	1.2	2.0	0.6	1.1	0.7	3.1	1.2	-
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.97	2.94	3.05	2.96	2.96	2.98	2.90	3.00	2.93	2.96	2.94	2.99	2.93	2.99	2.95

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 99

Q30. Welches ist Ihre Muttersprache?

Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau				
	D-CH 2-4	F-CH 1	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
Deutsch	67,8	92,0	5,6	4,0	68,7	67,0	66,3	65,8	72,4	63,0	68,3	75,5	65,2	68,9	67,3
Französisch	22,1	1,7	87,4	2,0	22,1	22,1	18,3	23,6	21,0	24,1	22,0	16,4	22,8	21,6	22,8
Italienisch	5,6	1,8	2,1	90,0	5,2	5,9	7,1	6,2	3,7	6,8	5,7	3,7	4,5	5,4	6,8
Rätoromanisch	0,5	0,6	-	2,0	0,2	0,8	-	0,4	0,9	0,6	0,3	0,7	0,4	0,6	0,3
andere Sprache	4,0	3,8	4,9	2,0	3,8	4,2	8,3	4,0	2,0	5,6	3,7	3,7	7,1	3,5	2,7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 100

Sind Sie in der Schweiz stimmberechtigt oder nicht?

	Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
		D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
Ja	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Nein	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 101

S1. Wie viele in der Schweiz stimmberichtigte Personen (also Schweizer Bürger oder Bürgerinnen über 18 Jahre) leben normalerweise in Ihrem Haushalt? Rechnen Sie sich mit ein. INT: Vermieter, Pensionäre, Au Pair, Hausangestellte gelten auch als Haushaltsmitglieder, sofern sie: 1. bei Ihnen (in Ihrem Haus / Ihrer Wohnung) wohnen UND 2. mindestens eine Hauptmahlzeit pro Tag bei Ihnen zu Hause einnehmen UND 3. keinen eigenen Telefonanschluss haben. Kinder, die zu Studienzwecken anderswo wohnen und nur am Wochenende zurückkehren, werden hingegen nicht dazu gezählt. Anz. Personen:

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
1 = 1 Person	30.0	30.4	29.1	28.0	26.1	33.6	23.7	27.2	38.4	30.9	29.0	29.4	36.6	27.6	30.6
2	49.0	48.6	51.2	44.0	52.7	45.6	32.5	51.4	52.3	48.8	50.3	46.8	38.8	52.1	49.7
3	11.8	11.4	11.9	16.0	11.7	11.8	19.5	13.0	5.7	10.5	11.9	13.8	13.4	10.9	12.6
4	7.3	7.4	6.7	10.0	7.5	7.2	15.4	7.5	3.1	7.4	6.7	9.3	6.7	8.1	6.1
5	1.3	1.6	0.7	-	1.6	1.1	6.5	0.6	0.3	1.9	1.3	0.7	3.6	1.0	0.3
6	0.2	0.1	0.4	-	-	0.3	0.6	0.1	-	-	0.3	-	-	0.1	0.3
8	0.2	0.2	-	-	0.2	0.2	1.2	-	-	-	0.3	-	0.4	0.1	-
10 = und mehr Personen	0.1	0.1	-	-	0.2	-	-	0.1	-	0.6	-	-	-	-	0.3
weiss nicht / keine Antwort	0.2	0.1	-	2.0	0.2	0.2	0.6	-	0.3	-	0.3	-	0.4	0.1	-
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.03	2.03	2.00	2.08	2.08	1.98	2.56	2.04	1.74	2.05	2.03	2.05	2.04	2.04	1.99

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 103

Q32. "Links, Mitte und Rechts" sind Begriffe, die häufig gebraucht werden, um politische Ansichten und Einstellungen zu charakterisieren. Können Sie mir sagen, wo Sie selber auf einer Skala von 0 (ganz links) bis 10 (ganz rechts) etwa stehen?"

	Total		Region		Geschlecht		Alter				Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH 2,4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294	
0 = ganz links	1.9	1.6	2.8	2.0	1.9	1.9	3.0	2.1	1.1	14.2	-	-	1.8	1.9	2.0	
1	0.8	0.9	-	2.0	0.5	1.0	1.8	0.9	-	5.6	-	-	-	1.0	0.7	
2	3.7	3.6	4.2	2.0	2.8	4.5	7.7	3.7	1.7	27.2	-	-	3.1	3.8	3.7	
3	7.2	6.6	8.4	10.0	8.2	6.2	10.1	8.5	3.1	53.1	-	-	4.5	5.9	12.2	
4	10.6	10.4	12.3	4.0	10.3	10.9	13.6	11.6	7.1	-	18.1	-	6.7	11.1	12.2	
5	34.8	33.4	37.9	40.0	28.2	40.8	23.7	35.3	38.9	-	59.6	-	40.2	35.0	29.9	
6	13.0	14.9	7.0	14.0	16.5	9.8	15.4	13.1	11.6	-	22.3	-	10.3	13.0	15.0	
7	11.2	11.4	9.8	14.0	14.3	8.3	14.8	10.5	10.8	-	-	-	49.8	10.3	11.0	
8	8.7	9.7	6.0	6.0	10.3	7.2	5.9	8.0	11.4	-	-	-	38.7	9.8	8.2	
9	0.8	1.0	0.4	-	1.6	0.2	-	0.4	2.0	-	-	-	3.7	0.4	1.0	
10 = ganz rechts	1.8	2.1	1.1	-	1.6	1.9	-	0.9	4.3	-	-	-	7.8	2.2	1.9	
weiss nicht / keine Antwort	5.8	4.3	10.2	6.0	4.0	7.4	4.1	5.0	8.0	-	-	-	10.7	5.7	2.0	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	5.26	5.37	4.95	5.13	5.45	5.09	4.83	5.11	5.79	2.19	5.04	7.70	5.44	5.28	5.11	

Sicherheit 2007

Befragung vom 15. Januar 2007 - 10. Februar 2007

Tabelle 104

C6. Welche Schule haben Sie zuletzt abgeschlossen?

	Total	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
		D-CH 2-4	F-CH 1	I-CH 5	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	Mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	865	285	50	575	625	169	679	352	162	700	269	224	682	294
Primarschule	4.3	2.9	9.1	2.0	2.4	6.1	3.0	2.9	7.7	3.7	4.4	4.1	23.2	-	-
Real-, Sekundar-, Bezirksschule	14.3	15.8	10.2	12.0	11.5	17.0	21.3	10.3	18.8	9.3	13.9	14.9	76.8	-	-
Berufsschule	44.3	44.7	42.5	46.0	46.3	42.4	37.3	48.5	39.5	34.0	46.7	43.1	-	77.9	-
Mittelschule, Gymnasium, Seminar	12.6	12.5	12.6	14.0	9.4	15.5	18.3	10.6	13.6	19.1	11.0	13.8	-	22.1	-
Universität, Hochschule, ETH, Poly, HTL, Fachhochschule usw.	22.5	22.7	21.8	24.0	27.7	17.8	18.3	25.8	18.2	31.5	22.0	21.9	-	-	91.8
Universität Nachdiplom, Abschluss MBA, PhD	2.0	1.4	3.9	2.0	2.8	1.3	1.8	1.9	2.3	2.5	2.0	2.2	-	-	8.2
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0